

Historische Studien

unter Mitwirkung der Herren Universitäts-Professoren: W. Andreas, O. Becker, G. Beckmann †, G. v. Below †, A. Brackmann, A. Cartellieri, F. Delitzsch †, W. Goetz, F. Hartung, A. Hasenclever, R. Holtzmann, P. Joachimsen †, G. Kallen, H. Lietzmann, E. Marcks, F. Meinecke, G. Mentz, W. Mommsen, H. Oncken, F. Philippi, A. Wahl, A. Weber, G. Wolff, J. Ziekursch u. a.
herausgegeben von Dr. Emil Ebering.

== Heft 265 ==

Baden und die schleswig-holsteinische Frage 1863—1866

Von

Dr. Liselotte Konrad

==

Verlag Dr. Emil Ebering
Berlin 1935

Nachdruck mit Genehmigung vom
Matthiesen Verlag, Lübeck

KRAUS REPRINT LTD.
Vaduz
1965

Historische Studien

Verlag von Julius Springer
Berlin

Heft 101

Baden und die schleswig-holsteinische Frage 1863-1866

Reprinted from a copy in the collections of
The New York Public Library

Dr. Julius Springer

Verlag von Julius Springer
Berlin

Printed in the United States of America

Meiner Mutter

Inhaltsübersicht.

	Seite
Vorwort	7
1. Kapitel: Die Entwicklung der schleswig-holsteinischen Frage und ihre Verbindung mit der badischen Politik bis zum Tode König Friedrichs VII. von Dänemark 14. November 1863	9
2. Kapitel: Vom Tode des Dänenkönigs Friedrichs VII. bis zum Exekutionsbeschluß 6. Dezember 1863:	
A. Erstes Vorgehen Badens zugunsten des Augustenburgers	25
B. Werbungen um den preußischen König	33
C. Baden und die schleswig-holsteinische Bewegung	44
D. Der Exekutionsbeschluß 6. Dezember 1863	50
3. Kapitel: Beziehungen Badens zu dem Herzog von Augustenburg bis zu Beginn des Jahres 1864	59
4. Kapitel: Loslösung der deutschen Großmächte von der Bundespolitik und beginnende Annäherung Badens an die Mittelstaaten	67
5. Kapitel: Baden im Fahrwasser mittelstaatlicher Politik und die Würzburger Konferenz mit ihren nächsten Folgeerscheinungen	78
6. Kapitel: Die Londoner Konferenz April bis Juni 1864 und die damit verbundene allmähliche Umkehr der badischen Politik	101
7. Kapitel: Badische Vermittlungsbestrebungen im Sommer 1864	123
8. Kapitel: Annäherung Badens an Österreich — Rücktritt Roggenbachs im Oktober 1865	138
9. Kapitel: Der Weg der badischen Politik bis zum Ausbruch des preußisch-österreichischen Krieges Juni 1866	162
Stammtafel	173
Literaturverzeichnis	175

Vorwort.

Gerade heute, wo sich die innere Einigung Deutschlands in einem Maße vollzogen hat, wie es noch nie in der deutschen Geschichte der Fall war, scheint es geboten, sich zurückzusetzen in die Zeit, in der um den Begriff eines „Deutschen Reiches“ als einer nationalen Einheit erbittert gekämpft wurde. Im Ringen um das Schicksal der Herzogtümer Schleswig-Holstein stießen all die Gegensätze, die Deutschland vor 1870 erfüllten, zum letzten Mal mit geballter Wucht zusammen. Nationaler Liberalismus, mittelstaatlicher Partikularismus, großmächtige Interessenpolitik — all diese Faktoren führten zu einer Belastungsprobe des Deutschen Bundes, der dieser nicht gewachsen war: sie drängte mit zwangsläufiger Eindeutigkeit zu einer Gewaltlösung hin.

Die folgende Untersuchung soll die Stellung der badischen Politik zu einer der bedeutsamsten Fragen der Reichsgründungsgeschichte schildern. Es soll gezeigt werden, wie die Verfolgung einer unabhängigen, auf die Versöhnung der Gegensätze hinauslaufende Politik in diesem Zeitraum zum Scheitern verurteilt war, wie der nationale Liberalismus, der in Großherzog Friedrich seinen vornehmsten fürstlichen Vertreter gefunden hat, von den tatsächlichen Entscheidungen der deutschen Politik ausgeschlossen wurde.

Es ist natürlich, daß die Arbeit in besonderem Maße auf die Persönlichkeit des in jenen Jahren maßgebenden badischen Außenministers von Roggenbach zugeschnitten ist. Sie darf vielleicht als eine Ergänzung der Biographie Karl Samwers angesehen werden, indem sie versucht, die schwer deutbare Persönlichkeit dieses badischen Staatsmannes durch das Medium der amtlichen Akten und Erlasse und der fremden Gesandtenberichte etwas mehr zu erhellen. Es ist ein unersetzlicher Verlust, daß Roggenbach in politischer Resignation seine ganzen Papiere vernichtet und uns damit eine der wertvollsten Quellen, insbesondere für den fürstlichen Liberalismus verschlossen hat.

Die Anregung zu dieser Untersuchung gab mir mein verehrter Lehrer, Herr Professor Dr. W. Andreas an der Universität Heidelberg, dem ich für die Förderung meiner Studien zu herzlichstem Danke verpflichtet bin.

Herrn Direktor Dr. Baier vom Generallandesarchiv in Karlsruhe möchte ich besonders danken für das große Entgegenkommen, mit dem er mir die einschlägigen Akten zur Verfügung stellte und mich bei ihrer Auswertung unterstützte.

Auch den Archivleitungen des Preußischen Geheimen Staatsarchivs Berlin-Dahlem, des Württembergischen Staatsarchives Stuttgart, des Preußischen Staatsarchives Kiel, und des Haus- Hof- und Staatsarchives Wien danke ich für die Erlaubnis zur Benutzung der betreffenden Quellen aus ihren Beständen. Zu ganz besonderem Danke bin ich noch Herrn Bundesminister a. D. Professor Dr. Heinrich Ritter von Srbik in Wien verpflichtet, der mir in liebenswürdigster Weise die Berichte des österreichischen Gesandten in Karlsruhe aus dieser Zeit zur Verfügung stellte, obwohl er sie selbst gerade für seine große Aktenpublikation bearbeitete.

Erstes Kapitel.

Die Entwicklung der schleswig-holsteinischen Frage und ihre Verbindung mit der badischen Politik bis zum Tode König Friedrichs VII. von Dänemark 14. XI. 1863.

Bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts hatte man von einer schleswig-holsteinischen Frage, welche die nationalen Leidenschaften hätte aufwühlen können, in der deutschen und europäischen Politik nichts gewußt.¹ Seit dem Jahre 1460 waren die beiden Herzogtümer Schleswig und Holstein untereinander durch Realunion und mit Dänemark infolge Übertragung der Herzogswürde auf König Christian I. durch Personalunion verbunden; die Freiheitsbriefe von Riepen und Kiel verbürgten die Selbständigkeit der beiden Herzogtümer gegenüber der Krone Dänemark; Holstein war gleichzeitig Reichslehen.

Dieser Verfassungszustand erhielt sich, bis im Gefolge der nationalen und demokratischen Strömungen, die sich durch die französische Revolution über Europa verbreiteten, auch die beiden unter der Krone Dänemark vereinigten Nationalitäten anfangen, sich ihrer Eigenart bewußt zu werden. In Kopenhagen bildete sich die eiderdänische Partei, deren Programm auf Einverleibung Schleswigs in Dänemark abzielte; ihr Kampfruf war: Dänemark bis zur Eider! Die Bevölkerung der Herzogtümer sammelte sich unter der mitreißenden Führung von Männern wie Uwe Jens Lornsen zur Behauptung ihrer volklichen Eigenart und ihres alten Landesrechtes, das sie immer mehr gegen Unterdrückungsversuche der dänischen Krone verteidigen mußte. Die Spannung zwischen beiden Natio-

1. Vgl. Otto Brandt: Geschichte Schleswig-Holsteins. Kiel 1925. — H. von Sybel: Die Begründung des Deutschen Reiches, 1890, III. Bd., S. 1—140. — Für die Zeit nach 1852: K. Samwer und K. Jansen: Schleswig-Holsteins Befreiung. Wiesbaden 1897.

nalitäten wurde noch verschärft dadurch, daß ein verschiedenes Erbfolgerecht die Existenz des Gesamtstaates in Frage zu stellen schien. Der Mannesstamm des regierenden Königshauses drohte in absehbarer Zeit auszusterben; nach einem dänischen Gesetz aus dem Jahre 1660, der *lex regia*, galt für Dänemark auch die weibliche Thronfolge, es konnte also eine dänische Prinzessin den Thron besteigen, während in den Herzogtümern, als Mannlehen mit agnatischer Erbfolge, der älteste Sproß der jüngeren königlichen Linie, der jeweilige Herzog von Sonderburg-Augustenburg folgen mußte. Es existierten außerdem noch Erbensprüche der Gottorper und Glücksburger Linie des oldenburgischen Hauses,² die aber nach den überwiegenden wissenschaftlichen Auffassungen erst in zweiter und dritter Linie in Betracht kamen. Von besonderer Bedeutung war die Tatsache, daß die Augustenburger gleichzeitig Führer der deutschen Bewegung in den Herzogtümern waren und hinter den Gottorpern das mächtige Rußland stand.³

Im Jahre 1846 versuchte König Christian VIII. in dem sogenannten „offenen Brief“, die Geltung des Königsgesetzes von 1660 auch auf Schleswig und Lauenburg auszudehnen; die Folgerung daraus wäre Trennung Schleswigs von Holstein gewesen, das als Mitglied des Deutschen Bundes überhaupt unbequem war, falls sich nicht auch Holstein der weiblichen Thronfolge unterwarf. Der Entrüstungssturm, den dieses Vorgehen nicht nur in den Herzogtümern, sondern auch in Deutschland auslöste, bewies, wie weit die nationale Leidenschaft in dieser Frage in Anspruch genommen war.

Der eigentliche Ausbruch erfolgte jedoch erst im Gefolge der achtundvierziger Revolution. Als am 24. März der neue König Friedrich VII. von Dänemark die kommende Einverleibung Schleswigs unter dem Druck der Eiderdänen verkündigte, platzten die Gegensätze in offenem Kampf aufeinander. Es kam zur Bildung einer provisorischen Regierung in Kiel, die sich darauf berief, daß der König in Kopenhagen infolge seiner eidendänischen Kammer-

2. Das Haus Gottorp zerfiel im 19. Jahrhundert in 3 Zweige: die älteste Hauptlinie, die in Rußland regierte, und 2 Nebenlinien, von denen die ältere in Schweden und die jüngere im Großherzogtum Oldenburg herrschte. Vgl. Stammtafel, S. 173.

3. Für diese Erbfolgefragen vgl. K. S a m w e r: Die Staatserbfolge in Schleswig-Holstein. 1844.

majorität nicht „frei“ sei, und daß daher die Schleswig-Holsteiner ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen müßten. Das schleswig-holsteinische Heer kämpfte zunächst glücklich und zwar mit Hilfe Preußens; die Nationalversammlung in Frankfurt sah in der Unterstützung und Beförderung des Freiheitskampfes der Herzogtümer eine ihrer vornehmsten Aufgaben; ganz Deutschland begeisterte sich für die bedrängten Brüder im Norden.

Allein teils befürchteten die europäischen Großmächte von der nationalen Bewegung der Nordmarken eine Stärkung der revolutionären Gewalten, teils erblickten sie in der möglichen Loslösung der Herzogtümer von Dänemark eine Gefährdung des europäischen Gleichgewichts; unter dem Druck Österreichs, Englands und Rußlands mußte sich Preußen zum Abschluß des Berliner Friedens vom 2. Juli 1850 bequemen. Derart im Stich gelassen, mußten die Herzogtümer ihre Auslieferung an Dänemark hilflos über sich ergehen lassen, die allerdings dadurch gemildert wurde, daß von Dänemark vorher durch die Vereinbarungen vom 28. Januar 1852 in 6 Punkten feste Zusicherungen für die Verfassungsautonomie der Herzogtümer gegeben werden mußten.

Die Erfüllung dieser Punkte bildete die Grundlage und Voraussetzung des im Sommer folgenden Londoner Protokolls, das durch die Sicherung der Erbfolge ein Auseinanderfallen der dänischen Gesamtmonarchie nach dem Tode Friedrichs verhindern sollte. Vorausgingen zwei andere Abmachungen: 1. das sogenannte Warschauer Protokoll vom 5. Juni 1851 zwischen Rußland und Dänemark, das den Verzicht des russischen Kaisers auf seine eventuellen Rechte zugunsten des Prinzen Christian von Glücksburg enthielt, der als Gemahl der Prinzessin Luise von Hessen, einer Nichte Friedrichs VII., von den Großmächten zum Erbfolger in der dänischen Gesamtmonarchie ausersehen war; 2. eine Vereinbarung, wonach Herzog Christian August von Augustenburg, der nächste agnatische Erbe, dem dänischen König seine Güter in Schleswig für die Summe von 2¼ Millionen Taler verkaufte, sich verpflichtete, seinen Wohnsitz außerhalb Dänemarks zu nehmen und für sich und seine Söhne versprach, nichts gegen die Thronfolge Christians von Glücksburg und seiner Deszendenz zu unternehmen.⁴ Am 8. Mai

4. Das Einverständnis seiner großjährigen Söhne wurde jedoch nicht eingeholt.

erfolgte die Unterzeichnung des Londoner Protokolls mit folgendem Inhalt: Die Integrität des dänischen Gesamtstaates als ein europäisches Bedürfnis wird anerkannt und damit die Thronfolge des Prinzen Christian von Glücksburg und seiner Nachkommen im Mannesstamm.

Der Deutsche Bund war zu den Verhandlungen nicht zugezogen worden, das Protokoll war allein ein Ergebnis großmächtlicher Interessenpolitik und ließ jede Rücksicht auf die nationalen Belange Deutschlands und der Herzogtümer außer Acht. Der preußische Gesandte in London, Bunsen, der nur sehr widerwillig unterschrieb, bezeichnete das Londoner Protokoll als ein „Machwerk der Ungerechtigkeit oder Torheit“. — Der erste Widerstand dagegen erhob sich, als die einzelnen deutschen Fürsten, nicht der Bund, zum Beitritt aufgefordert wurden. Die schmachvolle Tatsache, daß über deutsches Land und Volk ohne Hinzuziehung des Deutschen Bundes auf einer internationalen Konferenz verfügt worden war, bewog einige deutsche Regierungen zu einer, wenn auch wirkungslosen Protesthandlung. Bayern stellte sich auf den Standpunkt, ein Beitritt zum Protokoll sei für die einzelnen Bundesregierungen unmöglich, da diese Angelegenheit vor den Bund gehöre (nach Art. 6 der Wiener Schlußakte und dem Bundesbeschluß vom 17. September 1846) und zunächst dieser einmal entscheiden müsse. Dieser Argumentation schloß sich auch das Großherzogtum Baden an,⁵ während⁶ andere deutsche Regierungen wie Sachsen, Württemberg und Hannover sich dem Beschluß der Großmächte fügten.

Am meisten von allen deutschen Staaten war das Großherzogtum Baden durch die Revolution von 1848 in Mitleidenschaft gezogen worden; nur durch die Hilfe preußischer Truppen war es möglich gewesen, die großherzogliche Regierung wieder einzusetzen. Dem jungen Großherzog Friedrich, der im Mai 1852 25jährig für seinen älteren regierungsunfähigen Bruder die Regierung übernahm, fiel die schwere Aufgabe zu, die auseinander-

5. G. L. A. K. Dipl. Spez. A. Bericht des Bundestagsgesandten von Marschall 26. XII. 1852 und Eingabe des Ministeriums des Äußern an Großherzog Friedrich 15. I. 1853.

6. Am Bund selbst wurde über dessen Beitritt gar nicht verhandelt und damit eine stillschweigende Mißbilligung des Protokolles ausgedrückt.

gefallenen Bestandteile des Landes wieder zusammenzukitten und ein geordnetes lebensfähiges Staatswesen aus den Trümmern der Revolution erstehen zu lassen. Er verfolgte zunächst die Maxime, nach innen möglichst konservativ zu verfahren, in außenpolitischer Hinsicht dagegen, sich möglichst zurückzuhalten. Unter der Leitung des Ministers von Meysenbug geriet die badische Außenpolitik in ein von Österreich bestimmtes Fahrwasser, besonders seit den Ereignissen des badischen Kirchenstreites vom Jahre 1854.

Gemäßigt und zurückhaltend war auch die Haltung der badischen Regierung in den weiteren Verhandlungen über die schleswig-holsteinische Frage am Bund, nachdem sie ihre Stellung gegen das Londoner Protokoll fixiert hatte. Mit der Unterzeichnung des Protokolles war der leidige Streitfall durchaus nicht aus der Welt geschafft. Dänemark zeigte von Anfang an das Bestreben, die eingegangenen Verpflichtungen nicht zu erfüllen. Die deutsche Nationalität wurde wie vorher in Schleswig nun auch in Holstein tyrannisch unterdrückt und geknebelt. Überall wurden dänische Beamte, dänische Schullehrer an Stelle der deutschen eingesetzt; die Presse wurde in ihrer Wirksamkeit außerordentlich beschränkt, Vereine und Versammlungen verboten und außerdem dem Lande ein schwerer Anteil der Kosten des von den Dänen zu seiner Unterdrückung geführten Krieges auferlegt. Die verheißene Verfassung kam erst im Jahre 1855 zustande und verkehrte das Wort von der Gleichberechtigung der deutschen und dänischen Nationalität genau in sein Gegenteil. Der Krimkrieg und die damit verbundene allgemeine europäische Spannung verhinderte ein tatkräftiges Eintreten Deutschlands für die Rechte der Schleswig-Holsteiner.

Im Juni 1856 richteten Preußen und Österreich vertrauliche Vorstellungen nach Kopenhagen, in denen sie an die Zusagen vom Januar 1852 erinnerten. Sie verließen aber bald diesen Weg internationaler Verhandlungen und brachten die Sache vor den Bund,⁷ um sie als innerdeutsche Angelegenheit zu behandeln. Am 11. Februar 1858 kam nach endlosen Verhandlungen zwischen Frankfurt und Kopenhagen ein Bundesbeschluß zu Stande, der die Verfassung von 1855 als für Holstein und Lauenburg nicht bestehend bezeich-

7. Der Bund war den Verabredungen vom Januar 1852, in denen Dänemark bestimmte Zusicherungen über die Verfassungsautonomie der Herzogtümer gab, beigetreten.

nete und von Dänemark bestimmte Vorschläge verlangte, wie es den Verabredungen von 1852 nachzukommen gedenke. Neue Ausflüchte Dänemarks folgten und führten zu dem Bundesbeschluß vom 29. Juli 1858, der mit der Bundesexekution drohte. Da hob der dänische König durch das Patent vom 6. November die Gesamtverfassung für Holstein und Lauenburg auf, ließ sie aber für Dänemark und Schleswig weiterbestehen, womit die Einverleibung Schleswigs nicht dem Namen, aber der Sache nach vollzogen war. Der Bund konnte rechtlich dagegen wenig ausrichten, da seine Forderungen, die sich nur auf Holstein und Lauenburg beziehen konnten, für diese beiden erfüllt worden waren. Die Holsteiner Stände wehrten sich gegen diese Trennung, konnten aber weder beim Bund, noch bei den deutschen Großmächten, die in den Krieg von 1859 verwickelt waren, eine Stütze finden.

Der badische Außenminister Freiherr von Meysenbug verfolgte, wie aus seinen Weisungen an den badischen Bundestagsgesandten hervorgeht, den Grundsatz, sich allen Maßregeln, die geeignet schienen, das Recht der Herzogtümer zu wahren, zuzustimmen, besonders sich tunlichst allen Vorschlägen der Großmächte anzuschließen. Dänemark gegenüber erachtete Meysenbug eine gemäßigte Politik für am Platze, „solange eine loyale Initiative von seiner Seite zur Lösung der inneren Schwierigkeiten zu erwarten steht.“⁸ Insbesondere wollte der badische Außenminister in engem Anschluß an den bayrischen Bundestagsgesandten von der Pfordten jede Verbindung mit volksmäßigen und revolutionären Elementen vermieden wissen, die eine aktivere Politik gegen Dänemark forderten; keine Politik sollte die andere an nationalem Eifer übertreffen wollen. — Wir sehen, wie sich die wenn auch milde Reaktion der Jahre 1850—60 auf alle Regierungszweige erstreckt und auch in der Behandlung dieser national-deutschen Frage zum Ausdruck kommt.

Erst mit dem inneren Umschwung des Jahres 1859 bahnte sich auch eine grundlegende Neuorientierung der badischen Außenpolitik an.

Großherzog Friedrich war groß geworden in den Gedanken-

8. Weisung Meysenbugs an den Bundestagsgesandten von Marschall, 7. Juni 1857. Dipl. Spez. A.

gängen des deutschen Liberalismus, er hatte in Häusser und Schlosser bewunderte Lehrer verehrt und sich im Verlauf der letzten Jahre einer Gruppe deutscher Fürsten genähert, die eine liberale Innenpolitik mit dem Streben nach einer Einigung Deutschlands durch Preußen verband. Zu dieser kleindeutsch gesinnten Fürstengruppe, die sich deutlich von dem Gros der übrigen Mittelstaaten abhob, gehörten Herzog Ernst von Koburg-Gotha, Karl Alexander von Weimar, Großherzog Peter von Oldenburg, Fürst Karl Anton von Hohenzollern und Herzog Friedrich von Augustenburg. Alle diese Fürsten sahen in Preußen das Land der Zukunft und in dem Prinzen von Preußen den zukünftigen Herrscher dieses Landes, der dazu berufen schien, Preußen durch eine liberale und nationale Politik an die Spitze von Deutschland zu führen. Die politische Verbindung, in die Großherzog Friedrich mit dem Prinzen von Preußen getreten war, wurde persönlich und menschlich gefestigt durch die Vermählung Friedrichs mit dessen Tochter Luise. Die innere Umwälzung des Jahres 1859, die Berufung des liberalen Ministeriums Stabel-Lamey löste auch die äußeren Beziehungen Badens von allen Fesseln und gab Raum für eine großzügige deutsche Politik.

Der Mann, der für diese Politik verantwortlich zeichnete, wurde Franz Freiherr von Roggenbach. Er entstammte einem alten breisgauischen Adelsgeschlechte, war Katholik von Geburt, aber tief durchdrungen von liberalen und deutschen Idealen. Eine nahe persönliche und gesinnungsmäßige Freundschaft verband ihn mit dem Großherzog, dessen Entschlüsse er seit 1857 als geheimer Berater beeinflusste. Weitgehend inspirierte er seinen Landesherren zu der Politik, die zu der Osterproklamation von 1860 führte. Es war nur eine äußere Festigung seiner Position, daß er im Frühjahr 1861 als Minister des Äußern in das neue Ministerium eintrat.

In den Bundesreformbestrebungen, die nach dem italienischen Krieg einsetzten, nahm Baden eine besonders exponierte Stellung ein; dem Reformprojekt des sächsischen Ministers von Beust, das die Hegemonie Österreichs im Bunde zu erhalten bestrebt war, setzte die badische Regierung einen eigenen Reformvorschlag entgegen, der vor allem auf eine Versöhnung, nicht Steigerung des Gegensatzes Preußen—Österreich hinauslief, und in seinen Hauptpunkten — Preußen an der Spitze des engeren Deutschland in einem

ewigen Schutz- und Trutzbündnis mit Österreich — den Radowitz'schen Unionsplan und die Politik der Erbkaiserpartei in modifizierter Form wieder aufleben ließ. Die strikte Gegenstellung Österreichs und der übrigen Mittelstaaten, der „Würzburger“,⁹ wird scharf gekennzeichnet durch die identischen Noten vom 2. Februar 1862.

Als Ersatz für die drohende Isolierung unter seinesgleichen mußte Baden die möglichst enge Verbindung mit Preußen dienen, die auch zunächst durch eine Gleichrichtung der beiden Regierungen gegeben schien; auch Preußen war seit der Eröffnung der „Neuen Aera“ 1859 und der Thronbesteigung König Wilhelms ein liberal regiertes Land, und das badische Reformprojekt wurde in engstem Einvernehmen mit dem preußischen Minister des Äußern von Bernstorff ausgearbeitet. Allein die Eröffnung des preußischen Verfassungskonfliktes und die damit verbundene Berufung des Grafen Bismarck trennte die Wege der beiden Regierungen. In dem grundsätzlichen Briefwechsel der beiden Herrscher¹⁰ kommt die Notwendigkeit dieser Trennung klar und zwingend zum Ausdruck. Auf der einen Seite das konservative Machtbewußtsein des preußischen Staatspartikularismus, frei von jeder ideologischen Verbrämung, auf der andern Seite die liberale Vorstellung von einer Einigung Deutschlands durch die moralischen Eroberungen eines national und freiheitlich regierten Preußens. Großherzog Friedrich und Roggenbach hielten an dem Fundament ihrer Anschauungen, der Berufung Preußens zur Führung in Deutschland, fest, aber sie bekämpften und mußten bekämpfen die Reaktion in Preußen, verkörpert in Bismarck. Das führte zu der Anomalie, daß Roggenbach in der zweiten badischen Kammer eine Ovation zugunsten des preußischen Abgeordnetenhauses förderte, während wenig später auf dem Frankfurter Fürstentag Großherzog Friedrich als der einzige energische und zielsichere Parteigänger Preußens auftrat.

Je mehr die Zuspitzung des preußischen Verfassungskonfliktes die Grundlage der deutschen Politik Badens unterhöhlte, umso mehr

9. So genannt nach der Würzburger Konferenz vom 21. November 1859 auf der die mittelstaatlichen Reformpläne beraten wurden und an der Baden ostentativ nicht teilgenommen hatte.

10. Hermann Oncken: Großherzog Friedrich und die deutsche Politik 1854—71, Stuttgart 1927, Bd. 1.

nahm sich Roggenbach der schleswig-holsteinischen Frage an. Seine weitausgreifende deutsche Politik war von seinen übrigen Ministerkollegen mit mehr Mißvergnügen als Freude verfolgt worden, ihr Liberalismus erschöpfte sich in innerbadischen Problemen und hatte wenig Verständnis für eine Politik, die Baden aus dem Gleichmaß der übrigen Mittelstaaten hervorzuheben schien. Schon im Dezember 1861 schrieb der württembergische Gesandte von Thumb, dessen Urteile allerdings wegen seiner Antipathie gegen Roggenbach etwas vorsichtig aufzunehmen sind, nach¹¹ Hause, Minister Stabel habe ihm erzählt, „er habe in der gestrigen Adreßdebatte gleich anfangs von der Ministerbank das Wort ergriffen, um es seinem Kollegen des Äußern unmöglich zu machen, sich in zu weitgehender d. h. wohl in preußisch-klein-deutscher Richtung auszusprechen. Also das enfant terrible seiner Kollegen ist der Herzensminister seines Fürsten.“ Oder am 27. Februar 1862: „Der Großherzog scheint mit Herrn von Roggenbach noch eng zusammenzugehen, die übrigen Minister halten sich teils bei Seite, teils beklagen sie geradezu die Isolierungspolitik ihres Kollegen in der deutschen Frage, ähnlich wie ein großer Teil der höher gestellten und minder ängstlichen Persönlichkeiten.“ — Die Lage der Dinge stieß Roggenbach direkt auf die schleswig-holsteinische Frage, aus deren Aufrollung unerhört neue und unverbrauchte Impulse für eine nationale Einigung Deutschlands zu ziehen sein mußten, und die nebenbei die deutsche Politik des badischen Ministers seinem Lande und seinen Kollegen gegenüber mit einem populären und nationalen Inhalt erfüllen konnte.

Schon von Beginn seiner Ministerlaufbahn an ist ein großes Interesse Roggenbachs für das Schicksal der nordischen Herzogtümer festzustellen. Eine Denkschrift vom 25. Juni 1861, also sehr bald nach seinem Amtsantritt, richtet sich scharf gegen das Londoner Protokoll und ruft alle Regierungen, „die nicht mehr im Geiste jener Zeit befangen sind“, zu seiner Bekämpfung auf. Aus der deutlichen Nichtvollziehung der Bedingungen vom Januar 1852 leitet er den Schluß ab, daß sie nicht vollziehbar sind; nach seiner Ansicht muß vielmehr auf den Rechtsboden der Zeit vor 1846, vor dem „offenen Brief“, vor dem ersten dänischen Rechtsbruch zurück-

11. W. St. A.

gekehrt werden. Roggenbach war sich klar, daß diese Forderungen, die eine unerhörte Auflehnung gegen die gesamten europäischen Großmächte enthielten, allein im Falle einer europäischen Verwicklung, im Laufe derer die Herzogtümer als Äquivalent für etwaige deutsche militärische oder politische Hilfe beansprucht werden konnten, zu verwirklichen waren. Er trat deshalb zunächst für eine Erklärung des Bundes ein, „daß die Basis von 1851/52 von deutscher Seite nunmehr, nachdem Dänemark beharrlich ihre Ausführung verweigere, auch als unverbindlich betrachtet werden würde“. — Damit war die vorsichtige Zurückhaltung Meysenbugs aufgegeben. Ein enger Bundesgenosse dieser Bestrebungen erstand in dem Großherzog von Oldenburg, der durch seine Zugehörigkeit zum Hause Gottorp an allen Fragen, die die Herzogtümer betrafen, stark innerlich beteiligt war.

Roggenbach verzichtete zunächst darauf, am Bunde aktiv vorzugehen, da er in den erneuten direkten Verhandlungen zwischen Wien und Berlin einerseits und Kopenhagen andererseits, die Ende Oktober 1861 wieder einsetzten, weit größere Möglichkeiten sah. Er hegte sogar die Hoffnung, die beiden Großmächte würden bei weiterer Hartnäckigkeit Dänemarks selbst das Londoner Protokoll verlassen und zu den alten Forderungen zurückkehren. Allein er täuschte sich über den Grad der Anteilnahme der beiden Großmächte. Sie betrachteten die Herzogtümerangelegenheit doch nur als eine mehr peripherische Frage ihrer großen Politik. Trotz eines vermittelnden Eingreifens des englischen Ministers Lord Russell September 1862 blieb Dänemark widerspenstig, und die Verhandlungen verliefen ergebnislos. Dänemark verließ sich eben auf die Kriegsmüdigkeit der Großmächte, auf die dänenfreundliche Stimmung in England und nicht zuletzt auf die Zerrissenheit Deutschlands, die in Gestalt der Bundesreformkämpfe alte Gegensätze belebte.

In Anbetracht dieser Stagnation tat Roggenbach nun einen Schritt, der von seiner politischen Unvoreingenommenheit, die ihn rühmlich von dem Gros des doktrinären Parteiliberalismus abhebt, zeugt; er sucht Bismarck in ein schleswig-holsteinisches Aktionsprogramm einzuspannen. Als im Oktober 1862 Max Duncker, der persönliche Berater des preußischen Kronprinzen und zugleich einer

der liberalen Freunde Roggenbachs,¹² durch Karlsruhe kam, unterbreitete ihm Roggenbach folgende Vorschläge mit der Bitte, sie Bismarck zu übermitteln:¹³ Im Falle des Todes des Erbprinzen Ferdinand von Dänemark, der bald zu erwarten war, müsse Preußen sofort die Herzogtümer besetzen und die Thronfolge des Augustenburger erklären ohne Rücksicht auf das Londoner Protokoll, das vom Deutschen Bund nie anerkannt worden sei. Dabei sei es von großer Wichtigkeit, wenn Schweden gleichzeitig die dänischen Inseln besetze, und er — Roggenbach — sei bereit, zwecks Verhandlungen mit dem schwedischen König seine Verbindungen mit dem schwedischen Hofe zur Verfügung zu stellen. Die Antwort, die Bismarck durch den preußischen Gesandten in Karlsruhe von Flemming¹⁴ Roggenbach übermitteln ließ, war ablehnend im Inhalt und absprechend im Ton. Nur in der Grundthese, nämlich, daß nur durch einen Krieg die schleswig-holsteinische Frage in einer für Deutschland erwünschten Weise geregelt werden könne, besteht Übereinstimmung, der ganze übrige Inhalt ist eine einzige Antithese zu den Roggenbach'schen Vorschlägen. Preußen ist mit Österreich, ob zu seiner Freude oder nicht, an das Londoner Protokoll gebunden und kann sich nur durch einen kriegerischen Bruch davon lossagen. In diesem letzteren Falle werden jedoch die „Intriguen der Würzburger Regierungen und deren Einfluß auf die Stimmung in Deutschland“ sehr nebensächlich, allein maßgebend dagegen die europäische Konstellation sein. Die Augustenburger Kandidatur wird unter den jetzigen Bundesverhältnissen, als mit dem Interesse Preußens unverträglich abgelehnt, „die es nicht erlauben einen Krieg zu führen, um im günstigsten Falle in Schleswig-Holstein einen neuen Großherzog einzusetzen, der aus Furcht vor preußischen Annektierungsgelüsten im Bunde gegen uns stimmen, und dessen Regierung ein bereitwilliges Objekt österreichischer Umtriebe sein würde, ungeachtet aller Dankbarkeit, die er Preußen für seine Einsetzung schulden möchte“. — Der Vorschlag Roggenbachs lief indirekt auf Folgendes hinaus: Preußen stellt sich durch eine nationale Tat an die Spitze Deutschlands, das ihm willig folgen

12. Vgl. über ihn Rudolf Haym: Das Leben Max Dunckers. Berlin 1891.

13. Bismarck-Jahrbuch IV, S. 193.

14. Bismarck, Ges. Werke, Bd. 4, S. 27/28.

wird, und beendet dadurch mit einem Schlage alle Kämpfe um Neugestaltung. Bismarck dagegen verzichtete auf eine Machtsteigerung Preußens, die sich auf die liberalen und nationalen Kreise in Deutschland stützte und legitimierte seine Politik allein durch das preußische Staatsinteresse; er zog radikal die Konsequenzen aus dem Mißlingen der preußischen Unionspolitik 1849/50. Der badische Minister dagegen glaubte an ein erfolgreiches Wiederaufleben in veränderter Form. Es muß Roggenbach klar geworden sein, daß weder innen- noch außenpolitisch eine gemeinsame Linie mit dem preußischen Ministerpräsidenten möglich war; weder in den preußischen noch in den badischen Akten findet sich eine Fortsetzung dieses Briefwechsels.

Inzwischen benutzte Dänemark die erneute Verschlechterung der europäischen Situation durch den polnischen Aufstand, um zu einem weitgehenden Schlage auszuholen. Am 30. März 1863 erließ Friedrich VII. ein Patent, durch das er ohne Befragung der Stände eine neue Verfassung für Holstein oktroyierte, während die Verfassung für Dänemark und Schleswig offiziell als weiterbestehend und damit die Inkorporation Schlesiens deklariert wurde. Während der Bund sich daran machte, sich gegen diesen eklatanten Vertragsbruch Dänemarks zur Wehr zu setzen, glaubte Roggenbach jetzt in besonderem Maße ein Erfolg versprechendes Handeln in die Hände der beiden Großmächte gelegt. Durch die Aufrollung der polnischen Frage sah er den deutschen Großmächten die Gelegenheit gegeben, eine gründliche Bereinigung der nordischen Streitsache aus dieser allgemein europäischen Verwicklung hervorgehen zu lassen; jetzt mußten auch die Herzogtümer in den Bereich der strittigen Fragenkomplexe gezogen und als Austauschobjekt behandelt werden. Es war aber klar, daß nur in einer Verbindung mit den Westmächten, die mehr oder weniger mit den Polen sympathisierten, eine Besserung der Lage der Herzogtümer oder gar ihre Lösung von Dänemark erreicht werden konnte; von dem zaristischen Rußland, das selbst seine Polen unterdrückte, konnte keinerlei Entgegenkommen in dieser Richtung erwartet werden. Der Abschluß der Alvenslebenschens Konvention, die Preußen an Rußland kettete, bewog Roggenbach sein Rücktrittsgesuch zu stellen, das allerdings erfolglos blieb.

Es liegt in der Linie dieser Anschauungen, daß sich die badische Regierung durchaus nicht ablehnend verhielt, als Napoleon an die deutschen Mittelstaaten die Einladung richtete, sich einer Appellation anzuschließen, die England, Frankreich und Österreich am 10. und 12. April 1863 an den Zaren richteten, und diesen zu Reformen und baldiger Beilegung des Aufstandes aufforderte. Die badische Regierung lehnte es zwar für sich ab, „einen freundschaftlichen Rat“ in Petersburg zu erteilen, sie schickte sich aber an, die Sache an den Bund zu bringen. Am 20. April erhielt der badische Gesandte in Wien und in Berlin den Auftrag, deshalb zu sondieren und das grundsätzliche Einverständnis Badens mit dem Vorgehen der Interventionsmächte zu erklären.¹⁵ Diese badischen Ansichten stießen bei Bismarck auf den größten Widerspruch. Nach einem Bericht des Grafen von der Goltz¹⁶ und nach einem Gespräch mit dem badischen Gesandten von Marschall glaubte sich Bismarck zu der Annahme berechtigt, Baden werde dem französischen Ansinnen Folge leisten, und er gab seiner Entrüstung Marschall gegenüber in den schärfsten Worten Ausdruck. Der preußische Ministerpräsident hielt es für vollkommen überflüssig, daß die deutschen Mittelstaaten sich überhaupt mit den polnischen Dingen aktiv befaßten, besonders, da Preußen und Österreich in dieser Sache nicht auf derselben Linie standen und verabscheute es besonders, daß Baden gleichsam unter der Ägide Frankreichs vorzugehen schien. Am 25. April erschien in der Kreuzzeitung ein sehr scharfer Artikel, der die Haltung Badens nach dieser Richtung hin verdächtigte. — Tief verletzt durch das schroffe Vorgehen Bismarcks verteidigte Roggenbach seine guten Absichten, und der Großherzog sandte ein Memorandum¹⁷ an seinen Schwiegervater, in dem er die badische Auffassung der polnischen Frage ausführlich erörterte. Bismarck lenkte daraufhin ein und beauftragte am 1. Mai Flemming, sich Roggenbach gegenüber in „aner kennender Weise über die zur französischen Einladung definitiv eingenommenen Haltung auszusprechen“.¹⁸

15. Vgl. Bericht des preußischen Bundestagsgesandten von Sydow, 22. IV. 63; ferner Berichte des preußischen Gesandten in Karlsruhe von Flemming vom 28. und 29. IV. 63. Akten Ibbeken.

16. Preußischer Gesandter in Paris.

17. Vgl. Oncken, a. O. S. 341/42.

18. Erlaß Bismarcks an Flemming 1. Mai 63. Akten Ibbeken.

Die Erbitterung des Karlsruher Hofes gegen den preußischen Ministerpräsidenten wurde durch diese Ereignisse aufs äußerste gesteigert. Ein treffendes Bild dieser Stimmung gibt ein Artikel der Karlsruher Zeitung, datiert vom 30. April 63, der die oben erwähnten Angriffe der Kreuzzeitung zurückweist. Er wurde von dem Historiker Hermann Baumgarten, dem publizistischen Vertrauten Roggenbachs als eine Kriegserklärung der badischen Regierung gegen Bismarck bezeichnet. Es heißt darin, die badische Regierung könne den leichtfertigen und verzweifelten Trugschlüssen der von der Kreuzzeitung empfohlenen russenfreundlichen Politik nicht folgen, die weder der notwendigen Rücksichtnahme auf das europäische Gleichgewicht, noch der Erhaltung des Weltfriedens, noch den nationalen Interessen Deutschlands entspreche . . .“ ein solches Interesse liegt zur Zeit allein in der holsteinischen Frage. Durch sie wird unsere Politik und unsere politischen Verbindungen sich bestimmen lassen müssen. Die Kreuzzeitung wird aber gewiß nicht im Stande sein, uns zu sagen, mit welchen politischen Kombinationen wir am besten unser gutes Recht und unsere in Holstein verpfändete Ehre beschützen können.“ Baumgarten ergänzt diese Ausführungen in einem Schreiben an Sybel, etwas übertreibend: „Wie Sie begreifen, kann Baden einen solchen Schritt nur tun in der Überzeugung, daß wir beim absoluten aut-aut angekommen sind, diese Überzeugung herrscht hier in vollem Maße. Roggenbach bittet, Ihnen zu sagen: Wenn Sie Bismarck jetzt nicht stürzen, so kann er sich auf die Dauer befestigen.“¹⁹ — Erst mit den Ereignissen des Frankfurter Fürstentages trat eine merkliche Besserung der Beziehungen zwischen Berlin und Karlsruhe wieder ein.

In der Bundestagssitzung vom 9. Juli wurde über das Vergehen Dänemarks verhandelt. Von der Majorität wurde ein Antrag des schleswig-holsteinischen Ausschusses angenommen, der Dänemark ein Ultimatum von 6 Wochen stellte zur Zurücknahme des Märzpatentes und Anbahnung einer verfassungsmäßigen Regierung, und mit der Bundesexekution drohte. In derselben Sitzung lag ein Antrag Oldenburgs vor, der Bund solle nach der Loslösung Dänemarks von den Vereinbarungen von 1852 nun auch seinerseits alle

19. Julius Heyderhoff: Deutscher Liberalismus im Zeitalter Bismarcks, eine politische Briefsammlung, 1925, I. Bd., S. 147.

Zugeständnisse zurücknehmen und sich wieder auf den alten Rechtsboden stellen. Für diesen radikaleren Antrag stimmten jedoch nur Koburg-Gotha und Baden. Die Begründung, die Roggenbach in einem Reskript vom 1. Juli für diese Abstimmung gab, ist kennzeichnend für die Stellung Badens. Ihr Inhalt ist kurz folgender: Baden ist von der Verderblichkeit der Exekution, die eine Anerkennung der Londoner Abmachungen in sich schließt, überzeugt und schließt sich deshalb dem oldenburgischen Antrag an, „obwohl es die Stellung eines deutschen Mittelstaates nicht klug, nicht reiflich erscheinen läßt, in einer Frage, welche ohne tätige Mitwirkung der beiden deutschen Großmächte einer ersprießlichen Lösung nicht zugeführt werden kann, die dem übereinstimmenden Verhalten derselben entgegenstehende schroffe Haltung einzunehmen.“ — Baden verfügt nicht über die realen Mittel, um seine Überzeugungen gegenüber der großen Majorität der andern in die Tat umsetzen zu können; da seine Stellung als Bundesstaat im Deutschen Bund eine Existenzfrage für das Großherzogtum bedeutet, und jede starre und tatsächlich festgehaltene Sonderstellung zu einer Gefahr werden kann, gebietet die Klugheit sogar, sich der Durchführung des Beschlusses der Bundesversammlung trotz entgegengesetzter Abstimmung anzuschließen und „ein einmütiges tatsächliches Vorgehen aller hohen Bundesregierungen ihrerseits nicht durch zurückhaltende Sonderstellung abzuschwächen“.

Eine merkwürdige Zwitterhaftigkeit der badischen Bundestags-erklärungen ist die Folge davon. Aber doch ergreift Roggenbach nicht das leichtere und bequemere Mittel, sich einfach den Beschlüssen der Mehrheit zu fügen und die gewöhnliche schwunglose Bundespolitik mitzumachen. Überzeugt von der nationalen Notwendigkeit und Wahrheit ihrer Anschauungen halten sowohl Roggenbach als auch der Großherzog es für ihre Pflicht, ein Licht in der Finsternis zu sein, und diese Wahrheit immer wieder zu bezeugen. Wie sehr allerdings dieses Verhalten ein Dilemma zwischen Überzeugung und sachlicher Politik hervorrufen mußte, wird die Folgezeit lehren. Als am 1. Oktober die Exekution fast einstimmig beschlossen wurde, waren die einzigen Dissentierenden Dänemark, Luxemburg — und Baden. Der badische Bundestagsgesandte von Mohl griff in seiner Abstimmung auf die badische Erklärung vom 9. Juli zurück und erklärte, daß Baden zwar dem Exekutions-

verfahren nicht zustimmen könne, aber bereit sei, sich an allen durch Mehrheitsbeschlüsse hervorgerufenen Maßregeln zu beteiligen. Sogar Oldenburg stimmte dieses Mal den Ausschußanträgen zu.

Die Stellung Herrn von Roggenbachs war Ende 1863 sehr schwach; Baden war tatsächlich weitgehend isoliert; seine ausgesprochen preußisch-deutsche Politik hatte es am Bund derart in Mißkredit gebracht, daß ein von ihm eingebrachter Antrag von vorne herein auf Mißtrauen und Ablehnung stieß und der badische Bundestagsgesandte von Mohl in keinen der Bundesausschüsse gewählt wurde. Auch die Ansätze zu einer betont nationalen Politik in der schleswig-holsteinischen Frage waren auf wenig Gegenliebe gestoßen und im Betriebe des Bundestages versandet oder sonstwie gescheitert. — Die Aufrollung der Erbfolgefrage durch den Tod Friedrichs VII. von Dänemark eröffnete die Aussicht sowohl auf Verwirklichung der weitgehenden Forderungen Roggenbachs für die Herzogtümer und für Deutschland, als auf eine Steigerung des badischen Ansehens in einem national geeinten Deutschland.

Zweites Kapitel.

Vom Tode des Dänenkönigs Friedrichs VII. bis zum Exekutionsbeschluß 6. Dezember 1863.

A. Erstes Vorgehen Badens für den Augustenburger.

Unter den ungünstigsten Vorbedingungen bestieg der „Protokollprinz“ Christian von Glücksburg den dänischen Thron. Am 13. November war im dänischen Staatsrat eine neue Verfassung, die Schleswig unter Ausschluß von Holstein definitiv inkorporierte, beschlossen worden; es fehlte nur noch die Unterschrift des Königs, um ihr Gültigkeit zu verleihen. Gegen seinen Willen, unter dem Druck der eiderdänischen Demokratie, mußte König Christian am 18. November diese Verfassung bestätigen, die in unerhörter Weise alle Rücksichten auf die deutschen Forderungen außer acht ließ.

Es war jedoch nicht diese Verfassungsfrage, die in Deutschland einen ungeheuren Begeisterungsturm für die Sache der Herzogtümer hervorrief, sondern in weit höherem Maße die Frage der Erbfolge und die damit verbundene Möglichkeit der Loslösung der Herzogtümer von Dänemark überhaupt.

Wie oben gezeigt, galt das Londoner Protokoll durchaus nicht für Deutschland in seiner Gesamtheit, da weder der Bund noch die Mittelstaaten seinen Bestimmungen beigetreten waren, ganz abgesehen davon, daß seine Festlegung von dem Gros der öffentlichen Meinung als schändlich und schmachvoll für Deutschland angesehen wurde. Als daher Erbprinz Friedrich v. Augustenburg am 18. November in allen Zeitungen durch eine Proklamation Deutschland seinen Regierungsantritt als Herzog von Schleswig-Holstein mitteilte, schlug ihm eine ungeheuerere Woge nationaler Zustimmung entgegen. In allen Ständeversammlungen gingen Petitionen zu seinen Gunsten ein,

Volksversammlungen und Flugschriften setzten die Massen für ihn in Bewegung; ein Aufruf des Nationalvereins am 24. Nov. 1863¹ rief mit flammenden Worten zur Befreiung Schleswig-Holsteins auf und richtete an alle Gemeinden, Korporationen, Vereine etc. die Aufforderung, Geld, Mannschaften, Waffen und Mittel zur Unterstützung der Schleswig-Holsteiner bereit zu halten.

Der neue Herzog errichtete sein Hauptquartier in Gotha mit Zustimmung des Herzogs Ernst, der ihn sofort offiziell anerkannte, und umgab sich mit Männern wie Samwer, Francke etc., die als flüchtige Schleswig-Holsteiner 1849 in Koburgische Dienste aufgenommen worden waren und ihm jetzt vom Herzog bereitwilligst zur Verfügung gestellt wurden.

Trotz des großen Widerhalls, den das Auftreten des Herzogs in Deutschland gefunden hatte, hing seine Position zunächst vollkommen in der Luft. In Schleswig-Holstein konnte er vorläufig noch gar nichts erreichen, er war den Bewohnern, mit Ausnahme von einigen führenden Patrioten wie z. B. Hugo Jensen, ziemlich fremd, und erst allmählich faßte er durch lebhaftes Agitation, Volksversammlungen und Propaganda festen Boden in der Bevölkerung —, ganz abgesehen davon, daß das Land von den Dänen besetzt war. Es mußte die drängendste und nächste Aufgabe der herzoglichen Diplomatie sein, die Machtfaktoren in Deutschland für den Herzog in Bewegung zu setzen. Die Tatsache, daß Wien und Berlin das Londoner Protokoll unterzeichnet hatten, schob das erste große Hindernis in den Weg; dazu kam, daß die Persönlichkeiten der führenden Minister Bismarck und Rechberg zu keinen großen Hoffnungen in einer derart von der Bevölkerung getragenen Sache berechtigten.² Herzog Friedrich empfing am 18. November in Berlin eine mehr oder weniger verschleierte Absage; Bismarck sowohl als auch König Wilhelm erklärten sich vorläufig an das Londoner Protokoll gebunden, der König gab ihm jedoch den

1. Hermann Oncken: Rudolf v. Bennigsen I. Bd. S. 623.

2. Samwer an Roggenbach 16. Nov.: „in eine unglücklichere Zeit als da Bismarck und Rechberg in Deutschland regierten, habe der Tod des Dänenkönigs nicht fallen können; die Schwierigkeit befreie indessen nicht von der Pflicht.“ Jansen-Samwer S. 113.

Rat, sich an den Bund zu wenden. Der Bund — das waren, wenn Österreich und Preußen wegfielen, die deutschen Mittelstaaten. Obwohl für diese im Hinblick auf die Begeisterung der Bevölkerungen eine antiaugustenburgische Politik zu einem Ding der Unmöglichkeit geworden war, wurden ihre Regierungen doch von dem doppelten Bestreben beherrscht, einmal sich von der Volksbewegung nicht zu weit fortreißen zu lassen, dann aber auch den Kontakt mit ihr nicht zu verlieren. Eine allzuklare und eindeutige Stellungnahme war also nicht zu erwarten, besonders, da die Furcht vor dem abweichenden Verhalten der Großmächte eine zurückhaltende Politik noch mehr zu rechtfertigen schien. Von den größeren Mittelstaaten schien Bayern zu den meisten Hoffnungen zu berechtigen.

Die einzigen, die sich sofort und eindeutig für die Anerkennung des neuen Fürsten und für energische Durchsetzung seiner Rechte aussprachen, auch für sich selbst sofort die Anerkennung vollzogen, waren die Vertreter jener kleinen oben erwähnten Fürstengruppe, der der Augustenburger ja auch lose angehört hatte, Sachsen-Koburg, Sachsen-Weimar und Baden.

Schon lange bestanden enge Beziehungen zwischen dem badischen Hofe und dem Augustenburger Kreis. Nicht nur waren sich der Herzog von Augustenburg und Großherzog Friedrich durch gleichgerichtete deutsche und liberale Interessen näher getreten, auch Roggenbach und Samwer waren durch langjährige Freundschaft, die ebenfalls auf dem Boden des Liberalismus erwachsen war, verbunden; Roggenbach hatte sogar in den ersten Jahren seines Ministeriums daran gedacht, Samwer als seinen nächsten Mitarbeiter nach Karlsruhe zu ziehen.³

Bereits auf dem Frankfurter Fürstentag hatten Besprechungen zwischen Roggenbach, Samwer und dem badischen Bundestagsgesandten v. Mohl darüber stattgefunden, was im Falle eines plötzlichen Todes des dänischen Königs zu geschehen habe. Es wurde verabredet, die notwendigen Papiere für die Anzeige eines Regierungsantrittes des Herzogs am Bunde Mohl durch den Prinzen Waldemar⁴ zu übergeben, um den badi-

3. Roggenbach an Duncker, 29. Mai 1861 in Max Duncker Briefwechsel S. 278.

4. Preußischer Befehlshaber in Frankfurt.

schen Bundesgesandten in Stand zu setzen, sofort gegebenenfalls eine Notifikation am Bunde einzubringen; eine eventuelle Vertretung des Herzogs am Bunde durch Mohl war damit in Aussicht genommen. Als nun aber das erwartete Ereignis tatsächlich eintrat, war nichts vorbereitet. Die betreffenden Aktenstücke⁵ waren, wie aus einem Bericht Mohls vom 16. November hervorgeht, noch nicht bei ihm eingetroffen; gleichzeitig fragte Mohl in Karlsruhe an, ob er die Vertretung des Augustenburgers am Bunde übernehmen solle, falls sie ihm nun wirklich angeboten würde, sprach sich aber selbst gegen ein allzu ausgesprochenes Hervortreten Badens aus, „wenn es auf diese Weise sich in erste Linie stellt in einer Sache, welche es nicht besonders berührt, und gegen die Position, welche die beiden Großmächte in der Sache einnehmen müssen.“

Inzwischen waren auch in Karlsruhe Telegramme von Gotha eingelaufen, die um die Erlaubnis zu einer Vertretung des Augustenburgers am Bunde durch Mohl offiziell ersuchten. Auch Roggenbach hatte Bedenken, diese Erlaubnis sofort zu erteilen, allerdings andersgeartete als sein vorsichtiger und rechtskundiger Bundestagsgesandter. Gerade um die Bewegungsfreiheit Badens am Bunde nicht zu schmälern und den Wert einer selbständigen Unterstützung nicht zu vermindern, hätte Roggenbach es lieber gesehen, wenn eine führende Persönlichkeit aus dem Lande herangezogen worden wäre. Er antwortete in diesem Sinne nach Gotha. Ein erneutes dringendes Telegramm Samwers folgte: Mohl solle nur eine Vollmacht ad interim, vielleicht nur für 14 Tage, erhalten, bis ein qualifizierter Landesangehöriger gefunden sei; die formelle Anzeige des Regierungsantrittes könne aber nur durch einen Bevollmächtigten erfolgen, und es sei sehr dringlich, um nicht später wie der Gegner zu kommen. „Die Verlegenheit ist groß.“

Nach einer Beratung im Staatsministerium erhielt Mohl am 18. November die Erlaubnis zur Übernahme der Vollmacht, „weil Gefahr in Verzug und vor einigen Tagen kein Landes-

5. Besitzergreifungspatent, eine Vollmacht für einen Gesandten zum Eintritt in die Bundesversammlung für Holstein, ein Protest gegen etwaige Vergewaltigung.

angehöriger erscheinen kann“.⁶ Die badische Regierung wie auch Mohl selbst⁷ dachten also nur an eine ganz vorübergehende Besorgung dieses Amtes, das Mohl ja überhaupt mit ziemlich gemischten Gefühlen angenommen hatte.

Eine Stelle aus einem Bericht des preußischen Bundestagsgesandten v. Sydow vom 19. November wirft ein ziemlich deutliches Licht darauf; es heißt da über ein Gespräch mit Mohl: „Mohl verhehlt sich nicht die voraussichtliche Vergeblichkeit des ganzen durch Koburg-Gotha voreilig beförderten und auch von Baden in Schutz genommenen Schrittes des Erbprinzen von Augustenburg, welcher immerhin Weiterungen zur Folge haben wird. Er beabsichtigt heute, den Erbprinzen zu ersuchen, ihn von dem Mandat baldmöglichst zu befreien.“⁸

Hatte sich die badische Regierung derart für den Augustenburger exponiert, so mußte sie auch unbedingt Sorge dafür tragen, einen fühlbaren Einfluß auf die Entschließungen und Handlungen des herzoglichen Hofes zu gewinnen, um nicht Mohl vollkommen unkontrollierbaren Weisungen auszusetzen. Zu diesem Zwecke wurde der badische Gesandte in Wien v. Edelsheim als Berater des Herzogs nach Gotha geschickt. Aus der Edelsheim'schen Korrespondenz liegt uns ein undatiertes Schriftstück vor, das die Überschrift trägt: „Zu berücksichtigende Punkte für die nächste Behandlung der holsteinischen Sache“ und wohl als Niederschrift einer mündlichen Instruktion durch Roggenbach angesehen werden darf.⁹

Als besonders wichtig erscheint darin Punkt 6: „der Herzog von Holstein muß faktisch Besitz ergreifen“ durch Betreten des holsteinischen Bodens, durch Berufung der holsteinischen Stände und Aufforderung zur Huldigung etc. ... und Punkt 8: „Aufforderung des Herzogs an die schleswig-holsteinischen Truppen, in sein Land zurückzukehren, an die Dänen, es zu verlassen. In einem Telegramm, das Roggenbach zur Empfehlung Edelsheims an Samwer richtete, heißt es zum Schluß: „Nur Handeln und Haut zu Markte tragen kann helfen.“

6. Telegramm Roggenbachs an Mohl 18. Nov. Dipl. Spez. A. G. L. A. K.

7. Robert v. Mohl: Lebenserinnerungen Bd. II S. 255.

8. G. St. A. Berlin I. [A. A. e. 33 Vol. 18.

9. Eine offizielle Instruktion ist in den Dipl. Spez. A. nicht enthalten.

Allein der Herzog konnte nicht ohne reale Machtmittel in Holstein auftreten, wenn er nicht Gefahr laufen wollte, von den Dänen gefangengesetzt zu werden; diese Machtmittel zu liefern, schien der Bund die einzige Instanz. Ein Bundesheer mußte den sofortigen Einzug des Herzogs in Holstein ermöglichen.¹⁰ Diese Erwartung Roggenbachs erwies sich jedoch als Utopie; sie hätte die sofortige Anerkennung des Herzogs vorausgesetzt, die bei der Schwierigkeit der juristischen Streitfragen und der Gegenstellung der beiden Großmächte unmöglich schon sobald erwartet werden konnte. In Anbetracht dieser Umstände bequeme sich Roggenbach zu einer bescheideneren Formulierung seiner Ideen: die Frage des Erbrechtes sei am besten vorläufig am Bunde gar nicht zu diskutieren, dieser solle nur Mittel zur Erhaltung und zum Schutze jenes Rechtes in Betracht ziehen.¹¹ Auf diese Formel, die in der Praxis auf eine Besetzung der Herzogtümer für den Herzog hinauslaufen konnte, legte sich Baden in der Bundestagssitzung vom 21. November fest.

Gleichzeitig suchte Roggenbach die andern Mittelstaaten, besonders Bayern, für seine Anschauungen zu gewinnen. In einem Schreiben an den badischen Gesandten in München entwickelt der badische Außenminister seinen Standpunkt von der Berechtigung des Herzogs und den hieraus dem Bund erwachsenden Aufgaben besonders klar und eindringlich: Wenn der Bund den Augustenburger schützt, so erfüllt er eine europäische und eine deutsche Pflicht. „Es ist zunächst Aufgabe des Bundes, der nun Europa beweisen kann, daß er den Hauptzweck seiner Gründung, die gegenseitige Anerkennung und Gewährleistung der politischen Existenz und des staatsrechtlichen Bestandes seiner Mitglieder, zu wahren und äußersten Falles mit den Waffen in der Hand zu erfüllen weiß.“ Der Bund soll den Augustenburger anerkennen und dann auf einem europäischen Kongreß für die Integrität seiner Bundesländer eintreten. „Es ist nicht nur Schleswig-Holsteins lang mit Füßen

10. Weisung Rog.'s an den badischen Gesandten in Berlin v. Marschall 16. Nov. Dipl. Spez. A. G. L. A. K.

11. Rog. an den oldenburgischen Minister Rössing 20. Nov. Dipl. Spez. A. G. L. A. K. Weisung Rog.'s an alle badischen Gesandtschaften 20. Nov.

getretenes Recht, dessen Wiederherstellung gehofft werden kann, es ist ganz besonders Deutschlands gesamte Machtstellung, die jetzt in den Vordergrund tritt. Deutschland muß sich in die Lage setzen, über seine Fragen zuerst zu entscheiden und die Hauptstimme darüber selbst zu führen.“ — Der Rahmen, in den für Roggenbach die schleswig-holsteinische Sache gespannt ist, ist sehr weit; er umfaßt Macht, Ehre und Ansehen des so oft gedemütigten Deutschland und erst in zweiter Linie eine Frage der Legitimität und des Fürstenrechtes.

Allein unter seinen mittelstaatlichen Kollegen war keiner, der mit dem gleichen Schwung der Idee und dem gleichen Verständnis für die Größe der auf dem Spiele stehenden Dinge die Ereignisse angesehen hätte. Wohl erwuchs ein guter Helfer und Bundesgenosse in dem bayrischen Bundestagsgesandten v. d. Pfordten, der sich als Referent des schleswig-holsteinischen Ausschusses mit Leidenschaftlichkeit und großer Sachkenntnis der Erbfolgefrage annahm; dessen Eifer wurde aber immer wieder durch die zögernde Vorsicht seines Ministers v. Schrenck, der sich lange scheute, etwas gegen den Willen der beiden Großmächte zu unternehmen, eingedämmt. Auch mit den andern Mittelstaaten, besonders mit Württemberg, suchte sich Roggenbach auf einer gemeinsamen Linie zu finden. Aber sie blieben alle in ihren Absichten hinter seinen kühn vorwärtstrebenden Aktionsplänen zurück in einer vorsichtig zuwartenden Verhaltungsweise, die den Kammern wohl durch Erklärungen¹² für den Augustenburger entgegenkam, einer ausgeprägten Stellungnahme aber auswich.

Infolgedessen mußte Mohl von der Bundestagssitzung am 21. November berichten, sie sei matt und prinzipienlos verlaufen. Der dänische Gesandte Dirckinck-Holmfeld zeigte den Tod Friedrichs VII. und die Thronbesteigung Christians IX. an. Baden stellte 2 Anträge: 1. daß mit dieser Anzeige die Tätigkeit des Gesandten als abgeschlossen angesehen werden möge; 2. der Bund wolle die zum Schutz der Erbfolgerechte in den Herzog-

12. In Württemberg war besonders der greise König Wilhelm I. das Hindernis einer ausgesprochenen nationalen Politik; er sah in der schleswig-holsteinischen Bewegung die Gefahr einer zweiten 48er Revolution.

tüchern Holstein und Lauenburg dienlichen Maßregeln schon jetzt in Erwägung ziehen. Österreich und Preußen beschränkten sich darauf, einen Protest des Bundes gegen den förmlichen Bruch der Verträge durch die Genehmigung der schleswig-dänischen Verfassung, die eine Einverleibung Schleswigs enthalte, vorzubringen und berührten die Erbfolgefrage überhaupt nicht. Bayern stellte die Nichtverbindlichkeit des Londoner Vertrages für den Bund fest.

Die Hauptfrage, die zunächst entschieden werden mußte, war die der Zulassung des dänischen Gesandten als Vertreter für Holstein und Lauenburg. Wurde er als Gesandter in der Bundesversammlung aufgenommen, so schloß das implicite eine Anerkennung Christians IX. als Herzog von Schleswig-Holstein in sich. Andererseits war an eine baldige Anerkennung des Augustenburgers und Zulassung Mohls nicht zu denken. Der einzige Ausweg, um eine präjudizierliche Festlegung des Bundes zu vermeiden, mußte eine Suspension der holsteinischen Stimme und Ausschluß beider Bewerber bis zur endlichen Klärung der Rechtslage sein. Dafür setzte sich von der Pfordten als Referent des holsteinischen Ausschusses ein und suchte trotz Gegenstellung der beiden Großmächte, die für Zulassung des Dänen optierten, eine Majorität dafür zustande zu bringen.

Mohl schloß sich auf Geheiß Roggenbachs von der Pfordten an. Am 28. November wurde mit 9 gegen 7 Stimmen die Ausschließung des dänischen Gesandten und damit vorläufige Suspension der holsteinischen Stimme beschlossen. Die badische Abstimmung besagt, daß die großherzogliche Regierung primär für eine Anerkennung des Herzogs und Legitimierung des von ihm ernannten Bundestagsgesandten ihre Stimme abgibt. Sollte diese Anschauung aber nicht die Majorität erhalten, „so schließt sie sich eventuell dem von dem Ausschusse gestellten Antrage auf vorläufige, wie sie hofft, nur eine kürzeste Zeit dauernde Suspension der Stimme für Holstein an“.

Konnte der Verlauf dieser Bundestagssitzung auch als ein gewisser Erfolg gegenüber den Großmächten angesehen werden, so blieb er doch weit hinter dem zurück, was sich die Schleswig-Holsteinische Bewegung in Deutschland und auch Roggenbach

von dem ersten Vorgehen des Bundes versprochen hatten.¹³ Die Erbfolgefrage war jetzt für eine Zeitlang vollkommen lahmgelegt, denn bis sie juristisch durch den Ausschuß beraten und entschieden war, konnten Wochen vergehen und inzwischen durch die dänenfreundliche Politik der deutschen Großmächte ein fait accompli geschaffen werden, das dann solche juristische Entscheidungen einfach hinfällig werden ließ. Um das zu vermeiden drang Roggenbach erneut am Bundestag durch Mohl auf eine Okkupation Holsteins für den Berechtigten durch Bundes- truppen. Dem entgegen stand der Exekutionsbeschluß vom 1. Oktober, für dessen Durchführung sich die Großmächte nun einsetzten.

B. Werbungen um den preußischen König.

Wie hoch Roggenbach die Rolle Preußens bei einer Befreiung der Herzogtümer einschätzte, haben wir schon bei seinem ersten Versuch, mit Bismarck in Berührung zu kommen, gesehen.¹⁴ Preußen mußte schon allein infolge seiner Nachbarschaft zu Dänemark, ganz abgesehen von allen Möglichkeiten für die deutsche Politik, der ausschlaggebende Faktor bei jeder Auseinandersetzung über die Herzogtümer sein. Wenn Roggenbach jetzt trotzdem in seinen politischen Kalkulationen zunächst den Bund in den Vordergrund schob und ihn zum Handeln zu bringen suchte, so deshalb, weil er den beiden Großmächten durch das Londoner Protokoll fürs erste Zurückhaltung auferlegt sah. Die Großmächte wollten sich nach Roggenbachs Ansicht am Bunde majorisieren lassen, um dadurch den anderen europäischen Mächten gegenüber ein moralisches Rückgrat für eine Lossagung vom Protokoll, die ja durch den Bruch der Verpflichtungen gegeben war, zu erhalten. Am 20. November telegraphierte der badische Außenminister an Mohl: „Lassen Sie sich und Freunde nicht durch Großmächte imprimieren.

13. Mohl an Roggenbach 23. Nov. „Die Suspension wird freilich von der öffentlichen Meinung sehr übel aufgenommen, und es wird dem Bunde Halbheit und Feigheit vorgeworfen werden; allein, so wie die Dinge hier stehen, ist sie das Äußerste, was erreicht werden kann. Und noch ist es nicht einmal sicher.“ Dipl. Spez. A. G. L. A. K.

14. s. Kapitel 1 S. 18 f.

Dieselben müssen oder wollen wahrscheinlich überstimmt sein, bis zur Majorisierung ist von ihnen füglich keine Abstimmung gegen bisherige Stellung zu erwarten.“¹⁵

Der Bund aber arbeitete langsam und sehr vorsichtig; seine Taten waren wenig geeignet, die Großmächte mit sich fortzureißen. Roggenbachs bewegliche Politik setzte deshalb nicht nur auf diese eine Karte der Bundespolitik, sondern suchte in Berlin selbst die Dinge anzutreiben.

Die Beziehungen des Karlsruher zum Berliner Hofe waren besonders bestimmt und gefärbt durch das persönliche Verhältnis der beiden Herrscher. Hatte der junge Großherzog in seinem Schwiegervater zuerst das Haupt jener fortgeschrittenen, liberalen Fürstengruppe¹⁶ verehrt, so mußte er es zu seinem Schmerz erleben, wie König Wilhelm durch das Versagen des liberalen Ministeriums und den damit entstehenden Verfassungskonflikt immer mehr in reaktionäre Bahnen getrieben wurde. Der Briefwechsel der beiden Souveraine zeigt, wie Großherzog Friedrich um die Seele seines königlichen Verwandten rang, um ihn den Klauen des unheimlichen Bismarck zu entreißen. Immer wieder versuchte es der Jüngere mit idealistischem Schwung den Älteren von den verderblichen Wegen des Verfassungskonfliktes zu einer volksfreundlichen Regierung zu bringen, ihm seine früheren Ideale wieder lebendig zu machen und ihm die deutsch-nationale Aufgabe Preußens vor Augen zu führen. Auch gab die alljährliche Anwesenheit des Königs in Baden-Baden dem Großherzog Gelegenheit, mit Hilfe der Königin Augusta und des kronprinzlichen Paares, den König in seinem Sinn zu beeinflussen. Aber Bismarck hatte den König, den er vor allem bei seinem Legitimitätsbewußtsein und seinem soldatischen Ehrgefühl zu packen wußte, fest in der Hand. Er überwand immer wieder erfolgreich diese um die Seele des Königs werbenden Einflüsse, die ja um so bedeutsamer waren, als sie sich bis in seinen engsten Familienkreis erstreckten. Der badische Großherzog hatte in dem preußischen Junker den Hauptgegner seines ganzen Wollens und Fühlens erkennen gelernt. „Es schienen unversöhnliche Welten: dort der Glaube

15. Dipl. Spez. A. G. L. A. K.

16. s. I. Kapitel S. 15.

Bismarcks an den preußischen Staat und dessen eingeborene Kraft, ohne die der steile Weg zum Nationalstaat überhaupt nicht zurückzulegen war — hier der Glaube Friedrichs an die Summe geistig sittlicher Ideale und politischer Selbstbestimmung, die allein einem deutschen Nationalstaat eine tiefere Berechtigung und ein wahrhaftes Leben zu begründen vermochten.“¹⁷

Schon mehrmals hatte der Großherzog resignieren müssen, zuletzt, wie wir gesehen haben, bei der polnischen Frage. Der einzige Strohalm, an den er sich immer wieder klammerte, war die Hoffnung, Bismarck eines Tages doch stürzen zu sehen. Man verfolgte in Karlsruhe genau jedes Schwanken des Barometerstandes in Berlin, und als der preußische König Anfang November 1863 das preußische Abgeordnetenhaus mit einer im Ton etwas freundlicheren Thronrede eröffnete, benutzte der Großherzog diese kleine Andeutung einer Sinnesänderung seines königlichen Schwiegervaters und bot König Wilhelm seine Vermittlung zwischen Krone und Abgeordnetenhaus an.¹⁸ „Ein ungewöhnlich origineller Gedanke, ein süddeutscher Fürst mit dem Öelzweig der Versöhnung im innerpreußischen Verfassungskampf!“¹⁹ König Wilhelm lehnte ab unter Hinweis auf die großen Zugeständnisse, die von seiner Seite schon gemacht worden seien.²⁰ Als jedoch die Umwälzung in Dänemark hereinbrach, hielt Großherzog Friedrich die Chance, die die momentane Situation Preußen bot, für so außerordentlich groß, daß er trotz der letzten Absage des Königs noch einmal seinen ganzen persönlichen Einfluß in Berlin einzusetzen beschloß. Es ist auch sehr wahrscheinlich, daß er aus Berlin inzwischen von der dem Augustenburger durchaus nicht abgeneigten Stimmung des Königs unterrichtet worden war. Er bot dem König in einem Schreiben vom 26. November erneut seine Vermittlung zwischen ihm und dem jetzt seiner Ansicht nach sehr versöhnungsbereiten Abgeordnetenhaus an. „Sollte nicht der Augenblick gekommen

17. s. Oncken a. O. biograph. Einleitung S. 49.

18. Großherzog Friedrich an König Wilhelm 12. XI. 63 Oncken S. 451.

19. Oncken biograph. Einleitung S. 53.

20. König Wilhelm an Großherzog Friedrich 14. XI. 63 Oncken S. 452—55.

sein, mit Aufnahme dieser Frage den inneren Frieden herzustellen Bietet Preußen den bedrohten Rechten Deutschlands Schutz und Hilfe, so wird die Regierung von der Landesvertretung jede Unterstützung verlangen können, und sie wird ihr nicht versagt werden können.“ Preußen muß zu diesem Zweck aus dem Engpaß des Londoner Protokolles heraus. Der Erlaß der Gesamtstaatsverfassung stellt einen Bruch des Protokolles dar, auf Grund dessen Preußen Holstein besetzen soll. Die Großmächte, die in der Sache selbst nicht einig sind und sich auch durch andere Interessen spalten lassen, werden dagegen nichts einwenden können. Der Bund aber und Österreich werden Preußen auf diesem Wege, wenn auch vielleicht gegen ihren Willen folgen müssen. Ist Preußen erst auf diese Art mit Dänemark in Konflikt geraten, so ergibt sich dann durch Berührung mit den schwedischen Interessen die Aussicht, auch die Erbfolgefrage „in einer entsprechenden Weise zu ordnen.“ Im Verlauf dieser Politik wird das Abgeordnetenhaus sich bald auf Grund billiger Bedingungen mit der Krone vertragen müssen. „Daß aber niemand lieber und bereitwilliger mitwirken würde, diesen Geist der Versöhnung zu stärken, besonders wenn es sich darum handelt, die volle und ganze Unterstützung Deines Volkes einer nationalen Politik seines Königs zuzuwenden, davon bitte ich Dich überzeugt zu sein.“²¹

Dieser Brief geht weit über den eigentlichen Zweck einer bloßen Vermittlung in der innerpreußischen Frage hinaus, er verfolgt die Absicht, den preußischen König in eine selbständig aktive, antidänische Politik zu treiben und dem Bund und Österreich nur die Rolle einer Gefolgschaftsleistung zufallen zu lassen. Um den Weg zur Begründung eines solchen Schrittes Preußen zu erleichtern, ist das Schwergewicht auf die Verfassungsstreitigkeiten gelegt, Preußen soll Holstein offiziell nur wegen des dänischen Verfassungsbruches besetzen, wie überhaupt der ganze Vorschlag in geschickter Anpassung an Bismarck'sche Gedankengänge für ein europäisches Forum berechnet ist. Auch die Erbfolgefrage soll dann durch europäische Verhandlungen gelöst werden. Die Beziehungen zu Schweden,

21. s. Oncken S. 456.

die dabei eine Rolle spielen, sind ein Splitter Roggenbach'schen Cedankengutes.²² Schweden soll in seinen vom Skandinavismus getriebenen Plänen einer näheren Verbindung mit Dänemark gefördert werden, dafür aber in eine Abtretung der Herzogtümer an den rechtmäßigen Erben willigen.²³

In Berlin hatten sich die Dinge folgendermaßen entwickelt: König Wilhelm war an sich der Augustenburger Erbfolge und Trennung der Herzogtümer von Dänemark geneigt; er haßte das Londoner Protokoll als Nachwirkung der Olmützer Ereignisse und erstrebte seine Abwerfung. Die dänischen Rechtsverletzungen empfand er als deutscher Fürst als eine Schmach für deutsche Ehre und deutsches Ansehen. Die Tatsache jedoch, daß sich die liberalen und demokratischen Kreise Deutschlands in der Hauptsache der schleswig-holsteinischen Sache annahmen und sie auf die Idee der allmächtigen nationalen Souveränität gründeten, stieß ihn im tiefsten ab. Er wollte vorgehen auf dem festen Boden der Macht und des Fürstenrechts, dabei am Recht festhalten und auch den Bundestag über das Erbrecht hören.²⁴

Weit klarer und schärfer zeichneten sich für seinen Ministerpräsidenten die Voraussetzungen der preußischen Politik; maßgebend waren für ihn in erster Linie der Gesichtspunkt der europäischen Politik und das preußische Staatsinteresse und dann erst die Forderungen allgemein deutscher und nationaler Interessen.²⁵ Den europäischen Mächten gegenüber hatte sich Preußen an das Londoner Protokoll gebunden, und wenn Bismarck auch nach Annahme der Verfassung durch den dänischen König von der Allgemeinverbindlichkeit des Protokolls für Preußen abging, so erachtete er doch die allgemeine europäische Lage für zu ungeeignet, als daß Preußen aus dieser Erkenntnis hätte Konsequenzen ziehen können. England und Rußland sympathisierten stark mit Dänemark und auch die verschleierte, wenn auch Preußen momentan freundliche Gesinnung der

22. s. Kapitel I, S. 19.

23. Roggenbach an Edelsheim 20. XI. 63 Nachlaß Edelsheim G. L. A. K.

24. vgl. Erich Marcks: Kaiser Wilhelm I., S. 235/36.

25. vgl. A. O. Meyer: Die Zielsetzung in Bismarcks schleswig-holsteinischer Politik 1855—64.

Tuilerien konnte nicht als geeignete Grundlage für ein radikales Vorgehen erscheinen. Umsomehr als Österreich seinen festen Entschluß kundgegeben hatte nicht vom Londoner Protokoll abzugehen und der augustenburgischen Bewegung aus konservativen Bedenken direkt feindlich gegenüberstand. Unter diesen Umständen stand es für Bismarck außer Frage, daß ein Bündnis Preußens mit den Mittelstaaten und der populären Bewegung dieselben Folgen nach sich ziehen würde wie die preußischen Unionbestrebungen 1849; ein zweites Olmütz stand dann vor der Tür. Verstärkt wurde das alles durch seine persönliche Voreingenommenheit gegen die schleswig-holsteinische Bewegung in Deutschland, die er als bloßes Agitationsmittel für revolutionär-demokratische Bestrebungen ansah. Es kam jetzt nach Bismarcks Anschauungen darauf an, gemeinsam mit Österreich durch den Bund auf dem Exekutionswege gegen Dänemark vorzugehen, was, da es auf der Grundlage des Londoner Protokolls geschah, eine Einmischung des Auslandes nicht wahrscheinlich machte.

Bismarck stand mit diesen Prinzipien in Berlin ziemlich allein. Nicht nur, daß selbstverständlich das Abgeordnetenhaus gegen eine solche Politik Sturm lief, auch am König hatte er keine allzufeste Stütze. Und hier hakten die Liberalen ein. Der König, den man schwankend wußte, mußte für die augustenburgische Sache gewonnen werden. Die nächste Hoffnung setzte man auf den Kronprinzen, von dem bekannt war, daß er als Jugendfreund des Augustenburgers von dessen Erbberechtigung durchaus überzeugt war, und daß er die nationalen Belange, die für Preußen auf dem Spiele standen, im Sinne der liberalen Bewegung erkannt hatte. Das kronprinzliche Paar war aber seit Beginn der Krise in England und schien trotz mahrender Briefe an eine Rückkehr nicht zu denken. Max Duncker, der politische Ratgeber des Kronprinzen, versuchte nun den Fürsten von Hohenzollern als einen der nächsten Verwandten zu einer Reise nach Berlin und persönlicher Einflußnahme auf den König zu bewegen²⁶ und schickte zu diesem Zwecke den Publizisten Theodor v. Bernhardi nach Düsseldorf.²⁷ Aber der Fürst lehnte

26. s. Max Duncker: Politischer Briefwechsel S. 366 f.

27. s. Theodor v. Bernhardi: S. 168—172.

ab; er wollte nur auf den Ruf des Königs sich auf das politisch heiße Pflaster von Berlin wagen und sich nicht ungebeten in die preußischen Angelegenheiten mischen.

Diejenige Persönlichkeit, die nun am ehesten Einfluß auf den preußischen König zu haben schien, war der Großherzog von Baden. Seit dem 27. November ungefähr setzten sowohl von Berlin, als auch von Gotha und Frankfurt die Bemühungen ein, den Großherzog zu persönlichen Vorstellungen bei seinem Schwiegervater zu veranlassen. Besonders über Gotha und durch Edelsheim wurde Roggenbach mit Briefen und Telegrammen bestürmt, den Großherzog zu einer Reise nach Berlin zu bewegen. Am 28. XI. schrieb Edelsheim, der Wunsch in Berlin sei allgemein, daß der Großherzog dorthin kommen und versuchen möge, den König, der eigentlich für ein Vorgehen gestimmt sei, gegen den Einfluß zu stärken und die „positiven Lügen“,²⁸ mit welchen Bismarck seine Ansicht beim König zu stützen suche, dem Letzteren klar zu machen. Der König habe gegen den alten Bethmann²⁹ in einer Audienz geäußert: „Ich hoffe, in Frankfurt überstimmt zu werden und auf diese Art vom Protokoll loszukommen.“

Ein vertrauliches Schreiben Mohls vom 29. XI. berichtete von einem Besuch des Prinzen Waldemar bei Mohl, der ebenfalls Roggenbach bitten ließ, eine Einwirkung auf den preußischen König ins Werk zu setzen. Weitere Briefe Edelheims folgten. Am 4. XII. traf ein eigenhändiger Brief Samwers mit einer direkten Bitte bei dem badischen Außenminister ein, in dem es hieß: „Sie werden von Geffcken³⁰ in Berlin den furchtbaren Stand der dortigen Verhältnisse erfahren haben. Der arme König soll durch das unerhörteste Bubenstück dazu gebracht werden, die Herzogtümer mitzubesetzen in der Meinung, sie zu befreien, in Wahrheit aber, um sie den Dänen später auszuliefern. Nur

28. Unter positiven Lügen verstand Edelsheim die Tatsache, daß Bismarck dem König vorgestellt hatte, ehe die Verfassung vom 18. XI. nicht am 1. I. 64 in Kraft getreten sei, habe Preußen keine Veranlassung gegen das Londoner Protokoll vorzugehen.

29. Moritz August v. Bethmann-Hollweg, Rechtslehrer, gemäßigter Konservativer.

30. Bevollmächtigter Hamburgs in Berlin.

fürstliche Personen können der einzigen Kraft, die gegen Bismarck beim König wirkt, Schleinitz,³¹ den Sieg verschaffen. Kann Ihr edler Großherzog nicht nach Berlin gehen?“³²

Aber Karlsruhe blieb still, keine Antwort traf auf die vielerlei Anfragen in Gotha ein. Am 5. Dezember klagt Edelsheim ganz erbittert in einem Privatbrief an Roggenbach, daß er noch keinerlei Rückäußerung auf seine dauernden Vorstellungen erhalten habe; er wisse gar nicht, was er dem Herzog und seinen Herrn sagen solle, „die darauf warten, wie die Israeliten auf den Messias.“ Trotzdem er auch jetzt noch keinen Bescheid von Karlsruhe erhält, läßt Edelsheim bis zum 7. Dezember, dem Tag des Exekutionsbeschlusses, ein Telegramm und zwei Briefe folgen, um noch in letzter Stunde ein Eingreifen des Großherzogs in Berlin zu bewirken. Noch am 7. Dezember berichtet er, daß nun auch die Königin Augusta für den Augustenburger sei, außerdem die ganze Militärpartei mit dem Prinzen Friedrich Karl und Wrangel an der Spitze.

Warum verschloß sich der Großherzog diesen eindringlichen Mahnungen seiner Gesinnungsfreunde? Geffcken berichtet am 1. Dezember Bernhardi, der badische Außenminister habe geantwortet, der Großherzog könne nicht nach Berlin kommen wegen der Kammereröffnung. Das scheint jedoch mehr ein Vorwand als ein triftiger Grund zu sein. Die Hauptursache lag darin, daß weder das Schreiben des Großherzogs vom 20. November noch zwei folgende vom 27. November und 5. Dezember bis jetzt einer Antwort gewürdigt worden waren. Der Großherzog hatte sich zum zweiten Male selbst als Vermittler in Berlin angeboten, ohne eine direkte Aufforderung des Königs konnte er unmöglich nach Berlin kommen. Selbst ein Familienbesuch, wie ihn Edelsheim etwas burschikos Roggenbach vorschlug,³³ mußte unter diesen Umständen als aufdringlich erscheinen und dem fürstlichen und menschlichen Stolz des Großherzogs widerstreben. „Der Großherzog hält nach der Natur seines Verhältnisses zu Weber (!) die Reise dahin (Berlin) nicht für möglich, man fürchtet, daß W. noch mehr kopfscheu

31. damals Hausminister.

32. Dipl. Spez. A. G. L. A. K.

33. Edelsheim an Roggenbach 5. XII. 63 (privat) Dipl. Spez. A.

gemacht würde. Man hat W. auf die rechte Fahrt gebracht, er riecht Demagogen, was hilft da Vernunft?³⁴ Mit wie schwerem Herzen er auf ein persönliches Eingreifen in Berlin verzichtet haben mag, geht aus den beiden folgenden Briefen hervor, von denen der nächste schon vom 28. November datiert ist und Bezug nimmt auf den preußischen Antrag auf Exekution, der inzwischen mit der Bitte um Unterstützung in Karlsruhe eingelaufen war.

Großherzog Friedrich warnt den preußischen König vor den Folgen der Exekution, die unzweifelhaft eine Anerkennung Christians IX. als Herzog von Schleswig-Holstein in sich schließe und damit den „wohlbekannten Rückweg“ Deutschlands. Der Bund werde außerdem, wenn er einmal Holstein in Besitz genommen habe, dafür sorgen müssen, daß sich keine militärischen Organisationen gegen Dänemark dort bilden, ein etwaiger Krieg dort also unmöglich werden würde. Da der Antrag auf Exekution jedoch schon gestellt ist, soll sich Preußen majorisieren lassen, die Mittelstaaten würden dann die militärische Okkupation Holsteins für den Berechtigten übernehmen und Preußen Zeit lassen, sich ganz vom Londoner Protokoll zu lösen. Damit verbunden wäre auch die Trennung von der unheilvollen Verbindung mit Österreich, das unbedingt am Protokoll festhalten wird und „Preußen die Ehre nicht gönnen will, welche ihm zufällt, wenn seine Absichten erreicht werden.“... „Mit jedem Tage wächst die Sympathie für Schleswig-Holstein in ganz Deutschland ... eine Tat von Preußen zugunsten dieser Frage kräftigt die ganze deutsche Nation zur größten Opferwilligkeit. Möge es Dir vorbehalten sein, diese Tat zu vollziehen.“³⁵

Das ganze Schreiben geht davon aus, daß der König an sich die besten Absichten habe, aber durch falsche Ratschläge in eine ganz entgegengesetzte Politik hineinmanövriert werde. Die erste günstige Situation ist für Preußen versäumt, aber auch jetzt noch ist das deutsche Volk bereit, Preußen als dem Hort der nationalen Freiheit und des deutschen Rechtes zuzujubeln.

34. Hardeck (Vertrauter Roggenbachs) an Samwer 8. Dezember 1863 H. P. St. A. Kiel.

35. Großherzog Friedrich an König Wilhelm 27. XI. 63 Oncken 458-61.

Sehr geschickt ist der Brief auf die schwachen Seiten des Königs abgestimmt, der Hinweis auf den „wohlbekannten Rückweg“ soll in dem König Reminiszenzen an 1848 hervorrufen, die Charakterisierung der österreichischen Politik den Ehrgeiz des Königs wieder auf die Gefährdung der preußischen Stellung in Deutschland durch den Rivalen lenken. Die Annahme allerdings, daß Preußen in einer so wichtigen allgemein europäischen Angelegenheit die Mittelstaaten in erster Linie würde deutsche Politik treiben lassen, verkannte die Grundlagen der preußischen Macht und Stellung in Deutschland vollkommen, für die ein derartiges Zurücktreten Preußens eine kaum wieder gut zu machende Schädigung bedeutet hätte. Allein das hohe nationale Pathos und die ehrliche vaterländische Sorge, die die Briefe des Großherzogs durchzogen, verfehlten ihre Wirkung auf den König, der in gleichem Sinn von seiner engsten Familie bearbeitet wurde, nicht. Ende November hielt man Bismarcks Stellung in Berlin für erschüttert; als König Wilhelm einen der beiden Briefe des Großherzogs zusammen mit einem Schreiben Gruners Bismarck übersandte mit dem Bemerkten, daß er mit ihrem Inhalt übereinstimme, reichte Bismarck am 1. Dezember seine Demission ein. Es ist durchaus nicht abzusehen, was geschehen wäre, wenn in diesem Moment der Großherzog persönlich in Berlin hätte seine Anschauungen vertreten können; und er hätte es getan, hätte er nur den leisesten Wink von König Wilhelm erhalten. So überwog die Wucht der Persönlichkeit Bismarcks, und er setzte es beim König durch, daß Preußen sich mit Rücksicht auf die Dänemark gestellte Frist nicht vor dem 1. Januar 64 vom Londoner Protokoll lossagen würde. Damit war allen augustenburgischen Einflüssen ein, wenn auch schwacher Riegel vorgeschoben; Bismarck sollte gegen sie noch mehr als einen Kampf um die Seele seines Herren auszufechten haben.

In Karlsruhe mußte es zunächst scheinen, als sei der preussische König rettungslos dem Dämon Bismarck verfallen, besonders als die von Bismarck redigierten identischen Noten Österreichs und Preußens, die auf die Abstimmung am 7. XII. zu drücken bestimmt waren, eintrafen. Wie ein letzter verzweifelter Appell an einen, der sich selbst ins Verderben stürzt, mutet der kurze Brief des Großherzogs an, den er am 5. Dez.

doch noch einmal an seinen Schwiegervater richtet. Durch seine definitive Verbindung mit Österreich, die durch die identischen Noten bewiesen ist, ist für Preußen jede freie Aktion gelähmt; es hat sich und seine deutsche Stellung Österreich ausgeliefert. „Ich stehe nicht an, Dir zu sagen, daß mit diesem unheilvollen Schritt Deutschlands letzte Hoffnung auf Preußen vernichtet ist und nun alle Augen sich Österreich, ja Bayern zuwenden. Die Freunde Preußens aber trauern über die Demütigung, welche ihm durch diese Niederlage zugefügt ward und sinnend vergebens auf Mittel zur Hilfe aus so trostloser Lage.“ Das ist eine Bankrotterklärung der ganzen seitherigen badischen Politik. — Allein die Entlassung Bismarcks und ein kühner Entschluß des Königs können die ganze Lage für Preußen noch retten. Mit dieser Forderung, die hier zum ersten Mal von der Seite des Großherzogs groß und eindeutig zum preußischen König gelangt, macht sich ersterer zum Sprecher und Wortführer all der leidenschaftlichen nationalen und liberalen Wünsche und Forderungen, die Deutschland durchziehen und von Bismarck mit souveräner Nichtachtung übersehen werden. — „Ich beschwöre Dich, fasse einen kühnen Entschluß und erfasse die nationale Politik, lenke sie, damit sie nicht von den Gegnern geleitet werde oder die Bewegung über Dich und Deine Gegner hinweggehe. Jetzt oder nie kann Preußen zur Geltung in Deutschland kommen.“³⁶

Großherzog Friedrich selbst konnte kaum noch auf eine Wirkung dieses Schreibens auf den König hoffen. Es scheint, als habe er diese letzte Mahnung nur deshalb an den König gerichtet, um seine jetzt einsetzende, mehr oder weniger anti-preußische Politik vor sich selbst durch diesen letzten Versuch einer Verständigung zu rechtfertigen. Deshalb wird er auch keine andere Antwort erwartet haben, als sie der Brief des Königs vom 14./15. Dezember enthielt: Festlegung auf das Protokoll bis zum 1. Januar 1864, vorher keine rechtliche Veranlassung für Preußen, den Augustenburger zu unterstützen. Dabei spricht der König allerdings die Hoffnung aus, daß die Exekution ihr Ziel nicht erreichen möge, damit Gelegenheit zum weiteren Einschreiten gegeben sei; eine sehr vage Hoffnung,

36. Oncken S. 461/62.

die für die badische Politik kein Wechsel auf die Zukunft sein konnte. Ausfälle des preußischen Königs gegen die schleswig-holsteinische Bewegung in Baden gaben dem Schreiben ein derart scharfes Gepräge,³⁷ daß sich der Großherzog persönlich verletzt fühlte; die Kluft war nur noch vertieft worden. An späteren Bestrebungen, die auf eine Sinnesänderung des Königs hinwirkten, hat der Großherzog nicht mehr teilgenommen.

C. Baden und die schleswig-holsteinische Bewegung.

Kaum ein anderes deutsches Bundesland war derart prädestiniert zur Aufnahme einer popularen Bewegung wie Baden. Es war wohl am meisten von allen deutschen Staaten durchpflügt von liberalen und demokratischen Ideen und Anschauungen; dazu zeichnete es sich noch dadurch aus, daß eine selten enge Verbindung zwischen diesen Strömungen und der Regierung bestand.

In der schleswig-holsteinischen Bewegung schlossen sich nicht nur die liberalen Kreise begeistert und rückhaltlos dem Verhalten der Regierung an, auch die wenig zahlreichen Konservativen, die sich hauptsächlich im Süden des Landes fanden, konnten sich zunächst dem Schwung der nationalen Begeisterung nicht entziehen. Volksversammlungen in Karlsruhe, Mannheim, Heidelberg, Pforzheim etc. fanden statt unter der Parole, alle Parteien hätten zu verschwinden; In Freiburg erhob Heinrich v. Treitschke die Einsetzung des Augustenburgers zu einer letzten und höchsten Machtfrage für Deutschland und den Deutschen Bund, wenn diesmal wieder nur ein Mißlingen folge, „dann könnten die Deutschen dem Vorwurf kaum entgehen, daß sie ein Haufen gelehrter Feiglinge seien, nur dazu gut, um als Geiger, Maler und Schulmeister in fremdem Brote zu stehen.“³⁸ Eine Versammlung in Pforzheim verfaßte eine Dankadresse an die Regierung, weil sie durch sofortige Beauftragung des Bundestagsgesandten v. Mohl mit der Vertretung des Herzogs sich ein Verdienst um Deutschland erworben habe. Selbstverständlich,

37. s. Kapitel II C. S. 47.

38. vgl. Holger Hjelholt: Treitschke und Schleswig-Holstein S. 55/56.

daß vor allem die Presse als Sprachrohr dieser einmütigen Begeisterung fungierte.³⁹

Die Landtagsitzung vom 1. Dezember dokumentierte diese Einigkeit des ganzen Landes in eindringlichster Weise. Die Rede, mit der der Großherzog die Ständeversammlung begrüßte, enthielt den Passus: „Ich weiß, daß die Sache Schleswig-Holsteins in Ihrem Herzen mächtigen Widerhall findet, und daß für deutsches Recht und deutsche Ehre selbst die Übernahme der schwersten Opfer Ihre freudige Zustimmung erhält.“ — Die Adresse auf die Thronrede, die von der zweiten Kammer einstimmig angenommen wurde, drückte begeisterte Zustimmung zu dem Verhalten der großherzoglichen Regierung in der schleswig-holsteinischen Sache aus: „Was immer die Zukunft an Pflichten und Sorgen bringen mag, das badische Volk wird standhaft und treu zu E. Kgl. Hoheit stehen und kein Opfer wird ihm zu schwer sein, wenn es gilt durch Taten deutsches Recht und deutsche Ehre voll und ungeschmälert einzulösen.“⁴⁰ — Eine Flut von Petitionen aus allen Teilen des Landes an die Kammern bestätigte, daß die Bevölkerung in dieser Sache ganz hinter ihren Abgeordneten stand. Auch die Erste Kammer nahm einstimmig den Teil des Entwurfes zur Adresse, der dankbare Unterstützung für die schleswig-holsteinische Politik der Regierung ausdrückte, an.⁴¹

Wurde durch die Zustimmung der Volksversammlungen und des Landtages die Stellung der badischen Regierung außerordentlich gekräftigt, so darf man andererseits nicht verkennen, daß verschiedene auseinanderstrebende Strömungen die schleswig-holsteinische Bewegung in Baden zusammensetzten und ihr ihr Gesicht aufzuprägen versuchten. Es war augenscheinlich, daß die Institution des Bundes, wie so oft schon, zu schwach sein würde, um die Interessen Deutschlands gegen die das Londoner Protokoll schützenden Großmächte nachdrücklich durchzusetzen und zu verteidigen. Was wunder, wenn die Schlagworte deutsche Einheit, Parlament, Volksbewaffnung etc. die Geister der fort-

39. vgl. Willi Gellert: Die öffentliche Meinung in Baden und die deutsche Frage 1862—66.

40. Protokolle der 2. Kammer 1863. 65 S. 3—4 u. S. 23.

41. Protokoll der I. Kammer S. 14, 15.

geschrittenen Liberalen mit neuer Intensität erfüllten und in die Debatte der Volksversammlungen geworfen wurden, besonders als die zögernde Haltung der übrigen Mittelstaaten immer deutlicher wurde. Das Volk selbst mußte sich für die Sache der Brüder im Norden einsetzen; die Bildung von Freischaren wurde erwogen, Geldsammlungen dafür angeregt. Es ist klar, daß den Konservativen ein solches Vorgehen äußerst zuwider sein mußte, und daß sie da hemmend einzugreifen suchten, ohne allerdings infolge ihrer Minderzahl durchgreifen zu können. Der österreichische Gesandte v. Pilat schreibt es lediglich dem Umstande zu, daß einige konservative Großdeutsche einer Karlsruher Versammlung beiwohnten, wenn „die Beschlüsse nichts von einem Aufgebot von Freiwilligen, von Geldsammlungen enthielten; denn jene Männer hatten die Erklärung abgegeben, daß sie in dem Moment austreten würden, wo die Sache einen agitatorischen, revolutionären Charakter annehmen würde.“ In Pforzheim dagegen schrieben sich 100 Leute in Freiwilligenlisten ein und wurden 1000 Gulden zur Unterstützung der Sache bezeichnet.⁴² — Während die konservativen Bedenken von geringer Bedeutung für den Fluß der schleswig-holsteinischen Bewegung in Baden waren, mußte es mit der Zeit zu einer gewissen Distanzierung der gemäßigten Liberalen zu den radikaleren Elementen und deren Neigung zu revolutionären Maßnahmen kommen.

Die weitgehende Übereinstimmung, in der sich Regierung⁴³ und Volksbewegung befanden, geht nicht nur aus den entsetzten Berichten der Herren v. Pilat und v. Thumb hervor. Es beweist sie vielmehr allein schon die Tatsache, daß die prominentesten Redner auf den Volksversammlungen, Häußer, Bluntschli, Baumgarten, Eckardt etc. zu den vertrautesten Freunden Roggenbachs gehörten. Während die anderen Mittelstaaten mehr wider ihren Willen den Forderungen des „Schleswig-Holsteinismus“ Folge leisteten, ging die badische Regierung in dieser Frage ihrem Lande voran und konnte im Gefühl der festen

42. H. H. St. A. W. Bericht v. Pilats 28. XI. 63.

43. vgl. Bericht Pilats 1. XII. 63: „Der Großherzog selbst ist in dieser Frage seinen avanciertesten Räten noch weit voraus“.

Verankerung in ihrem Volk über das Gespenst der Revolution lächeln, das man anderswo aus der badischen Bewegung sich entwickeln sehen wollte. Wenn auch König Wilhelm von Preußen⁴⁴ seinen Schwiegersohn warnen zu müssen glaubte vor den Folgen einer derartigen Übereinstimmung mit der Volksbewegung und dabei an die üblen Zeiten von 1848 erinnerte, so konnte Großherzog Friedrich⁴⁵ mit gutem Gewissen alle Vorwürfe, er schmeichle der Bewegung und lasse die Bildung von Freischaren geschehen, zurückweisen. Soviel zu übersehen ist, fanden trotz gelegentlicher Einzeichnungen keine direkten Formierungen statt, und der Großherzog wußte, daß er trotz gelegentlicher revolutionärer Auswüchse die Masse seiner Badener fest in der Hand hatte.⁴⁶

Der Bundesbeschluß vom 7. Dezember goß erneut Öl in das Feuer der nationalen Begeisterung; Exekution zur Erfüllung der Forderungen des Londoner Protokolles, das schien Verrat an der deutschen Sache. Erneut jagten sich Volksversammlungen, ein Strom von Flugschriften ergoß sich über das badische Land. In der Broschüre eines Pfarrers Schellenberg aus Eberbach heißt es: „Die Großmächte fürchten, daß man in Schleswig-Holstein Deutschland und das deutsche Parlament erobern könne, sie aber möchten fernerhin ohne Volk regieren..... Jetzt oder nie! Wir lassen es niemals zu, daß unser Recht und unsere deutsche Mannhaftigkeit gekränkt werde.“ — Zu der Begeisterung für die Herzogtümer gesellte sich jetzt immer mehr ein wachsender Haß gegen die beiden Großmächte, von dem sich allerdings die konservativen Großdeutschen je länger um so mehr zurückzogen.

Schleswig-Holsteinvereine schossen wie Pilze aus dem Boden; am 13. XII. fand in Offenburg eine Versammlung von 1100 Vertretern der Schleswig-Holsteinvereine statt, auf der die Bildung eines Zentralkomitees beschlossen wurde. Gerüchte von

44. König Wilhelm an Großherzog Friedrich 14./15. XII. 63 Oncken S. 462/63 u. vgl. Bericht Pilats 26. XII. 63.

45. Großherz. Friedr. an König Wilhelm 3. I. 64, Oncken S. 464/65.

46. Pilat berichtet am 12. XII. 63 von Plakaten, an den Karlsruher Straßenecken mit dem Inhalt: „Die Fürsten verraten uns! Weg mit ihnen! Ergreift die Waffen und helfet Euch selbst!“.

Volksbewaffnung liefern um; Herr v. Pilat weiß sogar zu berichten, dem Pforzheimer Turnverein seien von der Regierung 100 Gewehre überwiesen worden.⁴⁷

Als am 21. Dezember zu einer Versammlung von Mitgliedern der verschiedenen deutschen Landtage nach Frankfurt eingeladen wurde, leisteten die Badener dieser Einladung am eifrigsten Folge. Fast $\frac{1}{10}$ aller Abgeordneten (500) waren aus Baden (43). Es wurde dort ein Beschluß gefaßt, „daß die Thronfolge des Herzogs Friedrich zugleich die Geltendmachung der Rechte Deutschlands an Schleswig-Holstein bedeute“, es wurde die Verpflichtung ausgesprochen, für Deutschlands verletzte Ehre, für sein gefährdetes Recht, für seine unterdrückten Stammesgenossen und ihren rechtmäßigen Fürsten jedes Opfer zu bringen;⁴⁸ nur die Großdeutschen unter Führung des Bayern Lerchenfeld widersprachen. Um eine dauernde Verbindung zwischen den Abgeordneten herzustellen und um eine gesetzliche Tätigkeit im Sinne der gefaßten Beschlüsse zu entfalten, wurde der sogenannte 36er Ausschuß eingesetzt, zu dem auch Bluntschli und Häußer gehörten.

Nicht nur in Baden selbst stieß die rückhaltlose Parteinahme des Großherzogs und seiner Ratgeber auf begeisterte Zustimmung, in ganz Deutschland errang er sich die Sympathien der popularen Bewegung. Der „Beobachter“, ein Volksblatt aus Schwaben, berichtet am 28. XI. von einer Volksversammlung, die mit dem Wunsche geschlossen habe, daß Württemberg bald auch einen Roggenbach finden möchte. In Frankfurt brachte der dortige Turnverein Herrn v. Mohl am 13. Dez. einen Fackelzug, der Mohl persönlich zwar sehr unangenehm war,⁴⁹ in Karlsruhe aber nicht ungern gesehen wurde. In der Adresse, die der Turnverein an Mohl richtete, heißt es: „Ihre Regierung bewährt sich, wie sie es bereits lang getan, auch in dieser letzten Erklärung⁵⁰ als eine echt volksfreundliche. Sie will die Volks-

47. Bericht Pilats 12. XII. 63.

48. J. C. Bluntschli: Denkwürdigkeiten Bd. 3, S. 74—78.

49. vgl. Vertrauliches Schreiben Mohls an Roggenbach 11. XII. 63 u. Bericht Sydows 13. XII. 63 G. ST. A. Berlin I, AAe33 BD. 61.

50. wohl Erklärung Badens den Exekutionsbeschluß betreffend vom 6. XII. 63.

abstimmung, wenn sonst alle rechtlich und tatsächlich vorgeschriebenen Wege zur Lösung bezüglichler Frage erschöpft sind.“

Wenn eine derartige Demonstration auch der Schwung- und Stoßkraft der badischen Politik in der öffentlichen Meinung Deutschlands nur förderlich sein konnte, so hinterließ sie dagegen bei den übrigen Bundesmitgliedern einen wenig angenehmen Eindruck. Selbstverständlich mußten vor allem die Gesandten Österreichs und Preußens dieses Geschehen besonders übel vermerken. Der preußische Gesandte v. Sydow spricht von einer Verletzung der Bundesdisziplin und fährt dann fort: „Wo hat man aber auch von derartigen Demonstrationen für ein Mitglied einer Ministerkonferenz gehört! Und was werden die Folgen sein? Denn gibt man demokratischen Vereinen das Recht, einer Bundesregierung oder einem Bundestagsgesandten durch eine Straßendemonstration Beifall zu klatschen, wer will dieselben hindern, einer anderen Regierung oder einem anderen Gesandten ihr Mißfallen zu erkennen zu geben und Katzenmusik zu machen?“

Auch die übrigen Mittelstaaten, die die fortgeschrittene badische Innenpolitik von jeher mit mißtrauischen Augen betrachtet hatten, mußte die deutsche Popularität Badens zur Vorsicht veranlassen. Daß die schleswig-holsteinische Bewegung sich in Baden so ungehindert und eher bestärkt von der Regierung entfalten konnte, daß sie die Verbindung der Schleswig-Holsteinvereine mit dem 36er Ausschuß nicht untersagte,⁵¹ ließ besonders die nächstliegenden Mittelstaaten wie Bayern und Württemberg die Befürchtung eines Übergreifens der gleichen Ambitionen auch auf ihre Bevölkerungen nicht loswerden. Es war nicht bequem für die Herrscher Württembergs und Bayerns, die in der dauernden Furcht vor der Revolution lebten, im Nachbarlande einen Fürsten zu sehen, der unbekümmert dadurch ihren eigenen Untertanen als nachahmenswertes Vorbild erscheinen mußte. „Durch die Presse, durch die Affiliationen, die Versammlungen wird der Ruhm der badischen Regierung als der einzigen volksfreundlichen überall hingetragen, allen Deutschen wird

51. Bayern und Hannover untersagten den Vereinen ihres Landes mit dem 36er Ausschuß in Verbindung zu treten.

der Wunsch und die Aufforderung nahe gelegt, mit allen Mitteln dahin zu streben, daß es bei ihnen mit Fürst, Regierung und Kammern werde wie in dem Demokratenparadiese Baden.“⁵²

Während es dem heutigen Betrachter vollkommen klar ist, daß der idealistisch gesinnte Großherzog nur aus Gründen der politischen Überzeugung mit der Volksbewegung derart zusammenhing und keinen eigenen Machtgewinn erstrebte, wurden damals die gewagtesten Folgerungen aus der Popularität des Großherzogs gezogen. Es gelangten Wünsche und Aufforderungen an ihn wie die des pp. Streit aus Gotha, der in einem Schreiben vom 16. XII. den Großherzog aufforderte, sich an die Spitze der Volksbewegung zu stellen und Schleswig-Holstein zu erobern.⁵³ Besonders grotesk mutet es an, wenn gar der österreichische Gesandte v. Pilat⁵⁴ dem Großherzog allerhand weitgehende und ehrgeizige Pläne unterschiebt; er meint, alle die Demonstrationen, Äußerungen der nächsten Freunde des Großherzogs, die demokratische Färbung seiner Freunde und Ratgeber — all das verführe stark zu der Meinung „daß in dem Großherzog Hoffnungen genährt werden, die ihm eine ganz hervorragende Stellung in Deutschland in Aussicht stellen.“ — Pilat spricht in diesem Bericht vorher von der wahrscheinlich von Baden ausgehenden Revolution und teilt dabei anscheinend dem Großherzog die Rolle eines großen revolutionären Führers zu!

Wenn diese Annahmen auch vollkommen fehlschossen, so sind sie doch bezeichnend für den Widerhall, den das mutige und rücksichtslose Eintreten des Großherzogs für Schleswig-Holstein an der Spitze der popularen Bewegung seines Landes in Deutschland fand; andreseits beleuchten sie aber auch die Schwierigkeiten, die einem derart volksfreundlichen Regiment in der Regierungswelt des damaligen Deutschland erwachsen mußten.

D. Der Exekutionsbeschluß.

Für das Einrücken deutscher Bundestruppen in Holstein gab es 3 staatsrechtliche Legitimierungen: Exekution, Okkupa-

52. Bericht Pilats 26. XII. 63 H. H. St. Wien.

53. Dipl. Spez. A. G. L. A. K.

54. Bericht Pilats 26. XII. 63.

tion und Sequestration. Exekution bedeutete zwangsweises Einschreiten gegen ein Bundesglied, das seine Pflichten als solches zu erfüllen versäumte. Okkupation besagte: Besetzung eines Bundeslandes, um die Rechte eines Bundesgliedes zu wahren. Durch Sequestration hingegen konnte ein Bundesland in die Verwaltung des Bundes genommen werden bis zur Klärung strittiger Besitzverhältnisse.

Am ungünstigsten mußte für den Augustenburger die reine Exekution gegen Dänemark sein. Nicht nur schloß diese automatisch eine Anerkennung König Christians VIII. als Herzog von Holstein in sich, da sie ja nur gegen ein Bundesglied unternommen werden konnte; sie beschränkte sich auch rein auf die Verfassungstreitigkeiten und brachte durch die absolute Abtrennung der Erbfolgefrage diese vollkommen ins Hintertreffen. Den Anhängern des Augustenburgers mußte es hiergegen darauf ankommen, die Erbfolgefrage als Grund des Einrückens deutscher Heere in den Vordergrund zu schieben, denn war diese für den Augustenburger gelöst, so war jedes Vorgehen wegen der Verfassungstreitigkeiten, die aus dem Londoner Protokoll resultierten, illusorisch. Es galt also einen Beschluß auf Okkupation zur Wahrung der Erbfolgerechte, wenn möglich mit vorangehender Anerkennung des Herzogs durchzusetzen. Sequestration war insofern mißlich für die augustenburgischen Ansprüche, als sie den Herzog von jeder Einflußnahme auf das dann in der Verwaltung des Bundes befindliche Holstein ausschloß und ihm auch den Weg nach Schleswig versperrte, bis die juristische Entscheidung über seine Berechtigung gefallen war.

In der Bundesversammlung vom 28. November brachten Sachsen und Hessen-Darmstadt zwei Anträge ein,⁵⁵ die eine Modifizierung der Exekution zum Ziele hatten. Sachsen beantragte, Holstein und Lauenburg solange durch das zu verstärkende Exekutionskorps zu besetzen, bis sie dem als rechtmäßig anerkannten Nachfolger übergeben werden könnten, Hessen-Darmstadt schlug vor die früher beschlossenen Maßregeln nunmehr zum Schutz aller vom Bunde zu wahrenen Rechte und Interessen sofort in Vollzug zu setzen und Dänemark auf-

55. S. Jansen-Samwer, a. a. O. S. 142.

zufordern, daß es Holstein und Lauenburg von dänischen Truppen räume und das Bundeskontingent auf Bundesgebiet zur Verfügung stelle.“

Dem badischen Außenminister von Roggenbach, der getragen war von der Begeisterung und Zustimmung seines ganzen Landes, ja Deutschlands, mußte das ganze Vorgehen des Bundes und der Mittelstaaten weiterhin als mattherzig und unzureichend erscheinen. Der Gegensatz zwischen den langsamen und zögernden Maßregeln des Bundes und dem Elan der schleswig-holsteinischen Bewegung schien zu groß. Diese ganz Deutschland durchziehende Bewegung galt es nun gegen die zögernde und langmutige Haltung der Regierungen nutzbar zu machen. Zu diesem Zweck mußte sie aber irgendwie praktisch erfaßt werden. Die einzige Organisation, die fast ganz Deutschland besonders eben Norddeutschland ergriff, war der Nationalverein; ihn galt es zu aktivieren und mobil zu machen. — Wir haben ein sehr interessantes Schreiben Hermann Baumgartens⁵⁶ vom 30. November an Rochau,⁵⁷ das diesen Teil des Roggenbachschen Programms eindeutig widerspiegelt. Baumgarten veranlaßte darin⁵⁸ den Nationalverein zur Aufwiegelung der Volksmassen in Hamburg und Hannover, von wo aus diese Bewegung dann eine Stärkung der preußischen Liberalen bringen sollte, „damit das Beispiel des popularen Erfolges in jenen Ländern den Preußen den Mut gebe, auch ihrerseits den letzten Sturm zu wagen“. Daß dieser Plan mehr oder weniger von Roggenbach inspiriert und gutgeheißen wurde, geht aus einem Schreiben Ungern-Sternbergs, eines publizistischen Vertrauten Roggenbachs, vom 18. Nov. an Rochau hervor, in dem er diesen zur weitgehenden Entfaltung eines Aufstandes in Schleswig-Holstein auffordert; darin heißt es: „Im Vertrauen gesagt, Roggenbach ist entschieden fuer den Aufstand und würde gewiß alles Mögliche tun, um ihn zu unterstützen, soweit es die sehr deli-

56. Professor der Geschichte am Polytechnikum in Karlsruhe und publizistischer Vertrauter Roggenbachs.

57. Rochau, dessen Buch „Grundsätze der Realpolitik“ den Gedankenkreis der Liberalen stark befruchtet hatte, redigierte die „Wochenschrift des Nationalvereins“.

58. Hermann Oncken: Rudolf v. Benningsen S. 630, Anm. 1.

kate Lage Badens zuläßt⁵⁹. Inwieweit man in Karlsruhe bei diesen Vorschlägen auch an Gewaltanwendung dachte, geht aus diesen Sätzen nicht klar hervor. Es scheint aber doch, daß trotz einiger reichlich radikaler Ausdrücke wie „den letzten Sturm zu wagen“ mehr eine moralische Überwindung der Regierungen durch die Wucht der Volksbewegung angestrebt wurde. Daß eine derart aufgeputschte Volkserregung allerdings leicht über die Stränge schlagen konnte, wurde ebenfalls erkannt: „Wenn wir die Bewegung steigern, müssen wir sie zugleich möglichst in der Hand halten und jeden faux pas meiden . . . Die Lösung: entweder für eine klare rechtmäßige Sache siegen oder einer wüsten Revolution anheimfallen, wird die Parteien zusammenhalten und die Macht des einigen Nationalwillens schaffen.“ — Die enge Beziehung Baumgartens zu Roggenbach läßt eine weitgehende Übereinstimmung mit dessen Plänen annehmen, besonders da wir ja auch sonst noch Zeugnisse dafür haben, daß Roggenbach allein von einer energischen, durchgreifenden Aktion, die alle verfügbaren Kräfte in Bewegung setze, einen vollen Erfolg der Sache erhoffte. Es erübrigt sich fast, darauf hinzuweisen, wie weit Roggenbach mit diesen Bestrebungen den Boden eines mittelstaatlichen Ministers verläßt und zu einem Agitator und Sachverwalter der deutschen Interessen wird.

Gleichzeitig suchte er durch eine augustenburgische Aktion am Bund, sowohl in die dortigen Verhandlungen mehr Leben und Tempo zu bringen, als auch der schleswig-holsteinischen Bewegung durch ein Hervortreten des Herzogs neue Nahrung zu geben. — Eine Weisung Samwers vom 25. XI. forderte Mohl auf, am Bund einen Antrag auf bundesmäßige Hilfe für den Herzog und die den Eid verweigernden Holsteiner zu stellen. Mohl⁶⁰ wehrte sich entschieden, diesen Auftrag durchzuführen, da er unerfüllbar sei; ein noch nicht legitimierter Gesandter eines noch nicht anerkannten Fürsten werde zu Anträgen in der Bundesversammlung nicht zugelassen. Außerdem könne Bundeshilfe für einen noch nicht Anerkannten unmöglich ver-

59. Hermann Oncken: Rudolf v. Bennigsen S. 630/31.

60. Dipl. Spez. A. G. L. A. K. Faz. 71.

langt werden, auch nicht zum Schutze von Untertanen, von welchen noch gar nicht ausgemacht sei, daß sie überhaupt in dieser Eigenschaft bestehen. Es kam wegen dieses Antrages zu einer erregten, schriftlichen Diskussion zwischen Mohl und Roggenbach, der darin eine Möglichkeit sah, die drohende Exekution auf herzogliches Ersuchen in modifizierter Form stattfinden zu lassen. Mohl versteifte sich auf die rechtliche Unmöglichkeit des Antrages und suchte das agitatorische Unge-stüm seines Ministers zu zähmen. Allein er drang nicht durch; Roggenbach wollte durch alle Mittel, auch durch eine praktisch vielleicht ergebnislose Demonstration die Stellung des Augustenburgers festigen. Als Mohl den Antrag Herrn von Kübeck überreichen wollte, wurde die Annahme des Schriftstückes von dem Präsidialgesandten verweigert.⁶¹

Während Roggenbach versuchte, auch durch solche nicht ganz bundesgemäßen Mittel dem Elan für die holsteinische Sache immer wieder neue Nahrung zu geben, wurden am Bund die Voraussetzungen für eine Okkupation der Herzogtümer oder auch nur für eine moderierte Exekution immer geringer. Das erstaunliche Zusammengehen Österreichs und Preußens in dieser Sache wurde immer augenscheinlicher. Die Isolierung Preußens, wie sie nach dem Frankfurter Fürstentag bestand, war ersetzt durch eine solche Österreichs. Durch die fehlgeschlagenen Nürnberger Ministerkonferenzen hatte sich eine Entfremdung zwischen dem Wiener Hof und den Mittelstaaten eingestellt, zu Rußland stand das Wiener Kabinett wegen der polnischen Frage in schlechten Beziehungen, und durch den neuerlichen Kongreßvorschlag Napoleons unter dem Motto: „Die Verträge von 1815 haben aufgehört zu bestehen“ schien ein erneuter Angriff auf die österreichischen Besitzungen in Italien zu drohen.⁶² Der Ausbruch der nationalen Schleswig-Holsteinbewegung gefährdete durch seine Berufung auf den nationalen Gedanken nicht nur den Bestand der österreichischen Monarchie, er enthielt auch die große Versuchung für Preußen, sich an der Spitze der nationalen Begeisterung all das durch einen siegreichen Kampf gegen Dänemark zu erringen, was ihm bisher Öster-

61. Dipl. Spez. A. Roggenbach an Herrn v. Marschall 28. XI.

62. Heinrich v. Sybel A. O. Bd. 3 S. 143/44.

reich im Deutschen Bund mit Erfolg verwehrt hatte. Aus diesen gesamteuropäischen wie auch deutschen Gesichtspunkten war Österreich auf ein Zusammengehen mit Preußen angewiesen. In einer Übereinkunft vom 24. XI. zwischen Bismarck und dem Grafen Karolyi wurde beschlossen, beim Bundestag dahin zu wirken, daß die Exekution so rasch, wie es die Bundesgesetze erlaubten, in Vollzug gesetzt werde.⁶³ Auf dem Wege freundlicher Vorstellungen durch ihre Gesandten suchten die beiden Höfe zunächst den einzelnen Regierungen nahe zu legen, ebenfalls für Exekution zu optieren.

Die Berichte des preußischen und des österreichischen Gesandten über die Aufnahme ihrer Vorstellungen bei Herrn von Roggenbach liegen vor. Während Preußen durch mehrmalige freundliche Vorstellungen ein der Exekution günstiges Terrain in Karlsruhe zu schaffen suchte,⁶⁴ beschränkte sich Österreich auf einfache Mitteilung der identischen Noten. — Die Beziehungen Badens zu dem österreichischen Hofe waren schon seit geraumer Zeit sehr schlecht. Die ganze Richtung der badischen Innen und Außenpolitik in den letzten drei Jahren bildete für den Wiener Hof ein schweres Ärgernis. Die Haltung Badens in der deutschen Reformfrage, in den Zollvereinsverhandlungen, seine Geneigtheit, das Königreich Italien anzuerkennen, endlich das Auftreten des Großherzogs auf dem Frankfurter Fürstentag hatten dazu geführt, daß der eigentliche österreichische Gesandte in Karlsruhe Graf Trautmannsdorf sich überhaupt nicht mehr in Karlsruhe aufhielt und andauernd durch den Legationssekretär Herrn v. Pilat, „der durch seine Parteinahme für ultramontane Interessen und alles, was dem Ministerium Stabel-Roggenbach Opposition macht, bekannt ist,“ vertreten wurde;⁶⁵ ja, daß auch dieser seit dem Fürstentag keinerlei Aufträge seiner Regierung mehr auszurichten hatte.⁶⁶ Hinzu kamen jetzt noch schwere Verstimmungen über die Angriffe der badischen Presse

63. vgl. Sybel a. O. S. 163.

64. Berichte Flemmings vom 27. XI. und 3. XII. G. St. A. Berlin I A. A. e. 33.

65. vgl. Bericht des preußischen Gesandten v. Flemming 4. I. 63 I. A. A. c. 24 G. St. A. B.

66. Bericht Flemmings 3. XII. 63 I. A. A. e. 33.

gegen die österreichische Politik in der schleswig-holsteinischen Frage.⁶⁷ — Der preußische Gesandte von Flemming hingegen stand in einem so guten Einvernehmen mit Roggenbach, daß es den übrigen Gesandten als bemerkenswert auffiel.⁶⁸ Als Preußen zum ersten Mal durch freundliche Mahnung Baden für seine Anschauung zu gewinnen suchte, beharrte der badische Außenminister prinzipiell auf seinem Standpunkt der Okkupation; jedoch erklärte er sich bereit, für eine Besetzung Holsteins durch Bundestruppen eventuell dann zu stimmen, wenn diese Maßregel nicht direkt als Exekution, sondern ohne spezielle Charakterisierung auf Anrufen des Herzogs Friedrich stattfinde. Eine zweite Depesche Bismarcks verlangte einfache Zustimmung Badens zur Exekution. Roggenbach lehnte unumwunden ab und betonte, es komme zunächst und vor allem darauf an, daß der Bund sich über die Erbberechtigung Christians IX. ausspreche. Dieser scheinbare Stellungswechsel Roggenbachs hat seinen Grund in der Nichtannahme des herzoglichen Antrages; Roggenbach greift nun wieder auf seine ursprüngliche, klare und eindeutige Stellungnahme, Okkupation mit vorheriger Anerkennung des Herzogs, zurück. Eine Randbemerkung Bismarcks zu dem Berichte Flemmings: „Solche europäischen Kriegs- und Friedensfragen sollte Baden nicht entscheiden wollen“, beleuchtet grell und scharf die Kluft zwischen den beiden Anschauungen. Mit diesem einzigen Satze scheint der vielgeschäftigten und pläne-reichen Politik des badischen Ministers der Garaus gemacht.

Eine Erklärung am Bund, die die Anerkennung des Herzogs vor allen faktischen Maßregeln forderte, und die Mohl am 3. XII. abzugeben hatte, fixierte die badische Ansicht eindeutig. Die mittelstaatlichen Bestrebungen unter der Führung Bayerns trugen eine weniger radikale Färbung. Die Mittelstaaten hatten allerdings auch Okkupation auf ihre Fahnen geschrieben, bestanden aber weniger ausgesprochen auf der vorherigen Anerkennung des Herzogs: man hatte sich auf die neutralere Formulierung „Okkupation für den demnächst festzu-

67. Bericht des Herrn v. Althaus (Vertreter Edelsheims in Wien) 13. XII. 63 Dipl. Spez. A. G. L. A. K.

68. Berichte des württembergischen Gesandten v. Thumb Anfang Dezember 1863.

stellenden rechtmäßigen Erben“ geeinigt.⁶⁹ Es bestand jedoch keine einigermaßen deutliche und feste Gruppierung für einen entsprechenden Antrag; ein dauerndes, aufgeregtes Hin und Her der Meinungen und Vorschläge schuf ein vollkommen unklares Bild der Kräfteverteilung. Diese Situation nützten Preußen und Österreich aus, indem sie durch ihre identischen Noten vom 4. Dez., die einen einfachen Beitritt zur Exekution unter Berufung auf die gesamteuropäische Lage forderten, die mittelstaatlichen Höfe einzuschüchtern suchten. Die Antwort der badischen Regierung fiel natürlich negativ aus. Aus dem Bericht v. Pilats, der bei dieser Gelegenheit zum ersten Mal seit langer Zeit wieder einen Auftrag seiner Regierung am Karlsruher Hofe zu erledigen hatte, vom 5. XII. geht jedoch hervor, zu welchem Entgegenkommen sich Roggenbach entgegen seiner inneren Überzeugung versteigt, um seine Regierung nicht von allen Aktionsmöglichkeiten auszuschließen: „Er (Roggenbach) habe nichtsdestoweniger Herrn v. Mohl ermächtigt, möglichst weit zu gehen, wenn der Beschluß eine Fassung gewinnen würde, wobei Baden unter Aufrechterhaltung eines Vorbehaltes, daß die Maßregel zugunsten des Herzogs v. Augustenburg erfolge, nicht genötigt sein würde, mit seiner zuletzt erteilten Instruktion und seiner bisherigen Anschauung und Handlungsweise in gar zu grellen Widerspruch zu geraten. Wenn er versichert sein könnte, daß die kaiserliche Regierung froh wäre, eine Gelegenheit zu finden, um aus dem Londoner Protokoll herauszutreten, so würde er zu allem seine Zustimmung geben“.⁷⁰ Wieder diese Doppeldeutigkeit einer badischen Abstimmung, in der die Mentalität des Außenministers sich spiegelt. Als Staatsmann von selbständiger politischer Überzeugung will er nicht darauf verzichten, sie als maßgebender Politiker seines Landes zum Ausdruck zu bringen, er muß aber immer wieder einen hemmenden Kompromiß schließen mit den Möglichkeiten, die die Größe und Bedeutung dieses Landes ihm gewähren, und die oft in keinem Verhältnis zu dem Schwung und der Größe seiner Ideen stehen.

69. vgl. Theodor Loskarn: Bayern u. die schleswig-holsteinische Frage 1863/64. Dissertation München 1926.

70. Bericht Pilats 5. XII. 63 Faz. VII/43 H. H. St. A. W.

Es darf vielleicht hier erwähnt werden, daß die Roggenbach'schen Erlasse sich durch keine allzu große Deutlichkeit und Prägnanz auszeichneten; die badischen Abstimmungen am Bunde sind länger und umfangreicher als die aller andern Bundesglieder; der hohe Enthusiasmus für eine Idee verdunkelte bei Roggenbach in vielen Fällen den klaren Blick für die Abgrenzung ihrer wirklichen Beziehung zur praktischen Politik. Man vermißt deshalb oft einen genau fixierten Standpunkt in einer bestimmten Sache.⁷¹

Die identischen Noten hatten gewirkt. Die kleineren Staaten, ebenso Kurhessen und Hannover schlossen sich den Großmächten an. Mit 8 gegen 7 Stimmen wurde der Antrag der beiden Großmächte auf schleunigen Vollzug der Exekution angenommen, der allerdings den Zusatz enthielt, daß dadurch alle seiner Kompetenz unterliegenden Beschlüsse des Bundes nicht präjudiziert würden, ein Zusatz, der praktisch ganz wertlos sein mußte.

71. vgl. Robert v. Mohl a. O. S. 137: „Er gibt sich keine nüchterne staatsmännische Rechenschaft von seinen Zwecken und nicht von den Mitteln zur Erreichung derselben und selbst in einzelnen bestimmten Fragen formuliert er seine Ansicht nicht scharf und noch weniger weiß er sie mit unzweifelhafter Bestimmtheit auszusprechen.“

Drittes Kapitel.

Beziehungen Badens zu dem Herzog von Augustenburg bis zu Beginn des Jahres 1864.

Während das Schicksal der Herzogtümer sowohl die europäischen Kabinette als auch den Deutschen Bund in äußerst lebhafter Weise bewegte, war der Herzog von Augustenburg¹ selbst in Gotha von dem tatsächlichen Geschehen so gut wie ausgeschaltet. Da er auf ein sofortiges Auftreten in Holstein verzichtet hatte, konnte er auch keine tatsächlichen Regierungsmaßregeln ergreifen. Agitation, Proklamationen und Missionen an die deutschen und europäischen Höfe waren die Mittel, mit denen er versuchte, seine Sache vorwärts zu bringen. Eine ungeheure Geschäftigkeit wurde unter Leitung von Samwer in dieser Hinsicht entwickelt.

Edelsheim bezeichnet Samwer als den einzigen wirklichen politischen Kopf am Hofe des Augustenburgers, muß aber hinzufügen, daß diese Eigenschaft nicht durch entsprechende Entschlußkraft und Energie ergänzt wird.² Mit leidenschaftlichem Eifer gab er sich seiner Tätigkeit für den Herzog hin, er verzettelte sich aber in kleinen Dingen und Einzelheiten und verlor dabei den großen Überblick und den Sinn für das Wesentliche und Wichtige. Mohl beklagte sich wiederholt bei Roggenbach, er könne sich der Telegramme und Erlasse aus Gotha oft wegen ganz unwesentlicher Dinge kaum erwehren.³ Weder der Herzog selbst

1. vgl. über ihn: J. H. Gebauer: Herzog Friedrich VIII. von Schleswig-Holstein. 1912.

2. Bericht Edelsheims 9. XII. 63 und vgl. Gustav Freytag an Karl Mathy 6:XII. in: Deutscher Liberalismus im Zeitalter Bismarcks her. v. J. Heyderhoff, 1925, Bd. 1.

3. Bericht Mohls 25. XII. Dipl. Spez. A.

noch seine andern Ratgeber konnten zu der ziemlich zerfahrenen Geschäftsbehandlung ein heilsames Gegengewicht bilden. Der Herzog wird als ein ernster, ruhiger Mann von sehr vorsichtigen und zögernden Entschlüssen geschildert.⁴ In ruhigen Zeiten hätte er einen guten Landesherrn abgegeben, aber der Rolle eines Prä-tendenten, der seinen Thron erst erkämpfen will, war er nicht gewachsen. Francke, von dem Edelsheim berichtet, „er habe unüberlegte Energie, die an Eigensinn grenze, er entêtiiere sich auf irgendeinwas, und dann wolle er mit dem Kopf durch die Wand und vergesse über der einen Sache alles andere; außerdem sei er gar kein politischer Kopf,“ und Du Plat, ein einseitiger, mittelmäßiger Militär, waren auch wenig geeignet, den Herzog und Samwer zu zielbewußtem und entschlossenem Handeln zu bestimmen. Diese Rolle hatte Roggenbach Edelsheim zugedacht, als er ihn als ständigen Ratgeber dem Herzog sofort nach seiner Proklamation zuteilte; allein das Wirkungsfeld eines Beraters reichte nicht aus, die Politik des Herzogs maßgebend zu beeinflussen. Samwer war in dem Grad seiner Mitteilsamkeit gegenüber Edelsheim wohl nicht immer gleichmäßig offen, und auch die Persönlichkeit Edelsheims selbst entsprach nicht restlos der ihr gestellten Aufgabe. „Etwas zu rechthaberisch und freudig in dialektischer Erörterung“,⁵ überschüttete er Roggenbach mit einer Flut von Berichten und Meldungen, die oft mehr die wiederholten Darlegungen seiner eigenen Anschauungen als neue Tatsachenberichte enthielten.

Es mußte auf die Dauer als eine unhaltbare Situation erscheinen, daß der Augustenburger ohne Möglichkeit, sich tatsächlich als Herzog zu gebärden, in Gotha eine Scheinregierung ohne alle Machtmittel führte und dabei in die Gefahr geriet, den Konnex mit der Volksbewegung in den Herzogtümern zu verlieren. Wenn Roggenbach den projektierten Antrag der herzoglichen Regierung am Bund auf Hilfeleistung für die den Eid verweigernden Beamten so warm begrüßte, so deshalb, weil er darin ein erstes faktisches Eintreten des Herzogs für seine zukünftigen Landeskinder erblickte. Die Hauptschwäche der herzoglichen Position

4. Gebauer a. O. S. 83—86.

5. Gustav Freytag an Mathy 6. XII. 63, Heyderhoff a. O. S. 197.

war vor allem die Tatsache, daß er über keinerlei militärische Mittel verfügte, nachdem die Hoffnung Roggenbachs, ein Bundesheer werde sich zu seiner Verfügung stellen, sehr bald hinfällig geworden war. Es gab jedoch eine andere Möglichkeit, die es dem Herzog erlaubte, unter einem einigermaßen rechtmäßigen Titel Truppen zu formieren, nämlich die Aufstellung des auf Holstein entfallenden Bundeskontingentes. Auf die Bildung von Freischaren verzichtete man in Gotha von vornherein, um nicht das Wohlwollen der Bundesregierungen, besonders Preußens zu verlieren. Roggenbach dachte zunächst an die Bildung eines Heereskörpers aus Landesangehörigen in Hamburg und versprach Waffen und Offiziere zu schicken;⁶ dieser Plan scheiterte jedoch an der feindseligen Haltung Hamburgs, die auch einen Aufenthalt des Herzogs in der Nähe der Grenze sehr erschwerte und unnütz erscheinen ließ. Darauf beabsichtigte Roggenbach, Baden zu diesem Zwecke zur Verfügung zu stellen. Er telegraphierte am 1. XII. an Edelsheim, Herzog Friedrich möge an den Großherzog das Ersuchen richten, einen Teil der holsteinischen Armee auf großherzoglichem Gebiet reorganisieren zu dürfen.⁷

In Gotha war man auf ein derartig durchgreifendes Verfahren nicht vorbereitet und eingestellt. Man hatte wohl schon mit dem Gedanken an militärische Maßregeln gespielt, auch einen Minister für Kriegswesen in Du Plat bestimmt und sogar die Überlassung von Offizieren und Waffen von Karlsruhe erbeten.⁸ Trotzdem mußte Edelsheim berichten, der Herzog sei über den Vorschlag Roggenbachs mehr erschrocken als erfreut, er habe sich den Rubikon nicht so nahe gedacht und zögere, ihn zu überschreiten.⁹ Samwer schlug vor, auch an Braunschweig und Gotha, eventuell an alle Regierungen, die den Herzog anerkannt hätten, ein entsprechendes Gesuch zu richten und auch den übrigen deutschen Regierungen Mitteilung von diesem Vorhaben zu machen, um den Anschein einer Konspiration zu vermeiden.¹⁰ -- Roggenbach er-

6. Telegramm Roggenbachs an Edelsheim 24. XI. Hinterlegung Edelsheim G. L. A. K.

7. Hinterlegung Edelsheim.

8. Vertraulicher Bericht Edelsheims 1. XII. 63 Dipl. Spez. A.

9. Bericht Edelsheims 4. XII. 63. Dipl. Spez. A.

10. Bericht Edelsheims 4. XII. 63.

wartete vergebens, daß man in Gotha diese Gelegenheit, von Worten zur Tat überzugehen, mit Freuden ergreifen werde; die offizielle Anfrage an den Großherzog war eine Woche nach seinem Vorschlag noch nicht eingetroffen. Während der Druck der Großmächte den Boden des Deutschen Bundes im Sinne der Exekution immer mehr unterwühlte, erfolgte von Gotha aus nichts, um dem wirksam entgegen zu arbeiten. Der Vorschlag Roggenbachs war in erster Linie als Druckmittel auf die Bundesregierungen gedacht.¹¹ „Die Bombe sollte vor dem Exekutionsbeschluß losgelassen werden.“ Umso mehr mußte es den badischen Minister verstimmen, daß man in Gotha die Kostbarkeit der verlorenen Zeit nicht zu würdigen verstand. Es galt vor allem auch die weniger günstig gesinnten Staaten, besonders Preußen, günstig für den Kontingentsplan zu stimmen und mit ihnen in Korrespondenz deshalb zu treten.¹² Erst am 10. XII. war man in Gotha zu einem Entschlusse gekommen. In einer Proklamation an die Schleswig-Holsteiner¹³ forderte Herzog Friedrich das Land auf, „die bundesverwandten Truppen als Freunde und Befreier zu empfangen“ und sprach dann von der Pflicht, „vor allem selbst die Verteidigung unseres Landes zu übernehmen“ und daß er hoffe, „gestützt auf die bundesfreundliche Hilfe die Neubildung der schleswig-holsteinischen Armee bald beginnen zu können.“ Mit einem Schreiben vom 11. XII. an den preußischen König eröffnete der Herzog eine Korrespondenz über die Bildung eines Teiles seines Bundeskontingentes auf preußischem Boden und die Überlassung preußischer Offiziere. Beide Anliegen lehnte der preußische König, trotz Betonung persönlicher Sympathien ab; er verwies den Herzog auf die Entscheidung des Bundes in der Sukzessionsfrage und riet ihm ab, vorher irgendwelche Regierungsakte, sei es die Bildung eines Kontingentes oder gar ein Auftreten in Holstein, vorzunehmen.¹⁴ An Baden ging die offizielle Anfrage am 10., an die andern deutschen Regierungen wie Bayern,

11. Vertrauliches Schreiben Roggenbachs an Samwer 16. XII. 63. Nachlaß Samwer P. St. A. Kiel.

12. Privatschreiben Roggenbachs an Edelsheim 7. XII. Hinterlegung Edelsheim G. L. A. K.

13. vgl. Jansen-Samwer a. O. Beilagen S. 187/88.

14. vgl. Jansen-Samwer a. O. Beilagen S. 688/94.

Sachsen, Württemberg, Hannover und Hessen-Darmstadt am 12. XII. ab.

Für den badischen Außenminister hatte jedoch die Kontingentsfrage nach dem Exekutionsbeschluß an aktueller Bedeutung verloren. Er stellte zwar prinzipiell badischen Boden und badische Offiziere dem zukünftigen Bundeskontingent zur Verfügung,¹⁵ hielt sich aber den Zeitpunkt noch offen. Die Art, in der die herzogliche Regierung die Sache jetzt anpackte, sagte Roggenbach durchaus nicht zu. Anstatt sofort an die Arbeit zu gehen und erst mit der vollendeten Tatsache vor die Öffentlichkeit zu treten, hatte man in einer Proklamation alles ausgeplaudert und gar von bundesfreundlicher Hilfe gesprochen, was jetzt nach dem Exekutionsbeschluß Baden, auf das sich dieser Hinweis in erster Linie beziehen mußte, in eine etwas prekäre Situation gegenüber den übrigen Bundesregierungen bringen mußte.¹⁶ Denn gegen wen sollte das neugebildete Heer denn kämpfen, nachdem die Exekutionstruppen in Holstein eingerückt waren? Es wurde wohl eine Konvention zwischen Baden und dem Augustenburger über die Reorganisation des holsteinischen Bundeskontingentes abgeschlossen, aber Roggenbach gab Edelsheim die Weisung, von der Veröffentlichung der Konvention als auch der badischen Bereitwilligkeitserklärung abzusehen,¹⁷ und auch die Bestimmung des Zeitpunktes zum Inkrafttreten Baden vorzubehalten. Nicht nur spielte bei diesen Bestimmungen ein gewisses Mißtrauen gegen die augustenburgische Regierung mit, die sich den Direktiven aus Karlsruhe nicht in dem Maße unterwarf, wie es Roggenbach erwartet hatte; auch die ablehnende Stellung der übrigen Mittelstaaten zu dem Projekt ließ eine vorsichtige Haltung Badens geraten erscheinen.

Durch die Inangriffnahme der Bildung des holsteinischen Bundeskontingentes hatte Roggenbach nicht nur einen entsprechenden Eindruck auf die Mittelstaaten erwartet, sondern auch die Stellung des Herzogs in Holstein zu stärken gehofft. Mit Klar-

15. Offizielles Schreiben Roggenbachs an Samwer 15. XII. und Weisung Roggenbachs an die badischen Gesandten 16. XII. 63.

16. vgl. Schreiben Roggenbachs an Samwer 16. XII. 63 Nachlaß Samwer und Hardeck an Samwer 6. XII. 63 P. St. A. Kiel.

17. Roggenbach an Edelsheim 24. XII. 63 Hinterlegung Edelsheim.

heit hatte Roggenbach die große Schwäche der herzoglichen Position erkannt, die in der dauernden Abwesenheit des Herzogs von seinem Lande lag, und deshalb sofort nach dem Tode des Dänenkönigs darauf hingearbeitet, den Prätendenten möglichst schnell nach Holstein oder wenigstens in die nächste Nähe zu bringen, war aber mit diesem Plan an dem Fehlen jeglicher Mittel und der ängstlichen Vorsicht des Herzogs und seiner Umgebung gescheitert.

Inzwischen hatte sich die Volksstimmung in Holstein immer ausgesprochener zugunsten des Augustenburgers entwickelt, dank einer sehr rührigen Agitation. Roggenbach selbst hatte seinen Vertrauten von Ungern-Sternberg nach Holstein geschickt¹⁸ zur Mobilmachung des Volkes und Anknüpfung mit den Ständen und Führern. Nach dem Exekutionsbeschluß wurde die Frage eines Auftretens des Herzogs in Holstein aufs Neue akut. Am 10. XII. berief Roggenbach Edelsheim nach Karlsruhe zu neuer Instruktionserteilung. Er kam mit der Weisung nach Gotha, der Herzog müsse nach Holstein, sobald die Bundestruppen das Land besetzt hätten.¹⁹

Gleichzeitig suchte Roggenbach selbst, die herzogliche Regierung, besonders Samwer etwas aus ihrer Lethargie aufzurütteln. In einem schon erwähnten Privatschreiben vom 16. XII. hielt Roggenbach Samwer eine Strafpredigt über den seitherigen Verlauf der augustenburgischen Politik. Er verurteilte aufs schärfste die ganze aufgetriebene Regierungsmaschinerie in Gotha; eine Anzahl rühriger Agenten mit einem klaren Kopf an der Spitze genügte nach seiner Ansicht; auch die Missionen an allen Höfen seien überflüssig. „Warum nicht um jeden Preis statt all der Worte mit ganzer und einzigster Energie das Ziel ins Auge gefaßt, vor dem Einrücken der Exekutionstruppen, während dem Abmarsch der Dänen ein Pronunciamento zugunsten des Herzogs und ein Einfall wenn auch nur der kleinsten Schar zu seinen Gunsten zu wege zu bringen . . . Die Tatsache machen ist Eure ganze Auf-

18. Vgl. Bericht Pilats 23. XI.; nach ihm hatte Ungern-Sternberg den Auftrag, „den einflußreichen Leuten in jenen Ländern Mut einzusprechen, sie zu einer Erhebung zu bewegen, und denselben Unterstützung, insbesondere die der badischen Regierung zuzusagen“.

19. Vgl. Bernhardi. a. O. 5. Bd. S. 238.

gabe, das aber fängt man anders an; — da gibt es nichts zu reden und nichts zu fragen, irgendwo muß in Holstein Eure Fahne aufgestellt werden.“

Demgegenüber konnte Samwer mit einigem Recht die Frage aufwerfen, was der Herzog in Holstein tun solle, er könne doch nicht die Bevölkerung zum Ungehorsam gegen die Bundeskommissare auffordern und selbst Regierungsmaßregeln ergreifen. Mitte Dezember hatte der Obergerichtsrat Otto Jensen in Frankfurt mit Mohl und dem Prinzen Waldemar verhandelt, und da auch die Berliner Freunde wie Geffcken, Bernhardi usw. drängten, wurde Samwer dem Plan geneigter, jedoch unter der Bedingung, daß der Herzog streng auf dem Boden des Bundesrechtes bleibe und davon absehe, die Regierungsgewalt formell zu übernehmen. — Es ist naturgemäß schwer zu entscheiden, wessen Anschauungen dem Herzog dienlicher waren. Die Lage war die, daß der Augustenburger, ohne jeden Rückhalt, leicht Gefahr lief, bei jeder Partei anzustoßen. Ging er nicht nach Holstein, so mußte zwangsläufig dort die Volksbewegung verebben, im andern Fall verscherzte er sich den Rest allen Wohlwollens bei Österreich und Preußen und griff auch der Politik der Mittelstaaten in unangenehmer Weise vor. Die lavierende, aber eben deshalb etwas schwächliche und marklose Politik Samwers, die jedem Risiko möglichst aus dem Wege zu gehen suchte, trug diesen Umständen Rechnung. Roggenbach dagegen dachte sich die Rolle eines Prä-tendenten entschieden aktiver; es hieß da nach seiner Ansicht, sich nicht nur auf die Gunst der Umstände verlassen, sondern selbst Tatsachen schaffen, Partei ergreifen, etwas aufs Spiel setzen. Man hat oft das Gefühl, als bedauere Roggenbach, durch sein Amt als badischer Staatsmann gebunden zu sein, und nicht radikaler und durchgreifender die Sache des Herzogs, besonders was die Beziehungen zur Volksbewegung betrifft, vorwärts treiben zu können.²⁰ Die Gefahr, die der Herzog bei einer energischeren Vertretung seiner Interessen in oder in der Nähe von Holstein lief, war die Gefangennahme seiner Person, seither durch die Dänen und jetzt durch die Bundestruppen; aber auch diese schlimmste Möglichkeit konnte noch als ausgezeichnetes Mittel

20. Vgl. Kapitel II D S.

der Propaganda verwertet werden — der Herzog im Gefängnis würde für das Volk zum Märtyrer werden. Die Situation erforderte von der herzoglichen Regierung, entweder zu versuchen sich selbst allmählich eine starke Position zu schaffen — dahin wies die wachsende Volksbewegung in den Herzogtümern oder eine enge Verbindung mit einer der streitenden Parteien einzugehen, damit sie nicht der Spielball aller wurde. Die Unklarheit und Unsicherheit der Parteikonstellation wies in der Hauptsache auf den ersten Weg, den Roggenbach, wie wir sahen von Anfang an im Auge hatte.

Ausschlaggebend wurde schließlich auch die Stimme des Volkes. Am 22. XII. beschloß eine Versammlung holsteinischer Abgeordneter in Hamburg eine Eingabe an den Bund mit der Bitte, den Herzog Friedrich anzuerkennen und einzusetzen.²¹ Am 27. XII. tagte in Elmshorn²² eine große Volksversammlung, die Friedrich zum Herzog ausrief und ihm huldigte; eine Adresse an den Herzog wurde beschlossen, die die sehnlichste Erwartung des ganzen Volkes auf das Erscheinen des Herzogs aussprach. Nach diesen Kundgebungen mußte der Augustenburger sich in sein Land begeben, wenn er nicht allen Boden dort verlieren wollte. Darin bestärkte ihn eine Unterredung mit dem von England heimkehrenden Kronprinzenpaar am 23. XII.²³ — Vor dem Einrücken der Bundestruppen schon in Holstein aufzutreten, nach dem Plane Mohls und Roggenbachs, erachtete der Herzog für unmöglich, da die Dänen das Land nur schrittweise räumten und die Bundestruppen sofort nachrückten. Er reiste am 28. XII. inkognito mit Du Plat und Edelsheim auf Umwegen nach Harburg und landete wohlbehalten in Glücksburg. Edelsheim kehrte auf das Geheiß Roggenbachs wieder nach Karlsruhe zurück. Auf eine unmittelbare Einflußnahme auf die augustenburgischen Entschliebungen wird von jetzt ab verzichtet.

21. Jansen-Samwer a. O. S. 168.

22. Gebauer a. O. S. 80.

23. Gebauer a. O. S. 80.

Viertes Kapitel.

Die Loslösung der deutschen Großmächte von der Bundespolitik und beginnende Annäherung Badens an die Mittelstaaten.

Mehr als die andern deutschen Staaten mußte der Exekutionsbeschluß Baden treffen; der ganzen optimistischen Politik Roggenbachs schien damit zunächst der Faden abgeschnitten. Nicht nur, daß die Wege Badens sich von denen Preußens mit der Abstimmung vom 6. XII. ganz getrennt hatten, auch die durch die sachlichen Gegebenheiten hergestellten Beziehungen zu den übrigen Mittelstaaten waren sehr lose. Roggenbach mußte versuchen, mit ihnen in nähere Verbindung zu kommen, wenn er nicht seine augustenburgische Politik verabschieden und Baden zu tatenlosem Zusehen verurteilen wollte.

Von besonderem Wert mußte es sein, sich mit der bayrischen Politik in Übereinstimmung zu befinden. Noch ganz erfüllt von zorniger Erregung über die Niederlage am 6. ließ Roggenbach schon am 7. XII. ganz vertraulich durch den badischen Gesandten von Berckheim in München gemeinsame militärische Maßregeln all der Regierungen, die nicht auf dem Exekutionsstandpunkt stünden, vorschlagen, um „die in den Herzogtümern gefährdeten Rechte des Bundes und der Bevölkerungen zu schützen“.¹ Das würde eine Aktion der Bundesminorität neben der durch die Majorität ausgeführten Exekution bedeutet haben, von „bundesmäßiger“ Hilfe konnte bei einem solchen Vorgehen nicht die Rede sein, denn allein rechtmäßig und gültig war der Beschluß der Majorität. Es ist erstaunlich, wie Roggenbach, diese Tatsachen übersehend, als verantwortlicher Vertreter der badischen Außenpolitik einen solchen Vorschlag machen konnte; aber er wollte handeln, sich gegen den unnationalen Bundesbeschluß stemmen, das Temperament ging ganz einfach mit ihm durch und überwog die

1. Roggenbach an Berckheim 7. XII. Dipl. Spez. A.

politische Einsicht. Es hätte doch letzten Endes eine Aktion gegen Österreich und Preußen, die Hauptstützen des Exekutionsbeschlusses, bedeutet; es ist dabei ganz unklar und geht auch aus der Weisung an Berckheim in keiner Weise hervor, ob und inwieweit Roggenbach sich diese Konsequenzen seines Vorschlages überhaupt klar gemacht hat.

Der bayrische Minister von Schrenck, in seiner vorsichtigen und zögernden Art, stellte sich durchaus und streng auf den Boden der Bundesverfassung, die Exekution sei als rechtmäßiger Bundesbeschluß ohne Widerstand durchzuführen. Unumwunden lehnte er den badischen Vorschlag ab. „Dem besten Rechte könne nur Nachteil bereiten, wer zu dessen Geltendmachung rechtswidrige und zugleich noch klugheitswidrige Wege betrete.“ Zuerst müsse der Bund seinen Spruch über das Erbrecht des Augustenburgers gefällt haben, bis dahin sei jedes Vorgehen eines Bundesstaates präjudizierlich. Die unbedingte Festlegung auf den Bundesstandpunkt veranlasse Bayern, auch die Anfrage Roggenbachs, ob die bayrische Regierung die Bildung holsteinischer Kontingente auf ihrem Boden gestatte, negativ zu beantworten. Ja, Schrenck sah in diesem Ansinnen sogar das Bestreben, Bayern zu kompromittieren und festlegen zu wollen und sprach Berckheim seine tiefe Verstimmung hierüber aus.² — Also ein glatter Mißerfolg, der Roggenbach bewog, auf eine Anfrage bei den andern Mittelstaaten zu verzichten.

Das Gefühl der Mißstimmung und Enttäuschung über den 6. Dezember brachte Roggenbach aber auch in der Haltung Badens am Bund zum Ausdruck. Anstatt sich auf den Boden der Tatsachen zu stellen und gemäß dem Versprechen der Mitwirkung, wie es in der badischen Abstimmung gegeben worden war, den Ausführungsanträgen zuzustimmen, blieb Baden auch dabei abseits. In der Bundestagssitzung vom 14. Nov., in der über die Matrikularbeiträge und die Instruktionen der Bundeskommissare³ abgestimmt wurde, stimmte Baden allein

2. Berckheim an Roggenbach 12. XII. 63 Dipl. Spez. A.

3. Zum Befehlshaber der Exekutionsarmee wurde der sächsische General von Hake ernannt; ihm wurden 2 Bundeszivilkommissare zur Verwaltung des Landes beigegeben, der Sachse von Könneritz und der Hannoveraner Nieper.

gegen die Ausschlußanträge mit der Begründung, die Instruktion enthalte nichts über Schleswig und den Augustenburger. Übereinstimmend mit den badischen Überzeugungen war diese Abstimmung, aber sie enthielt doch auch große Inkongruenzen in sich; wie sollte es z. B. möglich sein, in einem Exekutionsbeschluß gegen einen Bundesfürsten, als der der König von Dänemark durch den Exekutionsbeschluß schließlich noch angesehen wurde, gleichzeitig Partei für einen Nicht-Bundesfürsten (der Herzog war vom Bunde noch nicht anerkannt) zu ergreifen, der diesem den Thron streitig machte; das wäre ein Widerspruch in sich gewesen; die Erbfolgefrage war bei der Exekution einfach ausgeschaltet. — Das schloß natürlich nicht aus, daß mit Hilfe der Exekution durch den Druck veränderter Verhältnisse schließlich doch das Ziel einer Okkupation erreicht wurde. Von diesen Gesichtspunkten ausgehend, war Mohl, an sich Gegner der Exekution, mit der badischen Abstimmung vom 14. durchaus nicht einverstanden, er riet dringend davon ab.⁴ Wieder stieß das Ungestüm Roggenbachs auf die maßvolle, juristisch einwandfreie, wenn auch nicht immer politisch großzügige Besonnenheit seines Bundestagsgesandten. Exekution sei besser als vollkommene Untätigkeit des Bundes. Vor allem erkannte Mohl deutlich, daß Badens Stellung auch in dieser Frage im Bund verankert und fundiert war, und daß es sich durch ein Verlassen der Bundesverfassung auf sehr unsicheren, ja unrechtmäßigen Boden begab. Der Bund war schlecht, aber da noch kein Ersatz dafür geschaffen war, blieb jedem Einzelnen seiner Mitglieder, besonders den kleineren nichts anders übrig, als sich seinen Gesetzen zu unterwerfen. Jede weitere Erklärung Badens gegen die Exekution war nur dazu geeignet, den Dänen Waffen in die Hände zu drücken bei ihrer Agitation gegen die deutschen Maßnahmen. „Die Dänen können sich auf unsere eigene Darstellung der Richtigkeit des Verfahrens gegen sie berufen und sie haben, höre ich, damit auch schon angefangen.“ — Diese Darlegungen Mohls, verbunden mit der Tatsache der vollkommenen Isolierung Badens, bewogen Roggenbach von einer weiteren Erklärung am Bunde

4. Mohl an Roggenbach 11. XII. und 14. XII. 63 Dipl. Spez. A.

abzusehen und sich, wenn auch widerwillig, den Tatsachen zu beugen.

Im Lager der übrigen Mittelstaaten wurde gerade jetzt eine rührige Tätigkeit entfaltet. Am 20. November traf der sächsische Minister von Beust in München ein, um mit Schrenck das nächste Vorgehen in der schleswig-holsteinischen Frage zu beraten; gleichzeitig hielt sich auch Herzog Friedrich von Augustenburg dort auf, um mit Bayern in nähere Fühlung zu kommen und König Max für seine Parteinahme zu danken. Selbstverständlich, daß er sowohl mit Schrenck als auch mit Beust längere Unterredungen hatte.⁵ Von München kommend, traf Beust in Augsburg mit dem württembergischen Minister von Hügel, der sich ebenso wie vorher Schrenck mit seinen Plänen einverstanden erklärte, zusammen. Als Folge dieser Verabredungen der 3 Minister stellte Bayern am 23. November am Bundestag den auf Beust'sche Initiative zurückgehenden Antrag auf beschleunigte Anerkennung des Augustenburger Erbrechtes.⁶ — An Roggenbach gelangte weder eine Aufforderung, an diesen Besprechungen teilzunehmen, noch später eine Mitteilung ihres Resultates. Es wurde der badischen Regierung nicht leicht gemacht, ihre Zuverlässigkeit zu beweisen; weder die neueste antipreußische Richtung der badischen Bundespolitik, noch die Annäherungsversuche Roggenbachs an Bayern reichten bis jetzt aus, um das Odium, das ihm seine seitherige Innen- und Außenpolitik in den Augen der Mittelstaaten verschafft hatte, zu überdecken. Der stürmische Versuch, Bayern auf einen bundeswidrigen Weg mitfortzureißen, hatte nicht dazu beigetragen, das Mißtrauen gegen den Vertreter der badischen Politik zu verringern. Roggenbach, der wieder einmal mit zu geringen Hindernissen bei Durchsetzung seiner Pläne gerechnet und zu wenig die Rolle der Folgerichtigkeit im politi-

5. Bernhardi a. O. S. 239 schreibt unterm 21. XII.: Diese Reise habe dem Herzog gar nicht gut getan. „Er ist den Münchener Ränken verfallen, leider auch befangen von der sogenannten Macht Bayerns.“

6. Sybel a. O. S. 194/95 gibt Beusts weitere Pläne wie folgt an: Die Anerkennung durch die Mehrheit müsse binnen 8 Tagen zu erlangen sein; dann! Okkupation der Herzogtümer durch den Bund und gleichzeitige Einberufung der Stände.

schen Handeln beachtet hatte, verstimmte natürlicherweise dieses Verhalten der drei Königreiche in hohem Maße.⁷ Er versuchte durch die badischen Gesandten an den Höfen von München, Stuttgart und Berlin, Näheres über die getroffenen Verabredungen zu erfahren, die auch der deutschen Öffentlichkeit nicht mitgeteilt worden waren; besonders interessierten ihn die möglicherweise dabei verabredeten militärischen Abmachungen, die von der ausschlaggebendsten praktischen Bedeutung für Baden selber sein mußten.

Den beiden deutschen Großmächten mußten die Zusammenkünfte der drei mittelstaatlichen Minister ebenfalls ein Dorn im Auge sein. Von den einzelnen Punkten der Verabredungen sickerte zu den preußischen Gesandten soviel durch, um Bismarck diese Machinationen als sehr bedenklich erscheinen zu lassen. Sein Standpunkt ist kurz zusammengefaßt in den Worten: „Wir lassen uns nicht majorisieren!“ Fragen von solcher europäischen Tragweite wie die schleswig-holsteinische können nicht durch Majoritätsbeschlüsse des Bundes, sondern nur nach europäischen Gesichtspunkten gelöst werden; Preußen und Österreich sind in erster Linie europäische Großmächte und dann erst deutsche Bundesstaaten.⁸

Die Exekutionstruppen waren in Holstein eingerückt und hatten das Land innerhalb weniger Tage, ohne Widerstand zu finden, besetzt; es stellte sich die Frage, wie nun weiter zu operieren sei. Am 1. Januar lief der Termin ab, der Dänemark zur Rücknahme der Novemberverfassung gestellt worden war. An diesem Tage würde, so hatte Bismarck seinem Könige gesagt, sich Preußen bei weiterer Widerspenstigkeit Dänemarks vom Londoner Protokoll lossagen; nur unter diesem Aspekt hatte König Wilhelm in das Exekutionsverfahren eingewilligt. Da aber Österreich durchaus nicht geneigt schien, die Basis des Londoner Protokolls zu verlassen, warf Bismarck das Steuer wieder etwas herum und zog auch seinen König mit sich. Am 28. Dezember stellten Österreich und Preußen gemeinsam in der

7. Bericht Thumbs 31. XII. 63 W. St. A. Stuttgart.

8. vgl. Erlaß Bismarcks an den preußischen Gesandten in Wien von Werther 27. XII. 63 und Runderlaß an die deutschen Missionen vom 3. I. 64. Ges. Werke a. O. S. 252/53 u. 261/62.

Bundesversammlung den Antrag, Schleswig in Pfand zu nehmen, um Dänemark zur Erfüllung der Verabredungen von 1851/52 zu zwingen. Gleichzeitig brachte Hessen-Darmstadt einen Antrag ein, der die Besetzung Schleswigs verlangte zum Schutze aller Rechte, deren Wahrung dem Deutschen Bunde unter den gegenwärtigen Verhältnissen obliege, besonders zur Verhinderung der Einverleibung Schleswigs in das Königreich Dänemark. Österreich und Preußen ließen kein Mittel unversucht, um die Mittelstaaten zu ihrem Antrage zu bekehren. Am 31. Dezember richteten sie identische Noten an die mittelstaatlichen Höfe, die in scharfen Worten das Verbot des 36er Ausschusses als einer illegalen Vereinigung forderten. Trotz dieses Einschüchterungsversuches erreichte jedoch ein Antrag der Großmächte, den Herzog von Augustenburg aus Holstein auszuweisen, keine Mehrheit, er wurde mit 9 gegen 7 Stimmen am 2. Januar abgelehnt.⁹

Baden hatte selbstverständlich ebenfalls dagegen gestimmt. Da die Stellung des Herzogs im Anfang tatsächlich ziemlich gefährdet schien, hatte sich Roggenbach bereit erklärt, durch eine Einladung des Herzogs an den badischen Hof, eine Brücke für seine möglicherweise durch europäischen Druck verlangte Entfernung zu schlagen.¹⁰ Im übrigen riet er dem Herzog, so lange wie möglich im Lande zu bleiben. Der Herzog hatte jeden Versuch tatsächlicher Regierungsmaßnahmen unterlassen; er hatte vielmehr das Volk aufgefordert, sich den Weisungen der Bundeskommissare zu fügen, die ihrerseits alle Proklamationen und Kundgebungen für den Herzog widerstandslos geschehen ließen, ja die Ämter der holsteinischen Verwaltung fast ausschließlich mit ausgesprochenen Anhängern des Augustenburgers besetzten. In Anbetracht dieser günstigen Situation und des Bundesbeschlusses vom 2. Januar mußte ein freiwilliges Verlassen Holsteins durch den Herzog ihn bei den Bewohnern des Landes in den Ruf der Mutlosigkeit und mangelnden Initiative bringen. — Der Herzog mußte im Land bleiben, wenn nicht das ganze Kartenhaus der Pläne des badischen Außenministers zu-

9. Jansen-Samwer a. O. S. 186/87.

10. Roggenbach an Mohl 8. I. 64 Nachlaß Samwer P. St. A. Kiel.

sammenstürzen sollte. Sah sich Baden durch die jetzigen Grundtendenzen seiner Politik immer mehr auf einen gemeinsamen Weg mit den Mittelstaaten gedrängt, so war Roggenbach doch in all seinen Anschauungen über die schleswig-holsteinische Frage bei weitem radikaler als seine mittelstaatlichen Kollegen. Selbstverständlich, daß er Gegner des großmächtlichen Antrages war. Aber auch den hessischen Antrag verdamnte er und bezeichnete ihn als „reine Konfusion“.¹¹

Ausgehend von der unbedingten Notwendigkeit einer Entscheidung über das Londoner Protokoll und die Erbfolgefrage, verurteilte er jedes Vorgehen, das ein Eingreifen des Bundes in Schleswig ohne einen klaren Rechtstitel in sich schloß. Ehe nicht der Herzog von Augustenburg als Herzog in Holstein vom Bunde anerkannt war und in dieser Eigenschaft den Bund um Hilfe anging zur Verfechtung seiner alten Rechte auf Schleswig,¹² hatte nach Roggenbachs Ansicht der Bund überhaupt kein Recht, einen Krieg mit Schleswig vom Zaun zu brechen. Dem hessischen Antrag fehlte nach seiner Ansicht jede Rechtsunterlage; das allein Richtige war, die Nichtigkeitserklärung des Londoner Protokolls und die Anerkennung des Augustenburgers zu erreichen. Allein am Bund war dafür keine Mehrheit zu erlangen; die Mehrheit der Mittelstaaten schien sich auf den verschwommenen hessendarmstädtischen Antrag festlegen zu wollen. Mohl, der sowohl diese Sachlage als auch die Notwendigkeit größtmöglicher Einigkeit der Mittelstaaten erkannte, arbeitete für Badens Anschluß, um eine Einheitsfront gleichviel auf welcher Basis, hergestellt zu sehen.¹³ Der badische Gesandte in Berlin von Marschall, der sich naturgemäß dem Eindruck von Bismarcks Politik und Persönlichkeit nicht ganz entziehen konnte und dem in Berlin die Ohn-

11. Roggenbach an Mohl 12. I. 64 Dipl. Spez. A.

12. vgl. hierzu: Weisung Bismarcks an Werther 26. XII. 63: „Wäre auch das Augustenburgische Erbrecht auf Schleswig nachgewiesen, so würde immer noch nicht für den Bund die Verpflichtung vorliegen, einem solchen Fürsten, welcher Anspruch auf ein außerhalb Deutschlands gelegenes Land hat, dasselbe zu erobern und ihn darin einzusetzen. Wollte man eine solche Verpflichtung anerkennen, so hätte auch Preußen fordern können, daß der Bund ihm zur Wiedererlangung von Neuenburg verhülfe.“

13. Mohl an Roggenbach 10. und 12. I. 64. Dipl. Spez. A.

macht jeder mittelstaatlichen Campagne gegenüber dem vereinten Willen der Großmächte klar geworden sein mochte, ging noch weiter. Er schlug Roggenbach eine Kombination des großmächtlichen und des darmstädtischen Antrages vor,¹⁴ nämlich eine gegenseitige Verpflichtung der Mittelstaaten und der Großmächte, wenn sie einmal die Waffen ergriffen hätten, diese nicht eher wieder niederzulegen, als bis folgendes Ziel erreicht sei: Aufnahme des deutschen Teiles von Schleswig in den Deutschen Bund, die Vereinigung der drei deutschen Herzogtümer zu einem besonderen Staate mit besonderer Bundesgesetzgebung, entsprechender Verfassung und nationaler Verwaltung, und sofern gänzliche Trennung von Dänemark nicht zu erreichen sei, die Beschränkung dieser Verbindung auf eine Personalunion mit der Krone Dänemark mit keinesfalls engeren Banden als den zur Zeit zwischen Schweden und Norwegen bestehenden. —

Wohl erwog auch Roggenbach die Möglichkeit einer Verständigung der Mittelstaaten mit den Großmächten, aber er ging von ganz anderen Gesichtspunkten aus als sein unter preußischem Einfluß stehender Gesandter in Berlin. Es war auch ihm klar, daß eine Lösung der schleswig-holsteinischen Frage gegen den Willen der beiden Großmächte letzten Endes ein Ding der Unmöglichkeit war, aber genau so fest war er von der alleinigen Richtigkeit seiner angestrebten Politik überzeugt, ein Kompromiß wie der Marschalls kam für ihn nicht in Frage. Es galt, die Großmächte zu einer nationalen Politik zu bekehren und moralisch zu zwingen.

Als der preußische Gesandte von Flemming den preußisch-österreichischen Antrag bei ihm befürwortete, malte Roggenbach in den schwärzesten Farben die Folgen eines Beharrens der Großmächte auf ihrer antinationalen Politik aus, er beschwor die traurigsten Zeiten der deutschen Geschichte herauf und scheute sich auch nicht, als äußerstes Druckmittel die Möglichkeit eines Rheinbundes zu erörtern, den erneuten vollkommenen Zerfall Deutschlands in Aussicht zu stellen. „Es sei kaum zu erwarten, daß die übrigen Bundesstaaten so ohne Weiteres eine Rolle acceptieren würden, welche sie nicht mehr als gleichberechtigt, sondern nur als subjectierte Teilhaber der deutschen

14. Marschall an Roggenbach 12. I. 64. Dipl. Spez. A.

Bundesgemeinschaft erscheinen ließen. Schon jetzt sei durch die unter dem Einfluß der beiden Großmächte eingeleiteten Behandlungsweise der schleswig-holsteinischen Angelegenheit die Idee der Trias in Deutschland, welche Baden mit aller Überzeugung als gefährlich bekämpft habe, mehr als je verkörpert und es könne, wenn die Dinge sich mehr als je verwickelten und in schroffe Gegensätze getrieben würden, den Gelüsten Frankreichs nach einem Protektorat über einen neuen Rheinbund nur Vorschub geleistet werden.“¹⁵ Nur ein Mittel gab es nach seiner — Roggenbachs — Ansicht, um all das zu verhindern, die Großmächte überließen den Mittelstaaten die militärischen Maßregeln gegen Dänemark und hielten sich als passive Zuschauer und Unterzeichner des Londoner Protokolles im Hintergrund, bis eine passende Gelegenheit für sie zum Eingreifen gekommen sein würde, ein Mittel, das für Preußen und Bismarck vollkommen indiskutabel war.

Flemming gab das Roggenbach mit aller Deutlichkeit zu verstehen; Bismarck wußte, daß sein Preußen ein anderes war als das Preußen zur Zeit Napoleons I., er kannte die politische Schwäche der Mittelstaaten und konnte alle Trias- und Rheinbunddrohungen als leere Schreckgespenste verlachen. Flemming erklärte, daß Preußen und Österreich auch einer Majorität des Bundes niemals gestatten würden, durch ein tatsächliches Vorgehen eine ihren eigenen Zielen entgegengesetzte Politik zu verfolgen. Die umfangreichen Rüstungen in Österreich und Preußen bildeten eine sehr eindrucksvolle Illustration dieser Erklärungen, die durch analoge, in der Tonart noch schärfere Darlegungen Bismarcks gegenüber Marschall ergänzt wurden.¹⁶

15. Bericht Flemmings 9. I. 64 I. A. A. e. 33; Roggenbach fügte dabei hinzu, „er glaube nicht nötig zu haben, sich gegen die Unterstellung zu verwahren, als wünsche er eine zweite Auflage des Rheinbundes oder als suche er für Baden eine Anlehnung an Frankreich.“ vgl. auch Bericht Pilats 1. I. 64, den Roggenbach ebenfalls vor den Gefahren eines zweiten Rheinbundes warnt.

16. Bericht Marschalls 9. I. 64. Bismarck fügte allerdings hinzu, er spreche das nur sehr ungern Marschall gegenüber aus „wegen der verwandtschaftlichen Verhältnisse unserer Souveraine und wegen seiner Beziehungen zu Herrn von Roggenbach, aber Marschalls deutschen Kollegen habe er es recht gern und recht scharf gesagt.“

Trotzdem gab Roggenbach noch nicht alle Hoffnungen auf; in der Hauptsache baute er auf eine immer noch mögliche Sinnesänderung des preußischen Königs, die hervorgerufen und befördert werden mußte durch die möglichst einmütige Geschlossenheit des übrigen Deutschlands. In diese Richtung zielt ein Rundschreiben Roggenbachs an die badischen Gesandten vom 8. Januar, das zunächst die Gefahren einer selbständigen Stellungnahme der Mittelstaaten und einer Trennung von den Großmächten entwickelt und dann fortfährt: „Obgleich die großherzogliche Regierung die Mißlichkeit eines Abgehens der Bundesregierungen von einem gemeinsam gefaßten Beschluß der beiden Großmächte namentlich in einer Frage von solcher Tragweite keineswegs unterschätzt, so vermag sie doch die absolute Unmöglichkeit nicht einzusehen, daß diese letzteren einer entschiedenen Mehrheit ihrer Verbündeten und der Gesamtheit des zum äußersten Handeln bereiten deutschen Volkes ihre von der Achtung vor mindestens zweifelhaft im Recht begründeten und in Wirklichkeit jedenfalls deutsches Recht schwer schädigende internationale Abmachungen bis jetzt aufrecht erhaltene Auffassung zum Opfer bringen, wenn ein fester Zusammenschluß der gleichgesinnten Regierungen sie von der Einmütigkeit des ganzen deutschen Volkes überzeugt ... Wir verzweifeln insbesondere nicht, daß endlich in Preußen, wo die Kämpfe um den maßgeblichen Einfluß in den bestimmenden Kreisen immer noch unentschieden sind, eine dem deutschen Rechte günstigere Stimmung die Oberhand gewinne.“¹⁷ Diese Weisung war mit einem Vermerk für den badischen Gesandten in München versehen, der beauftragt wurde sich über all dies intensiv mit Herrn von Schrenck auszusprechen. — Zweierlei wollte Roggenbach durch seine Annäherung an die Mittelstaaten erreichen: einmal eine die nationalen Interessen vertretende deutsche Politik in den Herzogtümern, die für ihn in der Loslösung Schleswig-Holsteins von Dänemark unter dem Herzog von Augustenburg gipfelte, und dann die Vermeidung einer Diktatur der beiden Großmächte über Deutschland, das er sich nur in unitarisch-föderativem Sinne geeint und gelenkt vorstellen konnte.

17. Erlaß Roggenbachs an alle badischen Gesandten 8. I. 64. Dipl. Spez. A.

Inzwischen nahmen die Dinge am Bund ihren Lauf; die Mehrheit der Mittelstaaten blieb fest, trotz der Drohnoten der beiden Großmächte. In der Bundestagssitzung vom 14. Januar stimmte nur eine Minorität dem großmächtlichen Antrag zu; daraufhin erklärten die Gesandten der beiden Großmächte, Österreich und Preußen würden nun unabhängig vom Bund, aus eigenem Recht die Aktion in Schleswig durchführen. Über den hessen-darmstädtischen Antrag wurde gar nicht abgestimmt. — Der Bund hatte sich selbst ausgeschaltet.

Fünftes Kapitel.

Baden im Fahrwasser mittelstaatlicher Politik und die Würzburger Konferenz mit ihren nächsten Folgeerscheinungen.

Der deutsche Bund war ein Staatenbund, und seine Beschlüsse basierten auf den Mehrheitsentscheidungen der Bundesversammlung, also der Vertreter der einzelnen deutschen Staaten. Das Problematische an seiner Verfassung war, daß er nicht aus lauter kleinen und mittleren Staaten sich zusammensetzte, sondern zwei Großmächte in sich schloß. Während etwa Bayern, Sachsen, Württemberg ihre außenpolitische Befriedigung durch ihre Vertretung in der Bundesversammlung fanden, durch die Zugehörigkeit zum Deutschen Bund ihren staatlichen Bestand fundiert und garantiert sahen, hatten Österreich und Preußen außerhalb des Bundes ihre Stellung als europäische Großmächte zu wahren, und der Bundestag konnte für sie oft erst an zweiter Stelle kommen, wenn nicht gar ein Hindernis sein, andererseits aber auch oft als Reserve herangezogen werden. Der Bund bedeutete für die Mittel- und Kleinstaaten Schutz gegen Europa, während er für die beiden Großmächte eine Unterstützung ihrer europäischen Interessen, die oft, wenn auch nicht immer, mit denen des Gesamtbundes, also Deutschlands, parallel liefen, darstellen mußte. —

Die Frage war nun, ob die beiden Großmächte unter allen Umständen dem Majoritätsprinzip unterliegen sollten, auch wenn es im Gegensatz zu ihren eigenen Machtinteressen stand. Der Dualismus der beiden Großmächte am Bunde hatte diese Frage schon öfter akut werden lassen, zuletzt anläßlich des österreichischen Delegiertenprojektes 1862.¹ Die Bundesreformpläne Österreichs und eines Teils der Mittelstaaten waren darauf hinausgelaufen, Preußen für immer zu einer zweiten Stelle hinter

1. Sybel a. O. Bd. 2, S. 428/31.

Österreich am Bunde zu verdammen; Bismarck hatte für den Fall der Überstimmung mit dem Austritt Preußens aus dem Bund gedroht; durch knappe Abstimmung wurde er damals verhindert. Einesteils war es ein Unding, daß die Stellung des preußischen Staates durch die Mehrheit der mittleren und kleinsten Staaten bestimmt werden sollte, andererseits machten es seine größtenteils deutschen Landesteile zu einem integrierenden Bestandteil des Bundes; die ganze Fragwürdigkeit der Bundesverfassung war schon bei dieser Gelegenheit deutlich geworden.

Der Beschluß der deutschen Großmächte vom 14. Januar 1864, allein und ohne den Bund trotz der Verwerfung ihres Antrages durch die Bundesmajorität vorzugehen, war umso bedeutungsvoller, als beide Großmächte diesmal zusammengingen und die Bundesmajorität nur aus den Mittelstaaten bestand. Es ergab sich in der Folgezeit die Gewohnheit, diese Masse der Mittel- und Kleinstaaten als den „Bund“ gegenüber den beiden Großmächten zu bezeichnen. Konnte man denn überhaupt noch von einem Deutschen Bunde sprechen, wenn seine beiden Hauptmitglieder strikt im Gegensatz zu einem Beschluß der Mehrheit handelten und ihre Bundestagsgesandten eigentlich nur noch der Form halber in Frankfurt beließen, um dem Rumpfbundestag ihre Wünsche vorzutragen oder vielmehr zu diktieren? — Die Mittelstaaten allerdings glaubten sich berechtigt, gegenüber dem schnöden Rechtsbruch und unnationalen Verhalten der beiden Großmächte die Fahne des Bundes hochzuhalten, sie kämpften dabei um ihre eigene Existenz als Glieder dieses Bundes und scheuten sich nicht, sich zu diesem Zweck einem, wenn auch gefährlichen und vorsichtig zu behandelnden Bundesgenossen wie der nationalen Volksbewegung anzuschließen. Sollte es diesen beiden Faktoren vereint nicht gelingen, eine nationale Politik gegenüber den beiden Großmächten durchzudrücken, besonders da auch der traditionelle Bundesgenosse der deutschen Landesfürsten, Frankreich, ihnen freundlich gesinnt zu sein schien?

Am 8. Januar empfingen die deutschen Mittelstaaten, die deutschen Großmächte dagegen nicht, ein Zirkular des Kaisers Napoleon,² worin das Londoner Protokoll ein ohnmächtiges

2. datiert vom 4. I. 64 s. *Les origines diplomatiques de la Guerre de 1870—71* Paris 1910 Bd. 1, S. 85—87.

Werk (*œuvre impuissante*) genannt, die Teilnahme des deutschen Bundes an der von England vorgeschlagenen Konferenz³ als wünschenswert bezeichnet und bis zu erlangter Auskunft hierüber Frankreichs Entschließung vorbehalten wurde. — Wenn die deutschen Mittelstaaten auch manchmal ein Vergnügen daran fanden, mit dem Machthaber an der Seine zu liebäugeln, so waren die Zeiten des Rheinbunds und die Möglichkeit einer zweiten Auflage seiner Politik vorüber; das hatte sich schon gelegentlich des polnischen Aufstandes gezeigt.⁴ Sogar der franzosenfreundliche hessen-darmstädtische Minister von Dalwigk zeigte sich dem Konferenzprojekt abgeneigt, betonte den deutschen Charakter der schleswig-holsteinischen Angelegenheit und hob hervor, daß allein die Entschließung des Bundes für die hessische Regierung maßgebend sei.⁵ Trotzdem verfehlte das Vorgehen des französischen Kaisers natürlich nicht, den Mittelstaaten den Rücken zu stärken und ihr Selbstgefühl zu erhöhen; diese Wirkung seines Schrittes wurde auch besonders in Berlin mit Mißvergnügen aufgenommen und der französischen Regierung daraus kein Hehl gemacht.

In Karlsruhe fiel die französische Anregung, ähnlich wie die französische Intervention in der polnischen Frage, auf fruchtbaren Boden, damals sowenig wie jetzt aber etwa aus besonderer Sympathie des badischen Außenministers für den mächtigen Nachbarn. Wir kennen die Ansichten Roggenbachs über eine isolierte Behandlung der Schleswig'schen Angelegenheit auf einem allgemeinen Kongreß. Ganz vertraulich entwickelte er dem badischen Gesandten in Paris von Schweitzer seine Ansichten über die Rolle Schleswigs als Kompensationsobjekt auf einem allgemein-europäischen Kongreß;⁷ gleichzeitig verhandelte er mit dem französischen Geschäftsträger in Karlsruhe so oft und intim, daß es andern Gesandten auffiel, und der Württem-

3. durch eine Einladung Lord Russells vom 31. XII. 63.

4. s. Sybel a. O. Bd. II, S. 511.

5. Bericht des preußischen Gesandten in Darmstadt von Canitz 16. I.

64. I. A. A. e. 33. G. P. St. A. Berlin.

6. Bericht des preußischen Gesandten in Paris v. d. Goltz 14. I. 64, I. A. A. e. 33. G. P. St. A. Berlin.

7. Roggenbach an Schweitzer 8. I. 64. Dipl. Spez. A.

berger die Haltung Badens in der speziellen Frage von Schleswig in Zusammenhang mit „fortgesetzten französischen Insinuationen“ bringen zu müssen glaubte.⁸ Vorläufig lag jedoch der Zusammentritt einer Konferenz noch in weiter Ferne, da Preußen und Österreich den englischen Konferenzvorschlag, der den jetzigen Status quo als Grundlage hatte, ablehnten.

Zunächst drehte sich für die Mittelstaaten alles darum, die Abwehr gegen das österreichisch-preußische Vorgehen vom 14. Januar zu konzentrieren. Die Erregung in Deutschland gegen die beiden Großmächte war ungeheuer. Am 20. Januar richtete eine große Volksversammlung in München an König Max eine Adresse, in der es hieß, „mit Gut und Blut wolle man zu seinem König stehen, wenn er zur Abwehr der angedrohten Demütigung die gesamte Kraft des Volkes anbiete.“⁹ In der badischen Landeszeitung wurde mit großer Offenheit der Mißstimmung Ausdruck gegeben, daß das preußische Volk sich eines Bismarck nicht erwehren könne. — Roggenbach schoß in der ersten Erregung wieder weit über das Ziel hinaus. Analog einem sächsischem Antrag wollte auch er den Durchzug der großmächtlichen Truppen durch Holstein mit Gewalt verhindert wissen.¹⁰ Am 15. Januar wurden die Vorbereitungen zur allgemeinen badischen Mobilmachung offiziell verkündet,¹¹ eine Maßnahme, die sowohl in Berlin als auch in Wien sehr übel auffallen mußte. Als der badische Gesandte in Berlin den Protest der badischen Regierung gegen das Vorgehen der beiden Großmächte Bismarck überbrachte, und um Auskunft über etwaige Schritte Preußens und Österreichs beim Bunde oder bei den exequierenden Regierungen¹² vor dem Einrücken der verbündeten Truppen in Holstein bat, wies ihn Bismarck sehr kühl zurück; der preußische Ministerpräsident verwies auf die der preußischen Politik entgegengesetzte Haltung der badischen Regierung und betonte die Auffälligkeit der badischen Rüstungen

8. Bericht Thumbs 20. I. 64, W. St. A. Stuttgart.

9. Jansen Samwer a. O. S. 213.

10. Roggenbach an Mohl 15. I.

11. Bericht Pilats 23. I. 64, H. H. St. A. Wien.

12. Die Exekution war Sachsen und Hannover übertragen worden.

im Gegensatz zu Württemberg und Hessen, wo so etwas nicht bemerkbar sei.¹³

Obwohl die beiden Großmächte am 19. Januar am Bundestag beruhigende Erklärungen abgaben und die preußische Regierung durch ein Rundschreiben vom gleichen Tage den ganzen Konflikt als eine Folge von Mißverständnissen hinzustellen suchte,¹⁴ erhielt Mohl am 21. Januar die Instruktion, eine strikte Verwahrung gegen das Betreten Holsteins durch österreichisch-preußische Truppen einzulegen. Es berührt merkwürdig, gerade den Mann sich für die Autorität des Bundes einsetzen zu sehen, der dessen Schadhaftigkeit früher so deutlich erkannt hatte und dagegen angegangen war. Neben nationalen und allgemein deutschen Beweggründen kommt hier auch ein gut Teil des badischen Staatsegoismus und Selbsterhaltungstriebes zum Ausdruck, dessen Auswirkungen und Erfordernissen Roggenbach sich unmöglich verschließen konnte und wollte. Die andern Mittelstaaten jedoch, auch Sachsen, ließen sich durch die Erklärung der beiden Großmächte beruhigen; in der Bundestagssitzung am 22. Januar billigten sie zwar die Weigerung Hakes¹⁵ sich unter das Oberkommando Wrangels¹⁶ zu stellen, erteilten jedoch den Kommissaren die Weisung, den preußisch-österreichischen Heeren nicht entgegenzutreten, vorausgesetzt, daß sie die Rechte des Bundes in Holstein nicht verletzen, was nach der Erklärung vom 19. Januar zu erwarten war.¹⁷

Wie wenig Hoffnung auf ein sofortiges, energisches und entschlossenes Vorgehen der Mittelstaaten im Sinne des Roggenbach'schen Rundschreibens vom 8. Januar zu setzen war, erfuhr der badische Außenminister durch die Berichte seines fähigsten Diplomaten Edelsheim, den er in wichtiger Mission sofort nach der verhängnisvollen Bundestagssitzung vom 14. Januar am 17. Januar an die Höfe von Stuttgart, München und Dresden sandte. Das Motto, das ihm für diese Sendung vorschwebte, war

13. Bericht Marschalls 20. I. 64.

14. Bismarck Ges. Werke a. O. S. 281/84.

15. Oberbefehlshaber der Exekutionstruppen.

16. Befehlshaber der vereinigten österreichisch-preußischen Truppen die sich am 20. I. der Grenze näherten.

17. Jansen-Samwer a. O. S. 216.

„wesentliche Besserung unserer Beziehungen zu den Höfen der Mittelstaaten und eine entschiedene Förderung der holsteinischen Sache“. ¹⁸ In Stuttgart, das am unzuverlässigsten schien, sollte Edelsheim nur einen Höflichkeitsbesuch machen, in München und Dresden dagegen „über die alten Verstimmungen hinweg Connex suchen.“ ¹⁹

Edelsheims Instruktion, die ziemlich ausführlich ist und sich aus 7 Punkten zusammensetzt, rechtfertigt zunächst die badischen Rüstungen mit der drohenden Gefahr eines allgemeinen Krieges und den Aufgaben, die jeden Augenblick in Holstein den deutschen Waffen erwachsen könnten. „Der Gesichtspunkt der Defensive gegen etwaige Vergewaltigung der Großmächte hat nur entfernt mitgewirkt.“ Man sieht, wie der mittelstaatliche Staatsegoismus auch in Baden sich durch das Vorgehen der Großmächte bedroht fühlte und schon dadurch die nackte Notwendigkeit eines engeren Anschlusses entstehen mußte. In der Instruktion wird weiterhin die Bereitwilligkeit Badens, an der Aufrechterhaltung der Bundesautorität mitzuwirken, betont; dem Bund fällt zunächst die Aufgabe zu, durch Anerkennung des Augustenburgers ein *fait accompli* in Holstein zu schaffen, dann sei der Herzog auch bei der Armeebildung von Bundeswegen zu unterstützen. Interessant ist der Abschnitt, der sich mit der Stellung der Großmächte befaßt; es heißt da: „daß zwar den Großmächten nicht zugemutet werden kann, sich majorisieren zu lassen, daß aber umgekehrt ihr Anspruch, dem Bunde eben ihrerseits nun jede ihren Ansichten widerstrebende Beschlußfassung tatsächlich durch Erklärung ihrer künftigen Nichtbeachtung abschneiden zu wollen, für gefährlich und unzulässig erachtet werden muß.“ Durch eine Kollektiverklärung der Bundesregierungen außerhalb des Bundes gegen diese Anmaßung der Großmächte, soll dem energisch entgegengetreten werden.

Die ganze Schwäche der mittelstaatlichen Position ist in diesen Sätzen enthalten. Wenn die Geltung des Majoritätsprinzips für die beiden Großmächte geleugnet, dagegen für die übrigen Staaten stillschweigend angenommen wurde, dann

18. Roggenbach an Berckheim, bad. Gesandter in München, 16. I. 64.

19. Instruktion 17. I. 64, Dipl. Spez. A. G. L. A. K.

waren diese auf eine wohlwollende Haltung der Großen angewiesen, denn es fehlte ihnen damit einfach die rechtliche Grundlage, ein anderes Verhalten Preußens und Österreichs zu erzwingen. Der eigentliche Sinn der mittelstaatlichen Politik Roggenbachs scheint auch der zu sein, die beiden Großmächte nicht durch Gewalt und Betonung des Majoritätsprinzips, wohl aber durch die Bezeugung größtmöglicher Einigkeit des übrigen Deutschland zur Umkehr und nationalen Einkehr zu bewegen.

Punkt 5 der Instruktion besagt, daß, um ein gemeinsames Handeln in den obenerwähnten Fragen zu erreichen, die Minister der Mittelstaaten zu einer Konferenz zusammentreten müssen. „Diese Idee ist nur anzudeuten und zu erwarten, welche Aufnahme ihr von Seiten der Herrn von Schrenck und Beust gegeben wird.“ Bis hierher konnte ein Einverständnis der Höfe von München und Dresden erwartet werden; ging es doch nicht über den Rahmen der herkömmlichen Politik der Mittelstaaten hinaus. Anders stand es mit Punkt 6 der Instruktion, der zur Unterstützung der Politik der Mittelstaaten ein „ad hoc in dem Einberufungsbeschluß zu legitimierendes Parlament“ vorschlägt, die Reformfrage aber nicht hineinziehen, vielmehr einfach die ersten und zweiten Kammern zusammentreten lassen will, um damit die Streitfrage, ob direkte Wahl oder Delegation, zu vermeiden. Dieser Versammlung sollte ein Exekutionsausschuß, gebildet aus der Majorität der nationalgesinnten Bundesregierungen, gegenüber gestellt werden; alle Details blieben einer Ministerkonferenz vorbehalten. Ein solcher Vorschlag mußte bei der gegenwärtigen Erregung im Volke schlimme Erinnerungen in den mittelstaatlichen Regierungskreisen hervorrufen, lebten sie doch dauernd in der Angst, von der schleswig-holsteinischen Bewegung über den Haufen gerannt zu werden; eine Versammlung aller Abgeordneten mußte das Übel ja bewußt konzentrieren und stärken. Auch das Wort Exekutionsausschuß schmeckte sehr nach achtundvierziger Reminiszenzen; wenn Roggenbach durch die Sendung Edelsheims Vertrauen bei den übrigen Mittelstaaten erwerben wollte, so war der Parlamentsvorschlag nur dazu geeignet, dem alten Mißtrauen gegen Baden neue Nahrung zu geben. Gebärdete sich doch die volkstümliche Bewegung in Baden besonders radikal, und hatte doch diese Tatsache auf das

benachbarte Württemberg einen solchen Eindruck gemacht, daß seine Regierung beschloß, Truppen an der badischen Grenze aufzustellen.²⁰ Roggenbach vergaß das tief eingewurzelte alte Ressentiment gegen das fortschrittliche Baden, wenn er glaubte, bei den Mittelstaaten einen durch die Verhältnisse wohlvorbereiteten Boden gerade auch für den Parlamentsvorschlag zu finden.

In Stuttgart fand Edelsheim den Minister von Hügel sehr mutlos und ohne jegliche Initiative, bereit, sich in allem Bayern und Sachsen anzuschließen. Er sprach sich gegen Anwendung von Gewalt aus, die Mittelstaaten sollten nur dokumentieren, daß sie der Gewalt wichen.²¹ Hügel war gegen, der alte König Wilhelm für das Londoner Protokoll; eine einheitliche Linie der württembergischen Politik war nicht zu erwarten.

Auf Stuttgart hatte Roggenbach ja auch keinen besonderen Wert gelegt, der Schwerpunkt der Mission Edelsheim lag in München. Aber auch dort mußte Edelsheim eine mutlose Stimmung konstatieren. Herr von Schrenck, mit dem er zunächst über den Durchmarsch der großmächtlichen Truppen in Holstein konferierte, war von der Nutzlosigkeit eines Widerstandes überzeugt und schwebte in Angst vor einem Bürgerkriege, den ein Widerstand des Bundesgenerals Hake in Holstein hervorrufen werde.²² Es ist fraglich, wieweit die badische Regierung selbst ernsthaft mit der Möglichkeit kriegesischer Verwicklungen in Holstein rechnete; uns erscheint es wahrscheinlich, daß Roggenbach sich den Protest des General von Hake als eine durch alle Mittel- und Kleinstaaten einmütig unterstützte Willenskundgebung des nationalen Deutschland vorstellte, die mehr auf eine moralische als auf eine militärische Wirkung hinzielte. Anders Herr von Edelsheim, der weit mehr als sein Auftraggeber von der Widerstandskraft und tatsächlichen Bedeutung der Mittelstaaten überzeugt war, und in Karlsruhe für bedingungs-

20. Bericht des preußischen Gesandten in Stuttgart von Schulenburg 20. I. 64 I. A. (A. e. 33. G. P. St. A. Berlin,

21. Bericht von Duschs (badischer Gesandter in Stuttgart) 18. I. 64, Dipl. Spez. A. G. L. A. K.

22. Bericht Edelsheims 21. I. 64.

losen Anschluß an die übrigen Mittelstaaten plädiert hatte.²³ Er ging von der Anschauung aus, Österreich werde auf die Dauer den Mittelstaaten nicht feindlich gesinnt bleiben können, sondern von der eigennützigen Politik Preußens abgestoßen, bald wieder zu ihnen zurückfinden.²⁴ Gerade wegen dieser Überzeugungen war er der geeignete Unterhändler für die jetzige Politik Badens. Roggenbach allerdings sah die projektierte Verbindung mit den Mittelstaaten einzig und allein auf die schleswig-holsteinische Frage beschränkt, ohne Konsequenzen für die deutsche Politik, ähnlich wie Bismarck sein jetziges freundliches Verhältnis zu Österreich von allen andern Punkten distanziert hatte.

Wie weit entfernt man allerdings noch von einer Solidarität der Mittelstaaten war, beweist die Tatsache, daß Herr von Schrenck nichts Eiligeres zu tun hatte, als dem preußischen Gesandten in München, von Arnim, als den einzigen Zweck der Sendung Edelsheim den Auftrag der badischen Regierung zu bezeichnen, die bayrische Regierung auch ihrerseits dazu bewegen, für eine Durchmarschverweigerung in Holstein zu stimmen und eine Mobilisierung der bayrischen Armee anzuregen — ein Vorgehen, das nur den Zweck haben konnte, Baden in Berlin zu kompromittieren und zu diskreditieren.²⁵

Mit dem Vorschlag einer Ministerkonferenz erklärte sich Schrenck unter Voraussetzung der Zustimmung seines Königs einverstanden. Gleichzeitig hatten auch die sächsischen Gesandten in Stuttgart und München eine Zusammenkunft der mittelstaatlichen Minister anzuregen.²⁶ Schrenck schlug als Tagungsort Würzburg vor, während Edelsheim, um Erinnerungen an die „früheren Parteistreitigkeiten“ zu vermeiden, die Wahl eines anderen Ortes befürwortete. Gegen die Zusammenberufung eines Parlaments erklärte sich der bayrische Außenminister ganz entschieden, „eine solche Versammlung würde von gar keinem Nutzen sein, wohl aber unzählige Verlegenheit für die Regierungen mit sich bringen und wenn man sie beisammen habe, werde man nicht wissen wie sie wieder auseinander bringen.“

23. Bericht Flemmings 3. II. 64, I. A. A. e. 33. G. P. St. A, Berlin,

24. Bernhardt a. O. S. 237/38, Bd. 5.

25. Bericht Arnims 23. I. 64, I. A. A. e. 33.

26. Bericht Schulenburgs 23. I. 64 und Arnims 23. I.

Außerdem hätten die Regierungen keine Unterstützung nötig. König Max, der selbst schon den Gedanken einer Konferenz erwogen hatte,²⁷ erklärte sich einverstanden,²⁸ und schon am 24. Januar erging eine Anfrage Schrencks an die größeren Mittelstaaten,²⁹ über deren Bereitwilligkeit er sich laut Auftrag des Königs zuerst vergewissern sollte.

Einen günstigeren Boden für seine Vorschläge fand Edelsheim zunächst in Dresden. Herr von Beust³⁰ erklärte sich mit einem energischen Vorgehen durchaus einverstanden und beklagte sich über die Ängstlichkeit und Unentschlossenheit in München, die es ungemein erschwerten, die dortige Regierung vorwärts zu bringen. Nicht nur, daß der sächsische Außenminister sich sehr für die Ministerkonferenz aussprach, sogar einer Berufung der Kammern stand er zunächst positiv gegenüber; er war mit einer Mobilmachung einverstanden und schlug sogar eine periodische Wiederholung der Konferenzen vor (alle 14 Tage), um den Einfluß der Großmächte auf die einzelnen Staaten dauernd zu parallelisieren. Ein größeres Entgegenkommen war eigentlich nicht möglich. Edelsheim, als scharfer Beobachter, allerdings glaubt diese erstaunliche Energie zum großen Teil auf die bekannte Eitelkeit des Herrn von Beust zurückführen zu müssen, die durch „die Gedanken an die hervorragende Stelle, die er (Beust) einer solchen Versammlung gegenüber wie überhaupt bei einer nationalen Organisation der bundestreuen Staaten spielen werde, sehr befriedigt werde,“ und er glaubt, „daß Beust noch weit größere Energie und Entschiedenheit entwickeln werde, wenn nicht die Bedürftigkeit des Königs denselben zurückhielte.“³¹ — Wie recht er mit dieser Vermutung hatte, bewies die zweite Audienz Edelsheims bei Beust, in der dieser nach Rücksprache mit seinem König auf einmal Bedenken wegen Einberufung der Kammern äußerte und

27. Theodor Loskarn: Bayern und die schleswig-holsteinische Frage 1863/64. Dissertation München 1928.

28. Bericht Edelsheims 26. I. 64.

29. Heinrich Olms: Hessen-Darmstadt und die schleswig-holsteinische Frage. Dissertation Rostock 1932.

30. Bericht Edelsheims 29. I. 64.

31. Bericht Edelsheims 29. I. 64.

anstattdessen Ausschüsse der Kammern vorschlug, was auf das bekannte Delegiertenprojekt hinauslief und deshalb von dem badischen Bevollmächtigten mit großer Skepsis aufgenommen wurde.

Am wenigsten Anklang fanden die badischen Vorschläge in Darmstadt. Schon seit langem hegte der sehr reaktionäre, hessen-darmstädtische Minister von Dalwigk heftige Abneigung und Mißtrauen gegen Baden, und erst vor kurzem hatte man es der badischen Regierung sehr verübelt, daß sie den hessischen Antrag über Schleswig am Bunde nicht unterstützt hatte. Besonders mußte ihn der Vorschlag der Zusammenberufung der Kammern erbittern, den er auch sofort als unpraktisch und gefährlich ablehnte.³² „Allein die Tatsache, daß die badische Regierung die Urheberin eines neuen Vorschlages ist, würde für die hiesige Regierung hinreichend sein, um denselben mit Mißtrauen aufzunehmen und wenn irgend möglich abzulehnen.“³³

Das Fazit, das Roggenbach aus der Edelsheim'schen Mission ziehen konnte, war nicht sehr erfreulich. Viel Mißtrauen, wenig Energie, wenig Mut. Bayern, von dem als berufenen Führer der Mittelstaaten jedes erfolgreiche Vorgehen abhing, hatte wohl grundsätzlich einer Konferenz zugestimmt, trieb aber sonst eine Politik des Abwartens und des Hinausziehens; man hatte Furcht vor dem allzu schnellen Tempo, zu dem der badische Außenminister verlocken wollte; man wollte den Erfolg der großmächtlichen Aktion in Schleswig abwarten und riet ab von voreiligen Entschlüssen und Demonstrationen,³⁴ unter dem Motto: „Man müsse immer berücksichtigen, daß man später wieder mit den Großmächten zusammengehen müsse und dürfe daher den Bruch nicht unheilbar machen.“³⁵ Und die andern Mittelstaaten taten nichts ohne Bayern.

Gleichzeitig hatten sich mit der Kieler Regierung, die seit der Entfernung des Herrn von Edelsheim ohne direkten Konnex

32. Tagebücher des Freiherrn Reinhard von Dalwigk zu Lichtenfels 1860/71 h. v. Wilhelm Schüssler 1920 Eintragung v. 19. I.

33. Bericht des preußischen Gesandten in Darmstadt von Canitz 20. I. I. A. A. e. 33.

34. Bericht Arnims 30. I. 64, I. A. A. e. 33.

35. Bericht Edelsheims 29. I. 64.

mit der badischen Regierung war, erneute Differenzen ergeben. Eine Sendung Samwers nach Berlin vom 14. Januar 1864, die dem preußischen König die Gründe des herzoglichen Auftretens in Holstein klar machen und ihn in seinen augustenburgischen Sympathien bestärken sollte, war dank Bismarck ziemlich ergebnislos verlaufen.³⁶ Umsomehr erschien es der augustenburgischen Regierung von Nutzen, wenn bei der kommenden Besetzung Schleswigs durch Teilnahme der Mittelstaaten daran ein Gegengewicht gegen Preußen geschaffen wurde, und man verurteilte daher die badische Abstimmung am 14. Januar und erklärte sich für den darmstädtischen Antrag. Graf Luckner wurde von der Kieler Regierung nach Dresden und den andern deutschen Höfen mit dem doppelten Auftrag geschickt:³⁷ 1. Betreibung der Anerkennung am Bundestag durch dringliche Anträge, 2. Befürwortung einer Kooperation in Schleswig durch Annahme des darmstädtischen Antrages. „Es bedarf keiner weiteren Ausführungen, wohin wir kommen, wenn man in Kiel ganz planlos bald nach rechts, bald nach links zieht und zum Überfluß auch noch Bemühungen der befreundeten Regierungen direkt entgegenwirkt.“³⁷ — In direkte Verlegenheit wurde die badische Regierung durch die Ankündigung einer großen Massendeputation aus Holstein nach Frankfurt versetzt. Der Barometer der badischen Politik war sehr empfindlich geworden, eine solche Demonstration konnte ihn einem allzu großen Drucke aussetzen; man stand der Volksbewegung ja sehr freundlich gegenüber, aber man durfte sich auch nicht allzu eng mit ihr liiert zeigen, um die andern nicht noch kopfscheuer zu machen. Abgesehen davon mußte eine solche Demonstration den Beweis für die Behauptung Bismarcks erbringen, „daß die Demokratie und die Revolution hinter all dem Lärm stecke und lediglich ihre Zwecke verfolge.“³⁸ Die 200 Köpfe starke Deputation traf am 21. Januar in Frankfurt ein; sie wurde vom Präsidialgesandten gar nicht, von Mohl in beschränkter Anzahl am 24. Januar emp-

36. Gebauer a. O. S. 90/91 und Jansen-Samwer a. O. S. 203 f. und Beilage 12.

37. Bericht Edelsheims 21. I. 64.

38. Mohl an Herzog Friedrich von Augustenburg 19. I. 64. Nachlaß Samwer P. St. A. Kiel.

fangen. Er ermahnte mit Erfolg zur Ruhe, so daß eine große Volksversammlung am Nachmittag des gleichen Tages im Saalbau in gemäßigten Bahnen verlief. Als die Deputation ihre Reise auch nach München ausdehnte, hielten sich Edelsheim wie auch Berckheim auf Wunsch ihrer Regierung vollkommen fern.³⁹ Die Deputation wurde an Stockhausen, den Vertreter des Herzogs in München, gewiesen.

Während die Mittelstaaten zuwarteten, handelten die Großmächte. Ihr Ultimatum an Dänemark auf Zurücknahme der Novemberverfassung war am 18. Januar abgelehnt worden; ein englischer Vermittlungsvorschlag, der einen Aufschub der militärischen Operationen bezweckte, wurde von den beiden Großmächten am 31. Januar mit einer gemeinsamen Note beantwortet.⁴⁰ Am 1. Februar überschritten preußische Truppen die Eider, am 7. verließen die Dänen die bedrohte Danewerkstellung und zogen sich, teils unter Kämpfen, in die Düppelner Schanzen zurück. Die Woge der Begeisterung über diesen Erfolg deutscher Waffen ging hoch und ließ eine Weile Mißtrauen und Mißstimmung gegen die beiden Großmächte an vielen Orten vergessen. Es war doch endlich etwas geschehen, Verhandlungen und Beschlüsse, die keine praktischen Resultate zeigten, hatte man satt. Seit dem ersten Waffensieg der Verbündeten Österreich und Preußen, bereitete sich ein Umschwung in der öffentlichen Meinung Deutschlands vor.

Der Bund aber hatte über Kompetenzstreitigkeiten zu entscheiden, die sich zwischen den Bundestruppen in Holstein und den großmächtlichen Truppen bei ihrem Durchzug entspannen. Es handelte sich dabei hauptsächlich um Quartiere, Verpflegung, Sicherung der Rückzugslinien, Benützung von Post und Telegraphen, wobei das nach dem Bundesbeschluß vom 22. Januar zu erwartende Entgegenkommen vom preußischen Oberkommando vermißt wurde.⁴¹ Die Bundeskommissare erhielten vom schleswig-holsteinischen Ausschuß die Weisung, den Groß-

39. Telegramm Roggenbachs an Edelsheim 25. I. 64 Hinterlegung Edelsheim G. L. A. K.

40. Sybel a. O. S. 223/24.

41. Erlaß Bismarcks an den preußischen Bundestagsgesandten von Sydow 8. II. 64 Ges. Werke a. O. Bd. 4 S. 302/03.

mächten in all diesen Dingen entgegenzukommen. Eine Besetzung der holsteinischen Plätze Altona, Neumünster und Kiel durch preußische Truppen lehnte der Bundesgeneral von Hake schroff ab; trotz des Protestes der Bundeskommissare rückte Wrangel am 12. Februar in Altona ein und bemächtigte sich in den nächsten Tagen auch Neumünsters und Kiels zur „Einrichtung eines geregelten Etappendienstes auf der Hauptverbindungsline der preußischen Armee.“⁴² Es war kein schönes und erhebendes Schauspiel, diese Streitereien um Kleinigkeiten zwischen zwei deutschen Heeren, die doch gegen denselben Feind aufgeboten waren.

All diese Dinge, besonders auch die gemeinsame Erklärung der beiden Großmächte vom 31. Januar, in der von einer Beteiligung des Bundes an der endgültigen Bereinigung der schleswig-holsteinischen Frage mit keinem Wort die Rede war, waren dazu im Stande, auch Bayern aus seiner bis dahin beobachteten Lethargie und Mäßigung herauszureißen.⁴³ Am 12. Februar ergingen die Einladungen an die deutschen Mittelstaaten zu einer Konferenz nach Würzburg.⁴⁴ Die in der Bundestagssitzung am 14. Februar von den beiden Großmächten abgegebene Erklärung, „es handle sich im Wesentlichen um eine Truppenregulierung auf einigen Hauptpunkten der Hauptverbindungsline der Armee,“⁴⁵ beruhigte die erregten Gemüter der mittelstaatlichen Staatsmänner nicht. Sachsen protestierte gegen die, wider feierliche Zusage, ohne Zustimmung des Bundes ergriffene Maßregel und beantragte zur Sicherstellung des Bundesansehens die in dem Bundesbeschluß vom 22. Januar vorbehaltene Berufung von Reservén aus dem 7. und 8. Bundesarmee-korps. Die Sendung des preußischen Generals von Manteuffel nach Dresden, die Mobilmachung eines preußischen Armee-korps an der sächsischen Grenze sorgten für eine entsprechende Stimmung auf der Würzburger Konferenz.

42. Runderlaß Bismarcks an die deutschen Missionen 13. II. 64, Ges. Werke a. O. Bd. 4 S. 310/12.

43. Aus einer Weisung Bismarcks an Sydow 8. II. Ges. Werke a. O. S. 303/04.

44. Telegramm Berckheims 12. II. 64, Dipl. Spez. A.

45. Jansen-Samwer a. O. S. 237.

Der badische Außenminister mag nicht mit allzu großen Erwartungen zur Würzburger Konferenz gegangen sein, er war sich ihrer Voraussetzungen und seiner Vorbehalte wohl bewußt. Sein Streben ging vor allem dahin, die Beratungen vollkommen auf die schleswig-holsteinische Frage zu beschränken und jede Ausdehnung auf das Gebiet der deutschen Frage (Bundesreform usw.) zu verhindern. Er wollte einzig und allein eine Kampf-gemeinschaft auf Grund übereinstimmender Anschauungen über Schleswig-Holstein und war fest entschlossen, sich nicht in den Bereich mittelstaatlicher Tendenzen und Ambitionen hineinziehen zu lassen,⁴⁶ die, wie er wußte, keine kleine Rolle besonders bei Bayern spielten. Der Gedanke eines engeren Deutschen Bundes unter Preußens Führung spukte eben, trotz der widrigen Zeit-umstände, immer noch in Roggenbach und war das Haupthinder-nis eines bedingungslosen Anschlusses Badens an die übrigen Mittelstaaten. Die Tatsache allerdings, daß eine Stärkung der mittelstaatlichen Position in der nordischen Streitfrage sich nicht nur auf diese beschränken, sondern sich unwillkürlich auch auf die deutschen Bundesverhältnisse auswirken mußte, verbaute diesem seinem Lieblingswunsch immer mehr den Weg zur Ver-wirklichung und mußte ihn und seine Politik in unlösbare Wider-sprüche verwickeln.

Was nun Badens Stellung im Besonderen betrifft, so war Roggenbach entschlossen, sich vollkommen im Hintergrund zu halten, wozu die Größe seines Landes ja vollkommen berechtigte. Er kannte das Mißtrauen der Andern gegen alles, was von Baden ausging und wollte seine Anträge keiner Ablehnung aussetzen.⁴⁷ Auch die badische Initiative beim Zustandekommen der Konferenz ließ er ganz in den Hintergrund treten; dem preußischen Ge-sandten gegenüber äußerte er, Edelsheim sei mit keinerlei posi-tiven Vorschlägen an die mittelstaatlichen Höfe gereist und nur zu Ansichtsäußerungen ermächtigt gewesen.⁴⁸ Als in einem Artikel der Augsburger Allgemeinen Zeitung in Folge eines Be-richts aus Baden die Behauptung aufgestellt wurde, das Kon-

46. Berichte Flemmings vom 3. und 6. II. 64. I. A. A. e. 33.

47. Bericht Flemmings 16. II. 64. und Weisung Roggenbachs an die badischen Gesandten in München und Stuttgart.

48. Bericht Flemmings 16. II. 64.

ferenzprojekt sei durch die Sendung des Herrn von Edelsheim veranlaßt worden, sprach der bayrische Gesandte in Karlsruhe deshalb bei Roggenbach vor und beanspruchte die Autorschaft dieser Idee ausdrücklich für seine Regierung, was ihm Roggenbach auch mit dem Bemerken zugestand, der Artikel sei nicht von seiner Regierung ausgegangen.⁴⁹ Bayern war der berufene Führer und Leiter der Konferenz; Baden konnte ihm dieses Zugeständnis an seinen Ehrgeiz wohl machen, besonders da eine bescheidene Zurückhaltung im wohlverstandenen Interesse der badischen Politik lag.

Am 18. Februar trat die Würzburger Konferenz zusammen; vertreten waren Bayern, Württemberg, Sachsen, Baden, Hessen-Darmstadt, Braunschweig, Nassau, Weimar und Koburg-Gotha, abgelehnt hatten Hannover, Oldenburg und Kurhessen. Bayern versuchte zunächst, wie vorauszusehen war, „den Zusammenschluß der Mittelstaaten jetzt schon so weit zu fördern, daß sie auch über die schleswig-holsteinische Frage hinaus die Autonomie des Bundes und die eigene Selbständigkeit in gemeinsamer Front verteidigen könnten, aber niemand hatte so recht Lust, sich in dieser unsicheren Lage an Bayern zu ketten.“⁵⁰ Man beschränkte sich auf alleinige Beratungen der schleswig-holsteinischen Dinge, die von zwei Gesichtspunkten geleitet waren: 1. dem Streben nach rascher Erledigung der Erbfolgefrage, 2. dem Bemühen, dem Bund einen Anteil an der Erledigung der holsteinischen Frage zu sichern.⁵¹ Folgendes wurde beschlossen: Unterstützung Bayerns bei seinem Vorgehen gegen das Londoner Protokoll;⁵² falls der Ausschußantrag nicht bis 3. März eingebracht sei, solle Bayern einen selbständigen Antrag einbringen, der eine Abstimmung binnen 8 Tagen verlangen sollte. Falls

49. Bericht Flemmings 14. II. 64. I. A. A. e. 33.

50. Heinrich Olms: Hessen-Darmstadt und die schleswig-holsteinische Frage, Dissertation Rostock 1932.

51. Bericht Flemmings 22. II. 64. I. A. A. b. 70 G. P. St. A, Berlin,

52. In der Bundestagssitzung am 11. II. war der gegen das Londoner Protokoll gerichtete erste Teil des Pfordten'schen Berichtes als Ausschußantrag eingebracht worden, nachdem eine frühere Einbringung durch die Großmächte verhindert worden war; der Antrag enthielt auch die Aufforderung, an den Ausschuß mit tunlichster Beschleunigung Bericht zu erstatten unter Ausschluß des Londoner Protokolls.

sich Preußen und Österreich gegen eine solche Behandlung der Erbfolgefrage erklärten, würde nötigenfalls ein neues Zusammentreten der Mittelstaaten ins Auge gefaßt; 2: Unterstützung eines am 25. Februar einkommenden sächsisch-württembergischen Antrages auf Einberufung der holsteinischen Stände; 3. Verstärkung der Bundestruppen in Holstein durch Truppen des 7. und 8. Armeekorps.⁵³

Das Ergebnis war recht mager; gemeinsame Anträge am Bund waren beschlossen worden, aber die Frage, worauf es ankam, nämlich wie Majoritätsbeschlüsse gegen den Widerstand der beiden Großmächte durchzusetzen seien, blieb offen; gemeinsame Maßregeln wie etwa Mobilmachung der Bundeskontingente, die Roggenbach erstrebte, wurden nicht verabredet.⁵⁴ Um ein gemeinsames Vorgehen nicht zu stören, unterwarf sich Roggenbach auch Beschlüssen, die mit seiner Auffassung nicht ganz übereinstimmten. „Ich bedauere, daß die Rücksicht auf das nicht ganz wertlose Zusammengehen mit den übrigen deutschen Staaten es uns diesmal unmöglich macht, so präzise und scharf gefaßt unsere Meinung auszusprechen, wie wir es sonst wohl getan hätten.“⁵⁵ Die Verhandlungen der Konferenz wurden geheim gehalten,⁵⁶ und das gab Anlaß zu den wildesten Gerüchten und Vermutungen in der Presse; besonders die Neue Würzburger Zeitung berichtete von einem Parlament und von Truppenkonzentrationen und schrieb Roggenbach bei diesen Vorschlägen eine besonders exponierte Rolle zu; Roggenbach dementierte das gegenüber dem preußischen Gesandten energisch, er habe weder ein Programm, noch irgendwelche Anträge vorgebracht.⁵⁷

Großherzog Friedrich, der mit zwiespältigen Gefühlen seine Zustimmung zur Teilnahme Badens an der Konferenz gegeben haben mag, schrieb am 22. Februar an seinen alten Bundesgenossen in der deutschen Frage, Karl Alexander von Weimar:

53. Loskarn a. O.

54. Bericht Flemmings 16. II. und 22. II.

55. Weisung Roggenbachs an Mohl 23. II. betr. Abstimmung wegen des Londoner Protokolles und der Anerkennungsfrage.

56. Tagebücher des Freiherrn von Dalwigk a. a. O. S. 134.

57. Bericht Flemmings 26. II. 64.

„... Wir beide in Würzburg! Das sagt alles und zeigt die Gefahr der Lage. Aber das war nicht das alte Würzburg, sondern nur die Konstatierung eines Notstandes, der bewiesen hat, daß die bisherige Würzburger Politik ebenso machtlos als unpatriotisch war. Wenn auch nicht viel Bedeutungsvolles dort beschlossen wurde, so betrachte ich diese ersten Verabredungen doch als gute Keime, die man pflegen muß, um sie zur Reife zu bringen.“⁵⁸ — Auch im Volke war man mit dieser ausgesprochenen Wendung der badischen Politik ins mittelstaatliche Lager einverstanden. Eine Persönlichkeit mit so ausgesprochen kleindeutschen Antezedenzen wie der Abgeordnete Häusser richtete in der zweiten Kammer am 24. Februar eine Interpellation an Roggenbach, in der die Notwendigkeit eines Zusammengehens mit den Mittelstaaten im jetzigen Augenblick betont und die Frage ausgesprochen wurde, ob dadurch eine baldige Anerkennung des Herzogs am Bunde zu erwarten sei. „... Ist der Bund nicht im Stande, sich solcher Vergewaltigungen zu erwehren, so wird die nächste europäische Krisis über ihn zur Tagesordnung übergehen.“⁵⁹ Die Antwort Roggenbachs betonte scharf die rein föderative Auffassung der großherzoglichen Regierung, die es ihr zum Gebot mache, wie früher gegen Sonderungsbestrebungen der Mittelstaaten, jetzt gegen unmäßige Ansprüche der Großmächte aufzutreten, und wies auf die getroffenen Verabredungen hin, die eine baldige Entschließung am Bunde hoffen ließen. — Dieselbe Kammer, ebenso wie die I. Kammer, hatte 10 Tage vorher ihre Sympathie für die preussischen Siege in Schleswig durch Aufstehen von den Sitzen bezeugt. Das Widernatürliche der verworrenen Verhältnisse konnte nicht krasser zum Ausdruck kommen.

Die Stimmung am Bunde hatte sich inzwischen immer mehr zugespitzt. Bismarck, durch die Tendenz der Beschleunigung in der Anerkennungsfrage gereizt, drohte mit Abberufung des preussischen Bundestagsgesandten, im Falle weiterer Majorisierungsbestrebungen der Mittelstaaten.⁶⁰ Als die Besetzung Jütlands

58. Oncken a. D. S. 465/66.

59. Verhandlungen der Ständeversammlungen des Großherzogtums Baden 1863/65. Protokolle der 2. Kammer S. 43.

60. Erlaß Bismarcks an Sydow 17. II. 64 Ges. Werke a. O. S. 321.

und die Blockade der deutschen Häfen durch dänische Schiffe nähere Verhandlungen zwischen Berlin und Wien nötig machten, bezeichnete Bismarck als den Hauptzweck der Sendung Manteuffel nach Wien: 1. Das Vorwärtsgehen der Armeen in Jütland, 2. Die Entscheidung der Machtfrage in Deutschland zwischen den Mittelstaaten und den Großmächten.⁶¹ „Es wird den Regierungen in Aussicht gestellt werden müssen, daß, wenn die Anträge von Preußen und Österreich am Bund nicht angenommen werden, dadurch die Absicht unzweifelhaft an den **Tag gelegt wird, die Politik** der Großmächte in den europäischen Fragen einer Herrschaft der Majorität der kleineren Staaten zu unterwerfen, vermöge deren die Lebensinteressen der Mächte gefährdet und ihnen die Fortsetzung eines solchen Bundesverhältnisses schlechthin unmöglich werden würde.“

Demgegenüber war die Front der Mittelstaaten am Bunde durchaus nicht so einheitlich, wie das Ergebnis der Würzburger Konferenz hätte erwarten lassen dürfen. Der Antrag über die Verstärkung der Truppen in Holstein fiel ins Wasser, weil Hessen-Darmstadt und Württemberg sich aus Angst vor Preußen und Österreich weigerten, ihre Zustimmung zur Bezeichnung des VII. und VIII. Armeekorps zu geben, zu denen ihre Truppen gehörten,⁶² während Bayern diese Bezeichnung unbedingt verlangte. Die übrigen Anträge der Würzburger wurden in der Bundestagssitzung vom 25. Februar gestellt; der erste Teil des Ausschußantrages (Erklärung gegen das Londoner Protokoll) wurde gegen die sieben Stimmen der Würzburger abgelehnt, der zweite mit den Stimmen von Hannover und Kurhessen angenommen. Die Lage war also die, daß die Würzburger allein nicht im Stande waren, einen Majoritätsbeschluß zu fassen. Baden gab eine Erklärung ab, daß es den Regierungsantritt Herzogs Friedrichs als feststehend betrachte und stellte einen Antrag auf Zulassung des Gesandten des Herzogs von Holstein in Aussicht. Die Abstimmung über den sächsisch-württembergischen Antrag auf Einberufung der Stände in

61. Schreiben Bismarcks an den Generaladjutanten Freiherrn von Manteuffel 21. II. 64, Ges. Werke a. O. Bd. 4, S. 331.

62. Dalwigk a. O. Eintragung vom 22. II. 64.

Holstein wurde auf den 10. März anberaumt. Es ist sehr natürlich, daß die Großmächte ihn für inopportun erklärten, denn eine Einberufung der Stände mußte bei der Stimmung in Holstein unweigerlich zur Ausrufung des Herzogs führen.

Einen Frontalangriff gegen die mittelstaatliche Position bedeutete der gemeinsame Antrag der beiden Großmächte auf eine „Regularisierung“ der preußisch-österreichischen Teilnahme an der Bundesexekution.⁶³ Er verlangte: 1. daß nunmehr der Oberbefehl über die in Holstein aufgestellten Exekutionstruppen an den Oberbefehlshaber der vereinigten österreichisch-preußischen Streitkräfte übergehe; 2. daß davon den Regierungen von Sachsen und Hannover mit dem Ersuchen der Erteilung der geeigneten Weisungen an ihre Militärbefehlshaber Kenntnis gegeben werde; 3. daß von der Bundesversammlung die Bestellung zweier weiterer Zivilkommissare für Holstein durch Österreich und Preußen genehmigt werde. Ging dieser Antrag durch, so konnte von selbständiger Politik des Bundes in Holstein nicht mehr die Rede sein; der Herzog wäre dadurch in die Hände der Großmächte geliefert worden: Deutschland allerdings hätte durch ein einiges Heer seine Macht nach außen verkörpert.

Ein Zirkular der preußischen Regierung an alle deutschen Höfe, das den großmächtlichen Antrag befürwortete und erklärte, wurde von der badischen Regierung trotz der Verständigungsversuche des badischen Gesandten in Berlin abschlägig beschieden. Herr von Marschall, der immer mehr von Bismarck'schen Gedankengängen beeinflusst erscheint, versuchte vergeblich durch zwei ausführliche Schreiben vom 17. und 29. Februar einen Kurswechsel der badischen Politik im Sinne einer Angleichung an die Großmächte zu erreichen. Er spricht von der Notwendigkeit einer Einigung ganz Deutschlands gegenüber dem Ausland und fährt dann fort: „Die Großmächte lassen sich vielleicht, unter Anwendung der eigenen Kraft durch die Erfolge und die hergestellt werdenden tatsächlichen Verhältnisse sich selbst das Verdienst erwerbend — dem Ziele zuführen, das die Mittelstaaten sich vorgesetzt haben; nimmer-

63. Telegramm Bismarcks an Werther 16. II. 64, Ges. Werke a. O. Bd. 4 S. 313.

mehr aber wird man es dahin bringen, daß sie sich vor dem Beschluß der Mittelstaaten schon vorderhand beugen und diesem ihre Bedenken zum Opfer bringen.“ Zwei Alternativen sieht er für den Fall eines weiteren Dissenses ihrer Majorität am Bunde, tatenloses Zusehen oder Bürgerkrieg. „Der Einzelne kann seine Existenz seiner Ansicht opfern, ein Staat darf nie in eine ähnliche Lage versetzt werden.“⁶⁴ — Obwohl Roggenbach die Stichhaltigkeit dieser Darlegungen kaum verkennen konnte, bewog ihn sein altes Mißtrauen gegen die unbekannten eigentlichen Ziele der Großmächte, die Unterstellung der Bundestruppen unter den Oberbefehl Wrangels strikt abzulehnen, mit der Begründung, der Bund sei ja in keinem Kriegszustand mit Dänemark;⁶⁵ gleichzeitig sprach er von der „wirklichen Befriedigung“ und „dem gerechten Stolz“, mit dem die Mehrzahl der deutschen Bundesregierungen sich dem so energischen Vorgehen der Großmächte anschlosse, wenn eben Gewißheit über deren Ziele bestünde.

Der badische Außenminister war aber fast der einzige der Würzburger Minister, der derart im Geist der dort vertretenen Verabredungen verharrete. In der Bundestagssitzung am 3. März traten allein Bayern, Braunschweig und Baden noch für einen bayrischen Antrag auf Mobilmachung des 7. und eines der 3 gemischten Armeekorps ein zum Schutze der deutschen Interessen in Holstein gegen Dänemark, das durch Kapern aller deutschen Schiffe Feindseligkeiten auch gegen den deutschen Bund eröffnet hatte. Auch eine Mehrheit zur Ablehnung des großmächtlichen Antrages kam nicht zustande; allein Baden, Bayern und Braunschweig erklärten sich dagegen, die andern stimmten für Verweisung an die Ausschüsse. Der bayrische Antrag auf Anerkennung des Herzogs unterblieb überhaupt, teils auf Drängen Württembergs, teils weil die herzogliche Regierung aus Kiel selbst in München dringend davon abriet, da eine Mehrheit dafür am Bunde jetzt sehr fraglich sei, und eine Ablehnung die schlimmsten Folgen für den Herzog haben würde.⁶⁶

64. Schreiben Marschalls 1. III. 64.

65. Roggenbach an Marschall 1. III. 64.

66. Bericht Mohls 6. III. 64.

— Das ganze Kartenhaus der Würzburger Pläne war zusammengefallen; keiner der verabredeten Anträge war durchgegangen. Der Druck der Großmächte, ihr siegreiches Vorgehen, die wenig ehrenvolle Stellung der Exekutionstruppen, im Hintergrund das Abflauen der Volksbewegung, hatten das Gros der Mittelstaaten veranlaßt, eine Verbeugung vor den Großmächten zu machen und keinen positiven Beschluß am Bunde zustandekommen zu lassen.

Mit bitteren Worten beklagt Mohl dieses Verpuffen der mittelstaatlichen Campagne.⁶⁷ „Die Furcht vor der popularen Bewegung hat abgenommen, da diese selbst im Rückgang begriffen zu sein scheint, die Furcht vor den Großmächten hat zugenommen.“ Die Folge dieser Niederlage mußte eine verschärfte Pression auf den Bund sein; der preußische Bundestagsgesandte von Sydow, der schon öfter das Mißfallen Bismarcks erregt hatte, wurde abberufen, um einem Manne schärferer Richtung Platz zu machen; an seine Stelle wurde Savigny berufen. — Wie aber sollte ein Land wie Baden, sofern es seiner seitherigen Politik und Überzeugung treu bleiben wollte, ohne Rückhalt an den übrigen Mittelstaaten gegenüber der Übermacht der beiden Großmächte sich behaupten? Mohl stellt diese Frage und weiß keine Antwort. Ein Widerstand gegen korrekte Bundesbeschlüsse ist unmöglich, selbständige badische Anträge würden auf Nimmerwiedersehen in die Ausschüsse wandern, ohne dadurch in der öffentlichen Meinung ein besonderes Plus zu erringen, denn „es zeigt sich immer mehr, daß das deutsche Volk nur großmäulige Redensarten führt, aber vor jeder Bestätigung derselben und bestünde sie nur in einer Geldsammlung zurücktritt, weder politische Einsicht, noch politische Ehre hat.“⁶⁸ — Es blieb vorläufig keine andere Wahl, als den Erfolg und das schließliche Ziel der großmächtlichen Entente abzuwarten und am Bunde Passivität zu bewahren. „Mein System ist nun, die Großmächte sich selbst an die Wand operieren, negoziieren, konferieren zu lassen, da beide unstreitig nicht bis ans Ende einig bleiben werden, innerhalb der Vereinbarungen von 51/52 die Herzogtümer in einen erträglichen

67. Schreiben Mohls 4. III. 64.

68. Schreiben Mohls 4. III. 64.

Zustand zu setzen. Wenn sie nicht wissen, wie weiter, dann muß der Bund wieder zu operieren anfangen.“⁶⁹ Der Bund, das dritte Deutschland, hatte allein gegenüber den beiden Großmächten versagt, also mußte zu seiner traditionellen Rolle, der Vermittler zwischen Österreich und Preußen zu sein, zurückgekehrt werden. Die Roggenbach'schen Vorbehalte einer solchen Politik kennen wir. Es war allerdings die Frage, ob nach diesem Mißerfolge, der Argwohn, Unfähigkeit und Mißtrauen der Mittelstaaten so deutlich gezeigt hatte, überhaupt ein mutiger Zusammenschluß noch einmal möglich sein konnte, und dann ob Baden mit Roggenbach als Außenminister noch einmal dazu fähig und im Stande sein würde. „Wir allein sind erträglich durchgekommen, indem wir bei der Abrede blieben und dem schönen Schauspiel zusehen konnten, wie einer nach dem anderen mit Entschuldigung seiner Wortbrüchigkeit kam, ohne irgend verdecken zu können, daß dieselbe in eigener Elendigkeit ihren Grund hatte.“⁷⁰ Sollte diese Kluft zu überbrücken sein?

69. Privatbrief Roggenbachs an Edelsheim 15. III. 64 Hinterlegung Edelsheim G. L. A. K.

70. ebenda.

Sechstes Kapitel.

Die Londoner Konferenz April bis Juni 1864 und die damit verbundene allmähliche Umkehr der badischen Politik.

Der preußische Gesandte von Flemming berichtet am 16. Februar aus Karlsruhe, aus zweierlei Gründen sei man hier sehr in Aufregung, einmal weil der eigene Plan der Behandlung der holsteinischen Sache nicht durchgegangen sei, und dann weil man befürchte, das antinationale Zusammengehen Österreichs und Preußens sei nicht nur auf Schleswig-Holstein beschränkt, sondern laufe auf eine Politik der Mainlinie hinaus, wodurch Baden unter die Botmäßigkeit von Österreich fallen werde, ein Gedanke, der der großherzoglichen Regierung widerwärtiger als jeder andere sei. — Im Verlauf der Ereignisse, die im Gefolge der Londoner Konferenz sich abspielten, ergaben sich sowohl neue Möglichkeiten für die Verwirklichung der badischen Programmpunkte, als auch Veränderungen in den Beziehungen der beiden Großmächte zueinander vollkommen andersartige Gesichtspunkte eröffneten. Neue Antriebe für eine aktive badische Politik stellten sich ein.

Vorläufig allerdings war die badische Regierung so ziemlich isoliert. Das Verhältnis zu den übrigen Mittelstaaten hatte sich durch das Mißlingen einer gemeinsamen Politik wieder denkbar verschlechtert.¹ Österreich gab ja schon seit geraumer Zeit planmäßig keinerlei Eröffnungen an die badische Regierung, Preußen entschloß sich jetzt zu demselben Vorgehen. Am 13. März erhielt Herr von Flemming die Weisung, „fernere Mitteilungen zum Zwecke von Einwirkungen auf die großherzogliche Regierung zu unterlassen, da die Stellung, die dieselbe in direkter

1. vgl. Aus einem Brief des hessischen Ministers von Dalwigk 11. III. 64: „Herr von Roggenbach ist unberechenbar!“ Ernst Vogt: Die hessische Politik in der Zeit der Reichsgründung Historische Bibliothek Bd. 34.

Opposition zu den beiden Großmächten eingenommen und in welcher sie sich bis jetzt jeder Einwirkung unzugänglich erwiesen habe, jede Mitteilung unnötig und unangemessen erscheinen lasse“.

Als der badische Gesandte von Marschall den Wunsch des Großherzogs auf Teilnahme badischer Offiziere an den schleswigschen Kämpfen, einen Wunsch, den Roggenbach als „Militärisch sehr gut, aber politisch nicht ganz consequent“² bezeichnete, bei Bismarck vorbrachte und vertrat, wies dieser auf die Überfüllung der Offiziersstellen hin, die die Annahme Fremder ausschließe; außerdem habe die Aufnahme badischer Offiziere bei der prononcierten Haltung, welche die großherzogliche Regierung in der Herzogtümerfrage eingenommen und festgehalten habe, noch ein besonderes Bedenken.³ Auch der preußische König lehnte das Ansinnen, wie er sagte, aus Rücksicht auf die eigenen Offiziere, ab.⁴ — Das kränkte und verletzte in Karlsruhe,⁵ besonders da ein persönlicher Wunsch des Großherzogs abgewiesen worden war. Man hatte aufs Neue gemerkt, daß Bismarck nicht der Mann war, Zeit, Geduld und Verständnis für die schmerzlichen Widersprüche und Differenzierungen der badischen Situation aufzubringen, sondern daß er nach dem Worte handelte: „An ihren Früchten sollt Ihr sie erkennen!“

Einzig die Beziehungen zu Bayern schienen sich etwas freundlicher gestalten zu wollen. Am 10. März starb König Max II. von Bayern. Die Reise Großherzog Friedrichs nach München zu seinem Begräbnis wurde allgemein für mehr als einen bloßen Akt der Höflichkeit angesehen. Vielmehr glaubte man, daß der Großherzog versuchen wolle, Einfluß auf den jungen König Ludwig zu erlangen und die durch den Regierungswechsel bedingte günstige Lage ausnutzen wolle, um die Grundlage für eine beiderseitige Annäherung zu schaffen⁶ außerhalb der traditionellen Triaspolitik. Roggenbach äußerte sich gleichzeitig dem preußi-

2. Roggenbach an Edelsheim 15. III. 64. Hinterlegung Edelsheim G. L. A. K.

3. Bericht Marschalls 11. III. 64.

4. Bericht Marschalls 13. III. 64.

5. Bericht Thumbs 13. III. 64. W. St. A. Stuttgart.

6. Bericht Flemmings 16. III. 64. I. A. A. e. 23 G. P. St. A., Berlin,

schen Gesandten gegenüber freundlich über die Rolle des Herrn von Schrenck auf der Würzburger Konferenz und auch der bayrische Gesandte in Karlsruhe bezeugte weniger Unzufriedenheit über die Politik Badens als seither.⁷ Wie weit diese Anbahnungen eines besseren Verhältnisses sich auswirkten, ist hier noch nicht festzustellen. Baumgarten äußerte in einem Brief wenig später, der junge König Ludwig sei dem Großherzog in München voll Vertrauen entgegengekommen und glaubt, die Unterstützung Badens durch Bayern in der Frage der Beschickung der Londoner Konferenz auf eine persönliche Einwirkung des Großherzogs zurückführen zu können.⁸

Inzwischen wurde von den beiden Großmächten um das Schicksal Schleswig-Holsteins gerungen, militärisch auf den Schlachtfeldern Schleswigs und Jütlands, diplomatisch mit den Unterzeichnern des Londoner Protokolles, hauptsächlich mit England. Die wachsenden Erfolge Österreichs und Preußens, hauptsächlich die Überschreitung der jütischen Grenze hatten das englische Konferenzprojekt wieder mehr in Schwung gebracht. Am 19. März lehnte Bismarck, der im allgemeinen sein Einverständnis mit einer Konferenz erklärt hatte, die dänischen Bedingungen, als Basis der Konferenz hätten die Stipulationen von 1851/52 zu gelten, ab und verlangte die von England in seiner Note vom 23. Februar vorgeschlagene Beteiligung des Deutschen Bundes; unter dem Druck Englands, das unbedingt ein weiteres isoliertes Vorgehen Österreichs und Preußens vermeiden wollte, gab Kopenhagen nach, und der Bund erhielt am 26. März eine Einladung zu einer in London stattfindenden Konferenz mit dem alleinigen Ziel der Herstellung des Friedens.

Ganz im Gegensatz zu der allgemeinen Anschauung der liberalen Kreise und auch eines Teils seiner mittelstaatlichen Kollegen hatte der badische Außenminister immer die Ansicht verfochten, daß das letzte Wort über die Zusammengehörigkeit der Herzogtümer, insbesondere über das Schicksal Schleswigs auf einer europäischen Konferenz gesprochen werden würde, an der selbstverständlich der Deutsche Bund teilzunehmen hätte. Die Englische

7. ebenda.

8. Heyderhoff a. O. S. 219. Baumgarten an Sybel 9. IV. 64.

Mitteilung an den Bund vom 24. März⁹⁾ traf ihn umso schwerer; er schloß aus der Tatsache der Nichteinladung des Bundes sofort „auf eine Konspiration, die sich von Wien aus über Berlin hinweg mit dem englischen Kabinett gegen Deutschland und das Recht der Herzogtümer spielt“.¹⁰⁾ Er ging von der irrigen Voraussetzung aus, die beiden Großmächte wollten in Fortsetzung ihrer Unterdrückungspolitik in Deutschland den Deutschen Bund auch in London nicht zulassen, während doch Bismarck wenn auch nicht gerade die preußische Beteiligung an der Konferenz von einer Einladung des Bundes abhängig machte, so doch eine solche ganz dringend forderte.¹¹⁾ Ein Abgesandter des Deutschen Bundes mußte doch die Position der beiden Großmächte in London ganz erheblich stärken und konnte durch weitgehende Forderungen eine gute Folie für maßvolle Anträge der Großmächte abgeben. Außerdem war es eine gute und unschädliche Gelegenheit, die nationale Bewegung und die Mittelstaaten in den Gang der Geschehnisse einzuschalten, und es konnte dadurch sowohl ein zweites Londoner Protokoll als auch ein Märtyrertum der politischen Idee bei den Klein- und Mittelstaaten vermieden werden.¹²⁾ Von diesen Bismarck'schen Gedankengängen hatte jedoch Roggenbach keine Ahnung. Er sah vielmehr die letzten Möglichkeiten einer deutsch-nationalen Lösung der schleswig-holsteinischen Frage nach seinem Programm schwinden und entfaltete, um das zu verhindern, eine fieberhafte Tätigkeit.

Die einzige der europäischen Großmächte, die einer Beteiligung des Bundes günstig gesinnt zu sein schien, war Frankreich. Der badische Gesandte in Paris, Herr von Schweitzer, erhielt die Weisung, dem französischen Außenminister auszusprechen, daß der Kaiser seine Stellung für Hinzuziehung des Bundes beibehalten

9. Am 24. März hatte der englische Gesandte in Frankfurt, Malet, den Bund von dem an Österreich, Preußen und Dänemark gerichteten Konferenzvorschlag benachrichtigt, ohne eine Einladung an den Bund beizufügen.

10. Roggenbach an die Gesandten in Wien, Berlin, Stuttgart, Haag, München und Frankfurt? Datum.

11. Erlaß Bismarcks an Ladenburg (preußischer Geschäftsträger in Wien) vom 26. III. und vom 31. III. Ges. Werke A. O.

12. Erlaß Bismarcks an Ladenburg 31. III. Ges. Werke a. O.

werde.¹³ Es heißt da zum Schlusse: „Die hohe Würde und maßvolle Gerechtigkeit, welche die Regierung S. M. des Kaisers bei allen Fragen bewiesen hat, wo wohlbegründete Ansprüche der Nationalität die Gestaltung entsprechender staatlicher Verhältnisse gebieterisch forderten, gibt uns die Zuversicht, daß die Ausführungen dieser Depesche einer ernsten Würdigung seitens des Herrn Ministers nicht entbehren werden.“ Außerdem werden auch noch die Bedingungen angeführt, unter denen Baden eine Beteiligung des Bundes für statthaft hält. Wenn auch die Vorliebe Roggenbachs für direkte Vorstellungen in Paris nicht mit den Rheinbundsambitionen eines Dalwigk verwechselt werden darf, sondern er wirklich dem allgemeinen Besten zu dienen glaubte, so blieb doch etwas Prekäres an der Tatsache, daß der französische Kaiser hier gleichsam zum Schützer der Interessen des Bundes, wenn auch zunächst gegen England, aber in zweiter Linie auch gegen die beiden Großmächte angerufen wurde.

Gleichzeitig versuchte Roggenbach noch einmal trotz aller schlechten Erfahrungen eine mittelstaatliche Aktion durch eine neue Ministerkonferenz zustande zu bringen.¹⁴ Die englische Einladung war allerdings mittlerweile beim Bunde eingetroffen, und es konnte sich jetzt nur noch um die Beratung der Vorbedingungen handeln, von welchen eine Annahme des Bundes abhängig zu machen sein würde. Noch nie war der Bund durch einen eigenen Abgeordneten auf einer europäischen Konferenz vertreten worden, immer hatte er einem seiner großmächtlichen Mitglieder Preußen oder Österreich das Mandat seiner Vertretung übertragen; dazu kam, daß der Übergang aus der Nacht tiefer Erniedrigung und Demütigung in das helle Licht eines europäischen Forums zu plötzlich war, als daß nicht Furcht und Mißtrauen sich geltend gemacht hätten; würde es den vereinigten Großmächten nicht ein leichtes sein, einen Vertreter des Bundes durch ein zweites Londoner Protokoll zu übervorteilen?

Roggenbach hielt die Annahme der folgenden drei Punkte für unumgänglich nötig, um eine den deutschen Interessen gemäße Stellung des Deutschen Bundes auf der Konferenz zu erreichen:

13. Dipl. Spez. A.

14. Telegramm Roggenbachs an Schrenck 26. III. 64.

1. Zusammensetzung der Konferenz nicht nur aus Unterzeichnern des Londoner Protokolles, sondern Zuziehung anderer europäischer Mächte; 2. die Zusicherung der englischen Regierung, daß keine Bezugnahme auf das Londoner Protokoll als rechtsverbindlich im öffentlichen Recht Europas statfinde; 3. die Anerkennung der Notwendigkeit einer genügenden Vertretung der Herzogtümer auf einer Konferenz, die über ihr Schicksal entscheidet, da eine Vertretung Schleswigs durch den Bund unmöglich ist.¹⁵ — Man sieht, wie groß die Furcht vor einer Vergewaltigung war, und begreift, daß Roggenbach noch einmal alles daransetzte, um dem Bund durch eine große Manifestation der Einigkeit und Festigkeit seiner Mitglieder, das ihm gebührende Ansehen nach außen zu geben. Er stieß aber bei seinen Ministerkollegen auf gar keine Gegenliebe für eine erneuerte Würzburger Zusammenkunft; Beust erklärte, die Initiative dazu nicht ergreifen zu wollen, und Schrenck wies darauf hin, daß Verhandlungen über die Konferenz ebenso gut auf schriftlichem Wege abgemacht werden könnten.¹⁶ Man war so froh in den Kreisen der Mittelstaaten, aus der fürchterlichen Stagnation herauszukommen, in der der ganze Schwung ihrer Schleswig-Holsteinpolitik zu ersticken drohte, daß man auf einen Zusammenschluß und alles, was den Großmächten unangenehm sein mußte, verzichten und auch die Annahme der englischen Einladung durch den Bund von keinerlei Bedingungen abhängig machen wollte. Das mußte die badische Regierung zu ihrem Schaden konstatieren, als sie nach dem Scheitern ihrer Konferenzpläne versuchte, am Bunde wenigstens eine Mehrheit für einen Antrag über die drei Punkte zu schaffen, von deren Annahme sie den Besuch der Londoner Konferenz durch den Bund abhängig machen wollte. Die badischen Gesandten an den großen deutschen Höfen und in Paris erhielten den Auftrag, für die badische Auffassung zu werben; ein badischer Antrag wurde in Aussicht gestellt, ein Rundschreiben des Großherzogs sollte diese Werbeaktion unterstützen.

15. Undatiertes Schreiben Roggenbachs an die badischen Gesandten in Wien, Berlin, Stuttgart, München, Paris und Haag.

16. Bericht Pilats 2. IV. 64, H. H. St. A. Wien. Mohl an Samwer 26. IV. Nachlaß Samwer P. St. A. Kiel.

Gleichzeitig suchte Roggenbach die alte Gefolgschaft Badens aus schöneren Tagen, die Kleinstaaten, mobil zu machen. Er wandte sich direkt an ihre Staatsminister in einer Zirkularnote vom 1. April, in der er die Notwendigkeit einer einheitlichen Stellungnahme des Bundes im jetzigen Augenblick betonte, besonders um die Forderung nach der Teilnahme aller wichtigen europäischen Mächte auszudrücken, der Konferenz also einen allgemeinen Charakter zu geben. Es ist nicht ganz klar ersichtlich, welche europäischen Mächte Roggenbach dabei im Auge hatte, denn da alle Großmächte nebst Schweden und Dänemark zu den Unterzeichnern des Londoner Protokolles gehörten, konnte es sich nur um Zuziehung von Mächten zweiten und dritten Ranges handeln, wie etwa Italien und Spanien, deren Ansichtsäußerungen doch wohl kaum ins Gewicht fallen konnten. Es scheint vielmehr, als wenn Roggenbach durch die Teilnahme dieser Mächte nur die ihm unheimliche Konfrontation — hier Unterzeichner des Londoner Protokolls, hier Deutscher Bund — verhindern wollte und dadurch eine Kombination der schleswig-holsteinischen mit andern europäischen Fragen für möglich hielt; dabei war vielleicht auf eine Unterstützung durch Frankreich zu hoffen.

Inzwischen traf der Zirkularerlaß Bismarcks vom 29. März in Karlsruhe ein,¹⁷ der sich für Teilnahme des Bundes an der Konferenz aussprach und die Aufgabe der Londoner Stipulationen durch Preußen ankündigte, die durch die Kriegshandlungen hinfällig geworden seien. Flemming teilte trotz der ihm anbefohlenen Zurückhaltung diesen Erlaß Roggenbach mit, da er dessen positive Einstellung zur Konferenz kannte. Diese Mitteilung fiel auf einen denkbar günstigen Boden. Mit sehr wenig Hoffnung war Roggenbach an den erneuten Versuch eines Zusammenschlusses der Mittelstaaten herangegangen, „wie wenig glänzend auch die Folgen eines solchen Schrittes wahrscheinlich sein werden, es wird immer besser sein, die äußerste Anstrengung nicht gescheut zu haben, einer gerechten Sache zum Siege zu helfen, als sich in die Solidarität mit den unentschiedenen und zum Teil wenig lauterer Elementen der Mittelstaaten in der fortwährend ergebnislosen Untätigkeit festhalten zu lassen, von

17. Bismarck Ges. Werke a. O. Bd. 4, S. 165/67.

welcher die Geschichte der Bundesversammlung in den letzten Monaten zu berichten haben wird.“¹⁸ Die preußische Note schien dem badischen Außenminister die Morgenröte einer besseren Zeit zu bringen. Nicht nur, daß Preußen das Londoner Protokoll wirklich verlassen wollte, es schien auch den Bund und die Mittelstaaten wieder als gleichberechtigte Partner anzuerkennen. Roggenbach vermißte den „Korporalstil“ der früheren preußischen Depeschen, er fand die Schreibweise dieser letzten „höflich und rücksichtsvoll“.¹⁹

Sofort bremste er die badische Aktion am Bunde; der badische Antrag, über dessen Einbringung Mohl schon Weisung erhalten hatte, konnte natürlich nicht mehr zurückgenommen werden, da die Depeschen zu seiner Befürwortung an die einzelnen Höfe schon abgegangen waren. Mohl erhielt aber sofort die Weisung, ihn in möglichst entgegenkommender Weise zu mildern und abzuschwächen, er sollte sich sogar mit einer Mitteilung an die Ausschüsse zufrieden geben, wenn er später nur in deren Bericht erwähnt wurde. Preußen trat vom Londoner Protokoll zurück, das Schreckgespenst einer Vergewaltigung des Bundes durch die Großmächte verschwand mit einem Schlage für den badischen Außenminister. Kein Widerspruch bestand zwischen dem badischen Antrag und der Auffassung Preußens; man spürt direkt die Freude, mit der er das in der Weisung an Mohl konstatiert; nicht mehr als *conditio sine qua non*, sondern nur als „Ausdruck des Sinnes“, den der Bund mit seinem Beitritt zur Konferenz verbinde, will er die drei Punkte des Antrages aufgefaßt wissen. Daß eine Beteiligung der Herzogtümer für Preußen unmöglich in Frage kommen konnte, übersah er dabei.

Preußen tat den ersten Schritt auf dem Wege einer nationalen Politik; Baden mußte ihm weitestgehend entgegenkommen. „Unter allen Umständen stimme Baden für Teilnahme des Bundes an der Konferenz“ antwortete Roggenbach dem preußischen Gesandten von Flemming.²⁰ Die schönsten Zeiten schienen Roggen-

18. Erlaß Roggenbachs an die badischen Gesandten in Wien, Berlin, München, Stuttgart, Paris und Haag.

19. Bericht Pilats 8. IV. 64 H. H. St. A. Wien.

20. Bericht Flemmings 4. IV. 64, I. A. A. e. 33 G. P. St. A. Berlin,

bach wiederkehren zu wollen; Preußen und Baden in einer Front! Die Gelegenheit schien ihm gekommen, einen Teil des Schuttes wegzuräumen, der sich auf dem Weg von Karlsruhe nach Berlin angesammelt hatte. Baden denke nicht im entferntesten daran, sich in einen systematischen Gegensatz zu der preußischen Regierung zu stellen, versicherte er dem preußischen Gesandten, seine Haltung in der schleswig-holsteinischen Frage sei von der festen Überzeugung diktiert worden, nicht von Oppositionslust irgendwelcher Art oder Zwecken, die mit der holsteinischen Sache nicht in engster Verbindung ständen. Preußen könne Vorteile aus dem gegenwärtigen Krieg seiner Ansicht nach nur durch eine Verständigung mit den Mittelstaaten und dem Prinzen von Augustenburg erhalten, nicht aber durch die Verbindung mit Österreich, das nur aus Besorgnis vor preußischem Machtzuwachs und vor der öffentlichen Meinung sich am Kriege beteilige. Auf Flemmings Einwurf, keine andere Bundesregierung habe sich allen preußischen Anträgen und Auffassungen so unzugänglich gezeigt wie die badische, und die tiefe Verstimmung in Berlin sei daher verständlich, erklärte Roggenbach, der Widerstand einzelner Bundesstaaten habe die Situation Österreichs und Preußens gegenüber den andern Großmächten eher günstiger als ungünstiger gestaltet und betonte nochmals die reinen Absichten der badischen Regierung.

Es ist wahrscheinlich, daß der Großherzog die preußische Zirkulardepesche vom 29. März schon kannte, als er am 4. April seinem königlichen Schwiegervater für dessen Glückwünsche zu seinem Geburtstage dankte und sich dabei auch über die beiderseitige Politik ausließ. Etwas reservierter als Roggenbach — das ist vielleicht auf die Form des Abbruchs der Korrespondenz im Januar zurückzuführen — beklagte er die unbekannten und unklaren Ziele des Krieges gegen Dänemark, dessen Nützlichkeit und Notwendigkeit er an und für sich anerkennt. Aber auch er hofft jetzt auf einen Wechsel der preußischen Position auf der Londoner Konferenz, auf eine Annäherung Preußens an das übrige Deutschland und seine Ziele und wirft als Köder die Sicherung einer militärischen Stellung Preußens zu Land und zur See in Holstein hin.²¹

21. Roggenbach bezeichnete als Grundlagen einer solchen Stellung

„Der Hoffnung, daß die Ereignisse sich so wenden werden, möchte ich mich gerne hingeben, und zu solchen Zielen und zu solcher Verstärkung der Machtstellung Preußens werde ich gerne mitwirken“.²² — Diese Annäherung blieb jedoch einseitig und Episode; von Berlin verlautete nichts daraufhin. Das preußische Herz Roggenbachs hatte zu früh jubiliert. Allein in diesem Zwischenspiel sind schon die vermittelnden Wege angedeutet, die die badische Politik nach dem Scheitern der Londoner Konferenz einschlagen wird. Vorläufig blieb Baden in den Rahmen der mittelstaatlichen Bundespolitik eingespannt, und Roggenbach mußte fast widerwillig die mit so großem Eifer begonnene badische Aktion am Bunde zu Ende führen.

Am 3. April hatte der Großherzog ein Schreiben an alle deutschen Fürsten gerichtet mit der Bitte, den badischen Antrag am Bunde zu unterstützen. Es heißt darin: „Bewähren wir in entscheidendem Augenblick auch im deutschen Fürstenstande die Sicherheit und den Mut eines deutschen Gewissens . . . Nur schwächliche Zweifel könnten heute noch Deutschland und den Herzogtümern Hoffnungen verderben. In der Art und Weise, wie wir im Bunde auf die Einladung des kgl. großbritannischen Kabinettes antworten, können wir zeigen, ob die Wahrung der deutschen Interessen jeder Zeit unter unsrer Führung sicher ruht“. Trotzdem liefen von allen Seiten Absagen ein. Beust erklärte, eine bedingte Annahme der englischen Einladung sei einer Ablehnung gleich, Punkt 1 und Punkt 3 des Antrages seien undurchführbar, der Beschluß einer unbedingten Teilnahme des Bundes sei möglichst zu beschleunigen.²³ Ein gleichzeitiges Antwortschreiben König Johanns an den Großherzog unterstrich die Ausführungen seines Ministers und sprach den dringenden Wunsch aus, Baden möge auf den am Bund eingebrachten Anträgen nicht zu fest bestehen, sondern sich dem Beschluß einer

Kiel als Kriegshafen und Rendsburg als Bundesfestung mit preußischer Besatzung. Vgl. Bericht Flemmings 4. IV.

²² Großherzog Friedrich an König Wilhelm 4. IV. 64 Oncken a. O. S. 466/67.

²³ Weisung Beusts an den sächsischen Bundestagsgesandten 4. IV. 64, Dipl. Spez. A.

sofortigen Beschickung der Konferenz anschließen.²⁴ Aber auch Sachsen-Weimar verhielt sich negativ und erklärte sich für den Zusammentritt einer Konferenz ohne Basis,²⁵ während die Ablehnung Hessen-Darmstadts bei der bekannten Animosität des dortigen Hofes gegen die Karlsruher Regierung vorauszusehen war.²⁶

Von den andern Staaten verband allein Bayern mit der Ablehnung des badischen Programms eigene Vorschläge zu einer nur bedingten Teilnahme des Bundes. Herr von Schrenck erklärte, der Bund könne nach seiner Ansicht erst dann an einer Konferenz teilnehmen, wenn die Erbfolge durch Bundesbeschluß geregelt sei, oder wenn der Gesandte des Bundes durch Beschluß dahin instruiert werde, die Anerkennung des Erbprinzen als Herzog von Holstein und Schleswig und die Trennung Schleswigs von Dänemark auf der Konferenz zu verlangen. Gerade die Erbfolgefrage, die Roggenbach zur Vermeidung von Stimmenzersplitterung in den badischen Forderungen ganz unberücksichtigt gelassen hatte, warf nun Bayern als Streitapfel in die Debatte.²⁷ — Die Tradition ihrer Politik erlaubte es der badischen Regierung nicht, an der bayrischen Anregung, die ebenfalls auf allseitige Ablehnung stieß, ganz vorbeizugehen. In der Bundestagssitzung vom 14. IV. wurde über die englische Konferenzeinladung verhandelt. Die vereinigten Ausschüsse beantragten unter Ignorierung des ihnen zugegangenen badischen Antrages, die Teilnahme des Bundes einfach zuzusagen und einen Bevollmächtigten zu ernennen. Bayern erklärte sich gegen diesen Antrag; Baden stimmte zwar dafür, schickte aber eine lange Motivation voraus, in der es sich auf seinen in den Ausschüssen begrabenen Antrag be-

24. Oncken a. O. S. 167/68.

25. Antwortschreiben Sachsen-Weimars 6. IV. 64, G. L. A. K. Dipl. Spez. A.

26. Antwortschreiben Dalwigks 6. IV. 64, Dipl. Spez. A. G. L. A. K.

27. Es ist nicht zutreffend, daß Roggenbach und Schrenck sich gemeinsam um Anerkennung Augustenburgs vor der Konferenz bemühten (vgl. Sybel a. O. III. S. 281) vielmehr erstrebte Roggenbach nur eine Vertretung der Herzogtümer nicht des Herzogs, da für eine beschleunigte Anerkennung vor Zusammentritt der Konferenz unmöglich eine Mehrheit zu erlangen war.

rief und die rechtmäßige Souveränität des Herzogs von Augustenburg erneut ausdrücklich anerkannte. Diese Erklärung war natürlich vollkommen wirkungslos. Allein sie wahrte den badischen Standpunkt und war zugleich praktischer als die reine Ablehnung Bayerns, die als pure Rechthaberei aufgefaßt wurde und gegenüber der großen Majorität doch nichts ausrichten konnte. Trotzdem hielt sich Baden mehr auf die Seite Bayerns; Herr von Mohl schlug in der gleichen Sitzung²⁸ Herrn von der Pfordten als Bevollmächtigten des Bundes vor, ohne jedoch infolge der obstinaten Haltung Bayerns in der Erbfolgefrage bei den andern Mitgliedern auf Zustimmung zu stoßen. Auf Wunsch der beiden Großmächte wurde mit 14 gegen 2 Stimmen der sächsische Außenminister Herr von Beust gewählt, trotzdem Bayern seiner Größe und Bedeutung nach eigentlich der Vorrang gebührt hätte. Man war jetzt sehr devot gegen Preußen und Österreich in den Kreisen der Mittelstaaten! Auch gelang es nicht, eine die Anschauungen des Bundes deutlich festlegende Instruktion für den Gesandten des Bundes zu erreichen; Herr von Beust erhielt eine ganz allgemein gehaltene Weisung.²⁹

Die diplomatische Campagne Roggenbachs war gescheitert; nichts von dem, was er für eine Vertretung des Bundes auf der Konferenz gefordert hatte, hatte sich erfüllt. Trotzdem verlor er den Mut nicht, war vielmehr von einer neuen Zuversicht erfüllt. Als Herr von Beust auf seiner Reise nach London in Frankfurt Station machte, stellte auch Roggenbach neben Dalwigk und Hügel sich ein, wobei keine gemeinsamen Besprechungen, sondern nur Einzelberatungen zwischen Beust und den Ministern stattfanden.³⁰ Von allen mittelstaatlichen Kollegen war der sächsische Außenminister infolge seines lebhaften Naturells und seiner großen Aufnahmefähigkeit der einzige, zu dem Roggenbach in ein etwas freieres, weniger von Mißtrauen belastetes Verhältnis ge-

28. Staatsarchiv VI. Sitzungsbericht S. 750/56.

29. Jansen-Samwer a. O. S. 279.

30. Es ist nicht festzustellen, ob diese Zusammenkunft auf Anregung Roggenbachs (Bericht Savignys 24. IV. nach einer Mitteilung von Beust) oder durch eine Einladung Beusts (Bericht Thumbs 20. IV.) zustande kam; vgl. Vogt a. O. S. 27/28.

treten war. Er war jetzt auch mit der Wahl Beusts sehr einverstanden und kehrte sehr befriedigt von den Plänen und Absichten des Bundesbevollmächtigten nach Karlsruhe zurück.³¹ Es scheint auch ein Besuch Beusts in Paris damals verabredet worden zu sein,³² wenigstens berichtet Savigny, daß er und Kübeck Beust davon abbringen mußten, über Paris nach London zu fahren. Mehr denn je erschien Frankreich als der gegebene Bundesgenosse des Deutschen Bundes im Kampf gegen das Londoner Protokoll³³ und für die Rechte der deutschen Nationalität, und es ist nach allem, was wir über die Beziehungen des badischen zum französischen Außenministerium wissen, sicher, daß Roggenbach mit dieser geplanten Reise Beusts durchaus einverstanden war.

Wichtiger und wegweisender als das Zusammentreffen mit den mittelstaatlichen Ministern war jedoch der Besuch Roggenbachs bei dem neuen preußischen Bundestagsgesandten von Savigny, der ihm von seiner Karlsruher Gesandtenzeit³⁴ her nahestand. Savigny berichtete darüber in einem langen „ganz vertraulichen“ Schreiben vom 24. April 1864. Noch offener und klarer als gegenüber Flemming entwickelte Roggenbach eine Rechtfertigung der badischen Politik seit dem Ausbruch der holsteinischen Krise. Baden sei durchaus kein prinzipieller Gegner der seitherigen preußischen Politik; er — Roggenbach — werde in Berlin durchaus verkannt, er habe immer nur nach „Anknüpfungspunkten gesucht, um die preußischen gerechten Ansprüche auch in der schleswig-holsteinischen Frage unterstützen zu können. Die preußischen Ziele aber seien dunkel und ungewiß gewesen und so habe er wenigstens in die Ziele des Bundes Klarheit bringen wollen. Er wolle sich gern bescheiden, wenn

31. Bericht Flemmings 22. IV. I. [A. A. e. 33. G. P. St. A, Berlin und Bericht Thumbs 22. IV. W. St. A. Stuttgart.

32. Vogt bezeichnete diese Tatsache als wichtigstes Ergebnis der „Konferenz“, — von der er irrümlich spricht — ohne aber die Quelle dafür anzugeben.

33. Die Depesche Droyen de Lhuys vom 20. III. an den französischen Gesandten in London, in der er die Befragung der schleswig-holsteinischen Bevölkerung vorschlug, war den deutschen Mittel- und Kleinstaaten mitgeteilt worden.

34. 1850—59.

man ihm von Berlin aus sagen würde: Wir befinden uns auf einem höheren europäischen Standpunkt, als es Euch Mittelstaaten möglich ist zu begreifen; wir haben unsere sehr bestimmt gestellten politischen Ziele, die mit dem gemeinsamen Interesse von Deutschland übereinstimmen, wir können aus guten Gründen zurzeit nicht davon unterrichten, habt nur volles Vertrauen zu uns, wir werden schon alles zu einem guten Ende führen. So aber habe er auf gutes Glück hin Deutschland und implicate auch Preußen gewissermaßen als Freikorps dienen müssen.“ --- Es ist nicht zu leugnen, daß Roggenbach hier einen schützenden Mantel über manche Auswüchse der badischen Politik breiten will und manches weiß wäscht, was von preußischem Standpunkt aus unbedingt schwarz erscheinen mußte. Aber andererseits tritt doch klar und deutlich hervor, wie tief in der politischen Seele des badischen Außenministers die Idee der Einheit Deutschlands mit Preußen verankert war, wenn sie auch durch widrige Umstände zeitweise in den Hintergrund gedrängt worden war -- er wollte Deutschland und damit Preußen dienen.

Nach der Darlegung der Beweggründe der seitherigen badischen Politik kam Roggenbach auf die erfreulicheren gegenwärtigen Verhältnisse zu sprechen: Die baldige Trennung Preußens von Österreich scheine ihm unzweifelhaft, ebenso wie der daraus folgende nähere Anschluß des übrigen Deutschland an Preußen. „Die Berechtigung Preußens nach seinen Opfern und Siegen in Schleswig für sich speziell möglichst viel zu erreichen an Macht und Einfluß, ja eventuell selbst an unmittelbarem Gebiet, scheine ihm unbestreitbar, und man werde das badische Kabinett einem jeden derartigen Anspruch, sobald er erreichbar sei geneigt finden“. ³⁵ Sehr allgemein war die Antwort Savignys auf diese temperamentvolle und überfließende badische Freundschaftsbeteuerung, man müsse erst abwarten, wie weit Baden sich Preußen in der Zukunft nähern werde, und erst dann könne die allgemeine Verstimmung fühlbar zurücktreten, die jetzt zwischen Berlin und Karlsruhe herrsche und die Roggenbach so beklage. — So schnell

35. vgl. Bericht Flemmings 22. IV., nach dem Roggenbach eine Annexion der Herzogtümer durch Preußen für unmöglich hält, weil sie auf den Widerstand aller Großmächte und der Mittelstaaten stoßen würde.

war man in Berlin nicht bereit, zu vergeben und vergessen, besonders da auch der Stand der persönlichen Beziehungen der beiden Herrscher momentan eher ein Hindernis als eine Förderung einer gegenseitigen Annäherung bildete. Obwohl Herr von Flemming in sehr engem und vertrautem Verhältnis zu Roggenbach und durch diesen zum Großherzog stand, gelang es ihm nicht, den richtigen Weg zur Überbrückung der Gegensätze zu finden.³⁶ Es scheint, daß vor allem die beiderseitigen Außenminister das Hauptverdachtsmoment bildeten, daß König Wilhelm seinem Schwiegersohn den sehr liberal-nationalen, etwas extravaganten Roggenbach nicht verzeihen konnte, und der badische Großherzog in Bismarck immer noch nur den antinationalen, unberechenbaren, stockpreußischen Reaktionär sah.

Ehe wir den weiteren Verlauf der badischen Politik verfolgen, müssen wir zuerst einen Blick werfen auf die Wirkung, die die Einberufung der Londoner Konferenz auf die augustenburgischen Kreise auslöste. Es ist natürlich, daß die Regierung in Kiel durch dieses bevorstehende Eingreifen nichtdeutscher Mächte in neue Erregung und Bewegung versetzt wurde, und ihre Einstellung zu der Konferenz war zunächst durchaus negativ. Ein zweites Londoner Protokoll schien in Aussicht zu stehen; man war gewohnt von Seiten der andern europäischen Mächte für die deutsche Sache nur Schlechtes zu erwarten. Herzog Friedrich von Augustenburg hatte schon im Februar durch Vermittlung des ihm sehr wohlgesinnten preußischen Kronprinzen eine Denkschrift mit dem Anerbieten von Konzessionen nach Berlin gelangen lassen,³⁷ die aber bis jetzt ohne Antwort geblieben war. Auch die Sendung eines Vertrauten des Herzogs, Herrn von Ahlefeldt, der mit Bismarck selbst verhandelte, aber viel weniger entgegenkommende Bedingungen nach Berlin mitbrachte, hatte kein positives Ergebnis.³⁸ Bismarck sprach sich besonders mißbilligend über die politische Haltung des Augustenburgers aus, über Volkskundgebungen in Holstein und über das Staatsgrundgesetz, das das Ergebnis einer Verhandlung mit dem Herzog von der Zustimmung

36. Bericht Thumbs 20. IV. W. St. A. Stuttgart.

37. S. Gebauer a. O. S. 94/95.

38. S. Gebauer a. O. S. 98/99.

der Stände abhängig machte. Trotzdem unternahm die Kieler Regierung vor Beginn der Londoner Konferenz einen erneuten Versuch, in günstigere Beziehungen zu Berlin zu gelangen. Zum Vertreter des Herzogs in London während der Konferenz, zu der er natürlich nicht zugelassen wurde, hatte man den ehemaligen Vorsitzenden der badischen ersten Kammer, den Fürsten Löwenstein-Wertheim-Freudenberg ausersehen, und auch durch Vermittlung Roggenbachs dessen Zustimmung erlangt.³⁹ Da sowohl Löwenstein selbst, als auch die badische Regierung eine vorherige Rücksprache in Berlin für unbedingt notwendig crachteten, trug ersterer vor seiner Abreise nach London König Wilhelm aufs Neue die Leitlinien der augustenburgischen Politik unter besonderer Betonung der vom Herzog beabsichtigten Konzessionen vor. Fürst Löwenstein war allerdings weder für Baden noch für den Augustenburger eine gute Empfehlung in Berlin, da er zu Beginn der Bismarck'schen Aera den diplomatischen Dienst Preußens auf „eine wenig hübsche Art“ verlassen hatte.⁴⁰ Seine Mission stieß daher bei König Wilhelm auf eine äußerst kühle Aufnahme. Wenn auch König Wilhelm sich in einem Schreiben vom 16. April an den Kronprinzen mit den weitgehenden Konzessionen des Augustenburgers vom Februar einverstanden erklärte, so war das von keiner sehr großen praktischen Bedeutung, der Schwerpunkt der Dinge lag jetzt für Preußen auf der Londoner Konferenz, und erst wenn sich deren Möglichkeiten klarer herauskristalliert hatten, konnten die Anerbietungen des Augustenburgers von Wichtigkeit werden. Solange hielt sich auch Roggenbach im Hintergrund.

Die Londoner Konferenz trat sehr zur Freude Bismarcks erst am 25. April zusammen; die Wahl und Instruierung Beusts durch den Bund erforderte Zeit und bedingte diese Verzögerung; inzwischen konnte der glänzende Sieg von Düppel durch die Preußen am 18. April errungen und infolgedessen die Konferenz unter sehr günstigen Auspizien für Deutschland eröffnet werden. Es kann hier nicht unsere Aufgabe sein, den genauen Gang der Verhandlungen und die darin sich auswirkenden Mächtegruppi-

39. Telegrammwechsel Roggenbach — Samwer 2. — 10. IV. Dipl. Spezl. A. G. L. A. K.

40. Gebauer a. O. S. 100/101.

rungen zu verfolgen; nur die Hauptstationen gilt es hervorzuheben. Von den europäischen Mächten waren den deutschen Ansprüchen feindlich gesinnt vor allem England, Schweden und Rußland; Frankreich nahm eine Mittelstellung ein und setzte sich durchaus nicht derart für die augustenburgische Sache ein, wie in den Kreisen der Mittelstaaten erwartet worden war. Dem französischen Kaiser kam es hauptsächlich auf Preußen an; nachdem das französische Bündnisangebot vom 9. April von Bismarck ausweichend beantwortet worden war, bezog der französische Gesandte auf der Konferenz eine mehr zuwartende Stellung, die sich dem dänenfreundlichen Standpunkt der andern Mächte oft bedenklich näherte. — Der Verlauf der Konferenz entsprach zunächst vollkommen den Hoffnungen Roggenbachs. In der Sitzung vom 12. Mai erklärte der preußische Delegierte Bernstorff im Namen der deutschen Mächte die Unverbindlichkeit des Londoner Protokolles, am 17. Mai verwarf Dänemark die Personalunion. Die Konferenz vertagte sich auf den 28. Mai.

Inzwischen mußten von den deutschen Mächten Beschlüsse über das Schicksal der Herzogtümer gefaßt werden. Der Gedanke der Annexion durch Preußen wurde immer lauter und begann sich in der öffentlichen Meinung an vielen Orten neben den augustenburgischen Strömungen erfolgreich durchzusetzen. Bismarck konnte diesmal die Volksmeinung nur gelegen kommen, sein höchstes Ziel in dieser Sache war und blieb die Annexion, ein Ziel allerdings, das nur mit äußerster Vorsicht und auf Umwegen zu erreichen war. Personalunion, der Augustenburger als Herzog, diese beiden Möglichkeiten mußten vorher ausgeschaltet werden. Seit seinem Besuch des Düppelner Schlachtfeldes glaubte auch König Wilhelm durch das vergossene preußische Blut ein Anrecht auf eine preußische Machtsteigerung in den Herzogtümern zu haben, die eine Annexion nicht ausschloß. In einer Depesche vom 21. Mai an Werther bezeichnete sie Bismarck zwar als das Wünschenswerteste für Preußen, aber als unmöglich außer in Verbindung mit Österreich; das beste Mittel sei daher, in der Konferenz Trennung der Herzogtümer von Dänemark unter einem selbständigen Herzog, sei es der Augustenburger oder der Oldenburger, vor-

zuschlagen.⁴¹ — In Wien war das Auftauchen der preußischen Annexionsgelüste mit großem Mißbehagen verfolgt worden. Sollte man diesen ganzen Krieg nur für eine Stärkung der preußischen Machtstellung im Norden geführt haben? Die Bismarcksche Staatskunst hatte die österreichische Politik unter dem Deckmantel der Erfüllung des Londoner Protokolles so erfolgreich hinter sich her gezogen und für die preußischen Interessen verwendet, daß nach Aufgabe der Londoner Verpflichtungen allein die bedingungslose und sofortige Einsetzung des Augustenburgers die preußischen Vergrößerungsgelüste eindämmen zu können schien. Noch ehe die Note Bismarcks vom 21. Mai in Wien eingetroffen war, hatte man sich daher dort für den Vorschlag der Erhebung Herzog Friedrichs entschieden.⁴² Bismarck, der eine Klärung der Personenfrage auf der Konferenz hatte vermeiden wollen, mußte sich damit einverstanden erklären, wenn er die vollkommene Isolierung Preußens vermeiden wollte. denn Österreich hätte mit seinem Vorschlag sofort Anschluß an die nationalen und mittelstaatlichen Bestrebungen gefunden.

Der Bundesbevollmächtigte hatte inzwischen seinen projektierten Besuch in Paris ausgeführt und dort sehr beruhigende Zusicherungen für die Unterstützung der deutschen Ansprüche, soweit sie gewisse Grenzen nicht überschritten, erhalten.⁴³ Wenn er auch eine vorherige Anerkennung des Herzogs durch den Bund vorgezogen hätte, so war es doch selbstverständlich, daß er der preußisch-österreichischen Erklärung, die in der Konferenzsitzung vom 28. Mai vorgebracht wurde, zustimmte.⁴⁴ Noch nie waren die Aussichten des Augustenburgers so hoffnungsvoll gewesen, ganz Deutschland schien auf einmal hinter ihm zu stehen.

41. vgl. Adresse des Grafen Arnim-Boytzenburg und einer Anzahl Konservativer an König Wilhelm 11. V. mit der Forderung der Annexion.

42. Alfred Stern: Geschichte Europas 1848—1871 Stuttgart u. Berlin 1923, Bd. 3, S. 376.

43. Origines Nr. 577, Bd. 3.

44. In dieser Erklärung hieß es, der Herzog besitze in den Augen Deutschlands nicht nur die meisten Rechtsansprüche, sodaß seine Anerkennung durch den Bundestag gesichert sei, sondern habe ohne Zweifel auch die Stimme der ungeheuren Mehrheit der Bevölkerung Schleswig-Holsteins hinter sich. Stern a. O. S. 376.

Dieser harmonische Zustand dauerte allerdings nicht lange. Der Herzog wurde sowohl von Berlin als auch von Wien aus umworben. Sowohl durch Max Duncker und den Kronprinzen als über Savigny durch Mohl suchte Bismarck, Herzog Friedrich zu einer Reise nach Berlin zu bewegen, um mit ihm erneut und nun direkt über dessen frühere Konzessionen zu verhandeln. Von Wien aus suchte man dagegen jede Abmachung des Augustenburger mit Preußen zu vereiteln; der herzogliche Bevollmächtigte in Wien, von Wydenbrugk, reiste sofort nach dem Umschwung in London nach Kiel mit der Mahnung Rechbergs „daß nur in Kiel jetzt nichts zugunsten Preußens unnütz über Bord geworfen wird, daß wir da nicht auf vollendete Tatsachen stoßen“;⁴⁵ besonders bezeichnend für den vollkommenen Umschwung der österreichischen Politik ist folgende Äußerung Rechbergs zu Wydenbrugk vor dessen Abreise: „Wenn ich mich in die Stellung des Herzogs Friedrich denke, so weiß ich nicht, ob ich nicht bei der ersten günstigen Gelegenheit die Landstände berufen, mir von denselben huldigen lassen und auf diese Weise ein *fait accompli* schaffen würde. Ein solches würde uns jedenfalls am schnellsten über alle Schwierigkeiten hinüberbringen“.⁴⁶

Der badische Außenminister von Roggenbach war mit dem bisherigen Gang der Dinge durchaus zufrieden; es stand für ihn auch sofort fest, auf welchem Wege Herzog Friedrich die momentane Kalamität überwinden und aus ihr endgültige positive Ergebnisse für sich ziehen müsse. Er gab nach Kiel folgenden Rat: „auf Wydenbrugks Andrängen nur dilatorisch zu antworten, offiziell Berlin ebenso zu behandeln, dagegen vertraulich fertig zu machen“.⁴⁷ Die letzten Endes ausschlaggebende Rolle Preußens bei jeder endgültigen Regelung der schleswig-holsteinischen Verhältnisse war für Roggenbach feststehend. Die enge Verbindung mit Österreich, die Preußen bis jetzt nach seiner (Roggenbachs) Ansicht an einer den preußischen wie auch den deutschen Interessen entsprechenden Politik gehindert hatte, schien sich zu lockern. Preußen war endlich reif für den Anschluß an das natio-

45. Vogt a. O. S. 35, Anm. 1.

46. Geheimer und vertrauliche Bericht Edelsheims 30. V. 64.

47. Undatiertes Telegramm Roggenbachs an Samwer.

nale Deutschland; daß Österreich nur aus Angst vor preußischen Vergrößerungsgelüsten die Parole für den Augustenburger, die doch so ganz seiner bisherigen Tradition widersprechen mußte, ausgegeben hatte, war dem badischen Außenminister klar. Wenn aber Preußen zu Deutschland wollte, so mußte ihm der Weg geebnet, mußte sein preußischer Staatsegoismus, so weit es ging, befriedigt werden. Sowohl die siegreichen Erfolge der preußischen Truppen, als auch die maritimen und grenzpolitischen Bedürfnisse des preußischen Staates ließen Roggenbach die Zusage weitgehender Konzessionen durch den Augustenburger natürlich und wünschenswert erscheinen. Wenn der Augustenburger jetzt durch rückhaltloses und vertrauensvolles Eingehen auf die preußischen Wünsche, Bismarck an seine und die nationale Sache fesselte, so war die erwünschte Einheitsfront Preußens und Deutschlands gegen Österreich hergestellt und die drohende Annexion der Herzogtümer durch Preußen vermieden. Denn so sehr Roggenbach ein Übereinkommen zwischen dem Herzog und Preußen erhoffte, so sehr widerstrebte er andererseits einer Annexion, nicht nur weil er europäische Konflikte für Preußen voraussah, sondern weil die Annektierung eines Bundesstaates durch Preußen seiner ganzen Grundkonzeption von der zukünftigen Gestaltung Deutschlands widersprach. Er erstrebte einen Bundesstaat auf unitarisch-föderativer Grundlage; wenn nun Preußen die Herzogtümer seinem Staatsgebiet einfügte, so war damit ein Präzedenzfall geschaffen, der eine ganz andere prinzipielle Umformung Deutschlands in Aussicht stellte. Die Gegensätzlichkeit und Spannweite der allgemeindeutschen Probleme, die bei der Auseinandersetzung über die schleswig-holsteinische Frage immer mitspielen und mitschwingen, sind hier in dieser Besitzfrage eingeschlossen.

Über die verhängnisvolle Unterredung zwischen Herzog Friedrich und Bismarck vom 1. Juni 1864 ist viel gestritten und diskutiert worden; es kann hier nicht unsere Aufgabe sein, diese Diskussion beträchtlich zu erweitern. Nur soviel ist hier festzustellen, daß der Augustenburger bestimmt nicht mit so entgegenkommenden und vertrauensvollen Gefühlen nach Berlin ging, wie es der badische Außenminister erwartete. Es mögen da sowohl

die Einflüsterungen und Beschwörungen Wydenbrugks als auch vor allem Angst und Mißtrauen gegen Bismarck eine Rolle gespielt haben. Man fürchtete in Kiel durch den „Unheimlichen“ zuerst kompromittiert und bloßgestellt und dann im Stich gelassen zu werden; wie weit diese Stimmung unter den Anhängern des Herzogs verbreitet war, beweist die Tatsache, daß auch Mohl den Besuch in Berlin für einen Fehler hielt, wenn er nicht auch auf Wien ausgedehnt werde.⁴⁸ Der Herzog ging zu Bismarck mit dem Entschluß, nach keiner Seite hin Verpflichtungen einzugehen;⁴⁹ er wollte die Rückendeckung an Österreich nicht verlieren, geriet aber dadurch in die Gefahr, sich zwischen zwei Stühle zu setzen, wie Savigny Mohl drastisch prophezeite.⁴⁷

Als er Berlin verließ, war trotz aller Versprechungen des Kronprinzen und König Wilhelms die Aussicht auf eine baldige Einsetzung für den Augustenburger geschwunden; es kann für uns hier gleichgültig sein, ob Bismarck wirklich den festen Willen hatte, mit dem Prätendenten abzuschließen, oder ob er ihn nur vor seinem König desavouieren wollte; das eine scheint aber klar zu sein, daß es auf augustenburgischer Seite an fester Entschlußkraft gefehlt hat, um einmal alles in die preußische Wagschale zu werfen, nachdem der Bund sich doch als äußerst schwacher Rückhalt erwiesen hatte, und auf energische und dauernde Unterstützung durch Österreich doch wohl kaum zu rechnen war. Wieder wie schon so oft hatte Roggenbach Grund, mit dem Gebaren der Kieler Politik unzufrieden zu sein, die bis jetzt mehr oder weniger haltlos zwischen den einzelnen Machtfaktoren hin- und hergeschwankt war, ohne sich für eine feste Linie entscheiden zu können. „So werde ich doch stets, auch einem Bismarck gegenüber beklagen, daß das neue Herzogtum schon beim Entstehen sich mit den verderblichsten Anschauungen eines engherzigen Partikularismus identifiziert“, schreibt Roggenbach am 17. Juni an den Großherzog. Die Thronfolge war ihm nicht Selbstzweck, dem er alles unterordnete, sie sollte vielmehr als Brücke dienen, um Preußen Deutschland wiederzuzuführen.

48. Bericht Mohls 1. VI. 64 Dipl. Spez. A.

49. Bericht Mohls 30. V. 64. Dipl. Spez. A.

Auf der Londoner Konferenz war der Vorschlag der augustin-burgischen Kandidatur auf allgemeine Ablehnung gestoßen. Bismarck griff jetzt auf die französischen Anregungen zu Beginn der Konferenz zurück und ließ durch Bernstorff in der Sitzung vom 18. Juni, trotz der abweichenden Haltung Österreichs den Antrag einbringen, daß sämtliche Bezirke Schleswigs befragt werden sollten, welchem Staat sie bei der Trennung des Landes anzugehören wünschten. Ein allgemeiner Protest gegen eine so revolutionäre Maßnahme war die Folge, der Antrag wurde abgelehnt. Das letzte englische Auskunftsmittel, eine schiedsrichterliche Entscheidung, wobei Napoleon als Schiedsrichter ins Auge gefaßt war, wurde von den deutschen Mächten verworfen am 22. Juni. Am 25. Juni trat die Konferenz resultatlos auseinander. Dank der kräftigen und einsichtigen Politik Bismarcks war es den europäischen Mächten nicht gelungen, die deutschen Ansprüche auf die Herzogtümer zurückzuschrauben, die Aufgabe des Londoner Protokolles konnte im Gegenteil als ein großer Erfolg für Deutschland gebucht werden.

Siebentes Kapitel.

Badische Vermittlungsbestrebungen.

Der Gesandte des Bundes Herr von Beust kehrte trotz des Scheiterns der Londoner Konferenz voller Pläne und Hoffnungen nach Frankfurt zurück. Gestützt auf sein Ansehen als Vertreter des Bundes vor dem europäischen Forum, glaubte er sich berufen, an Stelle von Bayern die Führung der deutschen Angelegenheiten zu übernehmen. Anerkennung des Herzogs, darauf sofort folgender Eintritt des Bundes in den Krieg gegen Dänemark, die Notwendigkeit eines nationalen Parlamentes, diese Konsequenzen aus dem Ergebnis der Londoner Verhandlungen, teilte er dem Bunde in seinen beiden letzten Berichten vom 27. und 29. Juni mit, und er lud zu einer näheren Besprechung darüber Roggenbach, Dalwigk, Hügel und Samwer (Schrenck nicht!) nach Frankfurt.¹ Seine Anregungen fielen auf keinen fruchtbaren Boden.² Die Vertreter der beiden Großmächte, Savigny und Kübeck, wehrten sich ganz entschieden dagegen, daß der Erklärung Preußens und Österreichs vom 28. Mai der Charakter einer Anerkennung des Herzogs verliehen werde und bestritten auch, daß die Weisung des Bundes vom 2. Juni an Beust, die sich mit dessen Beitritt zu der obigen Erklärung einverstanden erklärte, als eine Entscheidung des Bundes in der Erbfolgefrage aufzufassen sei. Das Auftauchen³ der oldenburgischen Ansprüche auf Schleswig-Holstein bot eine willkommene Handhabe für Preußen, eine Aner-

1. Sybel a. O. S. 165/67 und Origines a. O. Bd. 3 S. 317.

2. Bericht des preußischen Gesandten in München von Arnim 28. VII. 1864. I. A. A. e. 33 G. P. St. A. Berlin.

3. Am 23. VI. hatte Großherzog Peter von Oldenburg seine Ansprüche auf die Herzogtümer am Bund angemeldet, nachdem am 19. Juni ihm der Zar in einem Handschreiben die Abtretung seiner Rechte in Aussicht gestellt hatte. Vgl. Tafel S. 188a.

kennung des Augustenburgers so lange hinauszuzögern, bis der Weg zu einer andern Lösung frei war. Österreich hingegen erstrebte wohl eine schnelle Entscheidung, als durchaus in seinem Interesse liegend, war aber sowohl durch die Rücksicht auf seine Allianz mit Preußen als auch auf Rußland gehindert, energisch in dieser Richtung vorzugehen. Daß an eine isolierte Aktion der Mittelstaaten ohne Anlehnung an eine der beiden Großmächte nicht mehr zu denken war, war allen Einsichtigen klar, und auch Beust mußte sich in Frankfurt davon überzeugen. Nach welcher Großmacht hin, in Anbetracht der immer deutlicher werdenden preußischen Annektionstendenzen und der alten mittelstaatlichen Tradition sich das Anschlußstreben der Mittelstaaten entwickeln mußte, war jetzt schon mit Bestimmtheit vorauszusehen. Die österreichische Politik in den folgenden Monaten spinnt feine Fäden zwischen Wien und den mittelstaatlichen Höfen, ohne aber den dicken Faden nach Berlin abreißen zu lassen.

Es ist klar, daß Roggenbach nach der Wendung seiner Politik, die wir im letzten Kapitel verfolgt haben, durchaus nicht geneigt war, die exponierten Beust'schen Bestrebungen mitzumachen. Die oldenburgische Kandidatur empfand auch er als große Kalamität und neue Verwirrung der gesamten Lage und verdachte dem einstigen Bundesgenossen seine Handlungsweise sehr. Die oldenburgischen Ansprüche schienen eine so schwache rechtliche Basis zu haben, daß die Vermutung sehr nahe lag, daß „die durch das Auseinandergehen der deutschen Großmächte und des Bundes herbeigeführte unsichere und gefährliche Situation von irgend einer Seite ausgebeutet werden soll“.⁴ „Der Großherzog von Oldenburg ist die Annexion auf dem Umweg!“ war das Schlagwort der öffentlichen Meinung.⁵

Es galt jetzt einerseits am Bunde, die Diskussion der oldenburgischen Ansprüche durch Verweisung auf die aus den seitherigen Verhandlungen gewonnenen Rechtsüberzeugungen auf ein geringstes Maß zu beschränken;⁶ andererseits der mit den Frie-

4. Erlaß Roggenbachs an Mohl 9. VIII. 64.

5. Herrmann Oncken: Peter von Oldenburg. Historisch-politische Aufsätze und Reden 2. Bd. München-Berlin 1914.

6. Erlaß Roggenbachs an Mohl 9. VIII. 64.

densverhandlungen auftauchenden Besitztheorie der beiden Großmächte entgegenzutreten.⁷ Nach den allgemeinen Rechtsanschauungen bildeten die Herzogtümer ein strittiges Objekt, dessen tatsächliche Zugehörigkeit erst bestimmt werden sollte, sie gehörten weder dem König von Dänemark noch irgend jemand anders, es konnte also juristisch eigentlich nicht die Rede davon sein, daß Christian VII. den beiden Großmächten etwas abtrat, was nicht ihm gehörte. Die Großmächte hingegen, besonders Bismarck, verfochten den Satz, daß sie den Krieg gegen Dänemark geführt hätten und daß deshalb ihnen das Verfügungsrecht über die Früchte des Krieges gebühre. Nicht nur, daß dadurch der Bund vollkommen ausgeschlossen wurde, auch für den Herzog von Augustenburg bedeutete, bei der bekannten Stimmung Bismarcks gegen ihn, der Übergang der Herzogtümer an die Großmächte ein schweres Hindernis auf seinem Wege, ganz abgesehen davon,, daß die einzige prompt wirkende Möglichkeit, die Annexion durch Preußen zu verhindern, eben die Anerkennung des Augustenburger, auch von dieser Seite her verbaut wurde. „Als äußerst gefährlich in den Konsequenzen und als rechtlich unzulässig“⁸ mußte dem übrigen Deutschland diese Manipulation erscheinen.

Allein Bismarck, gereizt durch die Umtriebe des sächsischen Ministers von Beust, war auch jetzt nicht gesonnen, sich irgendwie von den Mittelstaaten dreinreden zu lassen. Um ihnen einen neuen Beweis ihrer Ohnmacht und der alleinigen Bedeutung der Entschließungen der Großmächte sowohl für das Schicksal der Herzogtümer, als auch für ihr eigenes zu geben, benutzte er die Rendsburger Vorfälle zu einer tiefen Demütigung des Bundes. Aus Anlaß geringfügiger Reibungen zwischen Bundestruppen und preußischen Soldaten, besetzte am 21. Juli Prinz Friedrich Karl auf höheren Befehl Rendsburg, nachdem er General von Hake aufgefordert hatte, die Stadt zu räumen. Unter Protest

7. Nach der Einnahme von Alsen durch die Preußen 29. VI. war ein Umschwung in Dänemark eingetreten; am 20. VIII. wurde der Waffenstillstand und am 1. VIII. der Präliminarfriede geschlossen, in dem die Abtretung Schleswigs, Holsteins und Lauenburgs an Preußen und Österreich festgelegt wurde.

8. Roggenbach zu Fleming nach dessen Bericht vom 25. VII. 64.

wich die schwache Garnison der Bundestruppen der preußischen Übermacht. Eine tiefe Entrüstung und Bestürzung unter den Mittelstaaten war die Folge. Savigny erklärte wohl in der Bundestagssitzung vom 28. Juli die Besetzung Rendsburgs als notwendig und deshalb entschuldigt, aber von einer Rehabilitation der verletzten soldatischen Ehre der Bundestruppen war nicht die Rede.

Während die anderen Mittelstaaten, besonders Bayern und Sachsen⁹ sich in ohnmächtigen und wirkungslosen Anträgen und Protesten erschöpften, die keinen praktischen Erfolg hatten, die Situation dagegen nur nutzlos verschärften, suchte der badische Außenminister ganz einfach einen praktischen Ausweg aus der verworrenen Lage, der allen Teilen möglichst gerecht wurde. Eine Anerkennung des Augustenburgers war infolge der Ansprüche des Oldenburgers und des am 28. Juli am Bund angenommenen preußisch-österreichischen Antrages, beide Präidenten, nicht nur wie ursprünglich beabsichtigt den Oldenburger, zur Begründung ihrer Ansprüche aufzufordern, in nächster Zeit nicht zu erwarten. Die Herzogtümer gingen jetzt — vorläufig, wie man hoffte, — in den Besitz der Großmächte über. Die Aufgabe der Exekutionstruppen, die sich allein gegen den König von Dänemark gerichtet hatte, war damit in ihrem eigensten Sinn hinfällig geworden, denn auf die absurde Idee, sie gegen die Großmächte einzusetzen, konnte wohl kein Vernünftigenkender mehr kommen. Andererseits war mit dem Aufhören der Exekution jede praktische Verbindung des Bundes mit den Herzogtümern abgeschnitten, und diese vollkommen den Großmächten ausgeliefert, deren Besitztheorie also so gut wie anerkannt. Es mußte gelingen, einen Kompromiß zu finden. Roggenbach schied diesmal klar zwischen dem Ressentiment, daß die Rendsburger Affaire in hohem Maße auch bei ihm ausgelöst hatte, und der Erwägung des politisch Erreichbaren. Die dauernde Erfolglosigkeit einer mit den übrigen Mittelstaaten verkoppelten Politik, die die Rendsburger Vorfälle noch

9. Bayern stellte am 21. VII. einen Antrag, der das Verhalten des Generals von Hake ausdrücklich billigte, und Sachsen erklärte am 28. VII., daß es eingedenk der Erfolglosigkeit früherer Beschwerden auf weitere Anträge in dieser Sache verzichte.

einmal schlagend erwiesen hatte, hatte den Großherzog jetzt so tief verstimmt, daß zum ersten Mal eine Abkühlung seines Verhältnisses zu Roggenbach eintrat, und er diesen sogar mit Vorwürfen über politische Kurzsichtigkeit bedrängt zu haben scheint.¹⁰ Ein Grund mehr für Roggenbach, unabhängig von der mittelstaatlichen Mentalität, einen Vermittlungsversuch zwischen den streitenden Parteien zu machen.

Sofort nach den Rendsburger Vorfällen eilte er nach Frankfurt, um dort den Boden zu sondieren für einen von ihm ausgearbeiteten Antrag, der vorschlug, die beiden Großmächte von Bundes wegen mit der Verwaltung der Herzogtümer im Namen des zukünftigen Herrschers zu betrauen. Durch Herrn von Savigny verhandelte er mit Berlin und fand zuerst ein gewisses Entgegenkommen bei Bismarck.

Inzwischen war die Frage der Verwaltung der Herzogtümer auch zwischen Österreich und Preußen akut geworden, und hatte schon kurz nach den Verhandlungen in Wien zu Meinungsverschiedenheiten geführt. Österreich, das sich schon während der Rendsburger Vorfälle zum Ärger Bismarcks ziemlich passiv verhalten hatte, war auch jetzt geneigt, eventuellen Wünschen der Mittelstaaten möglichst weit entgegenzukommen; Rechberg sprach sich direkt für eine Beteiligung des Bundes an der Verwaltung der Herzogtümer, für eine Regierung zu Dreien aus, die bei Bismarck alle üblen Erinnerungen an Trias, Majorisierung etc. wieder wecken mußten; ein dritter Regierungskommissar bedeutete in seinen Augen einen Sieg der mittelstaatlichen Politik und der demokratischen Bewegung.

Umso willkommener mußte ihm zunächst die Ankündigung des badischen Antrages sein. Der badische Außenminister kehrte sich dadurch derart ausgesprochen gegen die Bestrebungen seiner seitherigen Bundesgenossen, daß auch ein Bismarck Vertrauen fassen mußte und für uns ein bestätigender Rückschluß auf die Festigkeit und den Inhalt der badischen Verbindung mit den Würzburger Regierungen gestattet ist. „Jede Idee, eine solche gemeinsame Regierung à trois herzustellen: Preußen, Österreich

10. Bericht Pilats 6. VIII. 64 H. H. St. A. Wien. Es ist allerdings die einzige, etwas vorsichtig zu benutzende Quelle, die davon berichtet.

und Bund, ist falsch und begegnet nach meiner Meinung einer gerechten Opposition Preußens, denn es gibt keinen neben Preußen und Österreich bestehenden Bund, dieser Bund besteht überhaupt nicht als Drittes; das ist nur eine maskierte Trias, welche sich die Firma Bund fälschlich anmaßt.“¹¹ Aber auch in Wien suchte Roggenbach seinen Antrag schmackhaft zu machen, so gut es von dem dort verfeimten Karlsruhe aus ging. Herr von Pilat berichtet von Bestrebungen Roggenbachs, zu Österreich in ein besseres Verhältnis zu treten, allerdings ohne ein „peccavi“ zu sprechen, wie er mißbilligend hinzufügt.¹² Gleichzeitig gibt er Rechberg vertraulich zu verstehen, daß die Lage für Österreich doch günstiger sei, wenn es bei einer Regierung zu zweien die Autorität des Bundes hinter sich fühle, auf eine Beteiligung des Bundes gehe Preußen ja doch nicht ein.¹³ Allein Österreich ließ sich noch nicht einmal zu einer Gegenäußerung nach Karlsruhe herab, obwohl Bismarck ein freundliches Entgegenkommen gegenüber dem badischen Antrag in Wien befürwortete.¹⁴

Aber auch die Brücke, auf der sich Bismarck und Roggenbach getroffen hatten, war wenig tragfähig. Das einzig Gemeinsame war ihre Gegnerschaft gegen jede von Österreich bevormundete Triaspolitik, wie sie jetzt unter Ausnutzung der durch die Rendsburger Vorfälle hervorgerufenen Stimmung bevorzugen schien. Auch war Roggenbach Bismarck in einigen Dingen schon sehr entgegengekommen z. B. durch Befürwortung der jetzigen Ständeversammlung gegenüber dem von Bismarck verabscheuten Staatsgrundgesetz von 1848, auf das sich Herzog Friedrich verpflichtet hatte, und dadurch, daß er die Inkompetenz des Bundes zu einer Entscheidung in der dynastischen Frage hervorhob.¹⁵ Aber das genügte nur, um Bismarck wohlwollend den

11. Roggenbach an den Großherzog 24. VII. 64, Oncken a. O. S. 468, und vgl. Erlaß Roggenbachs an die badischen Gesandten 27. VII. Dipl. Spez. A. G. L. A. K.

12. Bericht Pilats 6. VIII. H. H. St. A. Wien.

13. Zusatz für Edelsheim zu dem Erlaß vom 27. VII.

14. Erlaß Bismarcks an Werther 29. VII. 64 Ges. Werke a. O. Bd. 4. S. 521/32.

15. Erlaß Bismarcks an Werther 6. VIII. 64, Ges. Werke a. O. Bd. 4, S. 525/31.

guten Willen der badischen Regierung anerkennen zu lassen; „der badische Antrag ist in der ausgesprochenen Absicht, die Regierung der Herzogtümer den beiden Großmächten allein zu überlassen, jedenfalls ein Symptom davon, daß auch in den Kreisen der übrigen deutschen Staaten das Bewußtsein sich geltend macht, allein Preußen und Österreich würden über das Schicksal der Herzogtümer entscheiden können“.¹⁵ Höchst bedenklich mußte Bismarck allerdings die Berufung auf die Stände als letzter entscheidender Instanz im Streit der Agnation des Oldenburgischen Hauses erscheinen, vor allem aber sträubte sich Bismarck, die gerade Linie seiner bisherigen Politik dadurch zu verlassen, daß sich Preußen und Österreich durch einen Bundesbeschluß die Verwaltung der Herzogtümer übertragen lassen sollten, die sich ja schon in ihrem tatsächlichen Besitz befanden.

Roggenbachs Vorschlag war das äußerste an Konzession an die großmächtlichen Ansprüche, was unter den gegebenen Umständen von mittelstaatlicher Seite überhaupt vorgebracht werden konnte, wenn man nicht alle Selbstbehauptung aufgeben wollte, und es bedeutete gegenüber dem schroffen und rücksichtslosen Vorgehen Preußens in Rendsburg das höchst mögliche Maß an Selbstverleugnung und Objektivität. Allein auch das genügte nicht, um die Kluft zu überbrücken, besonders da die gleichzeitigen Landtagsbeschlüsse in Sachsen¹⁶ und die Umtriebe des Herrn von Beust eine schlechte Begleitmusik bildeten. Bismarcks schlagend bewiesene Anschauung war und blieb eben die; solange Österreich und Preußen einig sind, bilden und vertreten sie den Bund, und ihr Wille ist dann für die Mittelstaaten Gesetz; selbst der uneigennützigste und konzessionsfreudigste mittelstaatliche Minister konnte ihm dahin nicht folgen. — Roggenbach verzichtete demzufolge auf die Einbringung eines Antrags, aber es wehte doch von nun an ein freundlicherer Wind zwischen Karlsruhe und Berlin.

Die Frage einer provisorischen Regierung kam in der näch-

16. Am 1. VIII. wurde unter heftigen Ausfällen gegen Preußen in der sächsischen 2. Kammer eine Resolution einstimmig angenommen, die Verwahrung gegen die Rendsburger Vorfälle einlegte und von Beust stillschweigend gebilligt wurde.

sten Zeit überhaupt nicht zur Verhandlung, da Österreich auch weiterhin auf einer direkten Beteiligung des Bundes daran bestand,¹⁷ und Bismarck, um ernstliche Trübungen des Verhältnisses der beiden Großmächte zu vermeiden, die letzte Entscheidung bis zum endgültigen Friedensschluß mit Dänemark verschob. Österreich aber schickte Ende August Julius Fröbel¹⁸ in geheimer Mission an die düddeutschen Höfe, um dort eine aktive mittelstaatliche Politik zu befürworten und dazu die Unterstützung Österreichs in Aussicht zu stellen. Trotzdem ihm Edelsheim Briefe für Roggenbach und Mathy mitgegeben hatte, verweilte er in Karlsruhe nur sehr kurz, um wie es scheint, die Bestätigung aller Vorurteile dort zu finden, die er in bezug auf den badischen Außenminister mitgebracht hatte.

Sehr ernst konnten diese Anknüpfungsversuche Österreichs allerdings noch nicht gemeint sein, denn Bismarck zog seinen Kollegen Rechberg weiter auf der Bahn seiner bisherigen Politik hinter sich her; der Bund wurde weder zu den Friedensverhandlungen mit Dänemark zugezogen, noch wurden ihm, was Rechberg sehr befürwortete, überhaupt die am 1. August abgeschlossenen Friedenspräliminarien offiziell mitgeteilt.

Trotzdem gab sich Bismarck, als er im September von Gastein nach Baden-Baden fuhr, den mittelstaatlichen Ministern gegenüber sehr wohlwollend und freundlich; er sprach sich sogar unumwunden für die Erbfolge des Augustenburgers und ziemlich geringschätzig über die des Oldenburgers aus.¹⁹ Die Annahme ist wohl erlaubt, daß Bismarck durch dieses Verhalten der österreichischen Agitation an den süddeutschen Höfen, die ihm sicher nicht unbekannt war, die Spitze abubrechen suchte, um bis zum Abschluß des Friedens eine Atempause auch seinem König gegenüber zu erlangen.

Roggenbach traf mit dem preußischen Ministerpräsidenten bei dem preußischen Gesandten von Flemming in Baden-Baden am 6. September zusammen; die Unterredung endete zur größten

17. Bismarck an Werther, 13. VIII. 64, Ges. Werke S. 536/38.

18. Julius Fröbel: Ein Lebenslauf Bd. 2, S. 312 f.

19. Jansen-Samwer a. O. S. 388/89.

Zufriedenheit des badischen Außenministers²⁰ und scheint zu einer persönlichen Annäherung der beiden Gegner geführt zu haben. Infolge des badischen Antrags vom August glaubte Bismarck wohl bei Roggenbach ein weitgehendes Verständnis für die Notwendigkeiten und Bedürfnisse Preußens voraussetzen zu können, denn er gab ihm seinen — Bismarcks — eigenen Wunsch nach Annexion offen zu, betonte aber gleichzeitig, daß infolge der Gegenströmungen in der königlichen Familie an eine Verwirklichung dieses Wunsches nicht zu denken sei. Infolgedessen halte er ein Arrangement mit dem Augustenburger für das Rätlichste, trotzdem auch für den Oldenburger vom preußischen Gesichtspunkt aus manches spräche. Gleichzeitig verbreitete sich der preußische Ministerpräsident über die Notwendigkeit eines vorhergehenden Abkommens mit dem Herzog, das eine Marinekonvention, einen Kriegshafen für Preußen und Bestimmungen über den Bau des Nord-Ostseekanals in sich schlosse; er wollte auf diplomatische Vertretung und Militärkonvention, ja sogar auf den Beitritt zum Zollverein und eine Bundesfestung verzichten. Vor allem aber bestand Bismarck auf der Nichteinführung des Staatsgrundgesetzes von 1848 und auf der Entfernung der jetzigen Räte des Herzogs, die er stets als Gegner seiner Politik gefunden habe.

Mit der größten Bereitwilligkeit scheint Roggenbach auf diese Ideen Bismarcks eingegangen zu sein, waren sie doch geeignet, die seit der verhängnisvollen Unterredung vom 1. Juni stagnierenden Beziehungen zwischen Berlin und Kiel wieder in Fluß zu bringen. Er bemühte sich wohl, die Antipathie Bismarcks gegen Samwer und Francke als unbegründet hinzustellen und die preußenfreundliche, durchaus nicht radikale Gesinnung dieser Männer zu beweisen. Abgesehen davon konnte er sich aber durchaus als mit Bismarck im Einverständnis betrachten, blieben doch die Konzessionen, die Bismarck jetzt verlangte, weit hinter denen zurück, die Roggenbach selbst als notwendig und möglich angesehen hatte. Das Angebot Roggenbachs, „alle billigen Forderungen

20. Bericht Roggenbachs an den Großherzog 7. IX. 64, Oncken a. O. S. 468—70, vgl. die Darstellung bei Jansen-Samwer S. 389/90, die sich auf ein Schreiben Hardecks stützt, das jedoch irrtümlich von einem Einverständnis Bismarcks mit dem Staatsgrundgesetz von 1848 berichtet.

in Kiel durchzusetzen, wenn der Augenblick gekommen sei“ wurde von Bismarck mit Dank angenommen, mit dem Versprechen, Gebrauch davon zu machen.

Die Audienz, die König Wilhelm am 8. September Roggenbach gewährte, verlief analog der Besprechung mit Bismarck.²¹ Er erklärte wohl, eine Annexion der Herzogtümer sei nicht zu vermeiden, wenn ihm diese von anderer Seite angeboten würden; da ein solches Angebot aber nicht erfolgt sei, halte auch er die Kandidatur des Augustenburgers für die beste Lösung. Seine Äußerungen über Samwer waren etwas gemäßigter, aber auch er hielt seine Entfernung aus der Umgebung des Herzogs wenigstens für eine Zeitlang für notwendig. —

Ganz unverhofft lag die Lösung aller Schwierigkeiten vor Roggenbachs Augen; das Unglaublichste, eine Sinnesänderung Bismarcks, schien eingetreten. Wenn es Roggenbach gelang, ein festes Abkommen zwischen Berlin und Kiel zustande zu bringen, dann war das Ziel und die Rechtfertigung seiner Schleswig-Holsteinpolitik erreicht, denn dann mußte die Einsetzung des Herzogs durch Preußen auf dem Fuße folgen. Die große Frage war nur: Blieb Bismarck fest? Roggenbach scheint trotz anfänglicher Zweifel²² daran geglaubt zu haben, denn er äußerte um diese Zeit zu dem französischen Gesandten in Karlsruhe: „Die Verhandlungen zwischen dem Kabinett von Berlin und dem Herzog seien sur le point d’aboutir“,²³ und auch die Aufnahme der nun folgenden Annäherungsversuche des Herzogs in Berlin schienen das zu bestätigen.

Veranlaßt durch die günstigen Berichte der badischen Freunde, sandte Ende September die Kieler Regierung den Landrat von Ahlefeldt, der in Berlin persona grata war, an den dortigen Hof, um aufs Neue über Konzessionen zu verhandeln. Schon vorher am 14. September hatte sich Herzog Friedrich selbst mit einer

21. Bericht Roggenbachs 11. IX. 64. Oncken a. O. S. 470/71.

22. In Roggenbachs Bericht vom 7. IX. heißt es, er wolle versuchen, „diese Redensarten (Bismarck) in Taten und Zusagen umzusetzen und so einigen reellen Gewinn für die Sache herauszubringen suchen.“

23. Baron de Montgascon an Drouyn de Lhuys 9. IX. 64. *Origines* Bd. 4, Nr. 835.

Denkschrift an den Kronprinzen gewandt, in der er sich sogar zur Entlassung von Samwer und Francke bereit erklärt hatte. In den Unterredungen vom 28. September und 1. Oktober 1864 mit Ahlefeldt verhehlt gleichfalls Bismarck seine eigenen Annexionsgelüste nicht, erklärte aber die Einsetzung des Augustenburgers jetzt für das Richtige, da die Verschleppung der Wiener Friedensverhandlungen durch Österreich aufs Neue die Gefahr einer Personalunion heraufbeschwöre; zu einem Abschluß der Verhandlungen über die sehr mäßigen Forderungen Bismarck kam es allerdings noch nicht, vielmehr lud Bismarck Ahlefeldt zu einer neuen Besprechung nach seiner — Bismarcks — Rückkehr von seiner Reise nach Biarritz ein.

Wieder hatte sich Bismarck alle Wege offen gehalten. Der Optimismus des Augustenburgers konnte nach allen vorangegangenen Mißerfolgen doch in der Sendung Ahlefeldt einen Erfolg buchen. Bei der günstigen Stimmung Bismarcks glaubte Roggenbach sogar den Rücktritt Samwers, den er trotz allen vorhergegangenen Meinungsverschiedenheiten zu halten suchte, verhindern zu können. Als Bismarck Anfang Oktober auf der Durchreise nach Biarritz durch Karlsruhe kam, plädierte Roggenbach sehr intensiv für Samwer, von dem Preußen am leichtesten alle Zugeständnisse erhalten könne, und glaubte auch Eindruck auf Bismarck gemacht zu haben, denn er widerriet daraufhin die in Kiel schon beschlossene Entlassung Samwers dringend. Gleichzeitig erbot er sich, selbst mit Bismarck nach dessen Rückkehr aus Biarritz in Berlin zu verhandeln. Dieser Plan wurde nach einer eingehenden Besprechung Roggenbachs mit Samwer am 19. und 20. Oktober²⁴ zwar aufgegeben, aber Roggenbach versuchte durch Herrn von Flemming weiter mit Bismarck in direkter Verbindung zu bleiben und sowohl für den Fortgang der Konzessionsverhandlungen als auch für die Persönlichkeit Samwers zu wirken.

In einer solchen Nähe zueinander hatten sich die Bahnen der augustenburgischen, badischen und preußischen Politik noch nie bewegt. Aber das Ganze blieb wieder nur eine Episode und war nur ein winziger Ausschnitt aus dem grandiosen Kräftspiel der

24. Eine genauere Darstellung dieser Vorgänge bei Jansen-Samwer a. O. S. 395/96.

Bismarck'schen Politik. Die harten Tatsachen der großen Politik erstickten dieses schüchterne Pflänzchen der Einigkeit und Versöhnung.

Der Sturz Rechbergs über Zollvereinsfragen veränderte für Bismarck die ganze politische Situation vollkommen. Hatte der preußische Ministerpräsident infolge seines großen Einflusses auf den Grafen Rechberg hoffen können, wenn auch nicht zur großen Freude von Österreich, so doch ohne dessen Widerstand allmählich eine bevorzugte Stellung Preußens in den Herzogtümern zu erreichen, so schienen diese Hoffnungen gegenüber dem neuen österreichischen Außenminister Mensdorff-Pouilly, der sich hauptsächlich von dem preußenfeindlichen Ministerialrat Biegeleben beraten ließ, so ziemlich abgeschnitten. Durch den Abschluß des Wiener Friedens vom 30. Oktober, der die Herzogtümer jetzt definitiv an Preußen und Österreich abtrat, wurde die Frage der Zugehörigkeit der Herzogtümer gleichzeitig wieder akut. In drei Depeschen vom 12. November bestritt Mensdorff-Pouilly Preußen nicht nur die Berechtigung zur Annexion, sondern erklärte auch die Abtretung wesentlicher Hoheitsrechte an Preußen für unzulässig. Dieser veränderten Sachlage gegenüber glaubte Bismarck wieder in einer möglichsten Verschleppung der Angelegenheit unter erneuter Benutzung der oldenburgischen Kandidatur das Heil der preußischen Politik zu sehen. Da die Annexionsstimmung überall, selbst in den Herzogtümern, wuchs, konnte die Zeit nur für Preußen arbeiten.

Auch in Baden hatte man dieser veränderten Situation Rechnung zu tragen. Schon längere Zeit war die wieder preußenfreundliche Vermittlungspolitik des badischen Außenministers auf den Widerstand seiner übrigen Ministerkollegen gestossen, deren österreich-freundliche großdeutsche Haltung sich immer stärker ausprägte; allein der Handelsminister Mathy stand fest auf Roggenbachs Seite. Dazu kam, daß sich infolge der Schulfrage²⁵ besonders große Differenzen zwischen Roggenbach und dem Innenminister Lamey gebildet hatten, die in Verbindung mit den außenpolitischen Verschiedenheiten dem Kabinett den Charakter

25. vgl. Lily Blum: Staatsminister Lamey. Dissertation Heidelberg 1933.

der Uneinheitlichkeit und Schwäche verliehen, und bei Roggenbach schon im Sommer 1864 Rücktrittsgedanken hervorgerufen hatten.

Seitdem Österreich sich heimlich den süddeutschen Mittelstaaten wieder näherte, und sich für den Augustenburger einsetzte, war die Möglichkeit und Notwendigkeit einer Annäherung Badens an Österreich gegeben. Roggenbach blieb es nicht verborgen, daß sich die Österreich zugewandten Bestrebungen in Baden nicht nur bei den Konservativen und Katholiken fanden, sondern sich weit in die liberalen Kreise hinein erstreckten. Der Ministerwechsel in Wien und die bevorstehende Ernennung von der Pfordtens in München schien eine neue Aktivität in österreichisch-mittelstaatlichem Sinn anzukündigen. Baden durfte den Anschluß nicht verlieren, besonders da der Rückhalt in Berlin unter den gegebenen Verhältnissen immer nur ein sehr schwacher und bedingter sein konnte. . Roggenbach entschloß sich, die Versuche vom Sommer wieder aufzunehmen und zu versuchen mit Österreich in ein besseres Verhältnis zu kommen.

Durch den Eintritt Roggenbachs in das badische Ministerium war einst der Weg der badischen Politik in der deutschen Frage festgelegt worden, auf ihn führte das Wiener Kabinett die entgegenkommende Haltung Badens gegenüber Italien und die preußenfreundliche badische Zollvereinspolitik zurück. Seine Persönlichkeit war daher an sich wenig geeignet, um einen energischen Frontwechsel der badischen Politik vorzunehmen, besonders da er ja im Grunde seines Herzens seinen alten Überzeugungen treu geblieben war. Wenn Roggenbach daher am 30. Oktober an Edelsheim schrieb:²⁶ „Ja, ich glaube, daß der Augenblick jetzt gekommen ist, um unser Verhältnis zu Österreich in eine bessere Lage zu bringen, und ich bin gern bereit, irgend einen entgegenkommenden Schritt zu tun, wenn Aussicht ist, daß derselbe Erfolg habe“ so ist das kein aus dem Herzen kommender Wunsch, sondern Anpassung an die Staatsnotwendigkeit. Roggenbach ist keineswegs entschlossen, eine entschieden pro-österreichische Politik zu treiben, das Höchste, was er sich abringt, ist eine behutsame

26. Privatbrief Roggenbachs an Edelsheim 30. X. 64. Hinterlegung Edelsheim G. L. A. K.

Annäherung, die den Boden für etwaige Vermittlungen in den kommenden Verhandlungen zwischen Österreich und Preußen über die Zukunft der Herzogtümer bereiten soll. Auch das schon ist ihm sehr zuwider. Am 31. Oktober teilte er dem preußischen Gesandten von Flemming mit, er sei fest entschlossen, seine Entlassung zu nehmen, „er würde nur hinsichtlich des Zeitpunktes seines Abganges, um keine Verlegenheit hervorzurufen, auf die Wünsche der Regierung Rücksicht nehmen und deshalb allenfalls bis nächste Ostern auf seinem Posten verbleiben“.²⁷ Als Hauptgrund seines Entschlusses bezeichnete er wohl die Differenzen wegen der Schulangelegenheit und „den Mangel an Übereinstimmung und Disziplin, unter dem das gegenwärtige Ministerium überhaupt leide“;²⁸ aber Flemming erkannte, daß Roggenbach sich hinter diesen inneren Fragen nur verschanzte und die Hauptsache seiner Amtsmüdigkeit aus der wenig erfreulichen Lage der Außenpolitik herrührte. Nahm doch Roggenbach seinen sofortigen Rücktritt in Aussicht für den Fall, daß die Mehrheit des Ministeriums eine eindeutige Schwenkung in der deutschen Politik beschließe.

Nicht das Vertrauen der übrigen Minister oder die Stimme des Volkes hatte Roggenbach auf seinen Posten berufen, sondern einzig und allein das freundschaftliche Vertrauen des Großherzogs. In engstem Einvernehmen mit seinem Souverain hatte er die Politik seines Reformprojektes verfolgt und mit den gleichen frohen Erwartungen und den gleichen Enttäuschungen hatten beide die einzelnen Stadien der schleswig-holsteinischen Frage durchschritten. Der nationale Zusammenschluß unter preußischer Führung, der sowohl dem Herrscher als auch dem Minister als letztes und höchstes Ergebnis der schleswig-holsteinischen Wirren vorgeschwebt hatte, lag in weiter Ferne und schien in sein Gegenteil verkehrt. Deutschland war uneiniger und zerrissener, die Ziele der preußischen Politik unerkennbarer denn je. Der Selbsterhaltungstrieb des badischen Staates zwang dazu, die Fäden nach Wien wiederanzuknüpfen, sei es, um einem kommenden Druck vorzubeugen, sei es um einen vermittelnden Einfluß geltend

27. Vertraulicher Bericht Flemmings 1. XI. 64. I. A. A. c. 23 G. P. St. A. Berlin.

28. Vgl. Bericht Flemmings 1. XI. 64.

zu machen. Das Schreiben, in dem Roggenbach dem Großherzog eine Annäherung an Wien vorschlägt und aus der allgemeinen Situation begründet, zeigt deutlich die Indifferenz und geringe Anteilnahme, mit der er diese Wendung beantragt.²⁹ Es scheint, daß es dem Großherzog für jetzt unmöglich war, sich von seinem treusten Ratgeber zu trennen; er war mit einer nur allmählichen und unverbindlichen Anknüpfung mit Österreich einverstanden; Edelsheim erhielt außer dem oben angezogenen Privatbrief Roggenbachs keine direkte Weisung für einen Vorstoß in Wien. Auch in den inneren Fragen scheint der Großherzog vermittelnd eingegriffen zu haben.³⁰ Roggenbach blieb, aber weniger aus der inneren Überzeugung, noch etwas Erfolgversprechendes leisten zu können, als aus Anhänglichkeit und geistiger Verbundenheit zu seinem Fürsten und war innerlich entschlossen, bei der ersten günstigeren Gelegenheit seinen Abschied zu nehmen.³¹

29. Roggenbach an den Großherzog Friedrich 1. XI. 64. Oncken a. O. S. 472/74.

30. Für alle Fragen der Inneren Politik s. Lily Blum: Staatsminister Lamey.

31. Er äußerte zu Flemming „er sei so entschieden, daß er zu einer Diskussion sich nicht herbeilassen könne und sich nur den Zeitpunkt offen halte.“

Achtes Kapitel.

Annäherung Badens an Österreich. — Rücktritt Roggenbachs.

Schon Graf Rechberg hatte den Mittelstaaten versprochen, daß sie bei der endgültigen Regelung der Besitzverhältnisse in den Herzogtümern herangezogen werden würden. Wir kennen seine Bemühungen für eine Verwaltung der Herzogtümer zu Dreien. Graf Mensdorff hatte die besten Absichten, dieses Wort seines Vorgängers einzulösen, allein die Attacke Bismarcks gegen die sächsischen und hannoveranischen Exekutionstruppen in Holstein kam ihm böß in die Quere. Am 19. November richtete Preußen an Sachsen und Hannover die Aufforderung, ihre Exekutionstruppen aus Holstein zu entfernen, die Herzogtümer seien in den Besitz der Großmächte übergegangen, der Exekutionsgrund also weggefallen. Während Hannover sich entgegenkommend zeigte, weigerte sich Herr von Beust, die sächsischen Truppen zurückzuziehen mit der Begründung, die Exekution sei längst in eine Okkupation übergegangen. Daraufhin ließ Bismarck preußische Truppen an der sächsischen Grenze aufziehen. Die Situation war derart gespannt, daß Österreich, das zuerst für eine Belassung von 2000 Mann Bundestruppen plädiert hatte,¹ vermittelnd eingriff und zusammen mit Preußen am 1. Dezember am Bund den Antrag auf Entfernung der Bundestruppen stellte, um dem Bund damit wenigstens formell die Entscheidung zu überlassen; Österreich versprach seinerseits dem Bunde von dem Ergebnis seiner Verhandlungen mit Preußen über die Einsetzung des Augustenburgers Kenntnis zu geben, mit Rücksicht auf die Rechte und Interessen des Bundes. —

Durch diese Ereignisse und das provozierende Verhalten Bismarcks hatte sich der Mittelstaaten wieder eine außerordent-

1. Bismarck an Werther 14. XI. 64. Ges. Werke a. O. Bd. 5, S. 4/8.

liche Erregung gegen Preußen bemächtigt, man konnte eine zeitlang hoffen, die Anmassung Preußens mit Hilfe Österreichs zurückweisen zu können, bis die zweideutige Haltung Österreichs durch die Stellung des gemeinsamen Antrages am 1. Dezember offenbar wurde. — Der badischen Regierung kam dieser Zwischenfall äußerst ungelegen. Roggenbach sah jetzt nach Abschluß des Friedens den Schwerpunkt der Dinge in die Verhandlungen zwischen Österreich und Preußen über die endgültige Gestaltung des Schicksals der Herzogtümer gelegt; er verurteilte die radikale Haltung Beusts auf das schärfste, da sie nur dazu geeignet war, Preußen mißtrauisch zu machen und den Gang der Verhandlungen unliebsam zu stören.²

Das Hauptstreben Roggenbachs lief darauf hinaus, mit dem neuen österreichischen Außenminister Grafen Mensdorff-Pouilly in gute Beziehungen zu kommen; auf dieser Grundlage gedachte er die Politik Badens in der folgenden Zeit aufzubauen. Graf Mensdorff, ein Verwandter des Koburgischen Hauses, war mehr Kavalier als Politiker, gewandt, umsichtig und vorurteilslos. Roggenbach traute ihm eine gewisse Freiheit von den hergebrachten Normen zu. Er hoffte, daß Mensdorff die Politik Österreichs unabhängig von der großdeutschen Clique am Wiener Hof, den Biegeleben, Schmerling usw. führen würde und wollte ihn dabei der Unterstützung Badens versichern. Gleichzeitig ließ er es aber zu, daß Edelsheim, der gerade diesen großdeutschen Politikern, zu denen auch der hessen-darmstädtische Gesandte von Gagern und der Beauftragte des Augustenburgers in Wien von Wydenbrugk gehörten, gesinnungsmäßig sehr nahe stand, in mittelstaatlich-großdeutschem Sinne in Wien tätig war und sehr intim mit diesen Männern verkehrte. Für Edelsheim kam eine Annäherung an Österreich nur in gleichzeitiger engster Verbindung mit den Mittelstaaten in Frage, während Roggenbach gleichsam über die Mittelstaaten hinweg und sie vollkommen beiseite lassend, eine Brücke von Karlsruhe nach Wien zu schlagen versuchte, um Österreich sowohl zu einem gemäßigten Entgegenkommen gegenüber Preußen zu bestimmen, als auch ihm den

2. Bericht des Marquis de Cadore 3. XII. 64, *Origines a. O.* Bd. 5, S. 139/40.

Rücken gegen die preußischen Anexionsbestrebungen zu stärken. Edelsheims Stellung in Wien und seine Beziehungen zu den großdeutschen Kreisen bildete für Roggenbach gleichsam eine Rückversicherung der badischen Politik, da dadurch immer die Möglichkeit gegeben war, im Falle eines ernststen Konfliktes den dann notwendig werdenden Rückhalt an den Mittelstaaten und Österreich zu finden, wobei allerdings die Nachfolge Edelsheims im Ministerium des Äußern, die Roggenbach schon längere Zeit im Auge hatte, die notwendige Voraussetzung bildete. Roggenbach handelte von jetzt ab gleichsam ohne die letzte Verantwortung. Die Position Edelsheims in Wien war unter diesen Umständen die denkbar unangenehmste; so gern er die Annäherung an Österreich befürwortete und weitertrieb, umso mehr mußten die Vorbehalte und Voraussetzungen seines Freundes und Auftraggebers, der ihn lange überhaupt ohne Motivation seiner Politik gelassen hatte, seine Haltung unfrei und unsicher machen. Edelsheim konnte an Ort und Stelle besser als Roggenbach in Karlsruhe feststellen, daß die österreichische Politik doch im Großen und Ganzen durch die Hände der Biegeleben und Schmerling ging, da Mensdorff ohne genaue Sachkenntnisse und Erfahrung auf seine Ratgeber angewiesen war. Roggenbach befahl ausdrücklich, nur mit Mensdorff in persönliche Unterhaltungen einzutreten, „mit Umgehung aller Räte der Staatskanzlei, auch des Herrn von Schmerling wie der großdeutschen Partei in Wien“.³ „Mir liegt in der Tat sehr viel an diesem persönlichen Verhältnis mit Mensdorff — qui est le ministre de mon choix — und dem ich zu Success helfen muß, coûte que coûte, trotz Schmerling“.⁴ Vergebens versuchte Edelsheim November 64 bis Februar 65, in einem prinzipiellen Briefwechsel⁵ Roggenbach von seiner persönlichen Politik abzubringen und ihn in ein festes politisches System einzuspannen. Roggenbach wehrte sich dagegen mit zäher Hartnäckigkeit. „Ich lasse bis zuletzt die Ereignisse auf meine

3. Roggenbach an Edelsheim 5. XII. 64. Hinterlegung Edelsheim G. L. A. K.

4. Vertraulicher Brief Roggenbachs an Edelsheim 6. XII. 64. Hinterlegung Edelsheim.

5. Leider sind nur die Briefe Roggenbachs erhalten, diejenigen Edelsheims hat Roggenbach mit seinen ganzen Papieren vernichtet.

Entschlüsse wirken und vor, daß es Zeit ist, solche zu haben, binde ich mich keineswegs, weder gegen meine Freunde, noch gegen meine Agenten“. Dieses Wort könnte Bismarck gesprochen haben, allein Roggenbach schrieb es, ohne im Besitz der Bismarck'schen Härte und Konsequenz zu sein. Seine Politik ist immer mehr die eines Privatmannes, der sich wohl mit Eifer und Liebe, aber dabei doch etwas dilettantisch und spielerisch mit den Geschäften befaßt, als die eines wirklichen Staatsmannes, der erst die Sache und dann die Persönlichkeit sieht; es schmeichelte ihm wohl auch, gleichsam auf europäischem Forum mit Mensdorff einer Meinung zu sein und all den mittelstaatlichen Kleinkram hinter sich zu lassen. Dabei war Roggenbach ohne allen mittelstaatlichen Ehrgeiz für Baden; „von allen deutschen Staaten geht niemand so aufrichtig und loyal mit ihm (Mensdorff) und seiner Politik als gerade ich und ganz aus dem gleichen Grund ist er und ich gegen die mittelstaatlichen Versuche vor der Zeit und vor, daß gegenüber Preußen loyale Mittel erschöpft sind, mit Preußen sich zu überwerfen“.⁶

Es scheint, daß Edelsheim nicht mit dem Nachdruck, den Roggenbach forderte, sich Mensdorff näherte; es war ihm trotz der dringenden Weisung Roggenbachs nicht gelungen, vor seiner Abreise nach Dresden⁷ eine Audienz bei dem österreichischen Außenminister zu erlangen. Es ist selbstverständlich, daß Edelsheim mit den Beust'schen Bestrebungen sympathisierte und sie nach Kräften zu stützen suchte; umso mehr mußte ihn die badische Abstimmung in der Bundestagssitzung vom 5. Dezember für den großmächtlichen Antrag auf Aufhören der Exekution verstimmen, die wohl in der Linie der Bestrebungen Roggenbachs aber durchaus nicht in der seiner eigenen lag. Er verließ sich eben auf Biegeleben und Schmerling und nicht auf Mensdorff. Von den wohlwollenden der Mittelstaaten werde die badische Abstimmung für „eine aus theoretischen Liebhabereien hervorgegangene Inkonsequenz, von den übrigen für einen Abfall von der gemeinsamen Sache angesehen; in Wien dagegen hat durch unser

6. Hinterlegung Edelsheim G. L. A. K.

7. Edelsheim war jetzt auch zum Gesandten in Dresden ernannt worden und reiste dorthin, um seine Kreditive zu überreichen.

Votum das alte hiesige Mißtrauen wegen der angeblich preußischen Färbung und Tendenzen unserer Politik wieder neue Nahrung erhalten“.⁸

Allein Roggenbach hoffte auf einen guten Ausgang der preußisch-österreichischen Verhandlungen, die sich auf die Bestimmung der preußischen Konzessionsforderungen verdichtet hatten, eine Einsetzung des Augustenburgers mußte auch für Baden die besten Folgen haben und die Unannehmlichkeiten der momentanen Situation in ihr Gegenteil verkehren. Nur durften der Bund und die Mittelstaaten nicht provozierend in den Gang der Verhandlungen eingreifen. Von besonderer Bedeutung war in dieser Hinsicht die Ernennung von der Pfordtens zum bayrischen Außenminister, von der die mittelstaatlichen Kreise mit Recht eine Belebung ihrer Politik in aktivistischem Sinn erwarteten. Von der Pfordten war sehr überzeugt von der Größe und Bedeutung Bayerns und hatte den festen Willen, ihm an der Spitze der übrigen Mittelstaaten einen hervorragenden Einfluß in Deutschland zu verschaffen:⁹ seine bekannte politische Leidenschaft und sein etwas cholerisches Temperament ließen zunächst eine klare antipreußische Politik voraussehen. Die energische Unterstützung Sachsens in der letzten Streitsache war schon auf Pfordtens Konto zu buchen. Die Drohnoten, die Bismarck an die dissentierenden Staaten vom 5. Dezember richtete, mußten zu einem engen Zusammenschluß direkt auffordern. Vom 21. bis 23. Dezember besprach sich Pfordten mit Beust in Bamberg, gleich darauf mit Varnbüler und Dalwigk in Heppenheim. Die dabei vorgebrachten Pläne liefen auf die Bildung eines engeren Bundes im Bunde und sogar auf den Zusammentritt eines mittelstaatlichen Parlaments in Nürnberg hinaus; am Bunde sollte möglichst bald energisch für den Augustenburger vorgegangen werden.¹⁰

8. Bericht Edelsheims 18. XII. 64, Dipl. Spez. A.

9. vgl. Telegramm Edelsheims aus Dresden 3. XII. 64, Dipl. Spez. A. vgl. auch Karl Alexander von Müller: Bayern im Jahre 1866 und die Berufung des Fürsten Hohenlohe. München und Berlin 1909.

10. Bericht des französischen Gesandten in Frankfurt Comte de Reculot 26. XII. 64 Orig. a. a. O. Bd. 5, S. 241/44.

Baden stand bei diesen Verhandlungen zunächst außerhalb, da sein Votum vom 5. Dezember wenig Entgegenkommen für eine derartige Politik annehmen ließ. Trotzdem benützte Roggenbach die Gelegenheit der Anwesenheit Pfordtens in Frankfurt, um mit diesem dort eingehend die Lage zu erörtern. Es scheint, daß eine persönliche Annäherung der beiden Staatsmänner stattgefunden hat und Pfordten sich den Argumenten des badischen Außenministers nicht ganz verschließen konnte. Als **Programm** seiner Unterredung mit Pfordten bezeichnete Roggenbach Herrn von Flemming 2 Punkte: „1. im Allgemeinen statt von juristischen Deduktionen den Erfolg aller Bestrebungen zu erwarten, mit reellen politischen Faktoren zu rechnen; 2. in der schleswig-holsteinischen Sache den Erbprinzen Friedrich nicht zu einem Objekt oder Mittel Würzburger Tendenzen zu machen, weil dadurch seine Sache gewiß ruiniert werde“.¹¹ Pfordten war von seinen Besprechungen mit den übrigen mittelstaatlichen Ministern nicht sehr befriedigt nach Frankfurt gekommen; verläßlich waren ihm allein Hessen-Darmstadt und Sachsen erschienen, die übrigen, besonders Württemberg waren langsam und zögernd wie immer. Der bayrische Außenminister machte Roggenbach den Eindruck eines Mannes, „der genötigt, einen Wechsel einzulösen, sich in Verlegenheit befinde, wie er es möglich machen soll“.¹² Umso empfänglicher mußte er für Roggenbachs mäßigende Vorschläge sein. Als er Roggenbach zum Anschluß im Kampfe gegen die preußischen Annexionsgelüste aufforderte, bezeichnete dieser als einziges Mittel zur Verhinderung der Annexion „die Einwirkung eines jeden Kabinettes für sich in Wien, damit man dort in den Verhandlungen mit Preußen, in den von Preußen verlangten Konzessionen zugunsten seiner definitiven Stellung zu den Herzogtümern so weit gehe wie nur möglich“.¹³ Weiter betonte Roggenbach, daß ein jedes direktes Auftreten der Mittelstaaten zugunsten des Herzogs von Augustenburg im gegenwärtigen Augenblick

11. Bericht Flemmings 23. XII. 64. I. A. A. b. 70. Zu Punkt 2 machte Bismarck die Randbemerkung „sehr richtig“.

12. Bericht Flemmings 30. XII. 64. I. A. A. b. 70. G. P. St. A, Berlin,

13. Bericht des preußischen Bundestaggesandten von Savigny 30. XII.

64. I. A. A. b. 70.

nur dazu führen könne, „die Sache dieses Prätendenten gründlich und für immer zu verderben“. Dieses Argument mußte Pfordten besonders beeindrucken, hatte sich doch Baden bis jetzt am augenscheinlichsten für den Augustenburger eingesetzt. Es ist bezeichnend für die Wendung Roggenbachs zu einer Politik der Tatsachen, daß er alle Pläne eines engeren Bundes und eines mittelstaatlichen Parlamentes ablehnte; es sei unmöglich, „für ein Parlament der dritten Gruppe die nötige Kompetenz zu schaffen und eine Regierungsgewalt zu konstituieren, um mit diesem Parlament zu unterhandeln.“ Ein solches Parlament mußte im jetzigen Moment zu dem Werkzeug einer ausgesprochenen Triaspolitik werden. Es gelang Roggenbach, den bayrischen Minister so weit zu bringen, daß er ihm versprach, für die nächste Zeit von allen selbständigen mittelstaatlichen Aktionen abzusehen und auch im Falle späterer eigener Anträge Roggenbach vorher davon Mitteilung zu machen.¹⁴ In diesem gemäßigten Sinne äußert sich von der Pfordten dann auch auf seiner Rückreise in Stuttgart.¹⁵

Auch in Kiel suchte Roggenbach in mäßigender und zurückhaltender Weise einzuwirken. Er riet Samwer, vollkommen still zu bleiben und das Ergebnis der preußisch-österreichischen Verhandlungen abzuwarten. Die Voraussetzung, von der Roggenbach bei dieser Politik ausging, war der Glaube, daß Preußen eine Annexion der Herzogtümer nicht durchführen könne und wolle, wenn es nicht durch allzu geringes Entgegenkommen dazu gezwungen werde.

In diesen politischen Maßnahmen Roggenbachs macht sich deutlich ein gewisses Nachlassen und Müdewerden bemerkbar. Roggenbach hatte nicht mehr die Begeisterung und die innere Teilnahme, die seine Politik auch in der schleswig-holsteinischen Frage noch bis in das Jahr 1864 hinein getragen hatten. Vielmehr benutzte er im Januar 1865 eine geringfügige Meinungsverschiedenheit in der innerbadischen Politik, um dem Groß-

14. Bericht Pilats 31. XII. 64. H. H. St. A. Wien und Bericht Fleming 23. XII. 64. I. A. A. b. 70.

15. Bericht des französischen Gesandten in Stuttgart Comte de Darémont 31. XII. 64. Origines a. O. Bd. 5, S. 261/63.

herzog sein offizielles Abschiedsgesuch einzureichen.¹⁶ Roggenbach war nie ein Minister wie Bismarck gewesen, der unter Berufung auf die Verantwortlichkeit seiner Stellung die eigenen Anschauungen gegen die seines Herrn durchzusetzen versuchte, das innere Verhältnis zu seiner Stellung war allein fundiert auf seinen persönlichen Beziehungen zum Großherzog und ihren gleichgerichteten Ideen und Absichten. Nicht durch Druck und Drohung, sondern durch gegenseitige Überzeugung — auch hierin ein echter Liberaler — hatte Roggenbach gemeinsam mit dem Großherzog die Politik Badens lenken können. Er schrieb dem Großherzog „wie mein Bestreben weit mehr dahin gerichtet war, die Wünsche Ew. K. H. jeweils in der Form und unter den Bedingungen zu erfüllen, wo keine Gefahr damit verbunden war für Ew. K. H., als daß sich Veranlassung ergab, meine eigene mitunter auch wohl nicht in allen Einzelheiten harmonisierende Ansicht starr und unbeugsam zur Durchführung zu bringen.“ Es entsprach nicht seinem Wesen, seine ganze Autorität in die Wagschale zu werfen, um den Großherzog eventuell zu einer Umbesetzung des Ministeriums des Innern zu zwingen und eine eindeutige Stellungnahme zu seinen Gunsten hervorzurufen. Gerade weil er wußte, wie sehr der Großherzog persönlich mit ihm verbunden war, widerstrebte es ihm, solche Mittel zu gebrauchen. Aber auch eine innerpolitische Festigung seiner Position hätte ihn wohl schwerlich auf die Dauer zum Bleiben bewogen; er hatte die Fruchtlosigkeit einer mittelstaatlichen Außenpolitik im vergangenen Jahr einsehen gelernt, und er war zu wenig ein Mann des Amtes und der Bürokratie, um nicht daraus die Konsequenzen zu ziehen. Dieses Mal allerdings gelang es dem Großherzog in persönlichen Besprechungen die innerpolitischen Differenzen, die Roggenbach in seinem Entlassungsgesuch ganz in den Vordergrund geschoben hatte, noch einmal zu überbrücken. Roggenbach blieb, aber wieder mehr auf Wunsch seines großherzoglichen Freundes als aus innerer Beziehung zu seinem Amte.

Inzwischen nahmen die Verhandlungen zwischen Berlin und Wien einen sehr langsamen und stockenden Verlauf, haupt-

16. Roggenbach an den Großherzog a. I. 65 Oncken a. O. S. 476/79.

sächlich durch das Verschulden Preußens, das eine deutliche Formulierung seiner Konzessionsansprüche immer weiter hinaus-schob. Die Ungeduld der Mittelstaaten kam in sehr bedenklichen Symptomen zum Ausdruck. Bayern drohte mit seinem Austritt aus dem Deutschen Bund,¹⁷ und Beust begann sich schon Frankreich zu nähern.¹⁸ Die sogenannten Februarbedingungen, die Herr von Werther endlich am 22. Februar in Wien überreichen konnte,¹⁹ erfüllten weder die Erwartungen Österreichs noch die der Mittelstaaten. Sie wurden als viel zu weitgehend empfunden, insbesondere wehrte man sich in Wien gegen die projektierte Verschmelzung der Einrichtungen des Heeres und der Flotte der Herzogtümer mit der Preußischen Armee und Marine, als mit den Hoheitsrechten eines selbständigen Bundesstaates unvereinbar. Durch einen Erlaß an Karolyi vom 5. März lehnte Mensdorff die preußischen Bedingungen schroff ab; in den Verhandlungen trat für den Augenblick ein Stillstand ein, und der status quo in den Herzogtümern dauerte fort.

Nun griffen aber die Mittelstaaten wieder handelnd in die Politik ein. Nur sehr schwer hatte Österreich in den letzten Wochen Bayern von einem Antrag am Bund zurückhalten können. Jetzt befürwortete Mensdorff in einem Rundschreiben vom 19. März, das auch nach Berlin ging, die Einbringung eines bayrisch-sächsischen Antrages am Bund, der die Hoffnung auf baldige Einsetzung des Augustenburgers durch die beiden Großmächte aussprechen sollte. —

Obwohl von der Pfordten im Dezember dem badischen Außenminister versprochen hatte, ihn im Falle einer Aktion am Bund vorher um Rat zu fragen, war Roggenbach über den bayrisch-sächsischen Antrag vollkommen unorientiert. Die Stellung Badens im Kreise der Mittelstaaten war und blieb un-

17. Vogt a. O. S. 53.

18. Beust hatte sich an den französischen Gesandten in Dresden gewandt mit der Klage, ob denn Frankreich die deutschen Mittelstaaten und deren Recht gänzlich der Gewalttätigkeit Preußens überlassen wolle. Vgl. Vogt a. O. S. 54 und Erlaß Bismarcks an von der Goltz 10. II. 65. Ges. Werke a. O. S. 81/83. Bd. 5.

19. Erlaß Bismarcks an Werther 22. II. 65 mit Anlage Ges. Werke a. O. S. 96–103, Bd. 5.

gefestigt, trotzdem Roggenbach gehofft hatte, auch nach dieser Seite hin durch persönliche Beziehungen die Sache seines Landes fördern zu können. Der bayrische Außenminister verhandelte einerseits mit Wien, andererseits mit Hessen-Darmstadt und Sachsen über den projektierten Antrag, Baden hatte keinerlei Möglichkeit der Einflußnahme. Wohl ließ von der Pfordten am 7. März durch Berckheim Roggenbach die Mitteilung seiner Vorschläge in Aussicht stellen,²⁰ allein der Antrag wurde ohne Badens Mitwirkung beschlossen; „Herr von der Pfordten habe die badische Regierung nicht in die bisherigen Verhandlungen verwickeln wollen, weil er aus der Unterredung mit Roggenbach durchfühle, daß dies gewünscht werde; es erleichtere dies auch Roggenbach in Berlin auf Annäherung zu wirken, und er hoffe, von Roggenbachs Initiative in dieser Angelegenheit wünschenswerten Erfolg.“²¹ Man sah in Baden eben immer wieder einen heimlichen Gefolgsmann Preußens, und alle guten persönlichen Beziehungen Roggenbachs konnten über eine Isolierung, aus der heraus der Anschluß an keine der Fronten gefunden wurde, hinwegtäuschen. Edelsheim sah das klar und suchte ebendeshalb immer wieder Roggenbach auf sein festes und eindeutiges Programm festzulegen. Roggenbach trieb mittelstaatliche Politik jetzt nur insoweit, als sie seine auf Einigung der Höfe von Wien und Berlin gerichteten Bestrebungen unterstützte; er konnte daher für die von eigener Schwere und egoistischen Machtinteressen getriebenen von der Pfordten'schen Pläne immer nur ein mehr oder weniger wohlgeleitenes Anhängsel sein.

Obwohl Roggenbach selbst die Februarforderungen als zu weitgehend empfand, und die drohende Gefahr der Bismarck'schen Annexionspolitik immer mehr herannahen sah, beklagte er die Stellung des bayrisch-sächsisch-hessischen Antrags, den er „schwach in seiner Konklusion und unglücklich in seiner Motivierung fand.“ „Mehr wie je scheint uns die Hoffnung einer wirklichen Lösung in der Auffindung einer Formel für etwaige Zugeständnisse zu liegen, die für den Herzog Friedrich

20. Bericht Berckheims 7. III. 65, Dipl. Spez. A. G. L. A. K.

21. Bericht Berckheims 21. III. 65.

möglich und in Berlin befriedigend ist und in Wien annehmbar befunden werden kann.“²² Da der Antrag jedoch direkt auf die Einsetzung des Augustenburgers hinauslief, konnte für Baden im Hinblick auf seine ganze seitherige Politik keine andere Möglichkeit als Zustimmung in Betracht kommen. In einem Runderlaß an die badischen Gesandten vom 27. März 65 heißt es: „Wir bedauern um der Sache willen, daß der kgl. bayrische Ministerpräsident ein früher uns gegebenes Wort, nicht in dieser Angelegenheit zu prozedieren, ohne den eventuell von ihm beabsichtigten Antrag uns vorher zur Durchsicht mitgeteilt zu haben, nicht erfüllt hat.“ ... „Wir wurden in unserer Entschliebung vornehmlich durch die Rücksicht bestimmt, dem k. k. österreichischen Kabinett einen Beweis des Vertrauens zu geben, zu dem maßvollen Verhalten, welches dasselbe seit der Übernahme der Geschäftsleitung des Grafen Mensdorff stets bewährt hat ... Gegenüber den unstreitigen Versuchungen, denen das kgl. preußische Kabinett in Beziehung auf die weitere Behandlung der holsteinischen Frage zu unterliegen scheint, will uns die k. k. Regierung vor allem berufen dünken, die Bewahrung und die Verteidigung der Grenzlinien zu übernehmen, über welche hinaus der Herzog von Augustenburg in seinen Konzessionen nicht gedrängt werden darf.“

Noch immer waren die Beziehungen zum Wiener Hof nicht auf dem Stand, den Roggenbach sich gewünscht hätte. Ein großes Hindernis war der österreichische Gesandte in Karlsruhe, der streng katholische, reaktionäre Herr von Pilat, dessen Berichte von einem unauslöschlichen Haß gegen den badischen Außenminister getragen waren und die badischen Verhältnisse daher nur einseitig darstellten. Er strebte trotz der Annäherungsversuche Roggenbachs sogar danach, durch Unterstützung der badischen Konservativen den Sturz des jetzigen Kabinettes herbeizuführen. „Mich dünkt, daß es gänzlich den konservativen Interessen widersprechen würde, einen so unzuverlässigen, unwahren, schwärmerischen, so sehr durch eine lange Vergangenheit geheimer und öffentlicher Umtriebe an die Umsturzpartei gefesselten Mann wie Roggenbach, welcher sich die Mission

22. Weisung Roggenbachs an Edelsheim 23. III. 65. Dipl. Spec. A.

eines deutschen Reformators beilegt, irgendwie zu heben und sich für den Fall einer allgemeinen Umkehr der deutschen Höfe zu einer konservativen Politik in seiner Person einen Spion und Umsturzagent in die deutsche Diplomatie zu setzen. Von einer aufrichtigen Sinnesänderung kann bei einem so sehr sich überschätzenden Mann nie die Rede sein.“²³ Auch die andauernden Beschwörungen, die Roggenbach an Edelsheim nach Wien richtete, waren erfolglos. Noch Ende Januar schrieb er an diesen: „Sag ihm (Mensdorff) offen, wie sehr ich seiner Politik Erfolg wünsche und wie er keinen größeren Anhänger hat als mich, so sehr, daß ich fast bereit wäre, hier meine Stelle aufzugeben, um in Wien einmal eine verständige Politik zu unterstützen und um zu verhindern, daß die Wiener Politik nicht wieder in die Hände der deutschen Emigration in Wien und der Fanatiker aus dem Reich zurückfalle. Bitte, schreibe mir, was er auf diese Liebeserklärung sagte.“²⁴

Edelsheim jedoch zog es vor, die Unterredung mit Mensdorff immer weiter hinaus zu schieben, Entschuldigungen dafür konnte er ja immer finden. Der Wiedereintritt des Prinzen Karl in das österreichische Heer galt als Demonstration für ein gutes Einvernehmen mit Österreich wie vorher sein Austritt als ein Zeichen der gespannten Stimmung zwischen Wien und Karlsruhe gewertet wurde. Ja Roggenbach entschloß sich trotz des hartnäckigen Schweigens von Edelsheim zu einem weitergehenden Schritt. Er bestimmte den Großherzog, anläßlich des Eintritts seines Bruders in das österreichische Heer einen Brief an den österreichischen Kaiser zu richten, in dem er von der „Erhaltung und Pflege guter Beziehungen zwischen dem hohen Kaiserhause und seiner Familie sprach, die er trotz „unvermeidlicher Gegensätze“ und dem „Schein einer Entfremdung immer aufrecht zu halten bestrebt gewesen sei.“²⁵ Das Antwortschreiben des Kaisers vom 24. Februar ist in einem sehr freundlichen und entgegenkommenden Ton gehalten, allein es

23. Bericht Pilats 26. XII. 64 H. H. St. A. Wien.

24. Vertrauliches Schreiben Roggenbachs an Edelsheim 30. I. 65. Hinterlegung Edelsheim.

25. Großherzog Friedrich an Kaiser Franz Joseph 10. II. 65 und die Antwort Franz Josephs vom 24. II. s. Oncken a. O. S. 480—82.

konnte höchstens für die Bereitwilligkeit der beiden Fürsten zu einem näheren Zusammengehen zeugen, eine Auswirkung in der praktischen Politik ist zunächst nicht festzustellen.

Vielmehr glaubte Österreich gerade in der nächsten Zeit berechtigten Grund zur Unzufriedenheit mit Baden zu haben infolge von Vorgängen der inneren Politik.²⁶ Die katholische Opposition gegen die Regierung war innerhalb der Schulreform, die in liberalem Sinn durchgeführt werden sollte, allmählich zu einem immer mehr ins Gewicht fallenden politischen Faktor geworden. Indem das Wiener Außenministerium für die katholische Opposition Partei ergriff, versuchte es, einen Druck auf Baden auszuüben, der über die Innenpolitik hinaus in die diplomatische Sphäre hineinreichte. Pilat erhielt am 11. März die Weisung, ernste Vorstellungen in Karlsruhe zu erheben und die „Anknüpfung eines normalen diplomatischen Verhältnisses lediglich für eine günstigere Gelegenheit in Aussicht zu stellen.“²⁷ Wohl nicht mit Unrecht sah Roggenbach die Hauptursache dieses ungewöhnlichen Schrittes in der einseitigen und parteiischen Berichterstattung des Herrn von Pilat; erst nach seiner Ersetzung durch eine neutralere Persönlichkeit war auf eine wirkliche Änderung der Beziehungen zwischen den beiden Höfen zu hoffen.

Inzwischen war der bayrisch-sächsische Antrag am 27. März in der Bundesversammlung eingebracht worden; in derselben Sitzung hatte Preußen eine Erklärung abgegeben, daß es die vertrauensvolle Erwartung²⁸ nicht erfüllen werde, vielmehr jetzt die alten Brandenburger Erbensprüche auf ungefähr die Hälfte der Herzogtümer anmelde. Damit war das eingetreten, was Roggenbach von einem mittelstaatlichen Antrag am Bunde befürchtet hatte, die Spaltung zwischen Preußen und dem übrigen Deutschland drohte noch tiefer zu werden und Preußen zu extremen Entschlüssen zu treiben. Noch einmal suchte der badische Minister zu vermitteln. Bestimmend in dieser Richtung wirkte auf ihn wohl ein Erlaß Bismarcks an Flemming vom

26. für alles Nähere vgl. Lily Blum: Staatsminister Lamey.

27. Heinrich Ritter von Srbik: Großdeutsch und Kleindeutsch an der Universität Heidelberg. Zeitschrift für Geschichte des Oberrheins Bd. 43.

28. s. oben Inhalt des Antrages.

31. März, den ihm der preußische Gesandte auf Geheiß Bismarcks mitgeteilt hatte, und der Beweis für das Vorherrschen einer verhältnismäßig guten und vertraulichen Atmosphäre zwischen Berlin und Karlsruhe ist.²⁹ Bismarck bedauert, daß die badische Regierung in der letzten Bundestagssitzung nicht, wie Preußen vorschlug, für Verweisung des bayrischen Antrages an den Ausschuß stimmte; er betont die Bereitwilligkeit Preußens zu einer Verständigung mit Österreich, die jedoch durch die Annahme des bayrischen Antrages nur gestört werde. Auch am 6. April, bei der endgültigen Abstimmung könne für Verweisung an den Ausschuß gestimmt werden, und er hoffe, daß Baden sich dazu entschließen werde. „Wir haben zuviel Vertrauen in die Besonnenheit des Herrn von Roggenbach und in die letzten Ziele seiner Politik, als daß wir die Hoffnung aufgeben sollten, ihn einen Entschluß fassen zu sehen, welcher uns der gegenwärtigen politischen Situation so durchaus angemessen erscheint.“ Roggenbach ging sogar noch weiter; er schlug in Berlin und Wien vor, eine Verschiebung der Abstimmung eintreten zu lassen, um neuen Verhandlungen zwischen Preußen und Österreich Raum zu geben und ließ die Bereitwilligkeit Badens zur Stellung eines dementsprechenden Antrages erkennen. Allein in Wien wollte man auf diese Gelegenheit, Preußen durch Überstimmung am Bund eine Lehre zu geben, nicht verzichten; auch glaubte man nicht an ernstliche Neigungen zur Versöhnung in Berlin. Herr von Flemming dagegen brachte, wenn auch für die Stellung eines Antrags zu spät, die Zustimmung Preußens zu einer Verschiebung der Abstimmung.³⁰

In Wien, wo Biegeleben und sein Kreis Mensdorffs deutsche Politik immer energischer bestimmten, befremdete dieses Dazwischentreten Badens sehr. Man sah darin einen erneuten Beweis dafür, daß Baden trotz aller Annäherungsversuche heimlich doch der Freund Preußens sei und bleibe, und daß auf eine ernstliche Schwenkung nicht zu rechnen sei. Edelsheim war durch Roggenbachs erneutes Abspringen aufs äußerste gereizt

29. Erlaß Bismarcks an Flemming 31. III. 65. Ges. Werke Bd. 5, S. 149—150.

30. Aktennotiz Roggenbachs 4. IV. 65 Dipl. Spez. A.

und ungehalten; „solange wir wie bisher alle paar Momente durch einen hier notwendig neues Mißtrauen hervorrufenden Schritt alles wieder umwerfen, was wir in der Zwischenzeit an Vertrauen mühsam aufgebaut haben, werden wir natürlicherweise hier nur negative Resultate erlangen.“³¹ Wieder wie schon so oft weist er daraufhin: „wie die erste Bedingung für Wiedererlangung eines besseren Verhältnisses mit Wien in einer sorgfältigen Enthaltung von allem besteht, was als eine Parteinahme für Preußen aufgefaßt werden kann, indem in dieser Beziehung das Mißtrauen gegen uns so groß ist, daß selbst Schritte, welche von Bayern oder Sachsen getan, hier ganz harmlos erscheinen würden, sobald sie von uns ausgehen als lediglich im Interesse Preußens erfolgt, interpretiert werden würden ... Man hält uns für prinzipielle Anhänger von Preußen und darum für prinzipielle Gegner von Österreich; darin wurzelt das große Mißtrauen, mit dem man alle unsere Schritte begleitet.“ Grundsätzlich entwickelt Edelsheim noch einmal die Richtlinien einer nach seiner Ansicht richtigen nationalen Politik: die dauernde Verbindung der beiden Großmächte ist von Übel, sie führt zur Mainlinie, die er als eigentliches Ziel der Bismarck'schen Politik erkennt; eine ewige Spaltung Deutschlands wäre die Folge. Demgegenüber sieht er eine momentane Einmischung des Auslandes, die im Gefolge eines Zerfallens der österreichisch-preußischen Allianz sehr wahrscheinlich wäre als weniger gefährlich weil nur vorübergehend an. „Demgegenüber würde selbst eine große Niederlage gegen das Ausland nur in zweiter Linie stehen, denn wie schlimm dies auch wäre, so wäre dies doch nur ein vorübergehender Zustand, den die Nation bald wieder abschütteln würde, während die Teilung durch die Mainlinie, da dieselbe von Preußen nur durch territoriale Entschädigungen an Frankreich und eine Abfindung Österreichs ermöglicht werden könnte, nie mehr rückgängig zu machen sei.“³²

31. Schreiben Edelsheims 2. IV. 65. Dipl. Spez. A.

32. vgl. Schreiben Mohls an Edelsheim vom 30. IV. 65, das die gleiche Furcht Mohls vor der Mainlinie widerspiegelt und große Unzufriedenheit mit der Politik Roggenbachs kundgibt. Hinterlegung Edelsheim.

Wir sehen, wie die schleswig-holsteinische Frage immer mehr und deutlicher als Ansatzpunkt zur Lösung der deutschen Verhältnisse hervortritt und über den alten Macht- und Kompetenzfragen ihre Eigenbedeutung zurücktritt. Daß zwei in ihren politischen Anschauungen so verschiedene Männer wie Edelsheim und Roggenbach an demselben Strange hatten ziehen können, beweist, wie der nationale Schwung und Elan ein Jahr lang im Stande war, die alten Differenzpunkte zu überdecken, die jetzt nach Loslösung der Herzogtümer und im Streit um sie wieder in den Vordergrund traten. Roggenbach, als Befürworter der Verständigung, mußte immer mehr fühlen, daß er auf verlorenem Posten stand, eine Annäherung an Österreich auf seiner Grundlage erwies sich als unmöglich, Österreich verlangte eine klare Entscheidung; Edelsheim, nicht er, war der Politiker der Zukunft.

Der Vermittlungsvorschlag war mißglückt; in der Sitzung vom 6. April wurde der bayrisch-sächsische Antrag mit 9 Stimmen angenommen, Preußen also überstimmt. Baden mußte notgedrungen mit zustimmen, fügte aber eine eigene Motivierung bei, daß die badische Regierung die einzig mögliche Lösung in einer Verabredung zwischen den beiden Großmächten sehe, die vernünftige, auf den Rechten der Herzogtümer fußende Zugeständnisse an Preußen zum Ziele habe.³³

Diese Abstimmung scheint Baden endlich in Wien in ein günstigeres Licht gesetzt zu haben, besonders da auch die konfessionelle Entspannung ihre Wirkung nicht verfehlte. Ende Juni wurde Herr von Pilat, auf dessen Konto ein großer Teil der sogenannten Mißverständnisse zwischen Karlsruhe und Wien zu buchen war, nach Hannover versetzt. Diese Abberufung wurde in Karlsruhe als „ein Entgegenkommen der kaiserlichen Regierung gegen die badische Politik und als eine Art Verdikt über Pilats Dienstführung“ gewertet.³⁴ An seine Stelle trat

33. Bericht des Marquis de Cadore 28. III. 65: „il (Roggenbach) a obéi aux necessites de la situation plutôt qu' à ses propres convictions.“ oder vom 4. IV. 65 „Vive contrariété du Baron de Roggenbach, de patâître sanctionner une politique, qui se diffère si essentiellement de ses propres idees.“ Origines a. O. Bd. 6. S. 100 f.

34. Bericht Pilats 21. V. 65. H. H. St. A. Wien.

der neutrale und vorurteilslosere Herr von Zulauf, der umso liebenswürdiger in Karlsruhe empfangen wurde, als man Pilat seine Mißliebigkeit am Hofe durch Nichtgewährung einer Abschiedsaudienz deutlich gezeigt hatte. Von jetzt ab wurden auch wieder regelmäßige Mitteilungen aus Wien am Karlsruher Hof gemacht. —

Die Situation in Deutschland verschärfte sich in der Folgezeit zusehends; die Annexionstendenzen in Berlin wurden immer allgemeiner und deutlicher, nach dem für den Augustenburger sehr ungünstigen Gutachten der preußischen Kronsyndici war auch der preußische König grundsätzlich für die Annexion gewonnen. Das Verhältnis zwischen Berlin und Wien gestaltete sich immer gespannter, der Kaiser und Mensdorff weigerten sich, dem Wunsche König Wilhelms und Bismarcks auf Entfernung des Augustenburgers stattzugeben, die österreichischen Kommissare in den Herzogtümern begünstigten augustenburgisch-antipreußische Demonstrationen; Reibereien und Kompetenzstreitigkeiten mehrten sich. Ein Vorschlag Bismarcks auf Einberufung der holsteinischen Stände wurde nur dazu benutzt, um eine endgültige Lösung hinauszuschieben. Es kam soweit, daß die preußische Regierung am 21. Juli an Österreich ein Ultimatum stellte, folgenden Inhalts: Weigerung weiterer Verhandlungen über die Zukunft der Herzogtümer bis zu völliger Beseitigung jeder Agitation Österreichs in den Herzogtümern; Bereitschaft Preußens, sobald dies geschehen, über die Kandidatur des Großherzogs von Oldenburg zu unterhandeln, Ausschluß der Kandidatur Augustenburg beim Verharren in seiner usurpatorischen Haltung.³⁵

Die Stellung Österreichs war zwiespältig; einerseits erging sich die Wiener Regierung in Kriegsdrohungen gegen Preußen, andererseits war sie durch die Unsicherheit ihrer Finanzen und Militärverhältnisse gezwungen, sich nach einem möglichst günstigen vermittelnden Ausweg umzusehen. Sie schickte Herrn von Blome, den österreichischen Gesandten in München, zu Verhandlungen mit Bismarck nach Gastein; sie beauftragte ihren Gesandten in Karlsruhe, Herrn von Zulauf, mit dem badischen

35. Stern a. O. S. 413.

Außenminister ein vermittelndes Abkommen zu besprechen, und gleichzeitig ließ sie bei den süddeutschen Höfen über Bereitwilligkeit zu militärischer Hilfe für die Eventualität des Krieges sondieren.

Schon im April hatte Roggenbach, sowohl nach Berlin, als auch nach Wien ein Memoire gesandt, in dem er von den preußischen Februarforderungen ausging und ihre weitestgehenden Punkte umzubiegen und Wien und den Augustenburger annehmbar zu machen suchte.³⁶ An beiden Höfen hatte er damals nur eine höfliche Aufnahme gefunden. Auf dieses Memoire griff er nun in den Besprechungen mit Zulauf zurück. Er erklärte dem österreichischen Gesandten, es müsse sich darum handeln, „einen gewissermaßen unter der Sanktion von ganz Deutschland stehenden Vorschlag an Preußen zu finden, dessen Annahme dasselbe für die gebrachten Opfer gebührend entschädige, ohne den Interessen Österreichs — welches jedenfalls auch eine Kompensation erhalten müsse — zu nahe zu treten.“ Roggenbach bot sich an, auf der Basis eines solchen von Österreich gebilligten Antrages mit Bismarck selbst zu verhandeln und erklärte sich bereit, die Garantie der großherzoglichen Regierung für den Augustenburger Bismarck gegenüber zu übernehmen; Bismarck müsse gezwungen werden, „etwas von ganz Deutschland als das Maximum der von unserem Standpunkt möglichen Konzessionen Anerkanntes abzulehnen und sich hierdurch in eine völlig unhaltbare Stellung zu verstricken.“ Als Forderungen, die „den österreichischen Interessen mehr entsprechen würden, als den Tendenzen preußischer Politik“ bezeichnete er 1. das Verlangen der Aufnahme Schleswigs in den Bund, 2. die Herstellung einer Bundesfestung in Holstein, 3. die Anerkennung des Herzogs Friedrich und der augustenburgischen Erbfolge durch Preußen und der Verzicht auf die Verfolgung eigener brandenburgischer Ansprüche. Als völlig unannehmbar erklärte er zwei Punkte der preußischen Forderungen: die Leistung des preußischen Fahneneides und die Verlegung der holsteinischen Truppen

36. Gleichzeitig hatte der Herzog von Augustenburg durch Herrn von Ahlefeldt gleichgerichtete Vorschläge in Berlin machen lassen.

außerhalb der Herzogtümer in Friedenszeit, abgesehen vom Falle gemeinsamer Übungen.³⁷

Schon Herr von Zulauf hatte sich nur mit sehr wenig Hoffnungen auf diese Besprechungen eingelassen,³⁸ und auch Roggenbach selbst empfand seine Argumentation als unzeitgemäß und nicht mehr der eigentlichen Lage der Dinge entsprechend.³⁹ Preußen hatte sich zu weit vorgewagt, als daß eine Kandidatur des Augustenburgers jetzt noch für Bismarck hätte in Frage kommen können. Die Anfrage Zulaufs wegen einer eventuellen militärischen Unterstützung belehrte den badischen Außenminister über den Ernst der Situation und über das, was auf dem Spiele stand.

Kam es tatsächlich zu einem Krieg zwischen Österreich und Preußen, dann war nicht nur die Existenz der Mittelstaaten in hohem Maße gefährdet, ein solcher Krieg mußte all das in Frage stellen, was der Großherzog und Roggenbach je in bezug auf eine Einigung Deutschlands erhofft und erwartet hatten. Es mußte zu allen Mitteln gegriffen werden, um ein derart entsetzliches Schauspiel zu vermeiden. Dem österreichischen Gesandten antwortete Roggenbach ausweichend, er könne sich für eine Eventualität jetzt noch nicht festlegen, aber eine bewaffnete Neutralität der Mittelstaaten sei doch wohl das Äußerste, was von diesen erwartet werden könne. Mit dem Großherzog erwog er die Notwendigkeit eines erneuten engen Zusammenschlusses der Mittelstaaten, um auf dem Wege einer bewaffneten Vermittlung den Konflikt zu verhindern. Wenn die Mittelstaaten in einmütiger Geschlossenheit folgende Alternative aufstellten: entweder Einsetzung des Augustenburgers mit bestimmten zugunsten Preußens formulierten Zugeständnissen oder Räumung des Landes durch alle fremden Truppen, den Herzog und die Zivilkommissare zwecks Selbstentscheidung der Herzogtümer über ihre Zukunft, dann konnten sie auf Grund dieses Prinzips

37. Memoire Roggenbachs 3. VIII. 65. Dipl. Spez. A.

38. Bericht Zulaufs 3. VIII. 65.

39. Roggenbach an den Großherzog II. VIII. 65. Oncken a. O. S. 482—87.

auf europäische Unterstützung hoffen;⁴⁰ in erster Linie dachte Roggenbach dabei wohl an Frankreich. Für Preußen mußte eine solche Vermittlung freilich eine eklatante Niederlage bedeuten, wenn nicht „ein gänzlicher Systemwechsel solche Persönlichkeiten an die Spitze des Staates brachte, die wie der Kronprinz, in dem augustenburgischen Erfolge überhaupt einen preußischen Sieg erkennen können.“ — Das politische Wunschbild jedes Liberalen, das Roggenbach inmitten der Krise heraufbeschwor, — Wechsel des jetzigen preußischen Regimes, Thronbesteigung Kronprinz Friedrichs, Einsetzung des Augustenburgers als Herzog von Schleswig-Holstein, — war bestechend; allein sowohl Roggenbach als auch der Großherzog waren sich darüber klar nach ihren Erfahrungen der letzten Jahre, daß nur im Falle der äußersten Notwendigkeit eine erneute Einigung der Mittelstaaten gelingen könne und daß eine solche immer sehr problematisch und allen möglichen Zufällen ausgesetzt sein würde. Verhandlungen Roggenbachs mit dem württembergischen Minister von Varnbüler, der am wenigsten zu einer Triaspolitik neigte, bahnten den Weg in dieser Richtung.

Der Abschluß der Gasteiner Konvention am 20. August riß allen diesen Erwägungen den Faden ab. Der Krieg wurde zwar vermieden, aber auf eine Weise, die den tiefsten Abscheu am badischen wie an den mittelstaatlichen Höfen erregen mußte. Die Konvention, die durch die Teilung der Verwaltung in den Herzogtümern und den Verkauf von Lauenburg an Preußen diesem unverhältnismäßig hohe Vorteile zugestand, war ein eindeutiger Beweis der Schwäche Österreichs und ließ sogar den Verdacht geheimer Abmachungen bei den düpierten Mittelstaaten aufkommen.⁴¹ Sie verletzte das Recht der Herzogtümer auf untrennbare Verbindung, schaltete den Augustenburger so gut wie aus⁴² und ließ die schlimmsten Befürchtungen über die

40. Roggenbach an den Großherzog II. VIII. 65, Oncken a. O. S. 482—487.

41. Roggenbach an Mohl 29. VIII. 65 Dipl. Spez. A. und Bericht Zulaufs 29. VIII.

42. Ein letzter Versuch Roggenbachs, bei seinen Besprechungen mit Bismarck in Baden eine Lanze für den Augustenburger zu brechen, scheiterte; als er Bismarck direkt fragte, ob der Prinz nicht durch einen

Zukunft der Bundesverfassung berechtigt erscheinen. Wenn die zwei Großmächte derart über deutsches Land verfügten, dann war es schlecht um die föderative Grundlage Deutschlands bestellt. Es war allen Einsichtigen klar, daß Preußen nie daran denken würde, Schleswig wieder herauszugeben, sondern nur darauf wartete, mit der Zeit Holstein, das für Österreich ein lästiges Anhängsel werden mußte, ebenfalls in seine Verwaltung zu bekommen. Roggenbach bezeichnete den Gasteiner Vertrag direkt als „revanche pour Olmütz.“⁴³ „Jedenfalls wird sich die Schande zwischen beiden Großmächten aber in gleiche Teile teilen, während die Vorteile auf preußischer Seite sind.“

Die Besprechungen, die Roggenbach Ende August mit Bismarck und König Wilhelm in Baden-Baden hatte, bestätigten seine pessimistischen Auffassungen der Sachlage. Bismarck gab klar und deutlich zu, „daß Preußen vorerst den Besitz Schlesiens als definitiven betrachte und jenen Holsteins über kurz oder lang mit allen Mitteln anstreben werde;“⁴⁴ er bedauerte, daß der Krieg für dieses Mal vermieden worden sei, und sprach sich so siegessicher über die Beschaffenheit des preußischen Heeres und die schon getroffenen Kriegsvorbereitungen aus, daß Roggenbach der festen Überzeugung wurde, für Preußen sei der Krieg nur aufgeschoben nicht aufgehoben.

Für den badischen Außenminister war jetzt der entscheidende Augenblick gekommen, die Möglichkeiten und Voraussetzungen der badischen Politik noch einmal grundsätzlich in Erwägung zu ziehen und seine eigene Position einer kritischen Betrachtung zu unterwerfen. In seinem Bericht an den Großherzog vom 1. September 65 heißt es: ... „Wie dem auch sei, es steht fest, daß die Stellung Österreichs in Deutschland unmöglich geworden ist und daß der Deutsche Bund in seiner

Schritt bei S. M. dem König seine Stellung Preußen gegenüber verbessern könne, antwortete Bismarck trocken: „Das wäre jedenfalls viel zu früh“ (!!). Nach einem Bericht Zulaufs vom 7. IX. 65.

43. Roggenbach an den Großherzog 28. VIII. 65, Oncken a. O. S. 489—90.

44. Geheimer Bericht Zulaufs 7. IX. 65 und Bericht Roggenbachs an den Großherzog über die Besprechungen in Baden-Baden vom 1. IX. 65. Oncken a. O. S. 491.

bisherigen Gestaltung nicht mehr der rechte Ausdruck der politischen Grundverhältnisse ist, wie sie in Deutschland nunmehr vorliegen. Ob eine bundesstaatliche Entwicklung bei diesen Tendenzen Preußens noch ins Auge gefaßt werden kann, ist sehr fraglich, und es scheint sich die Lage eher so zu gestalten, daß die deutschen Staaten einen Entschluß fassen müssen, ob sie für ihre Selbständigkeit eine äußerste Anstrengung wagen oder einer ganz neuen vaterländischen Entwicklung mit erheblichen eigenen Opfern Vorschub leisten wollen.“ Dem österreichischen Gesandten versicherte er, „daß es sich nunmehr um viel wichtigere Interessen als um eine spezielle Rechtsverletzung, um einen zurückgesetzten Prä tendeneten, daß es sich um den Territorialbestand Deutschlands, um die Existenz der einzelnen Staaten handle, worüber sich keine einzige Regierung im Bunde einer Illusion hingeben sollte“.⁴⁵

Die Kandidatur des Augustenburgers war für Roggenbach nie Selbstzweck gewesen, sondern er hatte sie befördert, weil er in ihr das beste und gegebene Mittel zur Lösung der deutschen Frage und zur Hebung des nationalen Ansehens erblickt hatte. Die Einbeziehung des Augustenburgers in den deutschen Staatsverband als Herzog von Schleswig-Holstein unter gleichzeitiger enger Anlehnung an Preußen, war für ihn der Präzedenzfall für eine künftige unitarisch-föderative Gestaltung Deutschlands gewesen. Die jetzige Ausschaltung des Augustenburgers und die drohende Einverleibung der beiden Herzogtümer durch Preußen deutete auf ein analoges Verfahren in künftiger Zeit gegen andere deutsche Staaten, die auf dem Wege der preußischen Vergrößerungssucht lagen; der Deutsche Bund konnte dagegen keinen Schutz bieten, er hatte in der schleswig-holsteinischen Frage kläglich versagt und die Unzulänglichkeit seiner Organisation dargetan. Wollten die Mittelstaaten ihre staatliche Existenz nicht freiwillig aufgeben, so mußten sie sich auf eine kriegerische Auseinandersetzung mit Preußen gefaßt machen; — die Klarheit dieser Einsicht mag Roggenbach endgültig von der Fruchtlosigkeit einer weiteren Verfolgung seiner Politik in Baden überzeugt haben; — Baden konnte sich nicht dem Lauf der Entwicklung entgegen-

45. Bericht Zulaufs 7. IX. 65.

stemmen, es mußte je länger, je mehr notwendigerweise auf den Weg der Mittelstaaten und Österreichs getrieben werden; denn Österreich war und blieb trotz seiner augenscheinlichen Schwäche der selbstverständliche Bundesgenosse gegen alle preußische Hegemoniebestrebungen.

Nachdem durch die Gasteiner Konvention diese Situation Roggenbach in aller Nacktheit und Klarheit bewußt geworden war, beschloß er jetzt endgültig seinen Abschied zu nehmen. — Er hatte seinem Nachfolger die Wege gut geebnet; seine Verhandlungen mit Zulauf vor dem Abschluß der Konvention hatten in Wien einen so guten Eindruck hinterlassen, daß der österreichische Gesandte am 22. August die Weisung erhielt, folgende Erklärung in Karlsruhe abzugeben: die Haltung Roggenbachs habe in Wien die Überzeugung begründet, „daß die Entschlüsse Badens im Falle des Mißlingens unserer Unterhandlungen mit Preußen sich auf die Seite derjenigen Regierungen geneigt haben würden, auf deren Bundesgenossenschaft und aktiven Beistand wir hätten zählen dürfen. Der Einfluß der Krisis der letzten Woche auf unsere Beziehungen zu der badischen Regierung dürften von bleibender günstiger Nachwirkung sein“.⁴⁶ Ebenso hatte Roggenbach bei einer grundsätzlichen Aussprache über die Folgen der Gasteiner Konvention trotz der veränderten Situation die Unterstützung Österreichs durch Baden in Aussicht gestellt und sich damit das Wohlwollen des österreichischen Gesandten in einem so hohen Maße gewonnen, daß dieser seinen Rücktritt direkt bedauerte. „Seine Abneigung gegen das preußische Junkertum und gegen die Person Bismarcks, sowie die von ihm in der schleswig-holsteinischen Frage konsequent verfolgte Richtung hätten ihn nach und nach ganz in unser Lager geführt.“⁴⁷ Auch die Verbindung zu den andern Mittelstaaten, besonders zu Württemberg war durch die drohende Gefahr enger geschweißt worden, und es mußte Edelsheim, dem designierten Nachfolger, ein Leichtes sein, den Kontakt ganz eng zu gestalten.⁴⁸

46. Weisung an Zulauf 22. VIII. 65. H. H. St. A. Wien.

47. Bericht Zulaufs 14. IX. 65.

48. vgl. Roggenbach an Edelsheim, September 65. Hinterlegung Edelsheim.

Wie ein Jahr vorher stellte Roggenbach in den Vordergrund seines Rücktrittgesuches wieder die innerpolitischen Schwierigkeiten, insbesondere die Schulfrage, obwohl dieser gerade jetzt durch die Entlassung des Roggenbach besonders mißliebigen Oberschulrates Knies ihr Hauptstachel genommen worden war. Es ist sicher, daß die innere Uneinheitlichkeit des Ministeriums, auch was die Stellung zur Außenpolitik betrifft, in hohem Maße den Entschluß zum Rücktritt in Roggenbach bestärkt hat; ausschlaggebend jedoch scheint uns das totale Scheitern aller Pläne und Hoffnungen zu sein, die er von der Plattform des kleinen Baden aus in der deutschen und schleswig-holsteinischen Frage zu verwirklichen getrachtet hatte. Wohl hoffte er, daß nach dem Scheitern der Bismarck'schen „Katastrophenpolitik“ vielleicht in größerem Rahmen eines Tags ein Wirkungsfeld sich für ihn eröffnen und er doch noch Gelegenheit finden würde, das Deutschland seiner Träume durch seine Mitarbeit erstehen zu sehen. Allein das Zeitalter Bismarcks, das die ursprünglichen Ziele des Liberalismus verschob und umbog, hatte für ihn keine Verwendung mehr! Sein großer Gegenspieler behielt das Feld und vollzog die Einigung Deutschlands durch Blut und Eisen! —

Neuntes Kapitel.

Der Weg der badischen Politik bis zum Ausbruch des preuß.-österreichischen Krieges Juni 1866.

Mit dem Rücktritt Roggenbachs hatte eine ganze Periode der badischen Außenpolitik ihren Abschluß gefunden. Die Möglichkeit einer Formung der deutschen Verhältnisse nach nationalen und liberalen Gesichtspunkten, einer Einbeziehung Preußens in ein engeres Deutschland, schien in weite Ferne gerückt; nachdem auch der starke Impuls der schleswig-holsteinischen Frage es nicht vermocht hatte, die trennenden Schranken niederzulegen; die politischen Fronten schienen sich vielmehr in erhöhtem Maße versteifen zu wollen. Der Gasteiner Vertrag konnte nur als ein Waffenstillstand gewertet werden.

Der Verlust seines vertrautesten Freundes und Ratgebers mußte Großherzog Friedrich umso schwerer treffen, als mit Herrn von Roggenbach seine höchsten politischen Ideale auf das engste verknüpft waren; die Umbesetzung des Ministeriums des Äußern bedeutete einen Abschied von gemeinsamen Plänen und Hoffnungen, die das Innerste des Fürsten berührt hatten. Die tiefe Erschütterung, die der Rücktritt Roggenbachs bei seinem fürstlichen Freunde auslöste, wurde verstärkt durch die Trostlosigkeit der deutschen Verhältnisse und die Verworrenheit der innerbadischen Situation; die Konstitution des Fürsten, unterhöhlt durch die aufreibenden Ereignisse der letzten Jahre, hielt diesem Anprall nicht stand; am 12. November reiste Großherzog Friedrich zur Wiederherstellung seines angegriffenen Nervensystems nach Vevey am Genfer See, wo er in größter Einsamkeit bis zum 12. März 1866 blieb.

Inzwischen trat der neue Minister des Auswärtigen sein Amt an. Roggenbach hatte von ihm zunächst eine innerpolitische Festigung der badischen Verhältnisse erhofft. Allein Edelsheim ver-

säumte es, seinen Eintritt ins Ministerium an bestimmte Bedingungen zu knüpfen und bewies in der Frage der Schulpolitik Lamey weitgehendes Entgegenkommen, anstatt seine Autorität zu einem teilweisen Zurückdrängen der Lamey'schen Pläne zu benutzen. Noch weniger vermochte er zunächst, seine außenpolitischen Ansichten durchzusetzen; er galt allgemein als eindeutig österreichisch eingestellt und wurde eben deshalb mit Mißtrauen von seinen Kollegen empfangen. Wenn auch die oft gewahrte preußenfreundliche Politik Roggenbachs meist den Widerstand seiner Kollegen herausgefordert hatte, so scheute sich der kleinstaatliche Liberalismus der Stabel und Lamey ebenso sehr, sich nach der anderen Seite festzulegen; man wollte nicht von einem Extrem ins andere fallen und vor jeder Festlegung den Gang der Dinge zwischen den beiden Großmächten abwarten. So ausgesprochen österreichisch sich daher Edelsheim dem österreichischen Geschäftsträger Herrn von Zulauf gegenüber gebärdete, so wenig praktischen Wert maß dieser den Versicherungen des badischen Außenministers zu, „da das badische Kabinett eher bemüht sein wird, des Freiherrn von Edelsheim österreichfreundlichen Absichten offen oder heimlich entgegenzutreten, als sie zu unterstützen und da demnach die Stellung Edelsheims seinen Kollegen gegenüber keine solche ist, daß auch bei seinen eventuell allergünstigsten Dispositionen für uns ein wirklicher Nutzen entstehen könnte.“¹ Ein wirklicher Gegenspieler erwuchs Edelsheim in dem Handelsminister Mathy, zu dem sich „ein kaltes, fast feindseliges Verhältnis entwickelte;“² für den alten Freiheitskämpfer von 1848 stand im Vordergrund aller Politik die Einheit Deutschlands, auch wenn sie nur durch einen Bismarck zu erreichen war; er bekämpfte in Edelsheim den Vertreter des mittelstaatlich-österreichischen Partikularismus.

Wie wenig Edelsheim aber auch auf die andern Mitglieder seines Kabinetts zunächst rechnen konnte, beweisen schlagend die Vorfälle, die im Gefolge der in Karlsruhe tagenden Postkonferenz sich abspielten.³ Es wurde über den Beitritt Holsteins zu dem

1. Bericht Zulaufs 21. II. 66, H. H. St. A. Wien.

2. Gustav Freytag: Karl Mathy, S. 410.

3. Die Konferenz tagte von Anfang Februar bis Anfang März.

österreichisch-deutschen Postverein verhandelt, und Edelsheim beschloß, im Einvernehmen mit Herrn von Zulauf einen dahin lautenden badischen Antrag einzubringen;⁴ allein in einer Ministerialsitzung verwarfen die anderen Minister an der Spitze Mathy den Plan des Außenministers, und der Antrag unterblieb. Ja nicht genug, als Österreich selbst die Aufnahme Holsteins in den Postverein beantragte, instruierte Mathy hinter dem Rücken von Edelsheim, der gerade in Vevey bei dem Großherzog weilte, den badischen Bevollmächtigten, gegen den österreichischen Antrag zu stimmen. In einem Artikel der Karlsruher Zeitung vom 4. März lehnte Edelsheim jede persönliche Verantwortung für dieses Verhalten ab und schob die ganze Schuld Mathy zu. „Edelsheim ist wütend, von seinen Kollegen nicht nur hinters Licht geführt, sondern auch als ein einflußloser, uneingeweihter Rat der Krone hingestellt worden zu sein. Andererseits sind seine Kollegen von ähnlichen Gefühlen wider ihn beseelt, weil er bezüglich der schleswig-holsteinischen Frage einen sehr bestimmten Artikel in die Karlsruher Zeitung schrieb, ohne sich über diese, als ministerielles Programm hingestellte Auslassung mit den anderen Ministern besprochen zu haben.“⁵

Auch die Rückkehr des vollkommen gesunden Großherzogs Anfang März trug nichts zur Ausgleichung des Gegensatzes bei, brachte vielmehr neue Konfliktmöglichkeiten. Der Großherzog scheint von Anfang an wenig Sympathie für seinen neuen Außenminister empfunden⁶ und ihn nur deshalb in sein Amt eingesetzt zu haben, weil es tatsächlich an einer anderen fähigen Persönlichkeit, die für diesen Posten in Frage gekommen wäre, vollkommen fehlte. Das war umso schlimmer, als von Anfang an der Gegensatz der politischen Ansichten gegeben war. Wenn im allgemeinen angenommen wurde, Edelsheim sei berufen worden,

4. Die Aufnahme Holsteins in den deutsch-österreichischen Postverein wurde als Demonstration gegen die preußischen Annexionsbestrebungen gewertet.

5. Bericht Zulaufs 9. III. 66.

6. Berichte Zulaufs 1. II. 66 und 9. III. 66.

Vgl. Großherzog Friedrich an Professor Gelzer 2. April 66: „Der Betreffende (Edelsheim) ist einer der eigensinnigsten und streitsüchtigsten Menschen, die ich kenne.“ Oncken, a. O. S. 496.

um das badische Staatsschiff in österreichisches Fahrwasser zu steuern, so war das insofern berechtigt, als die praktischen Notwendigkeiten der badischen Politik diese Richtung immer mehr zu erfordern schienen. Der Wille des Großherzogs jedoch widerstrebt einer einseitigen Parteinahme, die eine kriegerische Auseinandersetzung schon sehr nahe legte. Er verabscheute den Bürgerkrieg und wollte ihn verhindern, im äußersten Falle durch bewaffnete Vermittlung; dazu mußte er aber die Hände frei behalten. Edelsheim hielt den Krieg der beiden Großmächte für eine Notwendigkeit, wie wir wissen, und arbeitete auch als Außenminister ganz im Sinne seiner Wiener Gesandtentätigkeit; genau wie damals Roggenbach, so hemmte jetzt der Großherzog seine Schritte und bewirkte, daß Edelsheim nur schwankend und zögernd, ohne durch einen festen Rückhalt an seinem Fürsten autorisiert zu sein, seinen Weg verfolgen mußte.

Die Zuspitzung der deutschen Verhältnisse vertiefte auch in Baden den Streit der Meinungen und klärte die Fronten. Am 7. Februar zerfiel das preußisch-österreichische Bündnis, nachdem die preußische Beschwerde über die Duldung der Augustenburgischen Agitation in Holstein durch den österreichischen General Gablenz in Wien abgelehnt worden war. Rüstungen auf beiden Seiten rückten die Katastrophe in bedrohliche Nähe. Trotz andauernder Besprechungen herrschte keine einheitliche Stimmung im mittelstaatlichen Lager; besonders bedrückend war die unsichere Haltung von der Pfordtens. Dieser schien infolge besonderer Angebote Bismarcks, die auf eine Vorherrschaft Bayerns in Süddeutschland hinausliefen, eine Separatpolitik seines Landes zu verfolgen. Aber auch der Anschluß an Österreich, dem alle andern Mittelstaaten zusteuerten und der ihnen letzten Endes selbstverständlich war, wurde nicht einfach und vorbehaltlos vollzogen. Man fürchtete, gewitzigt durch die Ereignisse des letzten Jahres, Österreich wolle die Mittelstaaten wieder nur als Kampftruppen benutzen, sich selbst aber alle Wege offen halten. Zulauf schreibt am 9. März: „Die süddeutschen Staaten werden sich nur dann entschließen, mit uns zu gehen, wenn wir uns für alle Fälle — also auch, wenn es nicht zum Bruch mit Preußen kommt, zu

einer national-deutschen Politik entschließen und zwar rechtzeitig entschließen.“⁷

Bis kurz vor Ausbruch des Krieges war Edelsheim nicht imstande, der badischen Außenpolitik ein einheitliches und festes Gepräge zu geben; die Persönlichkeit des Großherzogs und die schwankende Stellung der übrigen Minister gaben Anlaß zu den verschiedensten Arten der Einwirkung und Parteigruppierung. Während Großherzog Friedrich in Mathy die Hauptstütze seiner Ansichten im Ministerium besaß, erwuchs Edelsheim in dem badischen Bundestagsgesandten Mohl ein sehr gewichtiger Helfer. Es ist bezeichnend, ein wie großes Maß an moralischem Ansehen Preußen in Deutschland verloren hatte, wenn ein überzeugter Kleindeutscher wie Mohl, allein durch die Furcht vor der preussischen Vergrößerungssucht in das österreichische Lager getrieben wurde. Man glaubte eben, Bismarck wolle ganz Norddeutschland in Preußen aufsaugen und Süddeutschland seinem Schicksal überlassen, „das dann zu einem anarchischen Chaos von einigen angeblich selbständigen, weder unter sich noch mit dem übrigen Deutschland verbundenen Staaten verurteilt sein sollte.“⁸ Das Schlagwort von der „Mainlinie“ war geeignet, in jedem Süddeutschen einen Abscheu gegen Bismarck hervorzurufen und auch sonst klar denkende und nicht voreingenommene Männer zu zeitweise erbitterten Feinden von Preußen, zu machen. „Man mußte einen lang gehegten Wunsch nach Verbesserung entsagen, vielleicht auf lange Zeit, aber man vermied positiven Verlust.“⁸

Von hemmendem Einfluß auf Edelsheims Position war es, daß auch sein alter Freund und Widersacher Roggenbach noch ab und zu in das Getriebe der badischen Politik eingriff und weiterhin als geheimer Ratgeber des Großherzogs galt. Roggen-

7. Bericht Zulaufs vom 9. März 66. Am 20. März hatte Edelsheim eine Zusammenkunft mit Varnbüler und Dalwigk in Auerbach, in der sich die drei Minister verabredeten, Österreich in seinem Kampfe gegen Preußen beizustehen, wenn dasselbe sich verpflichte, 1. die Selbständigkeit der Elbherzogtümer und deren Konstituierung durch ihre gesetzlichen Vertreter zuzusichern und 2. auf das Recht des Abschlusses eines einseitigen Abkommens mit Preußen zu verzichten.“ Dalwigk, Tagebücher a. O. Eintragung vom 20. März.

8. Robert v. Mohl, a. O. S. 262 f.

bach selbst hatte Edelsheim als seinen Nachfolger bezeichnet, obwohl er dessen politische Anschauungen kannte; trotzdem erklärte er sich mit der Politik seines Freundes zerfallen, sobald dieser Anstalten machte, die äußeren Verhältnisse in seinem eigenen Sinne zu leiten.⁹⁾ Die Handlungsweise Roggenbachs gegenüber Edelsheim erscheint nicht ganz ehrlich; er hatte ihn auf den Posten des Außenministers gelockt und war derjenige, der ihm alsbald in den Rücken fiel.

Die fremden Gesandten ergriffen natürlich ebenfalls Partei und suchten die einzelnen Faktoren in ihrem Sinne zu beeinflussen. Herr von Zulauf und Herr von Thumb arbeiteten zusammen. Sie standen in einem so engen Einvernehmen mit Edelsheim, daß dieser sich in der zweiten Kammer den Vorwurf machen lassen mußte, er sei unter dem Einfluß einer fremden Macht. Herr von Flemming andererseits war persona grata bei Hofe und hatte immer Gelegenheit, hinter dem Rücken von Edelsheim persönlich mit dem Großherzog zu verhandeln. Andererseits reißen die Versuche des Großherzogs, durch Beeinflussung des Kronprinzen und der Königin Augusta die Dinge in Berlin zum Frieden zu lenken, nie ab und dabei war ihm Flemming ein wertvoller Helfer und Vermittler — wir haben also zwei klare Fronten: einmal der Großherzog, sein Bruder Prinz Wilhelm, Mathy, Roggenbach, Flemming, auf der andern Seite Edelsheim, Mohl, Thumb und Zulauf. Dazwischen schwankend und fluktuierend das Element der öffentlichen Meinung, die zweite Kammer und die übrigen Minister.

Am 9. April stellte Preußen am Bund den Antrag auf Einberufung eines aus direkten Wahlen hervorgehenden Parlamentes, dem Pläne zu einer Reform der Verfassung Deutschlands, die den tatsächlichen Machtverhältnissen nicht mehr entspreche, vorzulegen seien; der Antrag wurde einem besonderen Ausschuß zur Prüfung überantwortet. Am 22. April traten die leitenden Minister der Mittelstaaten in Augsburg zusammen zur Erwägung einer gemeinschaftlichen Politik. Edelsheim stellte im Auftrag des Großherzogs den Antrag, die Mittelstaaten sollten als vermittelnde Macht einen eigenen Verband mit parlamentarischer Vertretung bilden; allein keiner der anderen Minister erwärmte sich dafür. —

9. Hinterlegung Edelsheim G. L. A. K.

Der Antrag auf Einberufung des Parlamentes brachte die mittelstaatlichen Regierungen, die fast alle überwiegend liberale Landtage hatten, in eine arge Klemme; besonders in Baden hatte der preußische Vorschlag gezündet. Fast die ganze zweite Kammer begrüßte ihn auf das freudigste, während der Großherzog ihn glatt ablehnte. „Wer kann an den Ernst des Wollens von Männern glauben, die mit den heiligsten Gütern der Nation ein frevelhaftes Spiel treiben? ... Ich erwarte eben nichts Gutes von Bismarck und daher glaube ich auch nicht an die Ehrlichkeit seiner Absichten für das wahre Wohl Deutschlands.“¹⁰ In Augsburg half man sich derart, daß man beschloß, Preußen zunächst zur Vorlage seiner Reformpläne aufzufordern, um dadurch den Termin des Parlamentszusammentritts möglichst weit hinauszuziehen.

Der Parlamentsvorschlag war jedoch nur einer der vielen Pfeile, die Bismarck im Köcher trug, ebenso wie der Streit um die Herzogtümer ja längst nicht mehr allein um ihrer selbst willen ausgetragen wurde; es spitzte sich alles immer mehr auf die Machtfrage zwischen Preußen und Österreich zu. Abrüstungsverhandlungen, die von Österreich angeregt wurden, scheiterten, als Österreich am 22. April auch die Truppen seiner Südmarmee gegen Italien mobil machte. Vom 3. bis 10. Mai erfolgte die allgemeine preußische Mobilmachung.

Je mehr sich die Dinge zwischen Österreich und Preußen zuspitzten, desto mehr festigte sich die Stellung des badischen Außenministers;¹¹ schon am 24. März konnte er dem österreichischen Gesandten versichern, er sei mit seinen Kollegen bezüglich der äußeren Politik einig geworden, man lasse ihm jetzt ziemlich freie Hand.¹² Noch einmal allerdings wurde seine Position schwer erschüttert, als Roggenbach Ende April auf die Aufforderung Bismarcks nach Berlin reiste, um über das Bundesreformprogramm

10. Großherzog Friedrich an Professor Gelzer 8. IV. 66, Oncken a. O. S. 501.

11. Vgl. Bericht Zulaufs 20. April 66: „Mit dem Steigen und Fallen der österreichischen Aktion verbessert oder verschlechtert sich auch die Stellung dieses nun einmal durch die Verhältnisse an unser Schicksal geketteten Staatsmannes.“

12. Bericht Zulaufs vom 24. III. 66.

zu verhandeln.¹³ Allenthalben wurden Intriguen vermutet, die hinter dieser Reise stecken sollten; der bayrische und der württembergische Gesandte wurden mißtrauisch, der österreichische argwöhnte sogar, Roggenbach sei von Bismarck dazu ausersehen, an Edelsheims Stelle zu treten.¹⁴ Der Großherzog, der wußte, worum es ging, hoffte, daß es Roggenbach gelingen werde, „nunmehr der Nation einen so großen Dienst zu leisten und für sich selbst diejenige Befriedigung zu erlangen, welche seinem Geiste entspricht.“¹⁵ Als Roggenbach, nachdem er die Verhandlungen mit Bismarck vorzeitig abgebrochen hatte, nach Karlsruhe zurückkehrte, war er „der Mann des Tages,“¹⁶ und Edelsheim von einer tiefen Entmutigung befallen, „die in gar keinem Verhältniss zur wirklichen Sachlage steht und hauptsächlich im Gefühl seiner eigenen Ohnmacht ihren Ursprung hat.“ — Allein das ganze war nur eine Episode; schon am 7. Mai konnte Zulauf berichten, „die Situation sei im allgemeinen wieder besser.“ — Je näher die Gefahr eines Kriegausbruchs heranrückte und je offensichtlicher sich die übrigen Mittelstaaten, auch Bayern, Österreich näherten, desto mehr setzte sich bei dem Gros der öffentlichen Meinung in Baden die Überzeugung durch, Baden sei nicht in der Lage, eine eigene Politik zu treiben, es dürfe sich nicht isolieren, um seinen Bestand nicht zu gefährden. Die Partei der Kleindeutschen und des Großherzogs wurde immer geringer. Wohl setzte es der Fürst durch, daß Edelsheim auf der Bamberger Konferenz der Mittelstaaten am 14. Mai noch einmal die bewaffnete Neutralität vorschlug, aber auch dieses Mal erhielt er nicht eine einzige Stimme vielmehr beschloß die Mehrheit der Minister einerseits am Bundestage gemeinsam allgemeine Bewaffnung zu beantragen, andererseits selber aus allen Kräften zu rüsten. Edelsheim kehrte mit der Überzeugung nach Karlsruhe zurück, auch wenn sich

13. Karl Samwer: Zur Erinnerung an Franz v. Roggenbach S. 96—99.

14. Bericht Zulaufs 2. Mai 66. Vgl. hierzu Bericht Roggenbachs an den Großherzog vom 27. April 66, der alle derartigen Gerüchte widerlegt. Oncken a. O. S. 502—505.

15. Großherzog Friedrich an Professor Gelzer 28. April 66. Oncken a. O. S. 505—506.

16. Bericht Zulaufs vom 4. Mai 66.

Baden neutral erkläre, werde es durch seine Lage notwendig in den Krieg miteinbezogen.

Die Kleindeutschen in Karlsruhe hatten die Abwesenheit des Außenministers zu einem letzten Vorstoß benutzt; am 14. Mai plädierten Jolly und Bluntschli in der Ersten Kammer für bewaffnete Neutralität Badens, während Mohl im Namen des Ministeriums die vereinzelte Neutralität für unmöglich erklärte.¹⁷ — Die Stimmung gegen Bismarck, für Österreich wuchs; alte Reichserinnerungen mögen mitgewirkt haben. Wohl erging man sich in den Kammern noch über das Unglück eines Bruderkrieges, aber für den Kriegsfall war es klar, wo Baden stehen würde. Ebenso erwog Lamey noch einmal in einer Denkschrift vom 14. Mai die Möglichkeit einer vermittelnden Neutralität der vier südlichen Mittelstaaten.¹⁸ In der Praxis jedoch folgten er und die andern Minister, mit Ausnahme von Mathy, jetzt vorbehaltlos dem Außenminister, der in Bamberg schon insgeheim über die Stellung der süddeutschen Heereskontingente für den Kriegsfall verhandelt hatte.

Großherzog Friedrich, obwohl isoliert in seinem eigenen Lande, verlassen von den nächsten Ratgebern der Krone, blieb sich selbst getreu; er versuchte, gleichsam als Torresschluß, noch einmal durch Einsatz seiner Persönlichkeit den Krieg zu verhindern. Während er seinen vertrauten Freund Professor Gelzer zu Verhandlungen nach München sandte, erörterte er selbst in Dresden mit König Johann von Sachsen, dem Nestor der deutschen Fürsten, alle Möglichkeiten, um die drohende Gefahr einer Selbstzerfleischung von Deutschland abzuwälzen. Er konnte ihm Anschauungen König Wilhelms mitteilen, wonach die Neutralität des Bundes die Verhinderung des Krieges bedinge, da Österreich außerstande sei, an zwei Fronten gegen so mächtige Gegner wie Preußen und Italien Krieg zu führen.¹⁹ In Sachsen jedoch glaubte man an keine ersprißliche Gestaltung der deutschen Verhältnisse, solange Bismarck an der Spitze der preußi-

17. Dove a. O. S. 139—140.

18. Vgl. Lily Blum, a. O. S. 142.

19. Vgl. Korrespondenz Großherzog Friedrich mit der Kaiserin Augusta, der er diese Mitteilungen verdankte. Oncken a. O. S. 508—510.

schen Regierung stand. König Johann und Beust äußerten sich derart mittelstaatlich österreichisch und gegen jede Bundesreform, die Preußen eine bevorzugte Stellung einräumte, daß der Großherzog bald die Erfolglosigkeit seiner Bemühungen einsehen mußte. Ebenso scheiterte sein Versuch, durch eine Sendung des Professors Gelzer nach Berlin den Augustenburger noch einmal in den Gang der Geschehnisse einzuschalten und durch Erledigung der schleswig-holsteinischen Frage die nächste Kriegsursache aus der Welt zu schaffen. Es ging jetzt um größere Dinge, als das Schicksal dieses Prätendenten. Die Entwicklung ließ sich nicht mehr zurückschrauben.

Am 1. Juni stellte Österreich am Bund den Antrag auf Mobilmachung aller außerpreußischen Armeekorps. Preußen besetzte daraufhin Holstein. Der österreichische Antrag wurde am 14. Juni angenommen. Der Großherzog erreichte es in einer mehr als sechsstündigen Sitzung des Ministeriums, daß Baden sich bei der Abstimmung der Stimme enthielt; bis zuletzt hielt er fast verzweifelt das Banner der Versöhnung hoch. Allein der Krieg war da und über die Stellung Badens kein Zweifel mehr. Hätte der Großherzog jetzt noch an Preußen festgehalten, d. h. die Neutralität Badens erklärt, dann hätte er einen aussichtslosen Kampf gegen Heer, Kammern und Bevölkerung zu bestehen gehabt, in dem er auf Unterstützung durch seine Minister nicht hätte rechnen können. —

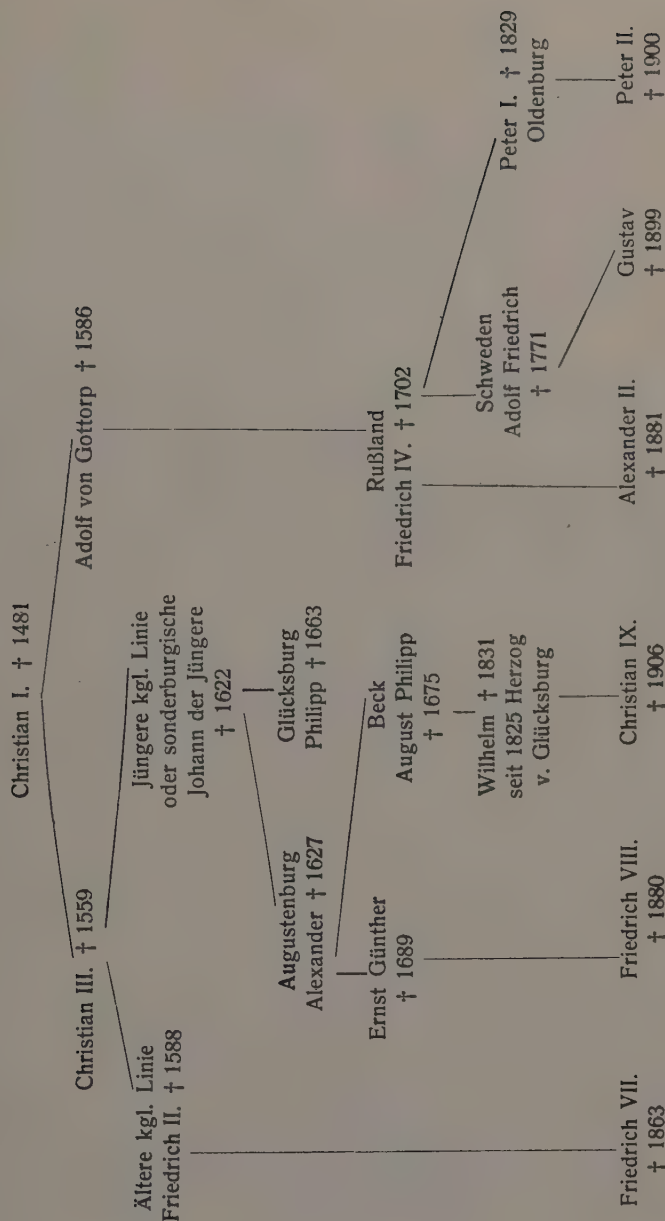
Das Großherzogtum Baden war nicht in der Lage gewesen, entscheidend in die Gestaltung des deutschen Schicksals einzugreifen, seine Lage und Größe hinderten es daran. Seine Politik war jedoch von symptomatischer Bedeutung durch die Persönlichkeiten ihrer Träger.

In den sechziger Jahren hatten Großherzog Friedrich und Roggenbach mit unerhörtem Schwung und Idealismus gegen die verrotteten Bundesverhältnisse gekämpft, zwar von dem schmalen Boden eines Mittelstaates aus, aber ganz frei von jeder partikularistisch-mittelstaatlichen Mentalität. Die Haltung Badens in der schleswig-holsteinischen Frage stellt nur scheinbar einen Widerspruch und eine Umkehr dar; die Verfilzung der badischen Politik in die selbstsüchtigen Bestrebungen der Mittelstaaten war immer nur Mittel, nie Selbstzweck. Das Ziel blieb immer das gleiche

durch alle Windungen und Umwege hindurch, ein geeintes großes Deutschland, und auch die Augustenburger Kandidatur war nur ein Weg dazu. Danach ist zu ermessen, was die erzwungene Teilnahme Badens an der Seite Österreichs am Kriege gegen Preußen für den Monarchen bedeuten mußte; und es erscheint selbstverständlich, daß Großherzog Friedrich als erster der süddeutschen Fürsten nach Beendigung des Krieges den Anschluß Badens an Norddeutschland betrieb.

Durch die Gemeinsamkeit des Zieles und die Größe ihrer gesamtdeutschen Schau stehen die badischen Staatsmänner ihrem großen Gegner Bismarck näher als all die andern mittelstaatlichen Politiker. Diese Freiheit und Größe der politischen Anschauung ermöglichte es dem Großherzog, trotz allem, was er gegen die Wege der Bismarck'schen Politik immer einzuwenden hatte, 1870 vor allen anderen deutschen Fürsten gemeinsam mit seinem großen Widersacher an dem mächtigen Werke der nationalen Einheit zu arbeiten. Und als Baden sich willig und opferfreudig in das von Bismarck geschaffene Reich einordnete, konnte es das mit dem Bewußtsein tun, ein reiches nationales Erbgut mitzubringen, das der Grundsteinlegung des Bismarck'schen Baues zugute gekommen war.

Stammtafel



Literaturangaben.

A. Ungedruckte Quellen.

Generallandesarchiv Karlsruhe (zitiert: G. L. A. K.)

a. Die diplomatischen Spezialakten zur schleswig-holsteinischen Frage für die Jahre 1850—66.

b. Hinterlegung Ludwig von Edelsheim.

Württembergisches Staatsarchiv (zitiert: W. St. A.)

Berichte des württembergischen Gesandten am Karlsruher Hof von Thumb 1861—65.

Haus- Hof- und Staatsarchiv in Wien (zitiert: H. H. St. A.)

Berichte des österreichischen Geschäftsträgers in Karlsruhe von Pilat 1861—Juni 1865.

Berichte des österreichischen Geschäftsträgers in Karlsruhe von Zulauf Juni 1865—Januar 66.

Geheimes preußisches Staatsarchiv Berlin-Dahlem (zit.: G. H. P. St. A.).

Berichte des preußischen Gesandten in Karlsruhe von Flemming 1861—66.

Einzelne Berichte der preußischen Gesandten an den Höfen von Paris, Stuttgart, München und Darmstadt und des preußischen Bundestagsgesandten 1861—66.

Preußisches Staatsarchiv Kiel (zitiert: P. St. A.).

a. Korrespondenzen Roggenbach-Samwer und Mohl-Samwer aus dem Nachlaß Samwer.

b. Einige Briefe Hardecks (Sekretär von Roggenbach) an Samwer.

B. Gedruckte Quellen.

Tagebücher des Freiherrn Reinhard von Dalwigk zu Lichtenfels 1860—1871 h. von Wilhelm Schüßler 1920.

Großherzog Friedrich I. von Baden und die deutsche Politik 1854—71. Briefwechsel, Denkschriften, Tagebücher. h. von Hermann Oncken Berlin, Leipzig 1927.

Deutscher Liberalismus im Zeitalter Bismarcks. Eine politische Briefsammlung h. von Julius Heyderhoff und Paul Wentzcke Berlin und Leipzig 1925. I.-Band: Die Sturmjahre der deutschen Einigung 1850—70.

- Les origines diplomatiques de la guerre de 1870/71. Paris 1910.
Die Rheinpolitik Kaiser Napoleons und der Ursprung des Krieges von 1870/71 h. von Hermann Oncken 1926, I. Band.
Die auswärtige Politik Preußens 1858/71. Band III: Oktober 1862 bis September 1863, h. von Rudolf Ibbeken, Oldenburg 1932.
Bismarck und die Nordschleswig'sche Frage 1864—71.
Die diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes zur Geschichte des Art. V des Prager Friedens. h. von Walter Platzhoff, Kurt Rheindorf und Joh. Tiedje, Berlin 1925.
Ursprung und Geschichte des Art. V des Prager Friedens. Die deutschen Akten zur Frage der Teilung Schlesiens 1863—79, h. von Fritz Hähnsen 1929, I. Band.

C. Literatur.

- Andreas, Willy: Die Wandlungen des großdeutschen Gedankens, Lpzg. 3. Aufl. 1932.
— Franz Freiherr von Roggenbach, Badische Biographien 1933.
Baumgarten, Hermann: Historische und politische Aufsätze und Reden. Mit einer biographischen Einleitung von Erich Marcks Straßburg 1894.
Behn, Alfred: Die Volksstimmung in Schleswig-Holstein im letzten Jahre vor Ausbruch des Krieges von 1864. Dissertation Erlangen 1920.
Bernhardi, Theodor von: Aus dem Leben Theodor von Bernhards 5. Teil: Der Streit um die Elbhertzogtümer, Leipzig 1895.
Beseler, Georg: Der Londoner Vertrag vom 8. Mai 1852 in seiner rechtlichen Bedeutung, Berlin 1863.
Beust, Freiherr von: Aus Drei Vierteljahrhunderten 1887.
Bismarck, Otto von: Gedanken und Erinnerungen Stuttgart 1898. 1901. 1919.
— Die Gesammelten Werke. Politische Schriften h. von Fr. Thimme, Band 4 und 5, 1928.
Bismarck-Jahrbuch, Band IV.
Biegeleben, Rüdiger von: Ludwig Freiherr von Biegeleben, Wien 1930.
Bluntschli, J. K.: Aus meinem Leben, 3 Bände, Nördlingen 1884.
Brandenburg, Erich: Die Reichsgründung, Leipzig 1916.
Brandt, Otto: Geschichte Schleswig-Holsteins, Kiel 1925.
Dove, Alfred: Großherzog Friedrich von Baden als Landesherr und deutscher Fürst, Heidelberg 1902.
Dunker, Max: Politischer Briefwechsel aus seinem Nachlaß, Berlin 1923.
Engel-Jänosi, Fr.: Graf Rechberg, München und Berlin 1927.
Ernst II. Herzog von Sachsen-Koburg-Gotha: Aus meinem Leben und aus meiner Zeit, Berlin 1889.
Freitag, Gustav: Karl Mathy, 2. Aufl. 1872.

- Friedjung, Heinrich: Der Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland. Band I und II, 9. Auflage 1912.
- Fröbel, Julius: Ein Lebenslauf, Stuttgart 1891, Band II.
- Gebauer, J. H.: Herzog Friedrich VIII. von Schleswig-Holstein 1912.
- Gellert, Willy: Die öffentliche Meinung in Baden und die deutsche Frage 1862—66. Ungedruckte Dissertation Heidelberg 1924.
- Hanholz, Heinrich: Nationalitätsprinzip und Selbstbestimmungsrecht der Völker als Leitgedanken der französischen Politik in der schleswig-holsteinischen Frage 1863/64. Dissertation Münster 1926.
- Haym, Rudolf: Das Leben Max Dunckers, Berlin 1891.
- Hjelholt, Holger: Treitschke und Schleswig-Holstein, Berlin-München 1929.
- Jansen, K. und Samwer, K.: Schleswig-Holsteins Befreiung 1897.
- Lenz, Max: Geschichte Bismarcks, 2. Auflage, Leipzig 1902.
- Loskarn, Theodor: Bayern und die schleswig-holsteinische Frage, 1863 bis 1864. Dissertation München 1926.
- Lorenz, Ottokar: Friedrich, Großherzog von Baden. Zum 50 jährigen Regierungsjubiläum, Berlin 1902.
- Marcks, Erich: Ludwig Häusser und die politische Geschichtsschreibung. In Heidelberger Professoren des 19. Jahrhunderts 1903.
- Kaiser Wilhelm I. Leipzig 1919.
- Meinecke, Friedrich: Weltbürgertum und Nationalstaat 5. Auflage München 1919.
- Meyer, Arnold Oskar Meyer: Die Zielsetzung in Bismarcks schleswig-holsteinischer Politik. Zeitschrift der Gesellschaft für schleswig-holsteinische Geschichte Bd. 53, 1923.
- Mittelstraß, Gustav: Österreichs und Preußens Kampf um den diplomatischen Einfluß in Baden, während des Kirchenstreites 1853—54. Dissertation Heidelberg 1924.
- Mohl, Robert von: Lebenserinnerungen 3 Bände Stuttgart und Leipzig 1902.
- Müller, Karl Alexander von: Bayern im Jahre 1866 und die Berufung des Fürsten Hohenlohe München und Berlin 1909.
- Olms, Heinrich: Hessen-Darmstadt und die schleswig-holsteinische Frage Dissertation Rostock 1932.
- Oncken, Hermann: Rudolf von Bennigsen, Stuttgart und Leipzig 1910.
- Historisch-politische Aufsätze und Reden 2. Bd. Berlin 1914.
- a) Großherzog Peter von Oldenburg 1827—1890.
- b. Aus dem Lager der deutschen Whigs: Freiherr von Roggenbach.
- Rapp, Alfred: Die Württemberger und die nationale Frage, Darstellungen aus der württembergischen Geschichte Bd. IV, 1910.
- Ruville, A. von: Bayern und die Wiederaufrichtung des Deutschen Reiches, Berlin 1909.
- Samwer, Karl: Zur Erinnerung an Franz, Freiherr von Roggenbach Wiesbaden 1909.
- Die Staatserbfolge in Schleswig-Holstein 1844.

- Schill, Wilh. Fr.: Baden und die preußische Unionspolitik 1848—50. Heidelberger Abhandlungen zur mittleren und neueren Geschichte Heft 60, 1930.
- Srbik, Heinrich Ritter von: Großdeutsch und Kleindeutsch an der Universität Heidelberg. Ztschr. für die Geschichte des Oberrheins 1929, Bd. 43, N. F.
- Stern, Alfred: Geschichte Europas 1848—1871. Stuttgart und Berlin 1923, Bd. 3.
- Treitschke, Heinrich von: Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert, 5 Bände 5. Auflage, Leipzig 1890.
- Briefe h. von Max Cornicelius 2 Bd. Leipzig 1918.
- Vogt, Ernst: Die hessische Politik in der Zeit der Reichsgründung 1863—71. Historische Bibliothek Bd. 34. München und Berlin 1914.
- Weech, Friedrich von: Badische Geschichte Karlsruhe 1890.
- Badische Biographien.

Berichtigungen.

S. 53 Z. 22 lies: Sachwalter — S. 65 Anm.: S. 52 — S. 104 vorletzte Zeile ergänze: die Hoffnung auszusprechen — S. 123 letzte Anmerkungszeile lies: S. 173 statt 188a — S. 130 Z. 7: süddeutschen — S. 167 Z. 1: Nachfolger